

DER BÜRGER IM STAAT

50. Jahrgang **Heft 1** 2000

Die Türkei vor den Toren Europas



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

DER BÜRGER IM STAAT

Herausgegeben von der
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

50. Jahrgang **Heft 1** 2000

Schriftleiter
Prof. Dr. Hans-Georg Wehling
Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Fax (07 11) 16 40 99-77

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1	Udo Steinbach Die Außenpolitik der Türkei	50
Wolf Hütteroth Schwellenland Türkei <i>Ein wirtschafts- und sozialgeographischer Überblick</i>	2	Ahmet Bayas Das Türkei-Bild der Deutschen und das Deutschland-Bild der Türken	55
Fikret Adanir Der Weg der Türkei zu einem modernen europäischen Staat <i>Ein geschichtlicher Abriss</i>	10	Angelika Hauser-Hauswirth Vereine und Politik	59
Günter Seufert Die türkische Gesellschaft im Umbruch	19	Das politische Buch	63
Erhard Franz Wie demokratisch ist die Türkei? <i>Das türkische Regierungssystem</i>	27		
Heidi Wedel Frauen in der Türkei	37	Einzelbestellungen und Abonnements bei der Landeszentrale (bitte schriftlich)	
Wulf Martin Die Wirtschaft der Türkei	42	Impressum: Seite 62	
		Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel mit dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte Kunden-Nr. an.	

Die Türkei vor den Toren Europas

Nicht nur geografisch liegt die Türkei vor den Toren Europas. Sie ist seit dem Begründer der modernen Türkei, Kemal Atatürk, auch politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich nach Europa hin orientiert. Seit langem schon begehrt die Türkei Eintritt in die Europäische Union, seit Dezember 1999 ist das Land offiziell Beitrittskandidat. Auch in dieser Beziehung steht die Türkei also vor den Toren Europas.

Sicherheitspolitisch-strategisch war die Türkei immer schon eine Säule der NATO und damit auch Bestandteil des Westens. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks hat sich die Position der Türkei in der internationalen Politik erheblich verbessert, ihre Handlungsmöglichkeiten reichen inzwischen in den Bereich der ehemaligen Sowjetunion hinein, in den Kaukasus und nach Zentralasien. Für den internationalen Erdöl- und Erdgastransport stellt die Türkei einen wichtigen Transportweg für den Westen dar. Die Sicherheitspartnerschaft mit Israel lässt die Türkei zu einem wichtigen Machtfaktor im Nahen und Mittleren Osten werden. All das sind Gründe genug, die Türkei fest an Europa zu binden.

Wirtschaftlich ist die Türkei längst dabei, den Anschluss an die Europäische Union zu finden, aufgrund ihres mittlerweile erreichten beträchtlichen Leistungsstandards und mit Hilfe des Assoziierungsabkommens mit der EU von 1964.

Die Schwierigkeiten liegen auf politischer Ebene. Die Europäische Union ist eine Gemeinschaft westlicher Demokratien auf einer gemeinsamen Wertebasis. Kemal Atatürk hat mit seiner konsequenten und rigorosen Modernisierungspolitik der Türkei den Weg in Richtung moderner, demokratisch verfasster Industriestaaten gewiesen. Verglichen mit anderen Staaten der Region weist die Türkei längst ein hohes Maß an Modernität und Demokratie auf. Dass sich eine Modernisierung und Demokratisierung, von oben initiiert, flächendeckend über wenige Jahrzehnte erreichen ließe, wäre sehr viel verlangt. Dass

dieser Prozess immer wieder ins Stocken gerät und gelegentlich auch zurückläuft, kann somit nicht verwundern. Es kommt viel mehr darauf an, Fortschritte zu fördern, gerade auch in Richtung von Demokratie und Menschenrechten. Hier ist die Politik der EU und die der EU-Länder gefordert.

Beeinträchtigt ist der Annäherungsprozess gegenwärtig vor allem durch das Kurden-Problem und die Menschenrechtsfrage. Gerade das Militär, von Kemal Atatürk als Garant der Modernisierung auserkoren, hat sich in der Kurdenfrage als Hüter der Einheitlichkeit des Staates profiliert, und zwar im Sinne eines Nationalstaatsverständnisses, das Besonderheiten und regionale Autonomien nicht kennt. Zugleich aber hat das Militär damit Menschenrechtsverletzungen bewußt in Kauf genommen. Die Europäische Union fordert deshalb zu Recht, dass die Türkei vor ihrem Beitritt zur EU in der Menschenrechtspolitik und in der Kurdenfrage Lösungen findet, die europäischen Standards entsprechen.

Zwischen Deutschland und der Türkei bestehen traditionell freundschaftliche Verbindungen. In Deutschland lebt zudem eine beträchtliche türkische Minderheit, die als Gastarbeiter deutliche Schwierigkeiten mit ihrer Integration haben, zumal sie - naturgemäß - aus Gegenden der Türkei stammen, die von der Modernisierung am wenigsten berührt sind. All das sind allein schon Gründe genug für uns, sich intensiver mit den Gegebenheiten in der Türkei zu beschäftigen, mit dem Land als solchem und seinen wirtschafts- und sozialgeografischen Besonderheiten, mit seiner jüngsten Geschichte, mit seinen sozio-ökonomischen Wandlungsprozessen, mit dem politischen System und den politischen Gegebenheiten, seiner Position in der internationalen Politik. Drängender noch wird die Beschäftigung mit der Türkei für uns, weil sie kein fernes Land ist, sondern weil sie - in mehrfacher Beziehung - vor den Toren Europas liegt und vor den Toren Europas steht.

Hans-Georg Wehling

Schwellenland Türkei

Ein wirtschafts- und sozialgeographischer Überblick

Von Wolf Hütteroth

Prof. Dr. Wolf Hütteroth ist em. Ordinarius für Geographie an der Universität Erlangen-Nürnberg. Er ist Autor des Standardwerkes „Türkei“ der Wissenschaftlichen Länderkunden (Bd. 21) der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft, Darmstadt 1985.

An der Schwelle zu Europa, an der Schwelle zur Moderne und an der Schwelle zu einem leistungsfähigen Industriestaat steht die Türkei heute. Ihre Entwicklungsmöglichkeiten, ursprünglich durch die Naturräumliche Ausstattung, insbesondere auch durch die Verfügbarkeit von Wasser, bestimmt, sind heute wesentlich definiert durch die jeweilige Entfernung nach Istanbul, und das heißt letztlich: nach Europa. *Red.*

Ein „Schwellenland“ – in mehrfacher Hinsicht

Die Türkei ist mit 774 815 km² eines der flächengrößten Länder Europas, aber gleichzeitig eines der durchaus mittelgroßen Länder Asiens. Gleiches könnte man von der Bevölkerungszahl mit ihren (1995) 62,52 Millionen sagen. Wirtschaftlich zählt die Türkei zu den „Schwellenländern“, deren industrielle Vielfalt und Bruttosozialprodukt das Land schon deutlich abheben von der Mehrzahl klassischer Entwicklungsländer, aber dennoch steht das Land deutlich am Ende Europas (abgesehen von einigen Ost-Ländern). Die Möglichkeiten des Naturraumes und die Bedingungen einer langen orientalischen Geschichte determinieren die heutigen Möglichkeiten wirtschaftlicher Angleichung an Europa.

Brutto-Sozialprodukt (pro Person/Jahr) einiger Europäischer Staaten 1996, in 1000 Dollar

Luxemburg	45,4	Irland	17,1
Schweiz	44,3	Spanien	14,3
Norwegen	34,5	Portugal	10,3
Dänemark	32,1	Slowenien	9,2
Deutschland	28,8	Tschechien	4,7
Österreich	28,1	Türkei	2,8
Frankreich	26,3	Litauen	2,3
Italien	19,9	Weißrussland	2,1
Gr.-Britannien	19,6	Albanien	0,8

Chancen und Begrenzungen des Naturraumes

Die Türkei liegt – mit Ausnahme des äußersten Südostens – im Bereich des sogenannten „Alpinen Faltengebirgsgürtels“, das heißt in jener Zone von den Pyrenäen bis zum Himalaya, in der ältere Gesteine sehr zurücktreten und jüngere, meist tertiäre

Faltengebirge und deren zwischengelagerte Becken dominieren.

Das hat gravierende Konsequenzen für die Bodenschätze, die vorkommen oder die man erwarten kann: Wie in Spanien, Italien oder auf dem Balkan gibt es *Steinkohlenvorkommen* nur marginal. Das kleine türkische Vorkommen von Zonguldak lieferte 1996: 3,029 Mill. t (gereinigte) Kohle (Deutschland 1996: 54,2 Mill. t), und in früheren Jahren lag die Produktion auch nicht viel höher. Außer einigen Kraftwerken, Eisenhütten, der Marine und der Bahn kann nur recht wenig frei verkauft werden.

Die zweite Konsequenz ist der *Mangel an Erdöl*. Im Gegensatz zu Iran, das in Khusistan immerhin wesentlichen Anteil am vorderasiatischen „Revier“ zwischen Saudi-Arabien und Nordirak hat, besitzt die Türkei nur die kleinen Felder im östlichen Taurus-Vorland bei Batman östlich Diyarbakir, wo die Jahresförderung maximal 4,5 Mill. t erreichte und zur Zeit (1996) bei 3,5 Mill. t liegt. Importöl (1996: 23 Mill. t) und sonstige Energien sind also unverzichtbar.

Bis zu gewissem Maße bieten die Vorkommen von tertiärer *Braunkohle* einen Ausgleich. In zahlreichen Beckenlandschaften vor allem West-Anatoliens sind Braunkohlen-Vorkommen bekannt, und einige Dutzend davon fördern zur Zeit (1996) eine Menge von 49,5 Mill. t (ungereinigter) Braunkohle (Lignit). Der größte Teil davon geht in die Kraftwerke und wird verstromt, wengleich ein gewisser Teil in den Privatverbrauch geht und hilft, den traditionellen Feuerholz-Anteil zu reduzieren.

Mineralische Bodenschätze hat das Land zwar an sehr zahlreichen Stellen, jedoch ist nichts davon in so reichem Maße vorhanden, dass es weltwirtschaftlich eine große Rolle spielen könnte. Von gewisser Bedeutung ist nur das *Chrom*, dessen Erzkonzentrat-Produktion mit (1996) 220 803 t immerhin an vierter bis fünfter Stelle der Weltförderung liegt. Lediglich die verkehrsmäßig besonders günstig gelegenen Lagerstätten in Küsten-Nähe spielen eine Rolle.

Die wichtigen *Eisenerz*-Vorkommen von Divrigi in Ostanatolien wurden kurz vor dem Zweiten Weltkrieg entdeckt und halfen dem Land zur zeitweisen Selbstversorgung. Allerdings muss das Erz auch heute noch um 1000 km per Bahn in die Nähe der Kohle von Zonguldak gebracht werden, was das Produkt erheblich verteuert. Heute (1996) werden 4,93 Mill. t Eisenerz gewonnen, der Bedarf ist damit nicht gedeckt.

Zahlreiche anderer Erze und Mineralien kommen noch vor, eine Rolle spielt davon

lediglich noch das *Kupfer* in mehreren Lagerstätten vor allem Ostanatoliens (1996: 2,9 Mill. t Erz), und schließlich *Bauxit* in Südwest-Anatolien mit 1995: 232 278 t (ungereinigt). Die Erträge schwanken je nach Absatz, 1992 waren es noch über 700 000 t. Insgesamt spielt der Bergbau, auch nach der Zahl der Beschäftigten (1996: 162 000 Personen, einschließlich Kohlenbergbau) keine sehr wesentliche Rolle für das Land.

Ein Hochland

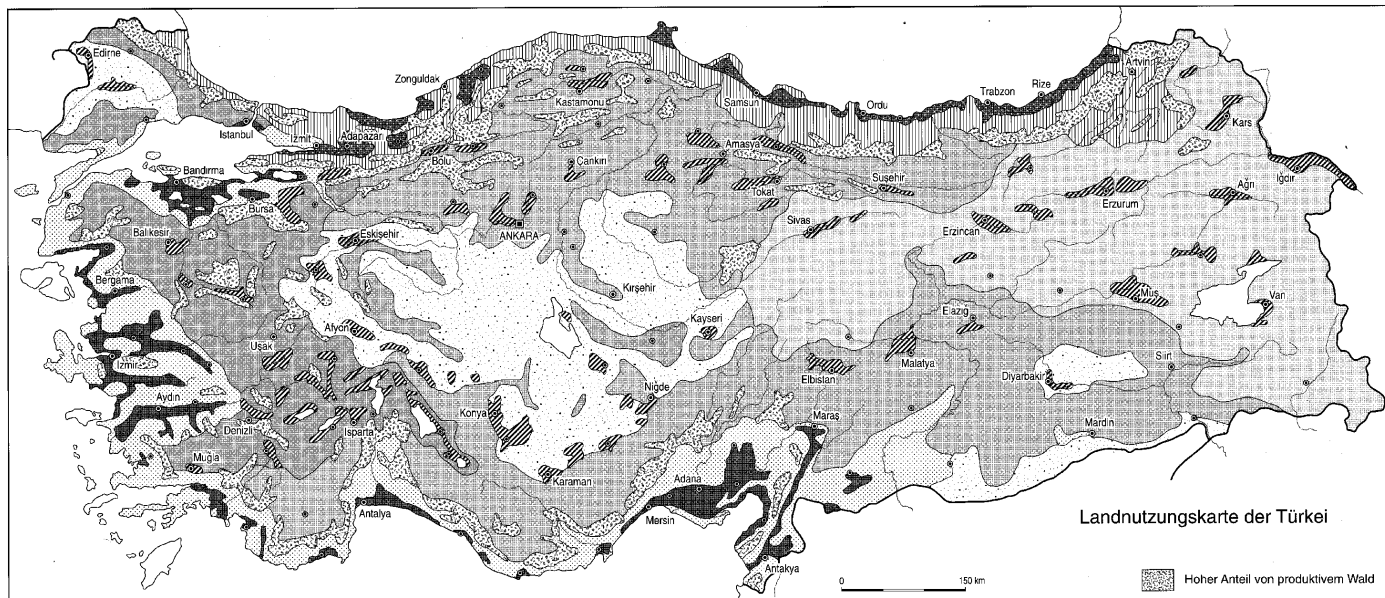
Etwas anderes ist es mit der *Landwirtschaft*, die auch heute noch (1995) mit 16% erheblich zum Sozialprodukt beiträgt (Deutschland: 1%) und wo noch um 40% der Beschäftigten arbeiten, weitaus mehr als in jedem anderen Land Europas. Allerdings ist die Landnutzung in sehr starkem Maße an die Möglichkeiten gebunden, die der Naturraum bietet: Relief und Klima setzen Schranken, die kaum zu überwinden sind. Formal liegt das Land zwar auf der eigentlich subtropischen Breite zwischen Rom und Malta, aber die Höhenlage hat beträchtliche Differenzen zur Folge.

Zunächst zum *Relief*: Über drei Viertel des Staatsgebietes der Türkei ist mehr oder weniger bergig, ein beträchtlicher Teil davon ist Hochgebirge. Ein großer Gebirgsgürtel umgibt das Land im Norden, das Pontische Gebirge, das mit mehreren Ketten vom Marmara-Meer im Westen bis über die Staatsgrenze im Osten hinaus reicht. Die Südflanke der Türkei wird vom Taurus-System gebildet, das an der Ägäis beginnt und dann, nach Osten hin, immer höher und breiter wird, sodass sich schließlich in Ostanatolien Pontische und Taurus-Ketten zu einem einzigen, Vulkandurchsetzten Hochland zusammenschließen. Zwischen dem nördlichen und dem südlichen Gebirgssystem liegt das Anatolische Hochland, das durch die Gebirge teilweise gegen die regenbringenden Westwinde abgeschirmt ist und mit 300–400 mm Niederschlag zu den trockensten Teilen des ganzen Mittelmeerraumes gehört. Die Randgebirge, vor allem deren Meerzugewandte Außenseiten, sind demgegenüber erheblich niederschlagsreicher und ähneln anderen Teilen des Mittelmeer-Raumes.

Eine Folge der Lage im Faltengebirgsgürtel und am Schwarzen Meer ist die recht hohe *Erdbebenhäufigkeit*. Die wichtigste Bebenzone liegt entlang der nördlichen Gebirge, mit einem Abzweiger nach Südosten Richtung West-Iran, und dann wieder an der Ostseite des Ägäischen Meeres. Erst 1999 wurde das ganze Gebiet am östlichen Marmara-Meer, mit den Schwerpunkten um Izmit und Adapazari, durch ein kräftiges Beben zerstört. Ein weiteres Erdbebenzentrum liegt im Süden, wo der Syrische Graben (Jordan-Graben), von Ostafrika kommend, bei Maras auf die alpinen Gebirge stößt.

Die relative Binnenlage und die Meereshöhe bestimmen, was *klimatisch* möglich ist, sowohl in der natürlichen Vegetation als auch in den klimatischen Chancen der Landwirtschaft. Zunächst ist relativ klar und einsichtig, dass das Land entspre-

Abb. 2: Landnutzung der Türkei (nach Hütteroth 1982).



Mediterraner Saum

1 Kulturland unter 20%; Weizen - Gerste; Wein - Olive - Feige (Olive östlich des Amanus zunehmend ersetzt durch Pistazie); Ziegen- u. Schafhaltung; mäßiger Anteil der Marktproduktion

Intensivgebiete (in 1)

2 Kulturland über 70%; z.T. bewässert; zusätzlicher Anbau: Baumwolle, Citrusfrüchte (außer Marmara - Gebiet), Tabak. Hoher Anteil der Marktproduktion

Pontischer Saum

3 Kulturland unter 20%; Mais - Gerste - Weizen; Haselnuß als Hauptbaumkultur; Rinder- Ziegen- und Schafhaltung; mäßiger Anteil der Marktproduktion

Intensivgebiete (in 3)

4 Kulturland über 50%; zusätzlicher Anbau: Tee, Citrus (beides nur im östlichen Drittel des Küstengebietes), Tabak, Haselnußplantagen; hoher Anteil der Marktproduktion

Westliches Binnenland

5 Kulturland über 50%; Weizen - Gerste, vielfältige Baum- u. Gartenkulturen z.T. noch submediterranen Typs; Feige, Wein, Maulbeere, Tabak; Ziegen- u. Schafhaltung mit Gebirgs- u. Buschwald-Weide; mäßiger Anteil der Marktproduktion

Gebirgslandschaften des Binnenlandes

6 Kulturland unter 20%; Gerste - Weizen; vielfältiger Anbau winterharter Obstkulturen (Aprikose, Apfel, Wein) in z.T. bewässerten Gärten; Schaf- und Ziegenhaltung mit Gebirgs- und Waldweide, Stallhaltung im Winter. Geringer Anteil der Marktproduktion

Gebirge und Plateaus des inneren Ost - Anatolien

7 Kulturland unter 10%; Gerste - Weizen; kleine bewässerte Gärten um die Siedlungen, Wein nicht mehr möglich; Schaf- u. Ziegenhaltung mit sommerlicher Bergweidewirtschaft und langer winterlicher Stallhaltung; geringer Anteil der Marktproduktion

Ebenen und Plateaus der Binnengebiete

8 Kulturland 50 - 70%; Weizen - Gerste; in Thrakien zusätzlich Mais, Sonnenblumen; Baum- und Gartenkulturen unbedeutend; Schaf- und Angoraziegen - Zucht, im Winter Stallhaltung, relativ hoher Grad der Mechanisierung, bei Getreide hoher Anteil der Marktproduktion

Binnenländische Intensivgebiete

9 Meist Beckenebenen, Kulturland über 70%; Weizen - Gerste - Zuckerrüben; vielfältiger Anbau von Obst und Gemüse im Umkreis der Orte, z.T. bewässert; mittlerer bis hoher Anteil der Marktproduktion

de, und die wehen, als passatische Strömung, den ganzen Sommer über. Das türkische Schwarzmeer-Gebiet ist also ganzjährig humid, denn im Winter kommen die atlantischen Tiefdruckgebiete sowieso. Zwar ist das Land am Schwarzen Meer fast durchweg bergig und hat dadurch nur begrenzte agrarische Möglichkeiten, aber immerhin erlaubt das Klima feuchtigkeitsanspruchsvolle Kulturen wie die Haselnuss oder im Osten sogar den Tee.

Die „Ovas“ als sozialer Vorzugsraum

Eine Sonderform des Reliefs ist die *Ova*, die Beckenebene inmitten bergiger Umgebung. In der Regel ist eine *Ova* flaches Schwemmlandgebiet, in den Trockengebieten Inneranatoliens sogar bisweilen ohne oder ohne dauerhaften Abfluss. Versumpfung und Malaria-Häufigkeit waren bis zum Anfang dieses Jahrhunderts charakteristisch. Es gibt diese *Ovas* in allen Dimensionen, von der Größe einer kleinen Dorfgemarkung bis zur Ausdehnung mehrerer Landkreise. Jede topographische Karte lässt sie erkennen.

Heute sind die *Ovas*, von denen es Tausende gibt, in mehrerer Hinsicht von unschätzbare Bedeutung. Zunächst einmal sind sie in einem Gebirgsland die traditionellen Kernräume menschlicher Siedlung. Fast jede größere *Ova* hat an ihrem Rand irgendwo eine ältere Stadt. Zweitens sind die *Ovas* Zielräume aller Verkehrslinien, die früher wie heute natürlich die wichtigsten Siedlungsgebiete miteinander verbinden. Drittens und vor allem jedoch sind die *Ovas* heute, nach der Trockenlegung der meisten Sümpfe, die Kerngebiete agrarischer Nutzung. Der Grund ist vor

allem die großflächige Bearbeitbarkeit mit Maschinen, was ja nur in flachem Gelände profitabel möglich ist. Dieser Vorteil hat das ganze ländliche Siedlungsbild grundlegend umgekehrt. Die frühere Konzentration ländlicher Siedlung auf die *Berglagen*, nicht nur wegen der Malaria, sondern vor allem aus Schutz- und Versteckgründen, hat sich bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufgelöst. Seit einigen Jahrzehnten kommt die mechanische Bearbeitbarkeit aller flachen Geländeteile dazu, und schließlich hat sich die Nähe der Städte in den *Ovas* als Absatzzentrum und Sozialzentrum (Schulen, Ärzte, Behörden, Märkte etc.) bewährt. Die Beckenebenen haben sich also zum sozialen Vorzugsraum herausgebildet, mit der Folge einer Bevölkerungsumschichtung „von oben nach unten“, die zum Verfall tausender von unrentablen Bergdörfern geführt hat. Die Türkei hat damit eine großräumige Bevölkerungsumschichtung nachgeholt, die in anderen Mittelmeerlandern bereits in den letzten beiden Jahrhunderten stattgefunden hat.

Agrarische Nutzungsräume Ende des 20. Jahrhunderts

Die Ausnutzung der klimatischen Möglichkeiten für die Landnutzung war schon immer eins der wichtigsten Kennzeichen des Landes. Dementsprechend gibt es bestimmte klimatische Zonen, in denen gewisse Produkte gedeihen und andere nicht. Das Charakteristikum der Gegenwart ist, dass diese Zonen zwar in ihrer Umgrenzung erhalten bleiben, dass aber bisher kaum übliche Agrarprodukte dazukommen und das Anbauspektrum bereichern, sodass damit die agrarische Ausnut-

zung erheblich intensiviert wird. Insgesamt ist allerdings vom agrarisch genutzten Land – nach europäischen Maßstäben – der größte Teil nur extensives *Weideland*. Nur etwa 33% des ganzen Landes sind durch Ackerbau und Baumkulturen genutzt, die übrigen Flächen dienen im Wesentlichen der Weidewirtschaft. Das heißt, das Land ist zumeist so steppenhaft belassen wie es war, nur die Waldreste sind zunehmend reduziert und die Wildweideflächen durch Übernutzung degradiert. Die extensive Nutzung seit Jahrtausenden lässt sich in der gesamten Fläche nicht kurzfristig verändern, und Stallhaltung für Kleinvieh lässt sich kaum flächendeckend durchsetzen. An erster Stelle stehen in den Ackerbaugebieten selbstverständlich die *Getreidelandschaften*, wobei der Weizen fast drei Viertel, die Gerste ein Viertel ausmacht. Von anderen Getreidearten spielt nur noch der Mais, vor allem im humiden Nordanatolien, eine Rolle (0,55 Mill. ha). Seit bald drei Jahrzehnten liegt die Getreidefläche (einschließlich etwa 1/4 Brachen) etwas über 23,7 Mill. ha, womit alle bearbeitbaren Flächen ziemlich ausgenutzt und kaum noch nennenswerte Reserveflächen vorhanden sind. Außerdem sind die mittleren Erträge in den letzten Jahrzehnten trotz Kunstdünger nur auf etwa 1,5–2,0 t/ha gestiegen (Deutschland etwa 6–7 t/ha). Noch dazu bleibt im Binnenland jedes Feld wegen der Niederschlagsarmut jedes zweite Jahr brach liegen. Die großen Getreideflächen entsprechen also keineswegs großen Erträgen, und nicht in allen Jahren kann die Türkei einige Prozent der Weizenernte exportieren. Ein sehr wesentlicher Vorteil für das Land ist jedoch der *Versorgungsausgleich* mit

Brotgetreide, der jetzt schon seit vielen Jahrzehnten per Bahn und Lkw möglich ist. Ferner hat der Staat fast in jeder Kreisstadt große Silos gebaut, die einen Teil der Getreideernte zu vorher festgesetzten Preisen abnehmen und dadurch einen Versorgungsausgleich schaffen, der die Spekulation mit Getreidepreisen unterbindet. Von erheblich wachsender Bedeutung sind – infolge freieren Warenaustauschs auf dem Weltmarkt der Gegenwart – die im Süden erzeugten *mediterranen Produkte*. Flächenmäßig an erster Stelle steht hier die *Baumwolle* mit 750 000 ha, deren Anbau die junge türkische Textilindustrie ganz gut versorgen kann. Die Erfahrungen mit Schädlingsbefall bei langer Monokultur waren zu erwarten und haben inzwischen zu Schutzmaßnahmen geführt. Die Baumwolle gedeiht, als Sommerpflanze, auch noch in anderen sommertrockenen Regionen des Landes, eine wesentliche wirtschaftliche Rolle spielt sie jedoch nur im Süden.

Ganz typische Vertreter des mediterranen Anbaus sind die *Zitrus*-Arten, unter denen die Apfelsine die erste Stelle einnimmt. Die Produktion beträgt (1996) 1,8 Mill. t, doch das entspricht noch keineswegs dem Potential. Dazu kommt, dass die Sortenvielfalt aufgrund des bäuerlichen Anbaus immer noch zu groß für rationellen Export ist, trotz der Geschmacksvorteile, die sich immer in der Nähe der Anbaugrenze ergeben. So sind Zitrusfrüchte im Wesentlichen auf den allerdings stark wachsenden einheimischen Markt angewiesen.

Nach der Tonnage dominieren wohl *Tomaten* (7,5 Mill. t) und *Melonen* (83,5 Mill. t). Trotz bester Qualität ist jedoch der Melonen-Anbau auf den einheimischen Markt angewiesen, weil das Produkt einen Transport nach Europa preislich nicht verträgt. Für Tomaten gilt im Wesentlichen dasselbe.

Das charakteristischste Produkt des Mittelmeerklimas ist natürlich die *Olive*. Die Ernte schwankt stark zwischen 0,6 und 1,8 Mill. t/Jahr. Dennoch kann ihr Anbau quantitativ bisher kaum mit den Ländern der Levante (Israel/Palästina, Libanon, Syrien) konkurrieren, aus historischen Gründen. Die Olive braucht sehr lange Zeit, bis die Bäume Frucht tragen, ist also eine langfristige Investition. Die Bevölkerung der türkischen Südküste besteht jedoch zum großen Teil aus erst im letzten Jahrhundert angesiedelten Nomaden, denen Baumkulturen und überhaupt langfristige Unternehmungen nicht besonders lagen. Die Olivenflächen sind daher im türkischen Mittelmeergebiet, trotz vergleichbaren Klimas, höchstens in Teilen des türkischen Ägäis-Gebietes mit denen der Levanteländer zu vergleichen. Nur diese Westküstengebiete an der Ägäis haben – zum Teil aufgrund früherer griechischer Besiedlung – mediterrane Anbautraditionen.

Ein Novum in der Agrarlandschaft der mediterranen Küstengebiete sind die überaus zahlreichen *Treibhäuser*. Vor allem Gurken und Tomaten werden hier gezogen. Vorteil dieser Kulturen ist vor allem die Möglichkeit, zu einer Jahreszeit auf den Markt der großen Städte zu kommen, zu der andere Gebiete überhaupt nicht konkurrieren können. Ein wenig bekann-

ter Nebeneffekt ist die dadurch gegebene Möglichkeit, dass auch landlose Bevölkerungsgruppen irgendwo im küstennahen Bergland Treibhäuser anlegen und bewirtschaften können. So ziemlich jede Fläche lässt sich ja für diesen Zweck herrichten.

Die mediterranen Küstengebiete zeichnen sich in der Gegenwart zunehmend durch eine Unterscheidung bewässerbarer und nicht bewässerbarer Areale aus. Der Staat baut, wo immer es geht, zahlreiche neue Stauanlagen, Kanäle, kleinere „Kanaletten“ aus oberirdischen Betonleitungen, aber eben nur, wo Relief und vorhandene Wasserzuleitung das erlauben. Immerhin ist inzwischen sicher über die Hälfte aller Küstenebenen bewässert. Die Gesamt-Bewässerungsfläche des Staates hat sich, vor allem aufgrund der mediterranen Ausbauten, von etwa 1,5 Mill. ha noch in den fünfziger Jahren auf etwa 6 Mill. ha erweitert. Im ganzen sommertrockenen Gebiet gehört dem Bewässerungsbau die Zukunft.

Das immerfeuchte Schwarzmeer-Gebiet

Ganz andere Produkte und auch andere Bearbeitungstechniken kennzeichnen das immerfeuchte Schwarzmeer-Gebiet. Hier gab es schon immer dominierend agrarische Bevölkerung, und ihr landwirtschaftlicher Fleiß hat heute zur Ausnutzung der letzten Reserven geführt. Wesentlichstes Kennzeichen ist zunächst zweierlei: Bewässerung ist aufgrund des immerfeuchten Klimas meist nicht notwendig, und ferner erfordert die Steilheit des Reliefs sehr viel Handarbeit.

Bis vor wenigen Jahren konnte man sehen, dass Hänge, vor denen selbst ein Tiroler Bergbauer zurückschrecken würde, per Hand gehackt und bestellt wurden. Der einheimische Buchenwald, in größeren Höhenlagen die Tanne oder Fichte, sind weitgehend zugunsten von Feldern oder allenfalls Rhododendron-Gehölzen zurückgedrängt.

Ein rein einheimisches Produkt ist dabei die *Haselnuss* (1996: 0,446 Mill. t), deren Anbau in den letzten Jahrzehnten erheblich ausgeweitet wurde. Die Türkei beherrscht mit diesem Produkt fast 60% des Weltmarktes. Ihr Vorteil ist, dass die Sträucher erstens auf hängigem Gelände gepflanzt werden können, und dass zweitens bei ihrer Ernte die ganze Familie, einschließlich aller Kinder, eingesetzt werden kann. Dadurch sind die Preise so, dass die Türkei vorerst noch wichtigstes Exportland bleiben kann.

Einheimisches Brotgetreide war im pontischen Waldland jahrhundertlang vor allem die Hirse, bis in der Neuzeit der Mais aufkam und heute fast vollständig dominiert. Andere Getreide spielen daneben erst in den südlicheren Tälern, etwas abgeschirmt vom Schwarzen Meer, eine Rolle.

Zwei Produkte kennzeichnen das Schwarzmeergebiet erst seit diesem Jahrhundert: Der Tee und die Kartoffel. Die *Teekultur* als subtropische, vor allem auf viel und ganzjährigen Regen angewiesene Kultur kam in früher republikanischer Zeit aus Kaukasien, wohin sie im 19. Jahrhundert aus Indien gekommen war. Der Teekonsum wurde zu einem willkomme-

nen Ersatz für das frühere Kaffee-Trinken, was seit dem Verlust von Yemen im Ersten Weltkrieg durch unerschwingliche Zoll-Hürden ausgeschlossen wurde. Die Begrenzung der Teekultur folgt vor allem thermischen Gesichtspunkten: Im Osten, nahe der Georgischen Grenze, reicht die Teekultur fast bis 500 m hinauf, nach Westen zu sinkt diese Höhengrenze ab und in der Gegend von Ordu hört der Tee ganz auf. Weiter im Westen schirmt der Kaukasus nicht mehr die winterlichen kühleren Luftmassen ab.

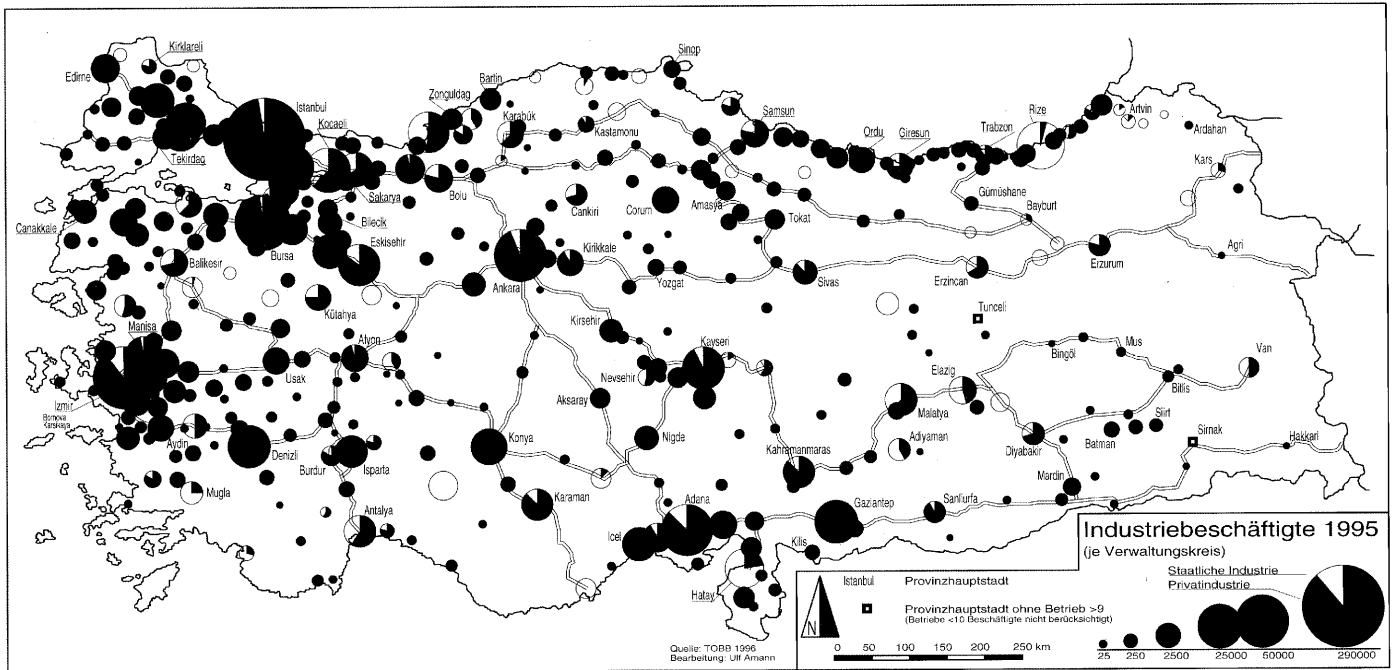
Die *Kartoffel* setzt demgegenüber zunächst einmal einen einheimischen Konsum voraus, und der kommt erst seit diesem Jahrhundert allmählich auf. Ihr Vorteil besteht in der Ausnutzung der herrschenden steileren Hänge, wo sie überall im Hackbau kultiviert wird. Kartoffelbau ist klimatisch bis in relativ große Höhen möglich, und das erlaubt einem Teil der Gebirgsbevölkerung das Verharren im Gebirge. Wenn der Konsum steigt und die Mechanisierung bevorsteht, werden erhebliche Schwierigkeiten auftreten, denn bisher erlaubt nur menschliche Arbeitskraft die Ausnutzung der steileren Hänge. Sonstige Produkte der Schwarzmeer-Region sind wirtschaftlich nicht bedeutend. Die relativ wenigen Zitrus-Kulturen im östlichen Schwarzmeer-Gebiet (Satsuma-Mandarinen) sind quantitativ von untergeordneter Bedeutung. Etwas wichtiger ist immerhin der *Tabak* in den Delta-Ebenen um Samsun an der Nordküste, aber der Schwarzmeer-Tabak steht in Konkurrenz zu den mediterranen Tabaken der Westküste, und der Anbau weitet sich nicht mehr wesentlich aus.

Das klassische Auswanderungsland: Ostanatolien mit seinen begrenzten landwirtschaftlichen Möglichkeiten

Gegenüber den heute weitgehend marktwirtschaftlich orientierten Küsten im Norden und Süden ist das ausgedehnte Binnenland – abgesehen von den „Ovas“, den Beckenebenen – relativ benachteiligt. Außer Getreide wächst im reinen Regengebiet sehr wenig. Nur Thrakien und das nordwestliche Binnenland haben, ähnlich benachbarten Balkanländern, noch einen gewissen Sonnenblumen-Anteil. Bis nach Zentralanatolien und in die westlichen Tallandschaften Ostanatoliens hinein reicht dann nur noch der Wein, und als Obstkultur dient in Ostanatolien vor allem die winterharte Aprikose, aber sonst sind die Anbaumöglichkeiten sehr begrenzt. Außer Getreide wird allenfalls noch die Pappel als Bauholz gartenmäßig gezogen, und die Zuckerrübe besetzt die bewässerten besseren Flächen. Ansonsten dominiert die Viehzucht, vor allem die Kleinviehzucht. Angesichts der begrenzten agrarischen Möglichkeiten dieses Raumes ist die massenweise Auswanderung der ostanatolischen Bevölkerung nach Westen nicht zu verwundern.

Ein sehr wesentlicher Zuwachs intensiv agrarisch genutzter Flächen wird sich in den kommenden Jahren durch die *Nutzung des Wassers von Euphrat und Tigris* ergeben. Zum Teil hat in den Becken Südostanatoliens der moderne Kanalbau und

Abb. 3: Beschäftigte in Gewerbe und Industrie 1996 in Betrieben über 10 Beschäftigte, nach Landkreisen (nach Amann 1999)



die Bewässerung bereits begonnen. Damit wird ein Projekt realisiert, dessen Möglichkeit schon vor vielen Jahrzehnten prognostiziert wurde.

Das Prinzip ist, den Euphrat, den Tigris und zahlreiche kleinere Flüsse nach ihrem Austritt aus dem Ost-Taurus zu stauen und neben der Elektrizitätsgewinnung vor allem zur Bewässerung heranzuziehen. Die hier ins Auge gefassten Bewässerungsflächen belaufen sich auf etwa 1,8 Mill. ha. Sicher wird nicht alles davon in absehbarer Zeit machbar sein, aber ebenso sicher wird Südostanatolien dadurch einen beträchtlichen Aufschwung nehmen. Fast alles flache Gelände ist zur Bewässerung vorgesehen, und um einen relativ hohen „Ausgangspunkt“ zu haben, wird von dem gestauten Wasser des Euphrat am Atatürk-Damm (817 km² Fläche, 48,7 Mrd. m³ Stauinhalt) sogar das Bewässerungswasser etwa 65 m hoch gepumpt, um dann durch Röhren, Kanäle und Tunnel die Bewässerungsflächen um Urfa und weiter südlich zu erreichen. Auf eine Strecke von hunderten von Kilometern besteht der Euphrat jetzt schon vorwiegend aus hintereinandergeschalteten riesigen Stauseen, und am Tigris steht Ähnliches bevor.

Neben diesem Großprojekt verblasen die hunderte von kleineren Stauanlagen des übrigen Landes, auch wenn sie zusammengenommen wesentlich mehr neue Bewässerungsfläche geschaffen haben. Die Türkei hat nicht nur das älteste moderne Bewässerungsgebiet des Nahen Ostens (außer Ägypten) in Cumra bei Konya (1914!), sondern inzwischen auch die flächengrößten neuen Bewässerungsgebiete dieses Raumes überhaupt. Lediglich die vertragsmäßige Einigung über die Wassernutzung mit den Unterliegern Syrien und Irak steht nach wie vor aus.

Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen

In der *Beschäftigungsart* und der *Beschäftigtenzahl* zeigt sich der Charakter

des Entwicklungslandes am deutlichsten. Zwar gibt es in der Industrie und in der Verwaltung aktuellste Entwicklungen, in vielen Verwaltungen sitzen hunderte modern gebildeter, mehrsprachiger Leute an den neuesten Computern, in den höheren Berufen ist die Frauen-Quote seit Jahrzehnten höher als in vielen Staaten des westlichen Europa, und die moderne Schulbildung gibt es mittlerweile in der vierten Generation.

Aber daneben gibt es eben die breite Masse des Volkes, und hier sieht es anders aus. Die Zahl der „offiziellen“ Arbeitslosen (um 8%) sagt wenig aus, da nicht alle Berufsgruppen gezählt werden können. In dem großen ländlichen Sektor gibt es überhaupt keine einschlägigen Statistiken. Dort gibt es aber den sehr großen Anteil der „mithelfenden Familienangehörigen“, der unbezahlten Frauen und Kinder, die arbeiten, ohne in irgendeiner Statistik zu erscheinen.

Schließlich ist es ein Kennzeichen von jung entwickelten Ländern, dass bei geringer Entwicklung des sekundären Sektors (Industrie und Gewerbe) der *Dienstleistungssektor* außerordentlich breit entfaltet erscheint. Eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Bediensteten, Schuhputzern, Türwächtern, Hausmeistern, Boten, Trägern, Chauffeuren und sonstigen Dienstleistern aller Art bläht diesen Sektor erheblich auf, sodass er mit dem Dienstleistungssektor moderner Industriestaaten nur begrenzt vergleichbar ist. Für viele Branchen namentlich des Handels gibt es selbst in kleineren Städten hunderte von Geschäften, die bei minimalem Verdienst vor allem zahlreiche Menschen beschäftigen.

Alles will nach Istanbul

Die regionale Verteilung von modernem Gewerbe und junger Industrie sollte eigentlich entsprechend der Bevölkerungsverteilung über die Städte des ganzen Landes gestreut sein, aber das ist nur begrenzt

so. Zwar ist das traditionelle Handwerk, auch in seinen inzwischen modernisierten, mechanisierten Formen, so gut wie überall vertreten, und die Entwicklung der letzten hundert Jahre hat nur wenige Branchen ganz zum Erliegen gebracht. Aber alles was die Betriebsform moderner Industrie hat und nicht gerade durch Bodenschätze oder staatliche Order an einen bestimmten Standort gebunden ist, bevorzugt eine Lage im Ballungsraum von Istanbul.

Gewerbe-Beschäftigte nach Branchen 1996 (nach Statistical Yearbook of Turkey 1997)

Land- u. Forstwirtschaft,	
Fischerei	9 962 000
Bergbau, Steine u. Erden	162 000
Gewerbliche Produktion („manufacturing“)	3 134 000
Elektrizität, Gas, Wasser	82 000
Bauwesen	1 356 000
Groß- u. Einzelhandel,	
Restaurants, Hotels	2 704 000
Transport, Verkehr, Lagerung	917 000
Finanz, Versicherg.,	
geschäftl. Dienstleistungen	453 000
Gesellschaftl., soziale u.	
persönl. Dienstleistungen	2 928 000

Das ist die Folge eines gewissen *Selbstverstärkungs-Effekts*: In Istanbul saßen schon seit langem die Bevölkerungskreise mit der relativ höchsten Bildung und mit den höchsten Ansprüchen, hier war also schon seit Jahrhunderten der hochwertige Absatz zu erwarten. Auch heute verkauft man natürlich moderne Haushaltsmaschinen oder höheren persönlichen Bedarf am besten in Istanbul. Versicherungen, Zeitungen, Banken etc. finden ihr gut ausgebildetes Personal wie auch ihren wichtigsten Kundenkreis am ehesten hier. Aus diesem Grunde erfolgt ständiger Zuzug, die Stadt wächst überdurchschnittlich, und damit wachsen wiederum die Absatzchancen. Es ist verständlich, dass auch neu gegründete Firmen in

die Nähe von Istanbul streben, in eine Metropole, deren Ballungsraum zwischen Adapazari und Bursa inzwischen (1999) sicher um 15 Millionen Menschen umfasst. Nach den jüngsten erreichbaren Zahlen von 1997 (gültig für 1990) hat Istanbul allein 16,6 Millionen, Ankara 2,56, Izmir 1,76, Adana 0,91, Bursa 0,83, Gaziantep 0,60, Konya 0,53 Millionen Einwohner, und so weiter.

Die industrielle Entwicklung der meisten Städte hinkt Istanbul erheblich hinterher. Der Abstand zwischen dieser *primate city* und den übrigen Städten einschließlich Ankara, vergrößert sich. Jeder Karte der Beschäftigten in Industrie und Gewerbe zeigt den Wasserkopf von Istanbul neben einer ganzen Reihe von Standorten sekundärer Bedeutung.

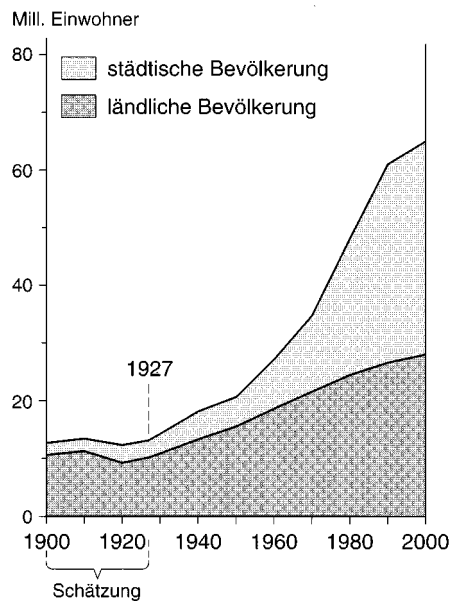
Dieser Unterschied zwischen Istanbul und den meisten anderen Städten ist am gravierendsten, wenn man neben Istanbul die Städte des östlichen Anatolien in die Analyse einbezieht. Hier ist nicht nur der Markt fern und schwer erreichbar, sondern auch die lokalen Ansprüche sind viel weniger entwickelt. Wo in Istanbul, Ankara oder anderen westanatolischen Städten bereits in modernen Geschäften modische Produkte an eine besser ausgebildete Bevölkerung verkauft werden, da sind es in gleich großen Orten Ostanatoliens Pflugscharen, Pumpen, Gebrauchtkleidung, bunte Stoffe oder billige Gebrauchsgüter, die dem Bedarf entsprechen.

Eine allgemeine Tendenz zur Verstädterung

Nun hat allerdings die rasch wachsende Bevölkerung auch in den Provinzen ein beträchtliches Ansteigen gewerblicher Arbeitsplätze zur Folge. An den Rändern fast aller größeren Städte wachsen die von der Kommune geplanten Gewerbeparks in die Breite, zum Teil über Quadratkilometer hinaus. Hier kann jede Werkstatt mit Kraftfahrzeug-Zufahrtsmöglichkeit rechnen, und zwar in großen, rechtwinklig geplanten Gewerbeblöcken mit elektrischem Strom und Maschinenanschluss. Das produzierende Handwerk ist aus den alten Bazar-nahen Standorten der Innenstädte im Wesentlichen schon ausgezogen. Allerdings lassen sich die landestypischen Traditionen trotzdem nicht ganz verdrängen: Nach wie vor sitzen die einzelnen Gewerbe, jetzt in modernen Werkstätten, branchenweise zusammen, und zwar in staatlich oder kommunal vorgefertigten Räumen von genormter Größe. Die alte Branchensortierung des Bazars lebt also in gewandelter Form weiter.

Die Folge dieser Entwicklung ist das starke Wachstum auch von regionalen Metropolen. Ein großer Teil der Neustädter kommt dabei, wie zu erwarten, aus der betreffenden Region. Für das Land als Ganzes bedeutet das eine Tendenz zur Verstädterung, die sich in den letzten beiden Jahrzehnten erheblich verstärkt hat. Inzwischen (1999) dürften etwa 60% der Bevölkerung in den Orten wohnen, die eine *Belediye* (einen Stadtrat) haben und damit als Stadt gelten. Mit dieser Entwicklung gleicht sich die Türkei einem Trend an, der überall auf der Welt schon seit längerem zu bemerken ist.

Abb. 4: Städtische und ländliche Bevölkerung 1900–2000



Für die einzelne zugezogene Familie bedeutet dieses Übersiedeln in die Stadt sehr gravierende Einschnitte. Zunächst geht es um eine Unterkunft, und die muss schnell und billig beschafft werden. Die Folge sind zahllose selbstgebaute, mehr oder weniger illegale Einfamilien-Häuser (*gecekondu* = „über Nacht gebaut“) auf nicht-privatem Grund, die zwar ein Dach über dem Kopf bieten, aber kaum städteplanerischen Ansprüchen genügen: Strom-, Wasser- und Abwasserleitungen finden zunächst keine Anschlüsse. Trotzdem werden diese Viertel – in großen Städten bisweilen bis zur Hälfte der Bevölkerung umfassend – aus politischen Gründen irgendwann legalisiert. Die Folge sind erfahrungsgemäß bei Naturkatastrophen, wie z. B. bei den Erdbeben von 1999, ganz erhebliche Schäden an den nicht solide genug errichteten Bauten.

Dem stehen allerdings wesentliche Vorteile für die „Neustädter“ gegenüber: Die Zahl möglicher ungelernter Berufe ist in Städten erheblich höher als auf dem Land, Krankenhäuser und Schulen sind in erreichbarer Nähe, Landsleute und Freunde aus der Herkunftsgegend sind meist schon da und helfen weiter, das reiche Geschäftsleben selbst mittlerer Städte erlaubt mindestens das Kennenlernen moderner Produkte, und die Frauen stehen nicht mehr unter der ständigen Aufsicht ihrer Schwiegermütter. Die Vorteile überwiegen, und der marginale Geldverdienst ist oft noch höher als das bisherige Bargeld-Einkommen aus der Landwirtschaft.

Moderne Fabriken und ein gutes Bildungssystem

Die modernen, größeren Fabriken kann man schon längst nicht mehr einzeln aufzählen, es sind viel zu viele. Istanbul hat hunderte von chemischen Fabriken, die Gebrauchsgüter und auch Heilmittel herstellen, mit oder bisweilen auch ohne Lizenzen, aber immerhin zu Preisen, die auch der einfache Türke bezahlen kann. In mehreren Städten des Westens gibt es inzwischen nicht nur Auto-Montagewer-

ke, sondern durchaus auch richtige Autofabriken, in denen entsprechende Fahrzeuge hergestellt werden, bei denen nur noch ein geringer Prozentsatz der Teile importiert werden muss. Diesen Anteil importierter Maschinenteile zu reduzieren und so viel wie möglich im Lande selbst zu produzieren, ist ein erklärtes Ziel aller bisherigen Regierungen.

Fast alle diese modernen Fabriken haben – nur zum Teil mit Hilfe einiger westlicher Ingenieure – inzwischen in fast jeder Hinsicht zufriedenstellendes Niveau erreicht. Die Exaktheit der Fertigung und der geringe Prozentsatz von Ausschuss unterscheidet sich kaum von westlichen Vorbildern. Den ehemaligen Ostblockländern auf dem Balkan fühlt man sich in Vielfalt und Qualität der Produktion zu Zeit sogar durchaus überlegen. Der Vorteil der Türkei, der zur Zeit noch die Konkurrenzfähigkeit garantiert, sind bisher die deutlich geringeren Löhne. Damit wird es vorbei sein, wenn die soziale Entwicklung in einigen Jahrzehnten diesen Unterschied zu anderen Teilen Europas aufgeholt hat. Ein wachsender Teil der „tertiären Dienstleistungen“ liegt im Bildungssystem des Landes. Der Schulbesuch der Kinder dürfte in Westanatolien inzwischen fast vollständig sein, in Ostanatolien hinkt der Anteil besonders weiblicher Schüler noch deutlich nach. Die zugänglichen türkischen Statistiken geben einen *Analphabeten-Anteil* an den über 7-Jährigen (für 1994/95) von 3,7% der Jungen und 5,7% der Mädchen (gesamt = 9,4%) an; die Deutsche Statistik 1990 kommt auf 13,5% der Jungen und 31,8% der Mädchen über 15 Jahren. Das ist zwar in jedem Fall die weitaus höchste Rate in Europa, aber man muss dabei den Ausgangspunkt um die Zeit des Ersten Weltkrieges bedenken, als keine 5% der Jungen in die Schule gingen. Mädchen überhaupt nicht. Im höheren Bildungswesen hat die Türkei heute sogar mit etwa 60 Hochschulen im Universitätsrang eine gewisse Übersättigung, der die Qualität und Ausstattung der entsprechenden Fakultäten nicht ganz entspricht.

Zwischen Tradition und Moderne

Jahrhundertlang hatte die Türkei eine Sozialordnung, die den Idealen eines islamischen Staates entsprach und die noch in der frühen Neuzeit als modern und Europa überlegen, auch und gerade im Punkt religiöser Toleranz, angesehen werden muss. Anfang dieses Jahrhunderts jedoch, als 1918 das Osmanische Reich zusammenbrach und 1923 die junge Republik entstand, war das kaum veränderte traditionelle Sozialsystem mehr oder weniger erstarrt. Der Abstand zu Europa war recht groß geworden und wichtige, auch soziale Neuerungen mussten dringend stattfinden. Deren Durchsetzung in den seitherigen Jahrzehnten ist das große Anliegen aller bisherigen Regierungen.

Das allgemeine Kennzeichen jeglicher Modernisierung des Landes ist ihr selektives Durchdringen „von oben nach unten“. Manche Verhaltensweisen, die in der städtischen Oberschicht schon seit zwei bis drei Generationen selbstverständlich sind, gelten auf dem Land oder in Ostanatolien

immer noch als fremdartig, unislamisch oder ungebührlich. Gewisse Sitten von einfachen Gastarbeitern oder deren Frauen fallen in Westeuropa als fremd auf; türkische Ingenieure, Ärzte oder Studenten hingegen bemerkt man überhaupt nicht. Ein ganz elementarer sozialer Unterschied gibt sich in der *Geburtenhäufigkeit* nach Regionen des Landes und nach sozialen Klassen zu erkennen. Die durchschnittliche Kinderzahl ist auf dem Land höher als in den Städten, im Osten erheblich höher als im Westen, und bei der sozialen Unterscheidung deutlich höher als bei der Oberschicht, deren Geburtenrate nicht viel anders als in Europa ist. Insgesamt ist in den Jahrzehnten seit 1955 die Wachstumsrate der Staatsbevölkerung von fast 3% auf etwa 1,56% und damit schon fast auf europäisches Niveau gesunken. Die Angleichung des Bevölkerungswachstums an den europäischen Durchschnitt ist also abzusehen.

Ein Hauptunterschied zu Europa in der traditionellen Sozialstruktur ist ihre *Durchlässigkeit* von „oben“ nach „unten“ und umgekehrt. Schon immer galt das Prinzip, dass keine Standes-Schranke einem einfachen Bediensteten den Aufstieg zum Minister verwehrte. Eine ähnliche Mobilität galt (und gilt zum Teil noch heute) für den ländlichen Grundbesitz, der bis zum 19. Jahrhundert nur im Fall geistlicher Stiftungen langfristig gesichert war und in der gleichen Hand blieb. Das Fehlen eines legitimen Landadels, wie er in Europa herrschte, homogenisierte zwar die Landbevölkerung, verhinderte aber andererseits die Bildung einer ländlichen Oberschicht und hielt viele Innovationen fern. Agrartechnik und ländliche Sozialordnung blieben bis in unser Jahrhundert konstant und auf altertümlichem Niveau.

Die wesentlichen sozialen Schranken waren vertikal und trennten *religiöse Gruppen*, die als *Millet* sogar einen bestimmten juristischen Status hatten, voneinander ab. Teilweise wirkten auch *ethnische Schranken* gruppenbildend. Mit einigen Modifikationen ist das bis heute so geblieben. „Aufsteigen“ kann jedoch fast jeder ohne Rücksicht auf Herkunft und Familie. Mindestens jeder Muslim konnte das auch schon immer.

Durch traditionelle Schranken waren in der Bevölkerung in Osmanischer Zeit lediglich *christliche Griechen* und *Armenier* sowie *Juden* getrennt, und ihre Reste sind das – nicht zuletzt aufgrund ihres Minoritäten-Status – bis heute. Bis zum Anfang dieses Jahrhunderts machten diese Minoritäten einen merklichen Prozentsatz der Bevölkerung der heutigen Türkei aus (etwa um 15%), aber während oder nach dem Ersten Weltkrieg wurden sie ausgetauscht, umgesiedelt, vertrieben, vernichtet oder assimiliert. Heute, nach den großen Auswanderungswellen der letzten Jahrzehnte, leben in der Türkei nur wenige zehntausend Armenier und einige tausend Griechen und Juden, fast alle davon in Istanbul.

Die Kurden

Die einzige Gruppe, die man heute als nennenswerte Minorität auffassen kann,

sind die Kurden. Alle sonstigen ethnischen Minderheiten umfassen nur einige zehntausend Menschen und gehen zumeist auf islamische Umsiedler des 19. Jahrhunderts (*Muhacir*) zurück. Sehr viele dieser ethnischen oder religiösen Sondergruppen werden zudem weder vom Staatsvolk noch von sich selbst überhaupt als „Minderheit“ angesehen.

Die indogermanischen (iranischen) Dialekte der Kurden, die allerdings stark mit Turkizismen durchsetzt sind, wirken als hauptsächlich Unterscheidungsmerkmal dieser wichtigen Minorität. Nach der Religion, der sonst üblichen traditionellen Differenzierung, sind sie zumeist schafiitische Muslime, während die eigentlichen Türken hanefitische Muslime sind. Dieser Unterschied wird jedoch von der Mehrzahl der Menschen überhaupt nicht bemerkt, er hat nie einen Unterschied beider ethnischer Gruppen konstituiert.

Die türkische Statistik gibt (für 1992) 6,2 Millionen Kurdisch-Sprecher an, also rund 10% der Bevölkerung. Dieser Prozentsatz müsste theoretisch steigen, da die durchschnittliche Kinderzahl in den kurdisch besiedelten Ostgebieten erheblich höher ist. Aber wahrscheinlich wird dieser wachsende Überschuss durch Assimilation von Kurden im Westen wieder ausgeglichen.

Dass die Existenz der Kurden überhaupt zu einem Problem in der Gegenwart werden konnte, ist eine *Folge der modernen Entwicklung*. Bis zum Anfang dieses Jahrhunderts kümmerte sich niemand um die Sprache des einfachen Volkes. Wer Muslim war, „gehörte dazu“. Bis in höchste Regierungsämter und in allen Berufsgruppen können sich auch heute Menschen ohne weiteres und konsequenzenlos zu ihrer kurdischen Herkunft bekennen. Jeder weiß von kurdischen Ministern, Generälen, Abgeordneten oder Professoren. Nur ihre öffentliche Sprache muss türkisch sein.

Als jedoch vor allem in der Zeit seit den sechziger Jahren der Staat mit der *Schulpflicht* ernst machte, war moderne Bildung und jede Art sozialer Aufstieg nur über die türkische Staatssprache zu erreichen. Auch dem Letzten musste bewusst werden, dass seine Kinder nicht in der Muttersprache, sondern in der fremden Staatssprache erzogen werden sollten. Das muss etwa so sein, als wenn in Bayern und Sachsen alle Kinder gezwungen würden, ab erster Volksschulklasse nur noch tschechisch zu sprechen. Das Problem hat bisher schon zehntausende von Todesopfern gefordert und ist bis heute nicht gelöst.

Kemal Atatürk und die Anpassung an die moderne Welt

Abgesehen von diesem ungelösten Problem sind so gut wie alle anderen Fragen der Anpassung an die moderne Welt gelöst worden oder ihre Lösung ist auf dem Weg. Die Mehrzahl der notwendigen Anpassungen an die Moderne wurde bereits von dem Republik-Gründer *Kemal Atatürk* in den zwanziger und dreißiger Jahren vollzogen. Es ist nicht möglich, diese Modernisierungen hier im Einzelnen aufzuführen. Sie sind auch im Wesentlichen bekannt und oft genug analysiert.

Die wichtigsten waren sicher die Anpassung des *Rechtswesens* an westliche Gesetze, die *Schriftreform* zur Einführung des lateinischen Alphabets, die juristische *Gleichstellung von Frauen und Männern*, die *Trennung von Staat und islamischer Religion*, der (zunächst theoretische) *Schulzwang* und vieles andere mehr. Dass der traditionelle Fez durch den modernen Hut oder die westliche Mütze ersetzt wurde, war eine Äußerlichkeit, die aber vielen Türken zunächst durchaus typisch und wesentlich erschien. Natürlich drangen die Reformen zuerst in der neuen Hauptstadt Ankara durch, auch in Istanbul, während es auf dem Land länger dauerte. Das Prinzip der Erneuerung wurde und wird jedoch von der überwältigenden Mehrheit des Volkes getragen.

Das Prestige des Staatsgründers und die Nachhaltigkeit seiner Reformen waren derart groß, dass jegliche Kritik daran bis heute schwer möglich ist. Viele Äußerlichkeiten jener Zeit wirken nach wie vor, und die sozialen Umwälzungen, die anderswo der Zweite Weltkrieg gebracht hat, fanden nicht statt. Symbolisch für den republikanischen Staat sind beispielsweise wie eh und je die Regierungsgebäude in der Neustadt von Ankara, deren Stil in der Monumentalität dem entspricht, was in großen Teilen Europas in den dreißiger Jahren üblich war. Vieles am Verhalten verantwortlicher Militärs und Beamter erinnert ein wenig an Zeiten, die im westlichen Europa schon seit Jahrzehnten nicht mehr üblich sind. Die reale Entwicklung der Gegenwart wird jedoch viel weniger, als es zunächst scheint, von den offiziellen politischen und militärischen Eliten gesteuert als vielmehr von den modernen Geschäftsleuten, Bankiers, Technikern und Wissenschaftlern, und zwar durchaus bis in mittlere Ränge hinab. In diesen Kreisen vollzieht sich unauffällig die ständige Modernisierung und die Angleichung an europäische Normen.

Der Staat bemüht sich natürlich, soziale Unterschiede herunterzuspielen oder zu negieren. Klassisches Beispiel dafür ist die *Schuluniform* der Volksschüler: Alle sozialen Unterschiede werden durch den Zwang zu einheitlicher Kleidung ausgeglichen. Man sieht den Kindern nicht an, woher sie kommen, und das ist die Absicht.

Die religiöse Homogenität

Ein sehr wesentlicher sozialer Vorteil ist heute die religiöse Homogenität der Bevölkerung. Seit den Ereignissen des Ersten Weltkrieges, seit dem Ende der griechischen und armenischen Minorität, ist der Großteil der türkischen Bevölkerung von gleicher Sprache und Religion, und früher ethnisch bedingte Differenzen sind ausgeschaltet. Im Sinne der ethnischen Homogenisierung hat also der Erste Weltkrieg und seine Folgen vereinheitlichend gewirkt. Die Türken sehen nicht die Methoden, aber das Ergebnis aus staatspolitischer Sicht als ein wichtiges Positivum. Lediglich das Sprachproblem mit der kurdischen Minorität ist neu dazu gekommen. Religiöse Differenzierungen gibt es unter den Einwohnern der Türkei kaum. Die

Masse der türkischen Staatsbürger sind *hanefitische* Muslime, der Großteil der Kurden sind davon kaum zu unterscheidende *schafitische* Muslime, was weitaus weniger ausmacht als der Unterschied zwischen Lutheranern und Reformierten in Mitteleuropa. Im mittleren Ostanatolien gibt es noch eine nicht genau bekannte Zahl (einige hunderttausend?) von *Aleviten*, die auch eine islamische, allerdings der Schia nahestehende Glaubensrichtung vertreten. Lediglich zu diesen Aleviten bestehen gewisse Reserven, wozu die historisch bedingte Geheimhaltung ihrer Glaubens-Besonderheiten wohl beiträgt. In einfachen Volksschichten wird das Konnubium verweigert, und zahlreiche phantasievolle Geschichten gehen über sie um.

Standesunterschiede

Ziemlich wichtig scheinen soziale Unterschiede zwischen solchen Berufsgruppen zu sein, die jeweils für sich selbst einen höheren Rang beanspruchen. Dem fremden Beobachter scheint es manchmal so wie in den Geschichten von mitteleuropäischen Urgroßeltern: Der „Stand“ definiert, wer mit wem verkehrt. Der türkische Gastprofessor in Deutschland grüßt die türkische Putzfrau nicht. Offiziere und einfache Soldaten sind fast so stark geschieden wie in Mitteleuropa zur Zeit des Ersten Weltkrieges. In jedem Geschäft sitzt der „Chef“ allein an der Kasse und hütet sich, inferiorer Arbeiten zu machen, und jeder respektiert diese Selbstverständlichkeit. Das Standesbewusstsein gehört mit zu der sehr ausgeprägten Ehrauffassung vieler Türken, zu dem klaren Bewusstsein dessen, was „man“ tut und was nicht. Soziologen haben nicht selten den Eindruck, dass Gesichtspunkte der „Gehörigkeit“ oder „Ungehörigkeit“ so deutlich ausgeprägt sind, dass sie bisweilen rationale Entscheidungen hinauszögern.

Das regionale Gefälle

Die regionale Ungleichheit des Entwicklungsstandes folgt gewissen Chancen und Begrenzungen der Lage und der natürlichen Möglichkeiten: Zunächst einmal ist selbstverständlich wie fast überall das flache Land gegenüber den Städten, auch gegenüber den kleineren Städten, benachteiligt. Darüber hinaus gilt natürlich auch, dass alle Gebirgslandschaften schlechtere Entwicklungschancen haben als die agrarisch und verkehrsmäßig begünstigten Ebenen. Das ist überall so und differenziert die Türkei nicht anders als andere Staaten. Allerdings kann man bei der Türkei schon relativ deutlich die so benachteiligten Gebiete aus jeder Karte ablesen.

Dazu kommen nun *drei Richtungen des Entwicklungsgefälles*, die landestypisch sind: Im *Osten* zunächst ist jede Entwicklung durch periphere Entlegenheit und geringere durchschnittliche Bildung gebremst. Zudem hat jedes produzierte Produkt eine Distanz von 1500 km bis Istanbul; der Weg nach Europa ist um ein Drittel länger als von der Metropole am Bosphorus. Die Chancen wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit sind nicht überwältigend.

Im *inneren Hochland* gibt es den Vorteil geschlossenerer Agrarwirtschaft aufgrund flacheren Geländes, dazu kommt die Existenz einer ganzen Reihe großer und expandierender Städte als Marktzentren und Verkehrsknoten. Der einstige militärische Vorteil der Unzugänglichkeit, der noch um den Ersten Weltkrieg galt, spielt allerdings keine Rolle mehr; die Lokalisierung der Hauptstadt in Ankara folgte zum Teil damals solchen Sicherheitsüberlegungen aus dem ersten Viertel des 20. Jahrhunderts. Darüber hinaus sind alle demographischen, landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklungsmöglichkeiten durch den Wassermangel eingeschränkt.

Die *Küstenregionen* hingegen sind die ei-

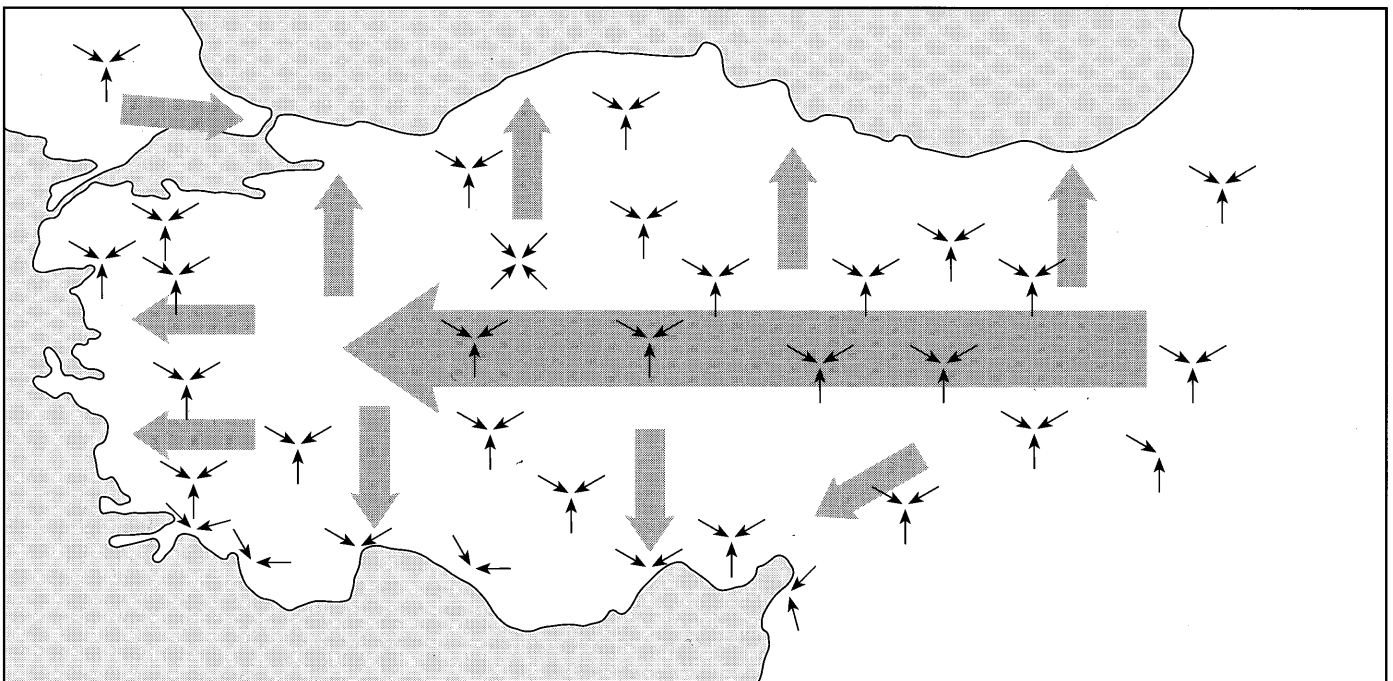
gentlichen Entwicklungsräume der Gegenwart und der Zukunft. Sie waren noch Ende des 19. Jahrhunderts auffallend unentwickelt und dünn besiedelt, ihr Fortschritt ist jedoch seit Jahrzehnten am stärksten. Hier gibt es die vielfältigsten Möglichkeiten agrarischer Innovation, und hier bieten sich in der Nähe seeschifftiefen Wassers genug Ansatzpunkte für die Entwicklung der Industrie. Süßwasser steht von den Randgebirgen her ausreichend zur Verfügung, und die mäßigen Winter erfordern keinen allzu hohen Energieaufwand. Hier konzentriert sich der Fremdenverkehr, bringt Geld ins Land und gibt Impulse. Die Küsten können überdurchschnittlich wachsen, und die Städte in Küstennähe ganz besonders.

Die Vorteile von Küstenstandort und Europa-Nähe, verbunden mit den Chancen des qualifiziertesten Personals und des größten Marktes, treffen in Istanbul oder besser im Raum von Istanbul zusammen. Es ist verständlich, dass auf diesen Brennpunkt der Entwicklung die Ströme der Binnenwanderung vor allem gerichtet sind.

Literaturhinweise

Andrews, P. A.: Ethnic Groups in the Republic of Turkey. – Beihefte zum Tübinger Atlas des Vorderen Orients Reihe B, Nr. 60. Wiesbaden 1989.
 Christiansen-Weniger, F.: Ackerbauformen im Mittelmeerraum und Nahen Osten, dargestellt am Beispiel der Türkei. – Frankfurt 1970.
 Grothusen, K.-D. (Hrsg.): Türkei. – Südosteuropa-Handbuch Bd. IV, Göttingen 1985.
 Höhfeld, V. (Hauptautor): Baedeker Allianz Reiseführer Türkei. – Ostfildern b. Stuttgart 1993.
 Hütteroth, W.-D.: Türkei. – Wissenschaftliche Länderkunden Band 21 Darmstadt 1982.
 Länderbericht Türkei 1994. – Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart 1994.
 McCarthy, J.: Muslims and Minorities – The population of Ottoman Anatolia and the End of the Empire. – New York 1983.
 Planck, U.: Das generative Verhalten der Landfrauen in der Türkei. – Orient 32/3. 1991, S. 449–463.
 State Institute of Statistics: Türkiye İstatistik Yıllığı /Statistical Yearbook of Turkey 1997. – Ankara 1998.

Abb. 5: Bevölkerungsfälle Ost-West, innen-außen, Land-Stadt



Vom osmanischen Vielvölkerreich zum türkischen Nationalstaat

Der Weg der Türkei zu einem modernen europäischen Staat

Ein geschichtlicher Abriss

Von Fikret Adanir

Prof. Dr. Fikret Adanir lehrt Geschichte Südosteuropas (mit besonderer Berücksichtigung der osmanisch-türkischen Geschichte) an der Ruhr-Universität Bochum

Im Gefolge des Ersten Weltkrieges schrumpfte das Osmanische Reich zur Türkei. Modernisierungsströmungen hatte es zwar schon vorher gegeben. Doch erst jetzt konnte der Weg zu einem modernen säkularen Staat konsequent und radikal gegangen werden, unter Führung von Kemal Pascha, der den Beinamen Atatürk erhielt: Vater der modernen Türkei. Letztlich vollzog er mit Hilfe einer „Erziehungsdiktatur“ eine Kulturrevolution, die jedoch nicht un widersprochen hingenommen wurde, bis zum heutigen Tag. Die Entwicklung des türkischen Parteiensystems, die politischen Krisen wie auch die Interventionen des Militärs sind letztlich zu begreifen vor der Auseinandersetzung darum, ob sich die Türkei als islamischer oder moderner säkularer Staat definieren soll. Der Anschluss an die EU würde das vollenden, wovon die türkische Elite seit rund 200 Jahren träumt: die Türkei als moderner europäischer Staat. *Red.*

Versuche, das Osmanische Reich zu reformieren, schlugen fehl

Die Ausrufung der Republik Türkei am 29. Oktober 1923 wurde von einem profunden Kenner universalgeschichtlicher Zusammenhänge als „ein Denkmal zur Vormachtstellung der westlichen Zivilisation in der modernen Welt“ charakterisiert (*Arnold Toynbee*). In der Tat kann der Übergang vom osmanischen Vielvölkerreich zum Nationalstaat des 20. Jahrhunderts durchaus als Folge spätosmanischer Bemühungen um die Reformierung von Staat und Gesellschaft nach europäischen Vorbildern gesehen werden. Schon 1876 hatte die Reformbewegung *Tanzimat* die Gewährung einer Verfassung durchgesetzt und somit das Reich in eine konstitutionelle Monarchie umgewandelt. Die Reformer waren dabei von der Hoffnung getragen, die auseinanderstrebenden Interessen einzelner Reichsvölker im Rahmen eines parlamentarischen Systems versöhnen zu können. Alle Untertanen des Sultans sollten unabhängig davon, welcher Religion oder ethnischen Gruppe sie angehörten, rechtlich gleichgestellte Bürger ein und desselben osmanischen Vaterlandes sein. Die Verwirklichung dieser integrativen Ideologie des „Osmanismus“ implizierte

auf lange Sicht die Ersetzung der alten Konfessionsgemeinschaften (*Millets*) durch einen säkularen und demokratisch legitimierten Territorialstaat. Dies entsprach jedoch kaum den Interessen der nationalen Befreiungsbewegungen osmanischer Völker, deren Eliten im Rahmen des für sie günstigeren alten Systems auf die „Wiedergeburt“ ihrer jeweiligen Nation hinarbeiteten. Dass es praktisch unmöglich war, das Territorium des Reiches, auf dem man seit Jahrhunderten in einer Gemengelage gelebt hatte, nach nationalen Gesichtspunkten „gerecht“ aufzuteilen, wurde ignoriert. Ebenso gering schätzte man die Bedeutung der Tatsache, dass manches Gebiet, das man im Namen des historischen Rechts für die eigene Nation reklamierte, vielleicht mehrheitlich von einer anderen ethnischen Gruppe besiedelt war. Es war zudem schon eine Ironie der Geschichte, dass gerade der Westen, dessen Gleichheitsideal die osmanischen Reformer anstrebten, für die Respektierung der historisch gewachsenen Privilegien der christlichen Völker, somit faktisch für die Beibehaltung des alten Konfessionssystems im Orient eintrat. Denn eine konsequente Reformierung, d. h. auch Säkularisierung des Osmanischen Reiches, würde auch die Interessen der europäischen Großmächte beeinträchtigen. So wäre dadurch der exterritoriale Status der Europäer im Orient ebenso unhaltbar geworden, wie die Protektorsansprüche der Mächte in Bezug auf die orientalischen Christen gegenstandslos geworden wären, weil beide auf dem Konfessionalisitätsprinzip fußten. Nicht zuletzt erschiene auch die wirtschaftliche *Open-door*-Politik gegenüber dem Osmanischen Reich, welche die Mächte unter kollektiver Anstrengung aufrechterhielten, in Frage gestellt.

Die osmanischen Reformer stießen aber auf Widerstand auch von Seiten der muslimischen Bevölkerungsmehrheit. Die Muslime sahen sich als das staatstragende Element überhaupt, das jedoch wirtschaftlich und sozial schlechter gestellt sei als die nichtmuslimischen Mitbürger. Die Unzufriedenheit vertiefte sich infolge der katastrophalen Niederlage im Krieg gegen Russland 1877/78, als Hunderttausende muslimischer Flüchtlinge aus dem Balkan und Kaukasus Zuflucht in Kleinasien suchten. Die Regierung *Abdulhamids II.* (1876–1909) war bestrebt, diese Unzufriedenheit der muslimischen Bevölkerung für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Als erstes setzte er die Verfassung von 1876 außer Kraft und duldete für Jahrzehnte keine liberale Opposition mehr.

Säkularisierende Reformen der vorangehenden Epoche wurden nun als die eigentlichen Ursachen der eingetretenen Katastrophen hingestellt. Gegenüber der offensichtlich überlegenen Kultur des modernen Europa stellte man die großen Leistungen der islamischen Zivilisation in der Vergangenheit heraus. Angesichts der Expansionspolitik der Kolonialmächte in den muslimischen Gebieten Afrikas und Asiens gelang es dem Sultan außerdem, das seit langem verblasste Amt des Kalifats zu reaktivieren und als Beschützer aller Muslime aufzutreten.

Die „Jungtürken“ und die Gründe ihres Scheiterns

Die jungtürkischen Intellektuellen, die in den 1890er Jahren in disparaten Gruppierungen im Exil zusammenkamen, waren hauptsächlich durch ihre Opposition gegen das Regime Sultan *Abdulhamids* geeint. Sonst zeigte man sich aber unfähig, eine breitere Basis für eine konstruktive gemeinsame Politik zu finden. Während die Mehrheit, darunter armenische, albanische und arabische Organisationen, für die Dezentralisation des Reiches mit entsprechender regionaler Autonomie eintrat und um dieses Zieles willen sogar bereit war, die Großmächte zu militärischen Interventionen aufzufordern, bestand die Minderheit, die als „zentralistisch“ galt, auf der Respektierung der osmanischen Souveränität. Diesen Zentralisten sollte es Ende 1907 vorerst gelingen, die übrigen Gruppierungen auf ein Aktionsprogramm zu verpflichten, das im wesentlichen die Wiedereinführung der Verfassung zum Ziel hatte. So kam es zu einer spektakulären Völkerverbrüderung in den Tagen der jungtürkischen Revolution im Sommer 1908.

Indes wurde die nationale Frage keineswegs gelöst. Die gegensätzlichen Interessen traten in den Parlamentswahlen im Spätherbst 1908 offen zutage, als die vielen Unregelmäßigkeiten das Vertrauen zum zentralistischen jungtürkischen Komitee *Einheit und Fortschritt* zusätzlich untergruben. Die feindliche Haltung der Nachbarstaaten und einiger Großmächte war ein weiterer Faktor, der zur Destabilisierung des neuen Regimes beitrug. Die bulgarische Unabhängigkeitserklärung, die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn und die *Enosis* (Wiedervereinigung) der Insel Kreta mit Griechenland im Oktober 1908 waren aufeinander abgestimmte Handlungen, in hohem Maße geeignet, die verfassungsmäßige Ordnung im Osmanischen Reich zu diskreditieren.

Ein wichtiger Grund für das Scheitern der Jungtürken ist jedoch darin zu sehen, dass ein muslimisches Bürgertum, das als Träger des neuen konstitutionellen Systems hätte dienen können, nicht vorhanden war. So stützte sich die Reformbewegung hauptsächlich auf die grundbesitzende Schicht und die Militärs. Von den muslimischen Massen, deren Interessen die Jungtürken zu artikulieren glaubten, waren sie kulturell entfremdet. Überwiegend Anhänger positivistischer Lehren und diverser sozialdarwinistischer Vorstellungen,

glaubten sie, die Rückständigkeit des Landes auf den islamischen Glauben der Bevölkerung zurückführen zu können. Ihr elitäres Denken dürfte weitgehend erklären, warum unter ihnen sich schließlich ein ungeduldiger Aktionismus durchsetzte, dem Gewalt als Mittel der Politik durchaus vertraut war. Die politischen Krisen, wie die anlässlich der „gegenrevolutionären“ Bewegung im Frühjahr 1909 oder die nach der Niederlage im Balkankrieg 1912/13, wurden nur dank der Intervention der Streitkräfte gemeistert. Unter dem zunehmenden Einfluss des Militärs zeigte sich das jungtürkische Komitee seit 1913 entschlossen, die Zügel im Sinne eines strengen Zentralismus straffer anzu ziehen. Die Niederlage im Balkankrieg wurde zum einen darauf zurückgeführt, dass die nichtmuslimischen Soldaten zum Feind übergelaufen und damit eine Demoralisierung in den osmanischen Reihen verursacht hätten, zum anderen aber darauf, dass der durchschnittliche osmanische Soldat es unter dem Einfluss eines multikulturellen Osmanismus verlernt habe, sich für die Ehre des Islam und des Vaterlandes aufzuopfern. Man sah es als erwiesen an, dass das Land künftighin eine neue Erziehung im nationalistischen Geist brauchte.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges erschien in dieser Perspektive auch als Chance, das jungtürkische Nationalprogramm in Gang zu setzen. Als erstes wurde das verhasste Regime der „Kapitulationen“, das die rechtliche Basis aller Privilegien der Europäer (Exterritorialität, Steuerfreiheit, eigene Postämter, niedrige *Ad-valorem*-Zollsätze) im Orient bildete, gekündigt. Bald danach erhob man das Türkische zum obligatorischen Medium der Korrespondenz in der Wirtschaft und ebnete damit den Weg für die Ersetzung der überwiegend christlichen Angestellten durch das Personal islamischen Glaubens. Im militärischen Bereich schließlich war man auch im Sinne des deutschen Verbündeten entschlossen, die Kolonialvölker durch pantürkische bzw. panislamische Aufstände im Kaukasus, in Ägypten oder Indien zu „revolutionieren“.

Der Erste Weltkrieg ließ vom Osmanischen Reich nur einen Rumpfstaat übrig

Als die ersten Initiativen an der Kaukasusfront im Winter 1914/15 mit einem Debakel endeten und die russische Armee, der Sympathie der armenischen Bevölkerung im Osten sicher, die Gegenoffensive eröffnete, geriet das jungtürkische Regime in eine prekäre Lage. Am Vorabend der Landung der Entente-Truppen an den Dardanellen (25. April 1915) entschloss man sich zu durchgreifenden Maßnahmen gegen die politischen Organisationen der Armenier: Wurden zunächst nur deren Führer in der Hauptstadt verhaftet, ging man Ende Mai 1915 dazu über, die gesamte armenische Bevölkerung des zur „Kampfzone“ erklärten Anatolien in andere Gebiete im Süden (Syrien und Mesopotamien) zu deportieren – eine Maßnahme, die aus der Sicht einer nationalistischen Clique die Lösung einer der schwie-

rigsten Probleme der spätoomanischen Geschichte versprach, die aber Hunderttausenden (wenn nicht gar über einer Million) von unschuldigen Menschen das Leben kostete. Trotzdem änderte sich die Lage im Osten erst, nachdem die russische Kaukasusarmee sich infolge der Oktoberrevolution 1917 aufgelöst hatte. Aufgrund des *Vertrags von Brest-Litovsk* (3. März 1918) konnten die Jungtürken nunmehr die Heimkehr der 1878 an Russland abgetretenen Distrikte Kars, Ardahan und Batum feiern. Im Juni 1918 ließ der Generalissimus *Enver Pascha* gar eine „Islamische Armee“ im Kaukasus aufstellen, mit dem Auftrag, Baku am Kaspischen Meer zu befreien. Kurz nach dem Erreichen dieses grandiosen Ziels brach jedoch die Front in Palästina zusammen, und der Erste Weltkrieg war für das Osmanische Reich verloren.

Wie es sich bald herausstellte, verhieß der Frieden dem altehrwürdigen Reich der Osmanen nichts weniger als die totale Auflösung. In Vorwegnahme jeglichen Widerstands liefen die Entente-Flotten im Herbst 1918 in den Bosphorus ein. Während Armenien im April 1919 die östlichen Vilayets annektierte, autorisierte man Griechenland, Izmir (Smyrna) und dessen Hinterland zu besetzen, was Mitte Mai 1919 vollzogen wurde. Die osmanische Regierung selbst hoffte immer noch darauf, aus den gegensätzlichen Interessen der Großmächte profitieren zu können. Die britisch-französische Zwietracht über die Abgrenzung der jeweiligen Einflusszonen im Nahen Osten schien in der Tat die Verhandlungsposition der Hohen Pforte zu stärken. Doch erwiesen sich alle diesbezüglichen Hoffnungen letztlich als Illusion, und man sah sich auch unter dem Eindruck des griechischen Vormarsches in Ostthrakien in Richtung Istanbul gezwungen, die Bedingungen des *Friedens von Sèvres* anzunehmen (10. August 1920).

Neben dem Verzicht auf die arabischen Provinzen zugunsten der Ententemächte gewährte man England, Frankreich und Italien ausgedehnte Einflusszonen auch im Süden bzw. Südwesten Kleinasiens. Armenien wurde als unabhängige Republik anerkannt, deren Westgrenze durch einen Schiedsspruch des US-Präsidenten *Wilson* bestimmt werden sollte. Östlich von Euphrat war ferner ein autonomes kurdisches Gebiet vorgesehen, das jedoch die Provinz Mosul im Süden mit einer kurdischen Mehrheit nicht einschloss. Griechenland erhielt Ostthrakien bis zur Çatalca-Linie, die Inseln Imbros und Tenedos sowie Izmir samt dessen Hinterland in Westanatolien, wo die Bevölkerung nach einer fünfjährigen griechischen Verwaltung durch Plebiszit bestimmen sollte, ob sie den endgültigen Anschluss an Griechenland wünschte. Vom Osmanischen Reich blieb somit nur ein Rumpfstaat im Norden Kleinasiens mit der Hauptstadt Istanbul übrig.

Der Aufstieg Atatürks

Der türkische Befreiungskampf ist als eine Widerstandsbewegung gegen die Bestimmungen der Versailler Friedensordnung im Nahen Osten entstanden. Sie begann

als eine Bewegung jener Kreise innerhalb der islamischen Bevölkerung, welche Repressalien oder gar Vertreibung zu befürchten hatten und sich daher von den regionalen Kadern des inzwischen verbotenen jungtürkischen Komitees mobilisieren ließen. So wurde schon Anfang November 1918 ein *Nationaler Islamischer Rat von Kars* gebildet, um die Übergabe dieser Provinz an die Armenier zu verhindern. Im Februar 1919 entstand im Gebiet um Trabzon am Schwarzen Meer, das von Griechen wie Armeniern beansprucht wurde, ein Verein mit ähnlicher Zielsetzung. Im März desselben Jahres kam man in Izmir zur „Ablehnung der Annexion“ durch Griechenland zusammen.

Gerade die Besetzung Izmirs im Mai schwächte die Position Entente-freundlicher Kräfte. Es fanden zum ersten Mal Massendemonstrationen statt, an denen neben den überwiegend jungtürkisch-nationalistischen Wortführern auch Vertreter der liberalen Intelligenz teilnahmen. Die Regierung des Sultans, die bis dahin den guten Willen des Westens betont hatte, verlor zunehmend an Ansehen. Auf der militärischen Ebene schließlich kam es jetzt zur Formierung der ersten Verbände der irregulären „nationalen Kräfte“. So wurden die vordringenden Griechen in eine Art Partisanenkrieg verwickelt, der mit wechselnder Intensität bis zum türkischen Sieg im Herbst 1922 andauern sollte.

Der Aufstieg *Mustafa Kemals* (später *Atatürk*) zum Führer der türkischen Nationalbewegung ist vor diesem Hintergrund zu betrachten. Er wurde im Frühjahr 1919 zum Inspekteur der Truppen in Ostanatolien ernannt, mit dem Auftrag, die lokalen Unruheherde besonders im Pontus-Gebiet zu unterdrücken und die Demobilisierung der Truppen zu überwachen. *Mustafa Kemal* war zwar Mitglied des Jungtürkenkomitees von Anfang an gewesen, war jedoch während des Krieges gegenüber der Führung der Bewegung auf Distanz gegangen. Zugleich genoss er aufgrund seiner Erfolge im Krieg – ein Held der Dardanellenschlacht – hohes Ansehen innerhalb des Offizierskorps. Seine neuerliche Mission im Osten eröffnete daher der in Formierung begriffenen Widerstandsbewegung neue Perspektiven. So wurde es unter *Mustafa Kemals* Leitung schon im Sommer 1919 möglich, Einigkeit darüber zu erzielen, dass die territoriale Integrität des Landes mit allen Mitteln zu verteidigen sei, wobei man davon ausging, dass das gesamte am Kriegsende noch von den osmanischen Truppen kontrollierte Gebiet den territorialen Bestand des unabhängigen osmanischen Staates bilde. Die Beschlüsse des „Kongresses von Sivas“ vom Anfang September desselben Jahres implizierten darüber hinaus eine gewisse Klärung der Minderheitenfrage: Die unterschiedlichen ethnischen Elemente der muslimischen Bevölkerung seien durch Gefühle des gegenseitigen Respekts und der Solidarität unzertrennlich miteinander verbunden. Was die nichtmuslimischen Staatsbürger betrifft, so hätten sie die gleichen Rechte und Pflichten wie die Muslime, ihr historisch gewachsener Sonderstatus sei jedoch abgeschafft.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung in Anatolien sah sich die Regierung in Istanbul genötigt, allgemeine Wahlen abzuhalten. Das neugewählte Parlament wurde von kemalistischen Abgeordneten aus der Provinz beherrscht. So wurde Ende Januar 1920 der sog. „Nationalpakt“ verabschiedet: Die Beschlüsse der Kongresse von Erzurum und Sivas erfuhren darin eine zusätzliche Bekräftigung. Die Reaktion der Regierung unter dem Druck der Besatzungsmächte auf diese Wende war die Auflösung des Parlaments. Der *Scheich ul-Islam* stellte außerdem ein islamrechtliches Gutachten aus, das *Mustafa Kemal* und seine Anhänger zu Rebellen erklärte. Diese drakonischen Schritte trugen aber ungewollt dazu bei, dass die Widerstandsbewegung fortan mit größerer Legitimität auftreten konnte. Denn das aufgelöste Parlament traf am 23. April 1920 als die *Große Nationalversammlung* in Ankara erneut zusammen, mit dem Anspruch, im Namen der gesamten osmanischen Nation zu handeln. In einem „Gegen-Fetwa“, ausgestellt vom Mufti von Ankara, wurde betont: So lange der Sitz des Kalifats von feindlichen Mächten besetzt gehalten und der Kalif daran gehindert werde, die zum Wohle der Nation nötigen Maßnahmen zu ergreifen, sei es Pflicht aller Muslime, den Kalifen zu befreien. Offensichtlich war dies ein Versuch, den Islam als ein nützliches Instrument der Legitimität gegenüber der Regierung des Sultan-Kalifen zu verwenden. Der Islam diene aber ohnehin als die Basis der Solidarität zwischen den ethnisch unterschiedlichen muslimischen Gruppen in Anatolien. *Mustafa Kemal* selbst betonte in dieser Zeit wiederholt, dass die politische Einheit des Landes, die herzustellen man entschlossen sei, eine alle ethnischen Elemente umfassende islamische Einheit sein würde.

Ein Krieg an drei Fronten

Die Widerstandsbewegung weitete sich seit Sommer 1920 zu einem regelrechten Krieg an drei Fronten aus: Im Osten errang man im November 1920 einen wichtigen Erfolg über die militärisch schwache Republik Armenien. Im Vertrag von Gümrü (Alexandropol) vom 2. Dezember 1920 sah sich Armenien (inzwischen eine Sowjetrepublik) gezwungen, den Vertrag von Sèvres zu widerrufen. Die alte osmanische Grenze von 1878 wurde damit wiederhergestellt. Die sowjetischen Befürchtungen hinsichtlich eines Arrangements der Kemalisten mit den Westmächten einerseits und die Einnahme von Batum durch die Türken im Februar 1921 andererseits schufen dann jene Bedingungen, die den Vertrag vom 16. März 1921 über „Freundschaft und Bruderschaft“ zwischen der Sowjetunion und der Regierung von Ankara ermöglichten. Die Sowjets verzichteten darin auf die Privilegien, die seit alters den Bürgern europäischer Staaten im Osmanischen Reich zustanden, und erkannten die Souveränität der Türkei über die Meerengen an. Auch an der Südfront waren die Kemalisten im Herbst 1921 erfolgreich: Die Franzosen erklärten den Kriegszustand mit der neuen Türkei für beendet

und verpflichteten sich, Kilikien zu räumen. Die Nordgrenze des französischen Mandatsgebiets in Syrien wurde, abgesehen vom Sandschak Alexandrette, im Sinne des türkischen „Nationalpaktes“ festgelegt. Damit war der Vertrag von Sèvres von einem führenden Mitglied der Entente selbst aufgegeben worden. Die Kämpfe an der Westfront waren wesentlich schwieriger. Die Griechen, die seit Frühjahr 1919 Izmir und dessen Hinterland besetzt hielten, starteten im Sommer 1920 eine Offensive, mit dem Ziel, die Widerstandsbewegung in Anatolien zur Annahme von Sèvres zu zwingen. Gegen die schwachen Milizverbände konnten sie zunächst große Geländegewinne erzielen. Trotz Abwehrerfolge bei İnönü (Januar und März 1921) brach die türkische Westfront im Juli zusammen, und die Griechen drangen bis zum Sakarya-Fluss bei Ankara vor. Im August und September lieferten aber die Türken, die nunmehr direkt von *Mustafa Kemal* kommandiert wurden, erbitterte Abwehrkämpfe, bis die griechische Armee den Rückzug antrat. Die sorgfältig vorbereitete Offensive des nächsten Sommers, die gegen Ende August einsetzte, endete mit einem vollständigen Sieg, als die türkische Armee am 9. September 1922 in Izmir einzog. Im Waffenstillstand (10. Oktober) wurde vereinbart, dass die griechischen Truppen bald auch Ostthrakien und die Besatzungstruppen der Ententemächte die Meerengen zu räumen hatten.

Die Nationalversammlung in Ankara sah sich nun mit der Aufgabe konfrontiert, die künftige Staatsform zu regeln, zumal es unklar war, durch welche Regierung das Land – die von Ankara, die von Istanbul oder durch beide gemeinsam – auf dem bevorstehenden Friedenskonferenz vertreten sein würde. Nach allgemeiner Auffassung hatte Sultan *Mehmed VI.* sein hohes Amt missbraucht, ja sogar Landesverrat begangen. Doch plädierte eine Mehrheit dafür, einen anderen Angehörigen der osmanischen Dynastie zum neuen Kalifen des Islam und zugleich zum Staatsoberhaupt der Türkei zu bestimmen. Nur eine jakobinisch denkende Gruppierung um *Mustafa Kemal* trat für das Prinzip der Volkssouveränität ein. Als eine Kompromisslösung kam Ende Oktober 1922 der Beschluss zustande, das osmanische Sultanat endgültig abzuschaffen und zugleich einen neuen Kalifen, der nunmehr lediglich religiöse Funktionen wahrzunehmen hätte, zu bestimmen.

Auf der *Friedenskonferenz von Lausanne* seit November 1922 ging es um die Revision des Vertrags von Sèvres. Das Territorium der Türkei, wie es im „Nationalpakt“ definiert war, stand in seinem anatolischen Hauptbestand nicht mehr zur Disposition. Die Siegermächte des Weltkrieges konnten aber ihre Interessen trotzdem weitgehend durchsetzen: So sollten die Meerengen – zwar unter türkischer Souveränität – entmilitarisiert und unter die Kontrolle eines internationalen Gremiums gestellt werden. Die Feststellung der Zugehörigkeit des Vilayets Mosul, gemäß dem „Nationalpakt“ türkisches Territorium, blieb im Sinne Großbritanniens einem Entscheid des Völkerbundes vorbehalten.

Die Franzosen behielten den Sandschak Iskenderun (Alexandrette), dessen Besitz ähnlich umstritten war, in ihrem Mandatsgebiet Syrien, und die Italiener bestanden erfolgreich auf dem Besitz der Inselgruppe Dodekanes. Die übrigen der kleinasiatischen Küste vorgelagerten Inseln – mit Ausnahme von Imbros und Tenedos – gingen an Griechenland, unter der Bedingung, dass sie entmilitarisiert werden müssten.

Die Verhandlungen über die Aufhebung der Kapitulationen, die Rechte der christlichen Minderheiten sowie die Regelung der ökonomisch-finanziellen Angelegenheiten gestalteten sich wesentlich schwieriger. Die Westmächte bestanden auf der Beibehaltung der Sonderrechte der Europäer und forderten außerdem für die christlichen Staatsbürger der Türkei einen Minderheitenstatus unter Aufsicht des Völkerbundes. Ankara lehnte aber – auch unter Hinweis auf die Säkularisierungsabsichten des neuen Regimes – jede rechtliche Sonderstellung der Ausländer sowie eine externe Kontrolle über die Behandlung von christlichen Minderheiten prinzipiell ab. In Bezug auf die im Lande verbliebenen Armenier wurde betont, diese könnten als türkische Staatsbürger leben, ohne dass irgendeine fremde Macht ein Protektorat über sie ausüben dürfe. Was die griechisch-orthodoxe Bevölkerung Kleinasiens betrifft, bestand man auf ihrer Zwangsumsiedlung nach Griechenland im Austausch gegen die Muslime aus Griechisch-Makedonien. Von irgendetwelchen muslimischen Minderheiten auf türkischem Boden, etwa von den Kurden, war im endgültigen Vertragstext keine Rede mehr. Auch im ökonomisch-finanziellen Bereich gelang es Ankara, dem Prinzip der vollen Souveränität Anerkennung zu verschaffen. So fand die türkische Widerstandsbewegung mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Lausanne am 24. Juli 1923 ihren erfolgreichen Abschluss. Mit umfassenden – politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen – Reformen konnte eine Elite unter der Führung *Mustafa Kemals* nunmehr daran gehen, die Türkei zu einem modernen Nationalstaat westlichen Typs umzugestalten.

Mustafa Kemals Politik der vollendeten Tatsachen

Der Modernisierungsprozess verlief allerdings nicht ohne Brüche. Schon die Art und Weise, wie *Mustafa Kemal* die Umwandlung der *Verteidigung der Rechte*-Bewegung in eine *Volkspartei* unter eigener Führung durchsetzte, war Anlass zum Widerspruch. Denn er ließ sich zum Führer der neuen Partei wählen, ohne dass er bereit war, den Vorsitz der Nationalversammlung aufzugeben. Seinen Willen setzte er auch dahingehend durch, dass von nun praktisch nur jene ins Parlament gewählt werden konnten, die von ihm selbst nominiert wurden. Auf diese Weise verfügte *Mustafa Kemal* immer über überwältigende Mehrheiten, auf welcher Basis er eine Politik der vollendeten Tatsachen betrieb. So wurde Mitte Oktober 1923 Ankara, damals eine Kleinstadt mit

ca. 25 000 Einwohnern, zur neuen Hauptstadt des Landes bestimmt, und eine Regierungskrise diente *Mustafa Kemal* als Anlass, am 29. Oktober 1923 die Republik auszurufen zu lassen. Am selben Tag wurde er einstimmig zum ersten Präsidenten der Republik gewählt.

Mitkämpfer aus den Jahren des nationalen Widerstandes befürchteten nun die Errichtung einer Diktatur. Denn *Mustafa Kemal* als Präsident der Republik bestand darauf, zugleich Vorsitzender der *Volkspartei* zu sein. Die Opposition betrachtete das Kalifenamt als ein mögliches Gegengewicht gegen eine derart starke Führergestalt. *Mustafa Kemal* ergriff jedoch die Initiative und setzte Anfang März 1924 die *Abschaffung des Kalifats* durch. Gleichzeitig wurden per Gesetz das Ministerium für religiöse Stiftungen aufgelöst und die Schulbildung vereinheitlicht, was die Schließung aller islamischen Schulen bedeutete. Abweichung von dieser Politik wurde mit Reaktion gleichgesetzt, und davor waren auch ehemalige Kampfgefährten nicht geschützt. Als einige von ihnen aus Protest die *Volkspartei* verließen, um eine neue politische Gruppierung unter der Bezeichnung *Fortschrittliche Republikanische Partei* zu gründen (November 1924), erschien dies zwar zunächst als eine bemerkenswerte Wende zum Mehrparteiensystem hin. Ein Aufstand im Südosten des Landes im Frühjahr 1925, der religiös-restaurative wie kurdisch-nationale Ziele verfolgte, diente aber der Regierung als Anlass, mit der Opposition abzurechnen. Mit Hilfe außerordentlicher „Unabhängigkeitstribunale“ wurden neben dem Aufstand im Osten auch die freie Presse im Westen unterdrückt und die *Fortschrittliche Republikanische Partei* verboten.

Die kemalistische Kulturrevolution

Nun war der Weg frei für die kemalistische Kulturrevolution. Als erstes wurde im Sommer 1925 eine neue Kopfbedeckung für die türkische Männerwelt anstelle des traditionellen Fes angeordnet. Bald folgten neue Schritte, die die Zerstörung der alten Herrschaftsstrukturen, die Entmachtung der traditionellen Machteliten und die Diskreditierung der überkommenen Muster der politischen Legitimation zum Ziel hatten. Im September 1925 ordnete die Regierung die Schließung aller Derschwischkonvente an. Am Neujahr 1926 wurde das internationale Kalender- und Uhrzeitsystem und die Jahreszählung nach Christi Geburt eingeführt. Noch bedeutender in dieser Hinsicht war die Annahme eines Zivilgesetzbuches (übernommen aus der Schweiz) Anfang Oktober 1926. Fortan galten Ehen, die nur in religiöser Form geschlossen wurden, als rechtlich unwirksam. Auch Polygamie wurde zum öffentlich-rechtlichen Ehehindernis deklariert. Mit der Einführung der lateinischen Schrift im November 1928, die den Höhepunkt der Reformbewegung markiert, verfolgte man neben pragmatischen Gesichtspunkten wie die leichtere Erlernbarkeit der lateinischen Schrift auch ideologische Ziele: Beabsichtigt war nichts weniger als eine vollständige Abwendung

von der islamischen Klassik ebenso wie von den politischen Einflüssen aus der spätosmanischen Zeit. Aufwendige Alphabetisierungsmaßnahmen, die nun folgten und auch die ländlichen Bevölkerungsschichten erreichten, wurden daher mit großem Engagement im Zeichen einer politisch-kulturellen Aufklärung durchgeführt.

In der Wirtschaftspolitik ließ man sich zwar, wie seinerzeit die jungtürkische Regierung, von einer „Nationalökonomie“ *Friedrich List'scher* Provenienz inspirieren. So verlangte ein *Alltürkischer Wirtschaftskongress* (1923) besondere Förderungsmaßnahmen für die einheimischen Unternehmer, damit das Land sich infrastrukturell wie industriell rasch entwickeln könne. Unter gesellschaftlich-politischem Aspekt hatte also die Heranbildung einer nationalen Bourgeoisie Vorrang. Die Masse der Bevölkerung (80 %) lebte aber immer noch von der Landwirtschaft. Bei einer Einwohnerzahl von etwa 13,6 Millionen im Jahre 1927 und einem Territorium von ca. 758.000 qkm hatte die Türkei dabei eine sehr niedrige Bevölkerungsdichte. Den althergebrachten Naturalzehnten schuf man im Jahre 1925 – bei gleichzeitiger Beginn der Subventionierung der Weizenpreise – in der Hoffnung ab, dass dies sich als Anreiz zur Erweiterung der bewirtschafteten Fläche auswirken würde. Weitere Impulse erhoffte man sich von einem zügigen Ausbau des Transportwesens, denn die Republik besaß 1923 nur etwa 3500 km Eisenbahnen. Zwischen 1924 und 1928 wurden neue Linien mit einer Gesamtlänge von 2000 km geplant, von denen im Jahre 1929 annähernd die Hälfte fertiggestellt war.

In der Weltwirtschaftskrise steuerte man in Ankara, wie in vielen anderen Ländern auch, einen Kurs der wirtschaftlichen Autarkie. Für die ländliche Bevölkerung wirkte sich jetzt die Abschaffung des Naturalzehnten eher nachteilig aus, denn während Getreide auf dem Markt nichts wert war, mussten die Bauern die Steuern – statt wie früher in Naturalien – jetzt mit ihren knappen Barmitteln entrichten. Sie erfuhren dabei von staatlicher Seite wenig Entgegenkommen. Die Regierung hatte die spärlichen Ressourcen des Landes anderweitig festgelegt: Öffentliche Mittel wurden u.a. zum Ausbau von Ankara zu einer repräsentativen Hauptstadt benötigt. Ein Großteil des vorhandenen Kapitals war zudem in den neuen Eisenbahnlinien unwiderruflich gebunden. Die Intellektuellen des Landes diskutierten derweil über Theorien, die einen Ausweg aus der Krise versprachen. Eine kleine Gruppe zog „permanente Revolution“ unter der Leitung einer kleinen aber zielbewussten Avantgarde in Betracht. Allgemein war man der Meinung, die Kapitalakkumulation auf klassische Art und Weise, nämlich durch freie Konkurrenz individueller Kapitaleigner im Rahmen einer liberalen Wirtschaftsordnung, komme für die Türkei nicht mehr in Frage. Vielmehr müsse es Aufgabe des Staates sein, für die Akkumulation des Kapitals Sorge zu tragen. Die Führungselite müsse dabei imstande sein, die Interessen der Nation gegebenenfalls

gegen den Willen der Nation durchzusetzen.

Diesem autoritären Konzept zum Trotz versuchte man zunächst, der Krise durch eine Erweiterung der Legitimationsbasis des Regimes zu begegnen: *Mustafa Kemal* regte im Frühsommer 1930 die Gründung einer zweiten politischen Partei an. Von Personen aus seinem engeren Freundeskreis geführt, erhielt die *Liberale Republikanische Partei* freilich nicht die Aufgabe, das bisherige Regierungsmonopol der *Republikanischen Volkspartei* (CHP) in Frage zu stellen, sondern war offensichtlich als Ventil gedacht, um die angestaute Unzufriedenheit abzubauen zu helfen. In ihrem Programm verlangten die Liberalen die Reduzierung von Steuern, bessere Konditionen für das Auslandskapital, die Erhöhung des Agrarkredits sowie einen bürgernahen öffentlichen Dienst. Sie erklärten sich gegen die staatliche Einmischung im Wirtschaftsleben, während die CHP sich zunehmend als „etatistisch“ profilierte.

Die sechs Prinzipien des Kemalismus

Dieses bemerkenswerte Experiment in Mehrparteiendemokratie endete jedoch mit einem Eklat: Angesichts des unerwartet großen Anklangs in der Bevölkerung sahen sich die Gründer der neuen Partei in eine unangenehme Lage versetzt, denn eine aussichtsreiche Opposition gegen die Staatspartei lief Gefahr, als Reaktion gegen die Errungenschaften der Republik gedeutet zu werden. So lösten sie Mitte November ihre kaum drei Monate alte Partei selbst auf. Kritik an den Zuständen in der Türkei hatte von nun an kaum Chance, Gehör zu finden; sowohl die Medien als auch die wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen des Landes wurden gleichgeschaltet, und die Bevölkerung, besonders die Jugend, einer ideologischen Umerziehung unter der Leitung der CHP unterzogen. Das neu formulierte Programm der Partei (Mai 1931) betonte im wesentlichen die sechs Prinzipien des Kemalismus, symbolisiert durch sechs Pfeile:

- Nationalismus,
- Republikanismus,
- Populismus,
- Laizismus,
- Etatismus sowie
- Reformismus bzw. Revolutionismus.

Diese Prinzipien fanden bald Eingang auch in die Verfassung und dienten so zur Identifizierung der einzigen politischen Partei mit dem Staat. Der nationalen *Erziehung* kam in diesem ideologischen Rahmen große Bedeutung zu. Besonders sollte der öffentliche Geschichtsunterricht dazu dienen, die Nation an ihre großartige vorislamische Vergangenheit zu erinnern. Die Schüler sollten dabei lernen, auch die Geschichte der alten Zivilisationen der Sumerer, der Ägypter oder der Hethiter als eine Kulturleistung des eigenen Volkes zu betrachten. Die islamische Zivilisation und die Geschichte des Osmanischen Reiches traten dabei in den Hintergrund. Diese Konstruktion der nationalen Geschichte wurde unterstützt von einer neuen Sprachthese, die das Türkische gleichsam zur Ursprache aller

Völker erhob. Im Alltag äußerte sich dies in einer Kampagne der *Sprachreinigung*, die die Ersetzung arabischer oder persischer Wörter und Begriffe durch ihre türkischen Entsprechungen oder Neuschöpfungen zum Ziel hatte. Die Folge war, dass die Jugend, die das arabische Alphabet nicht mehr lernte und daher die vor 1928 gedruckten Bücher nicht lesen konnte, bald auch außerstande war, die klassischen Werke der eigenen Literatur sprachlich zu verstehen.

Eine nationale Außenpolitik

Die Betonung des Nationalen, die der inneren Stabilisierung zugute kam, schuf zugleich die Voraussetzungen für eine nationale Außenpolitik. In Abhängigkeit von den Schwankungen der internationalen Konjunktur ging es dabei primär um die Wiederherstellung der türkischen Souveränität über die Meerengen, d. h. um deren Remilitarisierung. Bis zur Erreichung dieses Zieles (*Meerengenkonvention von Montreux* 1936) blieb die türkische Außenpolitik im Fahrwasser der Sowjetunion. Ende 1925 wurde der sowjetisch-türkische Nichtangriffs- und Neutralitätspakt geschlossen. Darin verpflichtete man sich, keinem Bündnisystem beizutreten, das eine Konfrontation beider Länder nach sich ziehen könnte. Dieser Vertrag wurde 1929 und 1935 verlängert. Im Vergleich dazu waren die Beziehungen Ankaras zu *Großbritannien* zunächst ausgesprochen schlecht. Ankara vermutete sogar britische Komplizenschaft in den kurdischen Aufständen im Osten des Landes. In der Mosul-Frage, die den Hauptkonflikt bildete, sah sich die Türkei aber letztlich gezwungen, ihre Ansprüche fallen zu lassen (1926). Es war dann besonders die Bedrohung im Ostmittelmeerraum durch das faschistische Italien, die London wie Ankara von der Nützlichkeit einer Zusammenarbeit überzeugte.

Auch die Normalisierung der *griechisch-türkischen Beziehungen* seit 1930 wurde erst im Kontext der Bemühungen um kollektive Sicherheit in Südosteuropa möglich. Der gemeinsam initiierte *Balkanpakt* (1934) war gegen revisionistische Bestrebungen gerichtet, wenn er sich auch als ungeeignet erwies, den italienischen Angriff auf Griechenland zu verhindern. Die Türkei konnte sich jedenfalls der Unterstützung der Balkanländer sicher sein, als es noch um die Revision des Meerengenstatus ging.

Die Intensivierung der Beziehungen zu *Deutschland* fiel in die Zeit der Weltwirtschaftskrise, als Berlin klar wurde, dass Südosteuropa für die Ausfuhr Deutschlands künftig von großer Bedeutung sein würde. Neben anderen Balkanländern geriet in dieser Zeit auch die Türkei in den Sog des deutschen Marktes. Doch die Abhängigkeit vom Dritten Reich wurde am Vorabend des Zweiten Weltkrieges dadurch gemindert, dass auch Deutschland beträchtliches Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Türkei bekundete. Das hing mit der geostrategischen Lage der Türkei ebenso zusammen wie mit der Tatsache, dass Anatolien über einige kriegswichtige Rohstoffe wie Chrom, Kupfer

und Baumwolle verfügte. So wurde die Türkei zu einem umworbenen Land, und zwar umworben nicht allein von deutscher Seite.

Das *türkisch-französische Verhältnis*, dem schon aufgrund der turkophilen Haltung Frankreichs während des griechisch-türkischen Krieges besondere Bedeutung zukam, wurde in den dreißiger Jahren durch einen Streit über die Festlegung des türkisch-syrischen Grenzverlaufs belastet. Ankara beanspruchte den Sandschak Alexandrette, ein geostrategisch wichtiges Gebiet auf dem Verbindungsweg von Kleinasien nach Syrien, mit der Begründung, dass diese Region im Sinne des „Nationalpakts“ (1920) ein Bestandteil des türkischen Territoriums sei. Die Voraussetzungen für eine Beilegung des Konflikts im türkischen Sinne verbesserten sich in der Zwischenkriegszeit zunehmend: Nach dem Abschluss des Balkanpaktes (1934), der Intensivierung der Beziehungen zu Großbritannien im Zuge der Abessinien-Krise (1935) und schließlich der Remilitarisierung der Meerengen (1936) fühlte man sich in Ankara jedenfalls stärker gegenüber einer Mandatsmacht Frankreich in Syrien, die durch die Entwicklungen in Zentraleuropa (Remilitarisierung des Rheinlandes) geschwächt war. *Mustafa Kemal* engagierte sich in diesem Streit mit Frankreich persönlich, er schien sogar vor einem Krieg um Alexandrette, wofür man nun den hethitischen Namen „Hatay“ verwendete, nicht zurückzuschrecken. Er erlebte allerdings den Anschluss der Provinz an die Türkei, der im Sommer 1939 in der Konstellation eines neuen Weltkrieges mit Einwilligung von Paris vollzogen wurde, nicht mehr.

Aus dem Zweiten Weltkrieg konnte man sich geschickt heraus halten

Entgegen mancher Befürchtung folgte dem Tod *Mustafa Kemal Atatürks* im November 1938 keine innenpolitische Destabilisierung. Sein Nachfolger als Präsident der Republik und Vorsitzender der CHP, *İsmet İnönü*, war unumstritten der beste Vertreter der jungtürkisch-kemalistischen Reformbürokratie. Durch eine umsichtige wie zuweilen auch opportunistische Politik sollte es ihm gelingen, die Türkei aus dem Zweiten Weltkrieg herauszuhalten. Gerade als *von Papen*, Reichskanzler a.D. und ehemaliger Offizier bei der osmanischen Armee, als Botschafter *Hitlers* und „alter Kamerad“ *Inönüs* in Ankara eintraf (April 1939), arbeitete man dort an der britisch-türkischen Beistandserklärung vom 12. Mai 1939. (Diese Westorientierung hinderte allerdings das Regime nicht daran, den innenpolitischen Druck auf die nicht-muslimischen Minderheiten, vor allem auf Juden und Armenier, zu erhöhen.) *Inönü* blieb der Allianz mit Großbritannien bis zum Ende des Krieges treu. Dies belastete das Verhältnis nicht nur zu Berlin, sondern auch zu Moskau, und der „Hitler-Stalin-Pakt“ (23. August 1939) bedeutete sicherlich auch für Ankara einen Rückschlag. Die eigentlich kritische Phase dieser Entwicklung erlebte man hier im Frühjahr 1941, in der Zeit zwischen dem Beginn des deutschen Balkanfeldzugs

(6. April) und der Unterzeichnung des deutsch-türkischen Nichtangriffspaktes (18. Juni). Erst der deutsche Überfall auf die Sowjetunion (22. Juni) war für die Türkei Anlass für eine gewisse Entwarnung. Im Großen und Ganzen erwies man sich in Ankara realistisch genug, um sich nicht irgendetwelcher panturkistischer Pläne willen in ein Abenteuer gegen die Sowjetunion hineinstürzen zu lassen. Noch während des deutschen Vormarsches im Sommer 1941 wies man darauf hin, die Türkei hege außerhalb ihrer gegenwärtigen Grenzen keine territorialen Ambitionen und würde unbedingt neutral bleiben. Ankara widersetzte sich aber auch Forderungen der Alliierten, auf ihrer Seite gegen Deutschland in den Krieg einzutreten, und dies auch nach Stalingrad, als es offensichtlich wurde, dass das Dritte Reich den Krieg verlieren würde. Dabei machte man sich auch in Ankara Sorgen darüber, dass die Balkanländer ihre Befreiung vielleicht ausschließlich der Roten Armee würden zu verdanken haben, hielt es aber letztlich für wichtiger, das Militärpotenzial der Türkei bis Ende des Krieges unverbraucht zu erhalten. *Stalin* und *Churchill* waren im Juli 1944 darüber einig, dass es nicht länger sinnvoll sei, den Kriegseintritt der Türkei zu verlangen. Andererseits gaben aber die USA und Großbritannien der Türkei von nun an die Empfehlung, die Beziehungen zu Deutschland doch abzurechnen, ohne dabei aktiv in den Krieg einzutreten. In der Tat folgte Ankara diesem Rat und erklärte Anfang August 1944 die Beziehungen zu Berlin für abgebrochen. Den Westmächten ging es offensichtlich bereits in dieser Phase um die Stärkung ihrer Positionen im Nachkriegseuropa, und die türkischen Politiker hatten schon richtig gepokert: Bei der Neuordnung der Kräfteverhältnisse am Ende des Krieges würden nur die geostrategische Lage der Türkei und die Stärke ihrer Streitkräfte entscheidende Bedeutung haben.

Unter den Bedingungen des Bürgerkrieges in Griechenland, wo die Amerikaner bald die Briten als Unterstützer der Monarchie ersetzen mussten, kam es im März 1947 zur Verkündung der „Truman-Doktrin“, welche die territoriale Unversehrtheit Griechenlands, aber zugleich auch der Türkei, garantierte. Anfang September 1947 wurde ein Abkommen über amerikanische Militärhilfe an die Türkei unterzeichnet. Im April 1948 schließlich wurde die Türkei, die schon Gründungsmitglied der UNO war, Mitglied der OEEC (*Organization of European Economic Cooperation*). Im Kalten Krieg hatte das Land seinen Platz fest im westlichen Lager.

Der innenpolitische „Erdrutsch“ von 1950

Die erfolgreiche Annäherung an die siegreichen Demokratien konnte schwerlich ohne Konsequenz für die türkische Innenpolitik bleiben. So war die politische Führung unverkennbar bemüht, die bisherige Geschichte der Republik als eine notwendige Phase der Vorbereitung für den Übergang zur Mehrparteiendemokratie umzudeuten. Staatschef *Inönü*

selbst wies in einer Rede Anfang November 1946 jeden Diktaturvorwurf zurück und unterstrich den grundsätzlich demokratischen Charakter der kemalistischen Reformpolitik, die letztlich immer durch das Parlament kontrolliert worden sei. Der aufgestaute Unmut der Bevölkerung war jedoch nicht leicht zu besänftigen. Die allgemeine Unzufriedenheit hatte ihren Grund in der schlechten Versorgungslage während der Kriegsjahre sowie in unzähligen Übertretungen staatlicher Organe unter den Bedingungen der Einparteienherrschaft. Die Kosten der ständigen Kriegsbereitschaft hatte man hauptsächlich den ländlichen Produzenten aufgebürdet. So wurden die Bauern vielerorts zum Arbeitseinsatz im Straßenbau abkommandiert. Eine zehntähnliche Naturalabgabe seit 1943 belastete sie zusätzlich. Bei alledem wurden die Bauern von der Bürokratie ausgesprochen herrisch behandelt. In materieller Hinsicht ging es der Masse der Stadtbewohner kaum besser. Der Index der Lebenshaltungskosten stieg, wenn man für das Jahr 1939 100 ansetzt, auf 320 im Jahre 1944, während der Index der Reallöhne im gleichen Zeitraum auf 50 zurückging. Sogar die wohlhabenderen Schichten hatten wenig Grund, mit dem Regime zufrieden zu sein.

Die Opposition sammelte sich seit Anfang 1946 in der *Demokratischen Partei* (DP) unter der Führung von *Celal Bayar* und *Adnan Menderes*. Man verlangte hier im wesentlichen a) Einschränkung der unternehmerischen Rolle des Staates, b) Unterstützung des Privatunternehmertums, c) Förderung von Investitionen des Auslandskapitals, d) Erhöhung des Agrarkreditfonds sowie e) eine tolerantere Haltung gegenüber Religion. Die DP hatte kaum noch Chancen, die kommenden Parlamentswahlen zu gewinnen. Trotzdem blieb ihr Programm nicht ohne Einfluss auf die Regierungspolitik: Präsident *Inönü* schien nunmehr – zum Teil auch für die eigenen Parteigenossen überraschend – bereit zu sein, sogar Grundelemente des kemalistischen Reformwerkes zu opfern. So diskutierte man in der CHP über die Wiedereinführung des Religionsunterrichts und war bereit, die von der Opposition als „kommunistisch“ kritisierten „Dorfinstitute“ abzuschaffen.

Diese populären Konzessionen kamen jedoch zu spät, die politische Wende des Jahres 1950 war nicht mehr aufzuhalten. Die allgemeinen Wahlen vom 14. Mai 1950 zeigten erdrutschartige Ergebnisse: Die oppositionelle DP erhielt 53,3% der abgegebenen Stimmen und die überwältigende Mehrheit der Sitze im Parlament. Die Masse der Bevölkerung fasste die eingetretenen Veränderungen vor allem als Emanzipation von der Herrschaft der kemalistischen Bürokratie auf. Die neuen Kader, die nun überwiegend aus der anatolischen Provinz stammten, waren bereit und in der Lage, diese antibürokratische, antielitäre und gar antiintellektuelle Wende zu tragen. Dabei brauchte die offizielle Ideologie des Regimes, also der Kemalismus, keineswegs in Frage gestellt zu werden. Besonders aus der Zeit des Unabhängigkeitskampfes konnte man Prakti-

ken zitieren, die mit dem Radikalreformismus späterer Jahrzehnte wenig zu tun hatten. Jedenfalls sammelten sich nun auch Kräfte, die seit der Republikgründung aus der Politik verdrängt worden waren, in der populistischen Auflehnungsfront gegen das bürokratische Zentrum.

Der politische Aufstieg neuer Gesellschaftsgruppen an der Peripherie wurde auch durch die wirtschaftliche Entwicklung begünstigt. Vor allem die Erhöhung des Kreditfonds und die Gewährung von Mindestpreisen für Agrargüter ermöglichten eine rasche Mechanisierung der Landwirtschaft und – damit zusammenhängend – die Ausweitung der Anbauflächen. So konnten in der Folge mehrere Jahre hindurch Rekordenernten erzielt werden, und die Türkei entwickelte sich in der Hochkonjunktur während des Koreakrieges zu einem bedeutenden Getreideexporteur.

Eine „Re-Islamisierung“ erfüllte die Wünsche der „schweigenden Mehrheit“

In den fünfziger Jahren gewann auch jener Prozess an Schwung, der als „Re-Islamisierung“ apostrophiert wird. Gemeint ist damit nicht so sehr die private Frömmigkeit, sondern das gestiegene Gewicht der Religion als politischer Faktor im Wahlkalkül der Parteien. Vom Gebetsruf in arabischer Sprache über Koran-Rezitation im staatlichen Rundfunk bis hin zum Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Schulen wurden die Wünsche der „schweigenden Mehrheit“ erfüllt. Nicht zuletzt dadurch gelang es der regierenden DP, ihren Stimmenanteil in den Wahlen des Jahres 1954 auf 56,6% zu erhöhen.

Dieses Hervorkehren des islamischen Antlitzes der Türkei fiel in eine Zeit, in der sich das Land *außenpolitisch* die Positionen des Westens zu eigen machte und dadurch weitere Entfremdung von der islamischen Welt in Kauf nahm: Ankara erkannte Israel diplomatisch an (1952), unterstützte die anglo-französische Suez-Expedition (1956) und die Intervention der USA im Libanon (1958). Die französische Algerien-Politik wurde von der Türkei im Sinne der NATO-Solidarität ebenfalls mitgetragen. Als jedoch die Türkei selbst immer tiefer in den Konflikt um Zypern hineinschlitterte, wurde bald klar, dass nicht allein die (schon verprellten) muslimischen „Bruder“-Staaten, sondern auch die westlichen Verbündeten kaum Verständnis für türkische Belange aufbrachten. Hier war ein Widerspruch, der auf längere Sicht unweigerlich zur Verschärfung der nationalen Identitätskrise beitragen sollte.

Der Staatsstreich von 1960

Wenn auch Abweichungen vom laizistischen Kurs und der „würdevollen“ Außenpolitik der kemalistischen Republik von der Opposition angeprangert wurden, so entstand die politische Krise der späten fünfziger Jahre unmittelbar als Folge von sozialen Verschiebungen inner-

halb der Mittelschicht aufgrund der Urbanisierung und Industrialisierung. Der Interessengegensatz zwischen der neuen Elite der „Technokraten“ einerseits und der traditionellen Elite der zivilen und militärischen Bürokratie andererseits vertiefte sich in dem Maße, wie die Bezieher von fixen Einkommen infolge der Geldentwertung nach 1954 empfindliche Einbußen an ihrem Lebensstandard hinnehmen mussten. Zu den betroffenen Gruppen gehörten vor allem Offiziere, Lehrer und die Verwaltungsbeamten. Die wirtschaftlichen Engpässe unterstrichen nur den eingetretenen Prestigeverlust des Regimes. Die Regierung reagierte zunehmend autoritär und versuchte, die Opposition mittels fragwürdiger Methoden mundtot zu machen. Dadurch gab sie den sog. „lebendigen Kräften“ der Gesellschaft, d.h. der Presse, der Intelligenz und der Studentenschaft, die Möglichkeit, sich gleichsam zu einer moralischen Anklageinstanz zu formieren. Die Bewahrung des kemalistischen Erbes wurde zur alles überragenden Kampfparole. Blutige Straßendemonstrationen und, in deren Folge, die Einschaltung des Militärs zur Herstellung von Ruhe und Ordnung bahnten den Weg zum Staatsstreich von 1960.

Ein *Komitee für Nationale Einheit* unter der Führung von Oberst *Alpaslan Türkeş* versprach, den drohenden Bürgerkrieg zu verhindern. Die Junta war jedoch von Anfang an gespalten: Die Gruppe der Radikalen war entschlossen, für längere Zeit an der Macht zu bleiben, um Staat und Gesellschaft nachhaltig zu reformieren. Ihr Aktionismus blieb aber nicht unwidersprochen. Die Generäle, die sich durch den Staatsstreich der unteren Ränge überrumpelt fühlten, schlossen sich in einem Bund (*Union der Streitkräfte*) zusammen. Man beabsichtigte, den Einfluss der Junta innerhalb der Armee einzuschränken und künftighin zu verhindern, dass es je wieder zu einem Obristenputsch kam. Nötigenfalls würden die Generäle selber putzen. So entstand eine Mehrheitsfront der gemäßigten Militärs, die die Ausarbeitung einer liberalen Verfassung in Auftrag gab. Man lehnte sich dabei personell wie konzeptionell an die kemalistische CHP an. Aus der Sicht der breiten Massen war diese Entwicklung eine Verlängerung der innenpolitischen Streitigkeiten der fünfziger Jahre, und die Militärjunta verlor bald ihren Nimbus als parteiungebundene nationale Institution und erschien zunehmend als Komplize der CHP.

Dennoch ist zumindest die Verfassung von 1961 als Verdienst der Militärs zu betrachten. Sie sah ein bikamerales parlamentarisches System vor. Man wollte – auch mit Hilfe flankierender Institutionen wie Verfassungsgerichtsbarkeit, Pressefreiheit sowie Autonomie für Hochschulen – verhindern, dass eine arithmetische Majorität, wie in den fünfziger Jahren geschehen, je wieder ein Machtmonopol erringen konnte. Die Entwicklung schien einen wirklich pluralistischen Parlamentarismus zu begünstigen, und schon im Januar 1961, als das Verbot für politische Tätigkeit gelockert wurde, entstanden elf neue Parteien. Die insgesamt optimistische Stimmung erhielt jedoch im Frühherbst 1961

einen deutlichen Dämpfer: Zur Enttäuschung der Militärjunta erklärten sich in einem Referendum Anfang September 1961 lediglich 61,7 % der stimmberechtigten Bürger für die Annahme der neuen Verfassung. In elf Provinzen, alle ehemalige Hochburgen der DP, wurde die Verfassung glatt abgelehnt. Dem Referendum folgten einige Tage später unter Missachtung zahlreicher Gnadengesuche aus dem In- und Ausland die Hinrichtung der drei Führer des alten Regimes. Diese inhumane wie sinnlose Tat wirkte sich nachhaltig polarisierend aus.

Der „Nationale Sicherheitsrat“ als Kontrollinstrument der Generalität

Die Generalität verhielt sich in dieser Phase loyal und wusste verschiedene Putschversuche zu vereiteln. Gleichsam als Belohnung dafür schuf die Regierung im März 1962 den *Rat für Nationale Sicherheit*, und zwar als ein verfassungsmäßiges Organ der Republik neben und sogar über dem Kabinett. Unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten, der ja damals ohnehin ein General (*Cemal Gürsel*) war, sollten die Befehlshaber der Land-, See- und Luftstreitkräfte, der Chef des Generalstabes sowie einige wenige Fachminister eine „beratende“ Funktion gegenüber der Regierung ausüben. Bald begann jedoch der Nationale Sicherheitsrat, eine bestimmende Rolle in der türkischen Politik zu spielen.

Allmählich fand die Türkei wieder zu einem geregelten Parlamentarismus zurück. Nach vielen Experimenten mit Koalitionsregierungen setzte sich die *Gerechtigkeitspartei* (AP) *Süleyman Demirel*s in den Wahlen von Oktober 1965 durch. Im Grunde hatte damit das seit 1960 verfernte Lager der alten DP auf ganzer Front gesiegt. Wie fast alle seinen Vorgänger betonte auch die Regierung *Demirel* eine umfassende Industrialisierung als das oberste Ziel. Auf dem Weg dorthin erschien in den sechziger Jahren eine importsostituierende Entwicklungsstrategie als Gebot der Stunde. Die Einfuhr von Industrierzeugnissen sollte eingeschränkt werden, damit ein geschützter Binnenmarkt für die einheimischen Unternehmer entstand, die nun praktisch Monopolprofite erzielen durften. Die Folge war in der Tat eine beachtliche *Industrialisierung*, so dass bald Kühlschränke, Waschmaschinen, Fernsehgeräte, Automobile, Traktoren u.ä. aus heimischer Produktion auf den Binnenmarkt kamen. Freilich basierte eine derartige Produktion letztlich auf fremder Technologie, auf importierten Rohstoffen und Vorprodukten, d.h., die Einsparungen an harter Währung waren gering. Da der türkische Export weiterhin aus traditionellen Agrargütern bestand, deren Preise stagnierten, wuchs das Zahlungsbilanzdefizit des Landes beständig.

Der Export von Arbeitskräften entschärfte die sozialen Probleme

In diesem Rahmen gewann der Export von Arbeitskräften an Bedeutung, und die staatliche Planungsstelle wies schon früh

auf die darin liegenden gesellschaftlichen Vorteile hin: Das vom raschen Bevölkerungswachstum herrührende Problem der Arbeitslosigkeit würde entschärft; die in die Heimat transferierten Ersparnisse der Arbeitsmigranten würden sich als ein wirksames Mittel zur Deckung des Zahlungsbilanzdefizits erweisen. Nicht zuletzt erhoffte man sich vom Export von Arbeitskräften die Heranbildung einer qualifizierten Facharbeiterschaft, die der Industrialisierung in der Türkei zugute kommen würde. Mit dem *Abkommen von Ankara* 1963 begann ein mehr oder weniger geregelter Export von Arbeitskräften vor allem nach Deutschland, aber auch nach den Niederlanden, Frankreich, Dänemark und Skandinavien.

Die sechziger Jahre waren eine Periode des Aufschwungs in der politisch-kulturellen Publizistik. Es wurde nunmehr gestattet, auch marxistische Literatur zu drucken und marxistisch orientierte politische Organisationen zu gründen. Im Mittelpunkt vielfältiger Diskussionen stand die Frage, wie die strukturelle Unterentwicklung des Landes zu überwinden sei. Infolge der zunehmenden Mechanisierung im Agrarbereich und, parallel dazu, der Landflucht, war die Zahl der Arbeitslosen in den Städten bedrohlich angewachsen. Was waren aber die historischen Ursachen dieser Entwicklung, wer trug für die Rückständigkeit des Landes die Verantwortung? Die Beschäftigung mit solchen Fragen wirkte sich auf die Jugend politisierend aus. Ein starkes Interesse für die sozialen Probleme des Landes, verbunden mit einem beachtlichen Maß an Aktionismus, ließ im Rahmen der Protestbewegung gegen den Vietnam-Krieg und die NATO-Mitgliedschaft der Türkei radikale Jugendorganisationen entstehen, die ihre Aktivitäten als Beitrag zur Vorbereitung der weltweiten Revolution begriffen. Gegenüber diesen linken Gruppierungen formierte sich auch ein turkisch-national orientierter Rechtsblock, aus dem später die *Nationale Aktionspartei* (MHP) unter der Führung des Obristen *Türkes* hervorging. Ebenfalls auf dem rechten Spektrum gründete *Necmettin Erbakan* Anfang 1970 seine (islamistische) *Nationale Ordnungspartei*, die Vorgängerin der *Nationalen Heilspartei* (MSP) und, noch später, der *Wohlfahrtspartei* (RP).

Die gegen Ende des Jahrzehnts überhandnehmenden Aktionen extremistischer Gruppen nahmen die türkischen Generäle zum Anlass, sich erneut in die Politik einzumischen. In einem Memorandum an den Ministerpräsidenten *Demirel* (12. März 1971) verlangten sie eine starke Regierung, um Reformen im Geiste *Atatürks* einzuführen. Sollte sich die Regierung dazu unfähig sehen, so würden die Streitkräfte die Macht übernehmen. Angesichts dieser Drohung trat *Demirel* zurück. Die neue Regierung des konservativ-kemalistischen Politikers *Nihat Erim* nahm eine einschneidende Revision der Verfassung von 1961 vor: Bürgerliche Freiheiten, das Streikrecht der Arbeitnehmer, die Autonomie der Hochschulen, der Status des Verfassungsgerichts – alle demokratischen Errungenschaften der sechziger Jahre – wurden entweder drastisch eingeschränkt

oder völlig aufgehoben. Zudem wurde in den Ballungszentren des Westens und in den kurdischen Gebieten des Landes das Kriegsrecht verhängt. Die Verfolgung linker wie liberaler Kräfte verschärfte sich. Aber auch die islamistische Partei *Erbakans* musste sich nun aufgrund eines Beschlusses des Verfassungsgerichts auflösen. Im Juli 1971 folgte das Verbot der sozialistischen *Arbeiterpartei der Türkei* (TIP).

Die Doktrin von der „Türkisch-Islamischen Synthese“

Während sich *Inönü* und sogar *Demirel* der Generalität gegenüber zuvorkommend verhielten, profilierte sich *Bülent Ecevit* als Kritiker der Armeeführung. Im Mai 1972 gelang es ihm sogar, die Mehrheit innerhalb der Volkspartei gegen *Inönü* zu mobilisieren, so dass der greise Politiker sich gezwungen sah, die Partei, die er mit *Atatürk* gemeinsam gegründet hatte, zu verlassen. Als im Jahre 1973 der Kandidat der im Parlament vertretenen Parteien (*Fahri Korutürk*) gegen den Kandidaten des Militärs zum Präsidenten der Republik gewählt wurde, erschien das politische Übergewicht der Generalität schon beträchtlich abgeschwächt, zumal die allgemeinen Wahlen im Herbst 1973 von der nunmehr sozialdemokratisch orientierten CHP *Bülent Ecevit*s gewonnen wurden. Anfang 1974 kam es dann zur Bildung einer bemerkenswerten Koalitionsregierung des Sozialdemokraten *Ecevit* und des Islamisten *Erbakan*.

Diese als „historischer Kompromiss“ apostrophierte Verbindung überlebte allerdings die bald ausbrechende Krise um *Zypern* nicht. Die Bestrebungen der griechisch-orthodoxen Mehrheit auf der Insel, den Anschluss an das griechische Mutterland durchzusetzen, hatte die Zypern-Frage schon in den fünfziger Jahren zu einem beherrschenden Thema der türkischen Außen- wie Innenpolitik werden lassen. Der Regierung *Menderes* war es 1959 gelungen, eine Verständigung mit Griechenland und Großbritannien in dieser Frage zu erzielen (die Verträge von Zürich und London). So war 1960 die unabhängige Republik Zypern unter gemeinsamer Garantie Großbritanniens, Griechenlands und der Türkei gegründet worden. Der Modus vivendi zwischen den beiden Volksgruppen auf der Insel erwies sich jedoch als nicht tragfähig. Der Zypern-Konflikt 1964 – und dann wieder 1967 – drohte die Türkei in einen Krieg mit Griechenland hineinzustürzen. Beide Male gab die Regierung in Ankara unter massivem Druck der USA nach. Auf den Umsturz der Regierung *Makarios* durch die griechisch-zypriotische Nationalgarde im Juli 1974 reagierte jedoch die neue Koalitionsregierung viel energischer: Angesichts der Passivität der dritten Garantemacht Großbritannien war man sogar zu einem Alleingang bereit. Am 20. Juli 1974 begann die türkische Militärintervention auf Zypern.

Vermeintlich auf dem Höhepunkt seines Ruhmes versuchte *Ecevit* vorzeitige Wahlen durchzusetzen. Mit dieser Absicht trennte er sich im September 1974 überra-

schend von seinem islamistischen Koalitionspartner. Doch der Experiment scheiterte; die übrigen Parteien, denen es an Neuwahlen nicht gelegen war, fanden sich im Frühjahr 1975 in einer Koalition der *Nationalistischen Front* unter der Führung *Süleyman Demirels* zusammen. Innerhalb dieses Lagers hatte man die Liberalisierung des politischen Lebens seit den sechziger Jahren mit Besorgnis verfolgt. Vor allem im internationalen Kommunismus sah man die Hauptbedrohung für Staat und Gesellschaft. Für viele überraschend, waren auch die traditionell kemalistischen Eliten – Offizierskorps, Zivilbürokratie – mittlerweile durchaus bereit, mit den rechtskonservativen Gruppierungen zusammenzugehen. So kam es, dass sogar Gruppierungen am Rande der Legalität, vorausgesetzt, sie hatten ein nationalistisches oder antikommunistisches Programm, von staatlichen Instanzen immer mehr aktiv unterstützt wurden. Unterdrückung linker und vor allem kurdischer Organisationen galt als erste Aufgabe. Eine Gruppe national gesinnter Intellektueller entwickelte in dieser Zeit die Doktrin von der *Türkisch-Islamischen Synthese*. Das Ziel dabei war, eine Versöhnung islamistischer, panturkistisch-nationalistischer und kemalistisch-etatistischer Positionen herbeizuführen. Als Ergebnis setzte sich ein „neo-kemalistisches“ Herangehen an die kulturellen und politischen Probleme des Landes durch. Nicht so sehr die westlichenden Reformen der Zwischenkriegszeit wurden jetzt als das politisch höchste Gut betont. Anstrebenswert war vielmehr die islamische Solidarität, wie sie die Basis der nationalen Einheit in den Jahren des Unabhängigkeitskampfes gebildet hatte.

Indes geriet das Land gegen Ende der siebziger Jahre erneut in eine Krise. Nach den Parlamentswahlen von 1977 konnte keine stabile Regierung mehr gebildet werden. Zudem war der Staat praktisch zahlungsunfähig geworden. Unzählige Terrorhandlungen untergruben die innere Sicherheit und letztlich das Vertrauen der Bevölkerung zu der politischen Klasse. Die Militärintervention des Jahres 1980 markiert eine „neo-kemalistische“ Wende im oben umrissenen Sinn. Kemalistisch war daran vielleicht noch die Bereitschaft, die materiellen Errungenschaften der westlichen Zivilisation und die politisch-wirtschaftlichen Bindungen der Türkei an den Westen zu akzeptieren. Ansonsten fühlte man sich ausdrücklich der „türkisch-islamischen Synthese“ verpflichtet. Die neue Verfassung von 1982 erklärte denn auch den islamischen Religionsunterricht im Grund- und Sekundarschulwesen zu einem „unter der Aufsicht und Kontrolle des Staates“ durchzuführenden Pflichtfach. Zum selben Zweck diente eine bewusste Entpolitisierung des öffentlichen Lebens. Folgerichtig wurden alle Parteien, Vereine, Studentenorganisationen und oppositionelle Gewerkschaften verboten. Die Junta maß in diesem Zusammenhang auch einer „Umerziehung“ der Bürger große Bedeutung bei. Die staatlichen Schulen wie die öffentlichen Medien erachteten es als ihre Aufgabe, vor allem der Jugend beizubringen, die türkische

Nation wieder als eine Geschichts-, Kultur-, und Schicksalsgemeinschaft zu betrachten und zu verteidigen. Die Integrität des Nationalstaates hatte in diesem Rahmen die höchste Priorität.

Die Ära Özal

Die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen erwies sich unter diesen Bedingungen als ein langwieriger Prozess. Immerhin ging nicht der Kandidat des Militärs, sondern ein ziviler Technokrat, *Turgut Özal*, aus den Wahlen vom Herbst 1983 als Sieger hervor. *Özals Mutterlandspartei* entwickelte sich zu einem Sammelbecken für konservative, religiöse, nationalistische und wirtschaftsliberale Kräfte, bis die aus dem öffentlichen Leben verbannten ehemaligen Politiker – *Demirel, Ecevit, Erbakan, Türkeş* – gegen Ende der achtziger Jahre wieder in die Politik zurückkehrten, um ihr Erbe zu reklamieren. Die Wahl *Özals* zum Staatspräsidenten Ende Oktober 1989 wurde von manchen Gegnern denn auch als „Flucht“ aus der politischen Verantwortung gedeutet.

Die Liberalisierung der türkischen Wirtschaft wird heute zu Recht als die wichtigste Errungenschaft der Ära *Özal* betrachtet. Die früher übliche Importsubstitutionspolitik wurde durch eine exportorientierte Industrialisierung ersetzt. Vor allem in den Bereichen Textilien, Lederverarbeitung, Eisen und Stahl sowie Metallwaren wurde die Türkei allmählich international konkurrenzfähig. Die Produktivität in der Landwirtschaft blieb jedoch, zumal dort, wo keine Bewässerung möglich war, äußerst niedrig. Daher unternahm man große Anstrengungen, durch regionale Entwicklungsprogramme wie das *Südostanatolien-Projekt* (GAP) die bewässerte Agrarfläche auszudehnen. Durch billige Stromerzeugung sollte dabei eine umfassende Industrialisierung auch in rückständigen Gebieten des Landes ermöglicht werden.

Gerade dieses Projekt hängt aber mit dem schwierigsten innenpolitischen Problem der Republik Türkei, der *Kurdenfrage*, zusammen. Die bescheidenen Erfolge auf dem Wege zur parlamentarischen Demokratie seit 1983 wurden durch gravierende Verletzungen der *Menschenrechte* überschattet, die parallel zur Verschärfung des bewaffneten Kampfes gegen die kurdische Guerilla im Südosten an Brutalität und Häufigkeit zunahm. *Abdullah Öcalans Arbeiterpartei Kurdistans* (PKK) erweckte daher mit ihren Forderungen nach einer regional-politischen Lösung der *Kurdenfrage* – trotz allgemeiner Ablehnung des Terrorismus – Sympathien gerade bei der politisch interessierten Öffentlichkeit im Ausland, in einer Zeit, in welcher die Türkei selbst große Anstrengungen unternahm, Anschluss an die *Europäische Gemeinschaft* zu finden. Jedenfalls akzeptierte Ankara mit dem Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG (April 1987) implizit, an westeuropäischen Standards der Rechtsstaatlichkeit gemessen zu werden. Als der Irak im Jahre 1988 unter Einsatz von Giftgas gegen die Kurden vorgeing und infolgedessen im September eine Massenflucht irakischer Kurden in die

Türkei einsetzte, demonstrierte Ankara Aufnahmebereitschaft. Außerdem trat *Özal* Anfang 1991 für die Anerkennung kultureller Rechte der Bürger kurdischer Abstammung ein. Er war auch bemüht, sein Land zwar als eine aufstrebende Regionalmacht, doch grundsätzlich dem Frieden verpflichtet, darzustellen. In der Tat wurde die Türkei in den frühen neunziger Jahren auch international häufig als Modell und Anlehnungsmacht vor allem für die neuen muslimischen Republiken im Kaukasus und in Mittelasien erwähnt. Schließlich meldete sich Ankara als Ordnungsfaktor auch auf dem Balkan zurück, als die Auflösung der jugoslawischen Föderation zu kriegerischen Auseinandersetzungen führte.

Der Islamist Erbakan wurde von den Militärs ausgebremst

Trotzdem war die letzte Dekade des zwanzigsten Jahrhunderts für die Türkei keineswegs eine Zeit von Stabilität und Wohlstand. Vielmehr drang die Einsicht in die Schwächen des kemalistischen Staates und die Unhaltbarkeit seines bisherigen Vorrangs gegenüber der Gesellschaft immer stärker ins allgemeine Bewusstsein. Seit dem Tode *Turgut Özals* (April 1993) verschärfte sich zunächst die Frontstellung zwischen den Islamisten und Laizisten. Anfang Juli 1993 kam es in Sivas zu Übergriffen islamistischer Kräfte auf eine Gruppe in Begleitung des bekannten Schriftstellers *Aziz Nesin*, der in seiner Schrift *Auszüge aus den „Satanischen Versen“ Salman Rushdis* veröffentlicht hatte; dabei fanden über 30 Personen den Tod. Die Unzufriedenheit in breiten Schichten der Bevölkerung wurde nicht zuletzt von der hohen Inflation unter Bedingungen wirtschaftlicher Stagnation unter der Regierung *Tansu Çiller* (seit Juni 1993) genährt. Immer mehr Menschen erhofften sich eine Besserung ihrer Lage von der islamistischen *Wohlfahrtspartei Erbakans*, die populistisch erfolgreich agierte und dabei offen auch für die Abwendung der Türkei vom Westen eintrat. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom März 1994 wurden allgemein als Indiz für die fortgeschrittene „Reislamisierung“ der Türkei gewertet: Zwar blieb *Çillers Partei des Rechten Weges* mit einem knappen Vorsprung immer noch die größte Fraktion im Parlament, doch gelang es den Islamisten, fast 19 % der Stimmen zu erhalten, wobei sie auch die Bürgermeisterschaften in den beiden Metropolen des Landes, Ankara und Istanbul, gewinnen konnten. Der Umstand, dass die Regierung im April 1995 ein Paket von drakonischen Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaft anordnete, erhöhte eher die Wahlchancen der Islamisten. *Erbakans Wohlfahrtspartei* erhielt denn auch in den vorgezogenen Parlamentswahlen vom Dezember 1995 über 21 % der abgegebenen Stimmen und stellte damit die stärkste Fraktion im Parlament. Als im Juli 1996 die Koalitionsregierung *Erbakan* (unter Beteiligung der Partei *Çillers*) gebildet wurde, schien die kemalistische Ära endgültig vorbei und die Stunde der religiösen Bruderschaften gekommen zu sein. Auf der Tagesord-

nung standen jetzt – aus der Sicht der Lai-zisten – ausgesprochen provokative Projekte wie der Bau einer Großmoschee am Taksim-Platz in Istanbul oder die Eröffnung des Museums Hagia Sophia für das islamische Gebet, und der Ministerpräsident besuchte islamische Bruderländer wie Iran, Syrien oder Libyen, ging jedoch zu Europa demonstrativ auf Distanz.

Ein Ereignis im November 1996, das die Türkei zutiefst erschütterte, erscheint im Rückblick als der entscheidende Wendepunkt in dieser Entwicklung: Ein Verkehrsunfall brachte die schon lange vermutete Verquickung von Teilen des Staatsapparates und der Sicherheitsorgane mit rechtsradikalen Geheimbünden ans Tageslicht. Die Militärs, obwohl selbst kaum unbeteiligt an der Politik der Instrumentalisierung mafioser Strukturen im Kampf gegen die PKK, zeigte sich aber wendig genug, sich der breiten, zivilgesellschaftlichen Protestbewegung anzuschließen, ja die Hauptforderung dieser Bewegung nach einer „sauberen Gesellschaft“ in Richtung auf ein Engagement für die bedrohten Fundamente der laizistischen Republik zu kanalisieren. Der *Nationale Sicherheitsrat* forderte Ende Februar 1997 die Regierung *Erbakan* ultimativ auf, das Reformwerk *Atatürks* wirksamer zu beschützen, die öffentlichen Ämter von islamistischen Kadern zu säubern und die überhand nehmenden Korankurse unter Staatskontrolle zu bringen.

Ministerpräsident *Erbakan* musste sich dem Druck der Militärs beugen. Die Islamisten hofften aber immer noch darauf, durch die Erzwingung vorzeitiger Parlamentswahlen ihre Position stärken zu können. So trat *Erbakan* zurück; doch mit der Bildung der neuen Regierung beauftragte Präsident *Demirel* nicht wieder *Erbakan*, sondern den Vorsitzenden einer kleineren Fraktion im Parlament, *Mesut Yılmaz*. Dieser brachte im Juli 1997 eine Koalitionsregierung unter hauptsächlichlicher Beteiligung der *Demokratischen Linkspartei Ecevit's* zustande. Der neue Regierungschef versprach, die demokratischen Strukturen zu festigen, die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und vor allem die „ethische Degeneration“ der politischen Klasse zu bekämpfen. Eine ihrer ersten Maßnahmen war die Schließung der Mittelstufen der *Imam-Hatip*-Schulen, die als Kadenschmiede der Islamisten galten. Auch die Beziehungen zu Europa, die unter *Erbakan* an einem Tiefpunkt angelangt waren, wollte die Regierung *Yılmaz* durch eine realistischere Außenpolitik wieder normalisieren. Dies erwies sich jedoch als keine leichte Aufgabe, zumal das Luxemburger Gipfeltreffen der EU vom Dezember 1997 der Türkei den Status eines Beitrittskandidaten wei-

terhin ostentativ vorenthielt. In der Tat waren Defizite im Bereich der Demokratisierung und Menschenrechte der Hauptgrund für den weit verbreiteten Pessimismus, und in dieser Hinsicht waren schon viele Versprechungen nicht eingehalten worden. Bereits Ende März 1992 war es zu einem Zerwürfnis mit Europa gekommen, als bei Demonstrationen von Kurden im Südosten des Landes etwa 50 Personen starben. Die Aufhebung der parlamentarischen Immunität von acht kurdischen Abgeordneten in Ankara im März, das Verbot ihrer Partei DEP im Juni und die Verurteilung der Abgeordneten zu schweren Gefängnisstrafen im Dezember 1994 hatten zu einer weiteren Vertiefung der Kluft zwischen der Türkei und Europa beigetragen.

Die Krise um den PKK-Führer Öcalan

Zu Beginn des Jahres 1998 stand die Türkei aber auch in diesem Zusammenhang an einem Scheideweg. Die Regierung *Yılmaz* erwog zunächst ernsthaft, alle Kontakte zur EU abzubrechen. Jedenfalls zeigten sich die zivilen Politiker ebenso wie die Militärs in Ankara entschlossen, im Kampf gegen *Öcalans* PKK keinen Kompromiss zu akzeptieren. So wies die Regierung Anfang September 1998 die einseitige Feuereinstellung durch die PKK als unannehmbar zurück. Zugleich verstärkte sie den politischen Druck auf Syrien, forderte dieses Land auf, seine feindlichen Absichten gegenüber der Türkei aufzugeben. Hierbei brachte Ankara auch die seit 1996 im Entstehen begriffene Allianz mit Israel als Druckmittel ins Spiel. Unter Kriegsandrohung verlangte man von Damaskus, die Unterstützung der PKK zu beenden. Syrien gab nach und verpflichtete sich, *Abdullah Öcalan* auszuweisen und die PKK-Lager in Syrien zu schließen. So begann die Krise um die Person *Öcalan*, die die Beziehungen der Türkei zu mehreren europäischen Ländern – vor allem Italien, Deutschland und Griechenland – erheblich belasten sollte. Auch dank der Unterstützung Washingtons gelang es jedoch der Regierung *Ecevit*, zu verhindern, dass irgendein europäisches Land dem Führer der PKK politisches Asyl gewährte. So konnte *Öcalan* im Februar 1999 von einem türkischen Kommando in Nairobi festgenommen und in die Türkei gebracht werden.

Dieser Erfolg hat einen euphorischen Schulterchluss kemalistisch-nationalistischer Kräfte zur Folge gehabt. Aus den Parlamentswahlen vom April 1999 ging *Bülent Ecevit's Partei der Demokratischen Linken* als die stärkste Kraft hervor, gefolgt von der *Nationalen Bewegungspartei Devlet Bahçelis*. Die islamistische *Tugend-Partei* war nunmehr auf den dritten

Platz verwiesen worden. Die neue, für die türkischen Verhältnisse ungewohnt stabil erscheinende Allianz zwischen *Ecevit*, *Bahçeli* und *Yılmaz* war nun mit der Aufgabe konfrontiert, Initiativen zur Überwindung der extremen Polarisierung der Bevölkerung infolge des kurdischen Ethno-Nationalismus ebenso wie des staatlicherseits angewandten Terrors zu ergreifen. Auch die Wirtschaft, schwer getroffen durch die Krisen in Asien und Russland, lag danieder. In Erwartung eines Unterstützungskredits des *Internationalen Währungsfonds* leitete die Regierung *Ecevit* wirtschaftliche Reformen und Sanierungsmaßnahmen ein, die aber der Bevölkerung große Opfer abverlangten.

Das Erdbeben von 1999 wurde auch zum Politikum

In einer solchen Situation ereilte die Türkei die Erdbebenkatastrophe des Sommers 1999. In ihrer Not konnte die Bevölkerung nunmehr unmittelbar die Einsicht gewinnen, dass der vermeintlich omnipotente kemalistische Zentralstaat so mächtig und effizient nicht war. Andererseits war es aber für sie höchst beeindruckend zu erleben, wie effektiv die zivilgesellschaftlichen Organisationen des Landes waren und mit welcher großer Anteilnahme auch die Hilfsmannschaften aus den vermeintlich feindlichen Nachbarländern – Griechenland vor allem, aber auch Bulgarien und Armenien – den Betroffenen vor Ort zur Seite standen. Allem Anschein nach hat die politische Klasse der Türkei einige Lehren aus dieser Krise gezogen. So fällt es ihr heute z. B. leichter, die Beziehungen zu Griechenland zu normalisieren. Vorausgesetzt, dass der Wille weiterhin vorhanden ist, das zivilgesellschaftliche Potential der Bevölkerung auch für politisches Engagement im Sinne einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaftsordnung zu nutzen, erscheint die nationale Problematik der Türkei durchaus lösbar. So sind auch die Beziehungen zu Europa in letzter Zeit erheblich verbessert worden. Seit dem Gipfeltreffen in Helsinki im Dezember 1999 gilt die Türkei offiziell als Kandidat für die EU-Mitgliedschaft. Obwohl Politiker Europas, wie sie manchmal selbst eingestehen, gegenüber der Türkei in dieser Frage nicht immer aufrichtig sind, indem sie darauf spekulieren, dass dieses Land die Voraussetzungen der Mitgliedschaft wird nie erfüllen können, ist es aus heutiger Sicht mehr denn je wahrscheinlich, dass die Republik Türkei in absehbarer Zukunft doch ein integraler Bestandteil Europas werden wird – ein Ziel, welches ihre Eliten seit zwei Jahrhunderten beharrlich verfolgen.

Die türkische Gesellschaft im Umbruch

Volk, Nation, Gesellschaft und Staat

Von Günter Seufert

Dr. Günter Seufert ist Leiter der Abteilung Istanbul des Instituts der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft.

Die Republik Türkei wurde von Kemal Atatürk als moderner Nationalstaat „von oben“ errichtet, ohne dass ihm eine moderne Gesellschaft entsprach. Sie galt es erst zu schaffen, ebenfalls „von oben“. Damit lebte der alte Gegensatz des Osmanischen Reiches von Zentrum und Peripherie in veränderter Form fort: Dem modernen, laizistischen Zentrum stand das weite traditionale, islamisch geprägte Land gegenüber. Der kemalistische Staat verstand sich dabei als Inbegriff der türkischen Nation, die mit Hilfe seiner anleitenden und pädagogischen Maßnahmen erst zu sich selbst finden und sich zu konstituieren hätte. Die Regierung der „Republikanischen Volkspartei“ (CHP) sah sich dabei nicht als Partei im Sinne der Vertretung bestimmter Gruppen und Interessen, sondern als den Inbegriff des Staates; andere Parteien oder gar eine Opposition hatten darin keinen Platz. Ein Mehrparteiensystem wurde erst durch den Ausgang des Zweiten Weltkriegs von außen erzwungen. Die Opposition zur CHP trat jedoch mit dem gleichen Totalitätsanspruch auf: als Vertreterin des „Volkes“: islamisch, vom Land als der Peripherie her. Auch von ihr wurde der Anspruch erhoben, das ganze Land zu vertreten, nicht einzelne Gruppen der Gesellschaft. Minderheitsrechte gab es für diese Opposition zum Kemalismus mithin genauso wenig. Sie setzte durchweg die kemalistische Partei bei Wahlen in die Minderheit, so dass sich das Militär als Hüter des Kemalismus immer wieder gezwungen fühlte, zu intervenieren, wenn es sein musste: mit dem Staatsstreich. Doch auch Parteienverbote hatten nur immer wieder Neugründungen zur Folge, zumeist mit dem alten Personal und immer mit demselben Anspruch. Gibt es aus diesem Teufelskreis einen Ausweg? Die türkische Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren dynamisch weiterentwickelt, nicht zuletzt auch wirtschaftlich. Die entscheidende Wende könnte auch dieses Mal wieder von außen kommen, nach den Beschlüssen der EU vom Dezember 1999 in Helsinki.

Red.

Die entwickelten Nationalstaaten Europas als Vorbild

Als sich das Osmanische Reich ins Modernisierungsabenteuer stürzte, nahm es sich die entwickelten Nationalstaaten Europas zum Vorbild. Dort hatten die verschiedensten Klassen und Schichten der Bevölke-

rung der Reihe nach politische Rechte erlangt und waren, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaße, zu Subjekten der Gestaltung ihrer Nationalstaaten geworden. So stand in Europa dem Staate im engeren Sinne jetzt seine Gesellschaft gegenüber, und allenthalben entstanden Theorien, die ‚Gesellschaft‘, dieses neue Phänomen einer durch überkommene (primordiale) Bindungen nicht mehr erschöpfend beschreibbaren sozialen Organisation erklären sollten.

Einer der ersten Gesellschaftstheoretiker in Deutschland war Ferdinand Tönnies. Er zog eine grundlegende Unterscheidung zwischen der alten Ordnung, die durch *Gemeinschaften* gekennzeichnet gewesen war, welche durch die unmittelbare Verbundenheit ihrer Mitglieder bestimmt waren, und dem Neuen, das da entstand, der *Gesellschaft*, die einander biographisch Fremde organisiert. Was die Gemeinschaften eine, so Tönnies, sei ein *Wesenswille*, der unabhängig von den Präferenzen ihrer einzelnen Mitglieder sein Recht einfordere. Im Gegensatz dazu bedürfte es für die Entstehung von *Gesellschaft* eines *Kürwillens*, als dessen Resultat die so neue wie künstliche soziale Einheit nur verstanden werden könnte.¹

Die Osmanen übersetzten den ihnen fremden Begriff *society*, *société*, *Gesellschaft* mit einer arabisch/persischen Neuschöpfung, die auf den säkularen Charakter dieser Einheit und auf die Abstraktion ihrer Mitglieder von ursprünglichen Zugehörigkeiten verweist: *cemiyet-i beşeriye*, wörtlich *Menschheitsverein*. Erst viel später entstand die neutürkische Entsprechung *toplum*, die auf das Verb *toplamak*, *einsammeln*, zurückgeht und bei der Frage danach, wer da sammelt, den Tönnieschen *Kürwillen* assoziieren lässt.

In der politischen Diskussion der Türkei spielt der Begriff *toplum*, Gesellschaft heute eine so große Rolle wie nie zuvor. Noch höher im Kurs steht seine Weiterentwicklung, die *sivil toplum*, die Zivilgesellschaft zusammen mit ihren Organisationen. Begonnen hat diese Diskussion erst in den 80er Jahren, nach dem Ende des Militärregimes vom 12. September 1980. In den Perioden davor standen in der Republik Türkei dem Staate anscheinend andere Entitäten gegenüber. Damals sprach man einerseits vom Volk (*halk*) und andererseits von der *Nation* (*millet* oder *ulus*). Tatsächlich verweisen die beiden Begriffspaare, *Volk* und *Nation*, auf der einen und *Gesellschaft* auf der anderen Seite jeweils auf ein ganz bestimmtes Verhältnis von Staat und Bevölkerung, eine ganz spezifische Konstellation von Herrschern und Beherrschten, von Zentrum und

Peripherie, auf ein Verhältnis, das sich im Laufe der Entwicklung vielfach wandelte. Kurz vor Gründung der Republik und gleich danach waren es primär die *Ideen vom Volke* und von der *säkularen türkischen Nation*, in welcher die Elite die restliche Bevölkerung am liebsten zur Sprache brachte. Die ganze Einparteien-Periode hindurch bildete die Idee von der *säkularen türkischen Nation* die zentrale Legitimationsgrundlage des Regimes, das angestretzen war, deren eigentliche Interessen zu entdecken und ihnen gemäß zu handeln. Eine *muslimisch-türkische Nation* hingegen wurde ab 1946 zum Schlagwort der Opposition, die im Namen eines *nationalen Willens* (*millî irade*) auszog, Staat und Regierung zu erobern. Auch zwischen 1950 und 1980 blieb der so verstandene *ationale Wille* die Losung der Mitte-Rechts-Parteien. Jetzt hatte er ein Demokratieverständnis zu rechtfertigen, das sich in der Herrschaft der Mehrheit erschöpfte und keine Minderheitenrechte kannte.²

Auf dem Wege zu einer modernen Gesellschaft?

Die Begriffe *Gesellschaft* und *Zivilgesellschaft* gelangten hingegen erst in den 80er Jahren zur Blüte. Ihr Aufstieg verweist – wenn auch nicht auf die Überwindung so doch auf die Hinterfragung einer über Jahrzehnte hinweg fraglos hingenommenen hegemonialen Dualität in der türkischen Politik. Diese Dualität präsentierte sich erst als eine zwischen Säkularisten und religiös-konservativen Kräften und dann als eine zwischen Links und Rechts. Im Verein mit der überwältigend starken Stellung der Regierung³ schien diese Dualität Politik auf die Frage ‚herrschen oder beherrscht werden‘ zu reduzieren, was den überaus scharfen Ton in der türkischen Politik erklären mag. Erst die Zerschlagung aller Parteien durch den Putsch 1980 machte paradoxerweise den Weg für eine bis dahin unbekannte kulturelle und politische Pluralität frei und setzte damit Themen wie Toleranz und Ausgleit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte auf die Agenda. Die Wahrnehmung einer nach Gruppenidentitäten und Interessen überaus vielfältigen Bevölkerung kratzte sowohl an der Fata Morgana eines in sich einheitlichen Volkes als auch an dem Bilde von einer homogenen türkischen Nation, deren innenpolitische Gegenspieler nur degenerierte und sich selbst entfremdete Subjekte sein können. Damit wurde zum ersten Male Modelle für einen notwendig konflikthaften Ausgleich verschiedener, ja gegensätzlicher

aber gleichwohl *legitimer* Interessen diskutiert. Dem Staate standen zum ersten Male nicht mehr nur das *Volke* und nicht mehr nur die *Nation*, sondern eine *Gesellschaft* gegenüber.⁴ *Umbruch* der Gesellschaft bedeutet deshalb für die Türkei auch *Herausbildung* einer modernen Gesellschaft und Entstehung der dazugehörigen politischen Kultur.

Freilich ist keiner der alten Gegensätze ganz überwunden, und von einem prinzipiellen Ausgleich kann weder zwischen Islam und Laizismus noch zwischen Rechts und Links die Rede sein. Doch zunehmend erheben sich Stimmen, die beispielsweise islamistischer Politik genauso grundlegende Legitimität zusprechen wie kurdischen Positionen und die die überaus engen Grenzen für politische Betätigung nicht ausschließlich um die Verteidigung der eignen Position willen kritisieren.

Wie bürgerrechtlich (civic) ist die nicht-bürokratische, nicht-militärische zivile (civil) Gesellschaft der Türkei? Konkreter: wie steht es mit den Bürgerrechtsverständnis der politischen Akteure des Landes, die alle gerne universelle Werte wie Fortschritt, Zivilisation, Demokratie und Zivilgesellschaft ins Feld führen? Um den Charakter der Auseinandersetzungen zu verstehen, muss kurz auf die vergangenen Perioden eingegangen werden, in denen die Ideen vom *türkischen Volke* und der *türkischen Nation* noch konkurrenzlos herrschten. Denn alle Perioden tragen deutliche Spuren der vorhergegangenen.

Das Projekt einer säkularen türkischen Nation: Die Einparteien-Regierung (1923–1946)

Weil in ihr der Charakter der kemalistischen Republik am deutlichsten hervortritt, wird die Zeit der Einparteien-Regierung in der türkischen Literatur als *Republikanische Phase* bezeichnet. *Mustafa Kemal* nannte seine Partei *Republikanische Volkspartei* (*Cumhuriyet Halk Partisi*, CHP). Zu ihren grundlegenden Motti gehören *milliyetçilik* (Nationalismus) und *halkçılık*, was – entgegen einer weit verbreiteten Praxis – mit *Populismus* nicht treffend zu übersetzen ist. Denn als Gegenentwurf zum Elitarismus nimmt der Populismus Regungen in der Bevölkerung auf, verstärkt sie und wendet sie gegen eine tatsächliche oder scheinbare Elite. Die *halkçılık* der Republik dagegen ist eine elitäre Bewegung. Die Partei verband Nationalismus und *halkçılık* und beruft sich auf ein idealisiertes *türkisches Volk*, doch der tatsächlich vorhandenen Bevölkerung misstraute sie zutiefst. Diese sei in Aberglauben und religiösem Obskurantismus gefangen.

Bei ihrer Ausrufung hatte die Republik etwa 13,5 Millionen Einwohner, die zu 80% auf dem Lande und damit in traditionellen, von der Religion sinnhaft gemachten Zusammenhängen lebten. Zwecks Mobilisierung aller Reserven war zum Beginn des Ersten Weltkrieges der *Dschihad* ausgerufen worden⁵, und auch der von *Mustafa Kemal* im Mai 1919 begonnene Befreiungskrieg wurde nicht im Namen eines *türkischen Volkes*, sondern als Kampf einer muslimischen Religionsnation gegen

christliche Okkupanten geführt. Tatsächlich hatte die krisenhafte Entwicklung der vorausgegangenen 150 Jahre die Menschen damals verstärkt in der Religion Zuflucht suchen lassen, und die erste Konfrontation mit dem überlegenen Westen hatte zur ersten Welle des Islamismus zu einer Politisierung des Islams geführt. Der Führer des Befreiungskrieges hingegen sah die Lösung in einer *säkularisierten Nation* nach westlichem Vorbild, welche über eine zentralstaatlich durchgesetzte Verbannung der Religion aus dem öffentlichen Leben hervorgebracht werden sollte. *Mustafa Kemal* wusste, dass für weite Kreise die Teilnahme am Befreiungskrieg und die Unterstützung seiner anti-religiösen Verwestlichungspolitik zwei vollkommen verschiedene Dinge waren und urteilte hart über sein Volk:

„Kann von einem Menschenhaufen, der einer Handvoll Scheichs, Ahnherren, Nachkommen Muhammeds, Vornehmen, Alten und Einflussreichen hinterherläuft; der Weissagern, Zauberern, Amulettverkäufern vertraut und der sein Leben in deren Hände legt, als von einer zivilisierten Nation gesprochen werden?“⁶

Die egoistische und intrigistische Politik des Sultans habe die Nation „dazu gebracht, ihre eigene Identität zu vergessen“. Aus dieser Lage könne sie sich nur dadurch befreien „dass sie dieses Mal in eigenem Namen und nur auf sich selbst gestützt einen Staat errichtet“.⁷ Dessen Aufgabe sei es, die Nation ihrer Identität zu erinnern, ja, sie ihr aufs Neue zu vermitteln. Der Staat und seine Führungskader müssten deshalb die Gestalt, auf die die Nation in natürlicher Weise hinstrebe, die sie quasi ihrem inneren Wesen und ihrer Bestimmung gemäß entwickle, entdecken und nur Strebungen fördern, die dem dienen.⁸

Ein solches Denken stellt sich die Nation in biologistischer Manier vor, phantasiert sie als eine vitalistische Figur, deren Wachstum und endgültige Gestalt wie in einem Zellkern schon immer in ihr verborgen läge. Es sind in der europäischen Geistesgeschichte entwickelte romantische und biologistische Konzeptionen.⁹ Im Unterschied zu Europa sollen sie jedoch gerade gegen die Alltagskultur der Gruppe, auf die legitimationsheischend Bezug genommen wird, verwirklicht werden.

Was schlummert in der Seele der Nation, was sind ihre „eigentlichen Strebungen“ (*temayül-i hakikiye*), welches sind die tatsächlichen „nationalen Aspirationen“? Es sind nicht einfach die Interessen der Mehrheit und auch nicht die irgendeiner besonderen Schicht im Volke, weshalb auf die Mehrheit schielen oder sich der Mehrheit beugen von *Atatürk* explizit zurückgewiesen wurde.¹⁰ Die wahren Strebungen des Volkes, seinen kollektive Willen sah *Atatürk* in der Entschlossenheit der türkischen Nation, sich zu „erneuern und zu modernisieren“:

„Es besteht kein Zweifel daran, dass das verehrte Volk dieser Landstriche in natürlicher Weise auf dem Wege zur Vervollkommnung der Zivilisation voranschreitet. Ich bin glücklich, heute Zeuge dieser natürlichen Manifestation einer stetigen Perfektion zu sein.“¹¹

Politisch zielen solche teleologischen Vorstellungen von gesellschaftlicher Entwicklung auf die totale Einheit, die Deckungsgleichheit von Nation und Staat, die keine Zwischentöne kennt und deshalb keine Opposition zulässt.¹² Weil es nur „echte Strebungen des Volkes“ und falsche, ihm untergeschobene Orientierungen gibt, kann der Ausgleich unterschiedlicher oder gar gegensätzlicher Standpunkte nicht Aufgabe der Politik und ihrer zentralen Institution, des Parlamentes, sein. Das Atatürksche Parlament ist ein Club der Weisen und Vornehmen, die aufrichtig nach der *nationalen Wahrheit* suchen:

„Das Parlament und die Regierung der Türkei sowie alle gewissenhaften und anständigen Intellektuellen ... erfüllen die ihnen obliegende Pflicht, ... den Weg zu finden, welchen die gegenwärtige Zivilisation vorschreibt und der allein der Menschheit angemessen ist.“¹³

Bei dieser Aufgabe kommt den Intellektuellen und ihrem Erkenntnismittel, den positiven Wissenschaften, eine entscheidende Rolle zu. Gegen das, was die Intellektuellen ‚wissenschaftlich‘ als für das Gedeihen der Nation notwendig und vorteilhaft erkannt haben, gegen das, was deren natürlicher Entwicklung angemessen ist, gibt es keine legitime Opposition. Republikanismus erschöpft sich für *Atatürk* in der Ablehnung der personalen Sultansherrschaft. Diese verfolge private Interessen, wo es doch darum gehen müsse, die *Herrschaft der Nation* durchzusetzen, welche freilich nicht darin bestehe, ihren Mitgliedern als Einzelnen oder als Gruppe unantastbare politische Rechte zu gewähren. Weil dieses Modell die Herrschenden keiner tatsächlichen institutionalisierten und verrechtlichten Kontrolle unterwirft, sind die ethischen Anforderungen an die entscheidenden Männer im Staate hoch. Sie müssen über eine strenge Selbstdisziplin, eine außergewöhnlich starke Moral und ein „vollkommenes Seelenleben“¹⁴ verfügen, um nicht ihre persönlichen Interessen über die Strebungen der Nation zu stellen.

Im Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie lebt das Osmanische Reich fort

Die Politik der Republik scheint die kulturelle und insbesondere die religiöse Ausrichtung des Osmanischen Reiches in ihr Gegenteil verkehrt zu haben. Das Reich bezog seine Legitimation aus der Anwendung der Scheriat, des aus der Religion geschöpften Rechts, welches als der natürliche Weg, Ordnung und Gerechtigkeit zu stiften, aufgefasst wurde.¹⁵ Die frühe Republik war jedoch nicht nur die Rechtsnachfolgerin des Reiches, sondern auch die Erbin seiner politischen Struktur. Diese Kontinuität der politischen Struktur zeigte sich in:

1. einem mit vollkommener Machtfülle ausgestatteten politischen Zentrum, das seiner Bevölkerung gegenüber nahezu keiner verrechtlichten Beschränkung unterworfen ist; und – damit zusammenhängend – im Mangel an institutionalisierter politischer Partizipation zumindest bestimmter Gruppen in der Bevölkerung an den tatsächlichen politischen Entscheidungen¹⁶;

2. in einer tiefen kulturellen Kluft zwischen Zentrum und Peripherie und
3. in einem aus 1 und 2 resultierenden grundlegenden Gegensatz zwischen Peripherie und Zentrum.

In seiner Blütezeit erstreckte sich das Reich von Zentraleuropa bis in den Jemen und von der Krim bis in den Maghreb. Das osmanische Zentrum hat sich diese seine Peripherie, die von einer Fülle lokaler sozialer und wirtschaftlicher Traditionen sowie von religiöser und sprachlicher Vielfalt gekennzeichnet war, praktisch immer aufs Neue unterworfen und keine überdauernden Formen tatsächlicher Kooptation und Integration einzelner Schichten und Klassen entwickelt. Deshalb lässt sich für die Osmanen nicht in gleicher Weise wie für die Staaten Zentraleuropas von einer schrittweisen Entwicklung und Diversifizierung juristischer Personen sprechen, wie sie der Adel, die Reichsstädte und später die Gruppe der Bürger darstellen.¹⁷ Kern des osmanischen Zentrums war die Armee, deren Elitetruppe, die *Janitscharen*, sich aus der Knabenlese auf dem christlichen Balkan rekrutierten. Das gilt größtenteils auch für die bürokratische Elite, die ungeachtet ihres politischen Einflusses, dem Sultan gegenüber rechtlos ist und aus *Sklaven der Pforte* (*kapikulu*) besteht. Zwar stellt der Islam eine tragkräftige Verbindung zwischen dem so gearteten Zentrum des Staates und seinen muslimischen Untertanen da, doch sind diese frei geborenen Muslime – so sehr sie auch anderen Religionsgruppen gegenüber privilegiert sind – praktisch von jeglicher institutionalisierten politischen Partizipation ausgeschlossen. Sie stehen deshalb in einer fortwährenden latenten Spannung mit dem Zentrum, welche von Zeit zu Zeit in offene Auseinandersetzung mündet. Ungeachtet der Zugehörigkeit beider Seiten zum Islam, bilden Zentrum und Peripherie darüber hinaus differierende kulturelle Stile aus, die sich am deutlichsten in der Sprache zeigen: Das Zentrum entwickelt die bis zu 80 % aus arabischen und persischen Wörtern bestehende osmanische Hochsprache, die Peripherie hingegen bleibt stärker im Türkischen verhaftet. Gegensätze bestehen auch in der religiösen Organisation und Lehre, wo ein von der *Ulema* gelehrter Schrift-Islam auf eine stark von muslimischen Orden geprägte Volksreligiosität trifft.¹⁸ In dem Maße, indem sich die militärisch-bürokratische Elite an Europa orientiert und das westliche Fortschrittsparadigma übernimmt, transformiert sich dieser kulturelle Gegensatz von einem innerislamischen zu einem zwischen konservativer, ‚rückwärts-gewandter‘ Religion auf der einen und Verwestlichungsbestrebungen auf der anderen Seite.¹⁹

Die laizisierenden Reformen der Republik schwächten das Band, das der Islam trotz allem zwischen Peripherie und Zentrum geflochten hatte. Noch während des Befreiungskrieges und lange bevor mit der Abschaffung des Kalifats am 3. März 1924²⁰ die Laizisierungspolitik eingeleitet wurde, gewannen in der Ersten Nationalversammlung Auseinandersetzungen zwischen einer Gruppe anatolischer Notablen, die die Peripherie repräsentieren,



Vor den Toren Europas

liegt die Türkei. Der Bosphorus (in der Bildmitte) stellt die Grenze zwischen Europa und Asien dar und teilt die Stadt Istanbul: Im Vordergrund Asien, im Hintergrund Europa.

Aufnahme: dpa – Bildarchiv

und einer kemalistischen Gruppe ehemaliger Bürokraten, die für das Zentrum stehen, eine religiöse Dimension. Mit der Forderung, dass Abgeordnete mindestens fünf Jahre in dem Gebiet, welches sie im Parlament vertreten wollen, gelebt haben müssen und mit ihrem Wunsche, das Militär vom Parlament kontrolliert zu sehen, sowie dem Verlangen, die Gendarmerie dem Innenministerium zu unterstellen, versuchen die Notablen die Peripherie zu stärken. Sie erheben gleichzeitig auch religiöse Forderungen: Die Allgemeinbildung solle in den traditionellen religiösen Schulen (*Medresen*) erfolgen und der Alkoholgenuß verboten werden.²¹

Schon das osmanische Zentrum hatte die Peripherie ihrer ‚auführerischen und zentripetalen Tendenzen‘ wegen argwöhnisch betrachtet. Die Republik übernimmt dieses Misstrauen und verbindet es mit der Überzeugung, die religiös durchtränkten und sprachlich vielfältigen Regionen Anatoliens seien das entscheidende Hindernis für die Herausbildung einer einheitlichen türkischen Nation, die sich unbeirrbar auf die europäische Zivilisation orientieren werde. Eine institutionalisierte politische Partizipation, die über das Recht, Kandidaten der CHP zu wählen, hinausgegangen wäre, wurde deshalb den nominell freien und gleichen Bürgern nicht zugestanden. Die Partei war der ausschließliche institutionelle Rahmen für politische Partizipation, und ihre Prinzipien bildeten den für öffentliches Handeln verbindlichen politisch-kulturellen Normen-

katalog.²² Die Unmöglichkeit, sich in der öffentlichen Auseinandersetzung auf die Religion zu beziehen, und das Verbot aller religiösen Institutionen entzog der muslimischen Bevölkerung die ihnen vertrauten ethischen Begriffe und Werthaltungen ebenso wie die damit im Einklang stehenden Formen sozialer Organisation.²³

„Offiziell wies die Republik die mosaikartige Struktur Anatoliens zurück, ohne sie indes je zur Sprache zu bringen. In gleicher Weise haben auch die Generationen, die mit ihrer Ideologie aufgewachsen sind, lokale, religiöse und ethnische Gruppierungen lediglich als überflüssige Überbleibsel der finstersten Epochen des Landes betrachtet und abgelehnt.“²⁴ Noch 1946, als Ministerpräsident *İsmet İnönü* die Gründung der *Demokratischen Partei* (DP) erlaubt, wird einer ihrer Gründer, *Fuat Köprülü* von Vertretern der CHP davor gewarnt, die neue Partei ihr Heil in der von der Religion bestimmten Peripherie suchen zu lassen:

„Sich für Unterstützung an die (Bevölkerung der) Provinzstädte und Dörfer zu wenden, bedeutet, die nationale Einheit zu sabotieren.“²⁵

Der legendäre Vorsitzende der DP und spätere Ministerpräsident *Adnan Menderes* berichtet ebenfalls über Bedingungen *İnönüs* für die Zulassung seiner Partei. Eine der wichtigsten habe gelautet:

„Keine Parteiorganisation in den Ostprovinzen und an den Grenzen des Landes, keinerlei Aktivität unter der Dorfbevölkerung und überhaupt Beschränkung von

Parteiorganisationen auf einige Provinzen der Westtürkei, deren Bevölkerung geeignete Überzeugungen aufweise.“²⁶

Der Übergang zum Mehrparteiensystem erfolgte aus außenpolitischer Rücksichtnahme

Anders als diese Angst der CHP-Führung vermuten lässt, war der Übergang zum Mehrparteiensystem nicht das Resultat einer Volksbewegung, sondern war nahezu ausschließlich dem Bestreben geschuldet, gute Beziehungen mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges aufzubauen. Das Regime erwartete, dass insbesondere die USA auf die Etablierung demokratischer Strukturen in Europa drängen würden und sah sich sowjetischen Forderungen hinsichtlich der Meerengen gegenüber.²⁷ Schon die Gründung der Republik hatte auch dazu gedient, über die Liquidierung des in den Augen der Entente desavouierten Osmanischen Reiches und den Aufbau eines modernen Staates *ausenpolitische* Legitimität zu produzieren.²⁸ Bei der Einführung des Mehrparteiensystems standen solche Überlegungen ganz unzweifelhaft im Mittelpunkt. Ihren Rücktritt von der Macht wollte die CHP mit der Zulassung weiterer Parteien freilich nicht eingeleitet haben.

Bereits kurz nach Gründung der DP am 7. Januar 1946 wurde jedoch deutlich, wie groß die Unzufriedenheit in der Bevölkerung war. Das Regime zog deshalb die für 1947 geplanten Wahlen auf den 21. Juni 1946 vor und hatte bei offener Stimmabgabe aber nichtöffentlicher Auszählung keine Schwierigkeiten, diese für sich zu entscheiden. Es sollte freilich das letzte Mal gewesen sein, dass eine offen anti-religiöse kemalistische Partei die Mehrheit erlangte. Aus den darauffolgenden Urnengängen ging die DP stets als die stärkste Partei hervor. Sie erhielt 1950 53,3 %, 1954 56,6 % und 1947 47,3 % der Stimmen.²⁹ Selbst in den Wahlen von 1961, die nach dem Militärputsch von 1960 und der Hinrichtung des aus dem Amte gejagten DP-Ministerpräsidenten *Adnan Menderes* abgehalten wurden, kam die CHP nur auf 36,7 %. Ab 1965 dann – als sich die Gerechtigkeitspartei (*Adalet Partisi*, AP) *Süleyman Demirels* mit 52,9 % der Stimmen als Nachfolgerin der DP etabliert hatte, blieb die CHP bis 1973 ohne jede reale Chance auf eine Regierungsbeteiligung.³⁰

Das Geheimnis dieses Erfolgs der Mitte-Rechts-Parteien vor 1980 liegt darin, dass sie es vermochten, eine Vielzahl von Interessengegensätzen zwischen der militärisch-bürokratischen und intellektuellen Elite des Landes und weiten Kreisen seiner religiös-traditionellen Bevölkerung in das so einfache wie überzeugende Modell eines alles überspannenden Gegensatzes zu integrieren: der Gegensatz zwischen einer europäisierten, säkularisierten und damit dem Lande und seiner Bevölkerung entfremdeten Elite und der Mehrheit der Bevölkerung, die ihrer Moral, ihrer Sittlichkeit und ihrer Religion verbunden ist. Es handelt sich dabei um Widersprüche wie die zwischen Stadt und Land, Regierenden und Regierten, zwischen Steuer-

einnehmern und Steuerzahlern, staatseigenen Kombinat und kleinbourgeoiser Landökonomie, sowie zwischen der Europäisierung der Lebensformen und bisweilen reaktivem Festklammern an lokale Traditionen. Diese Gegensätze transportierten gegensätzliche Lebensstile, die sich in Dingen wie der Stellung der Frau, der Art und Weise der Kleidung, dem allgemeinen Habitus und unterschiedlichen Konsumformen niederschlugen. Einander ausschließende Lebensstile provozierten moralische Werturteile, die nicht unabhängig von Begriffen formuliert werden konnten, die stark religiös besetzt sind. Für weite Kreise der Bevölkerung schien der Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie deshalb in der unterschiedlichen Stellung der Träger dieser beiden Pole zur Religion zu kumulieren.

Die „Partei des Volkes“ gegen die „Partei der Bürokratie“

Dabei stand *Religion* nicht für Vorstellungen von einem wie immer gearteten ‚islamischen Staate‘³¹, sondern war die gemeinsame identitäre Dimension der von der kemalistischen Elite politisch ausgegrenzten und zum Erziehungsobjekt degradierten anatolischen Massen, welche ihre politische Anrufung³² ermöglichte. Der Ansatz der DP war kein islamistischer, sondern ein anti-elitärer, populistischer. Die Partei gab vor, dem Willen der „eigentlichen Substanz“ (*asil kütles*)³³ des Volkes Ausdruck zu geben. Ihr Vorsitzender *Adnan Menderes* charakterisierte die DP denn auch als „Partei des Volkes“, welcher die „Partei der Bürokratie“ (CHP) gegenüberstände.³⁴ Sein ‚Erbe‘ im Vorsitz einer großen Mitte-Rechts-Partei *Süleyman Demirel* beschuldigte noch 1965 in einer Wahlkampfansprache die CHP, der eigenen Bevölkerung wie Kolonialherren gegenüberzutreten.³⁵

Das Fahnenwort der DP unter *Menderes* und später der Nachfolgepartei AP unter *Demirel* war der *nationale Wille* (*milli irade*), verstanden als die direkte Repräsentation der überwältigenden Mehrheit des Volkes. Der Begriff ist die direkte legitimatorische Alternative zum kemalistischen Konzept der *eigentlichen Strebungen* (*tekamül-i hakikiye*) der Nation, welche Partei und Intellektuelle *definieren* und über die Nutzung des Staates verwirklichen müssten. Die CHP argumentierte mit *Fortschritt und Modernisierung* (*terakki ve teceddüd*) und geißelte die DP als Vertreterin *rückwärtsgewandter* (*irtica*) religiöser Haltungen. „Tatsächlich fand aber in den Dörfern, wo die Mehrheit der Bevölkerung lebte, eine wirkliche Erweiterung bürgerlicher Rechte statt. Der unbedeutendste Bauer konnte plötzlich feststellen, dass er einen Platz in der politischen Struktur des Landes besaß.“³⁶

Die damit einsetzende relative Demokratisierung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die DP, ganz ähnlich wie die CHP, im Namen einer homogenen Entität zu herrschen vorgab. Dieser *Zusammenprall zweier Totalitäten* ließ für Differenzierungen keinen Raum. Er prägte die türkische politische Kultur, weshalb sich die türkische Elite *und* die türkische Bevölkerung

noch heute nicht nur mit Minderheiten-, sondern auch mit Bürgerrechten schwer tun:

„Weil die Demokratie nicht als Ergebnis der Entstehung gesellschaftlicher Klassen und ihres Kampfes um politische Herrschaft, sondern als Folge des Zusammenstoßes zweier Eliten³⁷ zum Thema wurde, hat sich die Gegenelite ... nie als Vertreterin von bestimmten *Teilen* der Gesellschaft betrachtet. Auch sie sah sich in der Regel als Verteidigerin einer Totalität, jedoch nicht des Staates, sondern des Volkes.“³⁸

Tatsächlich war die konservative Elite der Meinung, sie habe mit der Eroberung der Regierung und der dadurch überwundenen Entfremdung zwischen Volk und Staat den Kampf um die Demokratie im Lande bereits erfolgreich beendet³⁹. Ihr repressives Vorgehen gegen die Opposition widerlegte diese Annahme nicht weniger als der Militärputsch von 1960.

Schon bei den ersten Wahlen nach dem Militärputsch jedoch enttäuschte das Abschneiden der CHP erneut, und bereits 1965 hatte das Land wieder eine rechtskonservative Regierung, diesmal unter *Süleyman Demirel*. Die AP, die bereits fünf Monate nach dem Putsch gegründet wurde, vermied es jedoch, die Legitimität des Staatsstreichts grundsätzlich anzuzweifeln und beugte sich auch der zweiten Intervention des Militärs am 12. März 1971. Zusammen mit der Orientierung der CHP auf eine eher sozialdemokratische und gemäßigt linke Position in den frühen 70ern, die das Verhältnis von CHP und militärischer Elite trübte, führte die Unterwerfungsbereitschaft der Rechten dazu, dass sich die AP dem staatlichen Machtzentrum annäherte⁴⁰ und teilweise in seine Bürokratie integriert wurde.

Das Aufkommen eines ethnisch-türkischen Nationalismus

Mit dieser machtpolitischen Neukonstellation erfolgte auch ein Umschwung in der ideologischen Orientierung der anatolischen Bevölkerung. Die ‚nationale Identität‘ weiter Kreise der konservativen Wählerschaft war in den 50er Jahren – in Ablehnung des republikanischen Entwurfs einer *laizistischen*, *ethnisch-türkischen* Identität – primär muslimisch verstanden worden. Einmal an der Regierung, nahmen die konservativen Parteien die harte kemalistische Laizisierungspolitik ein Stück zurück. Gleichzeitig führte die Integration der konservativen Parteien in das bürokratische Machtzentrum und die damit einhergehende ‚Versöhnung zwischen Staat und Nation‘ dazu, dass der wegen seiner säkularistischen Anteile ehemals abgelehnte ethnisch-türkische Identitätsentwurf mit der geschichtlich gewachsenen religiös-islamischen Dimension der Identität verschmolzen werden konnte.⁴¹ Der noch Ende der 60er Jahre bestimmende Antagonismus von Zentrum und Peripherie begann deshalb Mitte der 70er Jahre seine Hegemonie über die türkische Politik zu verlieren. Dieser Erfolg des republikanischen Projekts in der Hervorbringung einer muslimisch-türkischen Nation lässt sich an drei Phänomenen erkennen: Zum einen daran, dass der Wider-

spruch zwischen Staat und Volk an Schärfe verlor, zum Zweiten daran, dass ein zunehmend ethnisch verstandener türkischer Nationalismus im ideologischen Gerüst aller Parteien aufweisbar wurde; und zum Dritten daran, dass jetzt ethnisch-türkische nationalistische Parteien Zulauf erhielten. Die Ergebnisse der Wahlen von 1973 und 1977 zeugen davon, dass die beiden großen politischen Lager aufgebrochen sind. Die AP erzielt 1973 mit 29,8 % ihr schlechtestes Ergebnis.

Ideologisierung und Radikalisierung der türkischen Politik in den 70er Jahren

Die größte Gefahr der AP erwuchs ihr jedoch nicht aus der CHP, sondern aus zwei rechten Parteien, die jeweils ein eigenes soziales, wirtschaftliches und/oder regionales Profil aufwiesen und deren Führungskader die Vertretung von Sonderinteressen ihrer Wählerschaft in einen konsistenten ideologischen Rahmen zur Sprache brachten. Die *Nationale Heilspartei (Millî Selâmet Partisi, MSP)* des *Necmettin Erbakan* präsentierte ihr Eintreten für die Belange anatolischer Händler und Produzenten mittlerer Größe und ihren Widerstand gegen die staatliche Bevorzugung der Istanbuler Bourgeoisie als Feldzug der Frommen, die nach religiös legitimierter Gerechtigkeit verlangten. Ihre offenkundige islamische Symbolisierung erlaubte der Partei außerdem die Attraktion großer Wählergruppen in den wirtschaftlich benachteiligten und traditionell gottesfürchtigen kurdischen Siedlungsgebieten, die sich weder von einer links-ke-

malistischen, säkularistischen CHP ansprechen ließen, noch von Kräften, die das Ethnisch-Türkische in den Mittelpunkt ihrer Propaganda stellen. Diese Kräfte wurden durch die *Nationalistische Bewegungspartei (MHP)* repräsentiert. Diese Partei sprach neben den abstiegsgefährdeten Schichten Zentralanatoliens vor allem eine nationalistisch-türkische Jugend an, die sich selbst zur Schutz- und Angriffstruppe der religiös-konservativen Bevölkerung gegen die militante Linke stilisierte.

Mit der Ideologisierung der türkischen Politik in den siebziger Jahren ging ihre Radikalisierung einher. Der Ausdifferenzierung der Rechten stand die der Linken gegenüber, und ab 1977 macht die Türkei mit einer Serie nicht abreißen Terroranschläge und mit Streiks von sich reden. Diese Auseinandersetzung wird allgemein als eine zwischen Rechts und Links, in ihren extremen Ausformungen als ein Kampf zwischen Faschisten und Kommunisten verstanden. Eine genauere Analyse zeigt jedoch, dass der Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen einem laizisierenden Staate und einer traditionell religiösen Bevölkerung in den Konflikten der 70er Jahre – wenn auch in veränderter Form – fortlebte.

Wahlverhalten

In der Wahl von 1977 erreichte die AP 36,9, die CHP 41,4 und die kleinen Parteien zusammen 19,3 % der Stimmen. Noch in der gespannten Atmosphäre dieses Jahres hat sich nur eine Minderheit der Wähler aller dieser drei Partei(grupp)en dazu bekannt, entweder „der rechten

Mitte“ oder der „linken Mitte“ zuzugehören. Bei allen Parteien sah sich die knappe Mehrheit schlicht nur als „Mitte“, bzw. konnte sich nicht entscheiden. Für die Mehrzahl der Wähler war demnach der Rechts-links-Gegensatz nur sekundär. Ein Faktor für politische Präferenz war 1977 noch immer die Größe des Wohnorts: Die AP hatte ihre größten Erfolge in den Dörfern und schnitt in den Großstädten am schlechtesten ab, wo die CHP die meisten Stimmen einfuhr. Die kleinen Parteien gewannen überdurchschnittlich viel in kleinen Provinzstädten mit eigener Führungsschicht.⁴² Beim Bildungsgrad der Wähler war der Zusammenhang noch stärker ausgeprägt. Gymnasium- und Hochschulabsolventen wählten zu 68,3 % die CHP, der AP gaben aus dieser Gruppe nur 16,3 % die Stimme.⁴³ Am ausgeprägtesten ist der Zusammenhang bei den Berufen: 71,8 % aller Beamten und 67,1 % aller Arbeiter wählten die CHP, aber nur 10 % der Beamten und nur 21,2 % der Arbeiter die AP, die dafür bei den Bauern vorne lag. Der Auseinandersetzung zwischen links und rechts liegt deshalb auch 1977 noch zu einem guten Teil der Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Bauern und Beamten und zwischen Volk und Elite zugrunde.

Beweist die hohe CHP-Rate unter der Arbeiterschaft allein, dass politische Trennungen jetzt auch stark nach funktionalen Gruppen verlaufen? *Süleyman Demirel*, der Klassenwidersprüche stets abstritt, beschuldigte damals die CHP „konfessionelle und ethnische Faktoren in den Gecekondu-Siedlungen ... auszunutzen.“ Tatsächlich war – einer Untersuchung zufolge –, unter denen deren Muttersprache „nicht Türkisch, sondern eine andere Sprache des Nahen Ostens“ war, die Rate für die CHP mehr als doppelt so hoch wie für die AP, was für eine Bevorzugung der CHP unter den Kurden spricht.⁴⁴

Die Verschmelzung ethnisch-türkischer mit muslimischer Identität in weiten Teilen der konservativen Wählerschaft hat auch alewitische Wähler von einer Stimmabgabe für die DP und die kleinen rechten Parteien abgehalten.⁴⁵

Was bedeutet links und rechts in der Türkei ?

Der Links-rechts-Gegensatz vor 1980 erscheint somit als eine gebrochene Transformation des alten Antagonismus zwischen Stadt und Land/Zentrum und Peripherie. *Rechts sein* bedeutet einem anti-elitären Populismus anzuhängen, der sich über die Verschmelzung einer sunnitischen muslimischen Religiosität ländlicher Prägung mit ethnisch-türkischen Positionen darin sicher fühlt, die Mehrheit in der Gesellschaft und den eigentlichen Kern der Türkischen Nation zu bilden. *Links sein* hingegen steht für einen aus kemalistischer Mission, Verwestlichung und linkem Avantgarde-Bewusstsein gespeisten Elitarismus, der um sich als den eigentlichen Besitzer der „republikanischen Revolutionen“ und ihres Produkts, des republikanischen Staates weiß. In wirtschaftlicher Hinsicht ist *rechts*, wer einer traditionellen Tauschgerechtigkeit verhaftet ist und *Eta-*



Zwischen europäischer und islamischer Tradition:

Frauen in einer Straße von Istanbul, 1998 aufgenommen. Die „Kulturrevolution“ Atatürks wollte die Türkei mit aller Macht in die Moderne führen. Rückschläge konnten nicht ausbleiben, nicht einmal in Istanbul mit seiner Zuwanderung aus Anatolien. Neben modernen Frauen in gesellschaftlichen Führungspositionen finden wir nach wie vor Frauen in traditioneller Kleidung. Aufnahme: dpa – Bildarchiv

tismus primär mit Steuern und Abgaben verbindet. Politisch erschöpft sich *rechts sein* im Kampf gegen ‚den Kommunismus‘ und gegen alles, was man dafür hält. Der ‚Kommunismus‘ ist der ideale Gegner, in dem die innere Bedrohung der Nation durch Gottlosigkeit und ihre äußere Bedrohung durch den starken Nachbarn im Osten zusammenfallen. In wirtschaftlicher Hinsicht *links sein* heißt dagegen, auf der zentralstaatlichen Planbarkeit wirtschaftlicher Entwicklung zu beharren und ansonsten die „Ausbeutung des türkischen Arbeiters durch imperialistisches Kapital“ zu geißeln. Politisch *links sein*, umfasst ein weites und widersprüchliches Spektrum: unnachgiebigen Laizismus im Namen des Fortschritts der türkischen Nation und damit oft Idealisierung der Alewiten, links-nationaler Dritte-Welt-Diskurs, Antimperialismus und Antiamerikanismus, Syndikalismus, maoistische Verklärung der Bauernschaft und gradueller pro-Kurdismus. Unter dem Deckmantel des Links-rechts-Gegensatzes spielten deshalb kulturelle Motivationen unterschiedlichster Art eine entscheidende Rolle: die Haltung zur Religion, konfessionelle (Sunniten/Alewiten) Zugehörigkeit, sprachliche (Türkisch/Kurdische) Zugehörigkeit, regionale (Stadt/Land) Herkunft und ‚ererbter‘ sozio-ökonomischer Status bestimmten weitgehend, wer sich auf welcher Seite des politischen Spektrums positionierte. Die politische Hyperaktivität der 70er Jahre bereitet insofern die Politisierung und Ideologisierung von zugewiesenen, primären Identitäten vor, die in den 80ern und 90ern ihren Höhepunkt erreichen sollte.

Eine Ursache für die Inkongruenz zwischen den Ideologien der politischen Strömungen und ihren Rekrutierungsmechanismen ist, dass die Modernisierung der Produktionsformen mit der Modernisierung von Verkehrsformen nicht Schritt halten kann. Innerhalb nur einer Generation gleicht die in den 50er Jahren einsetzende Verstärkung das seit Beginn der Republik bestehende 3:1-Verhältnis von Landbewohnern und Städtern aus und lässt ab 1985 die Stadtbevölkerung zur Mehrheit werden. Dabei sind im gleichen Jahre noch 59 % der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, und der Anteil industrieller Arbeitsplätze beschränkt sich auf 14 %, in den entwickelten Ländern liegt er bei 35 %.⁴⁶

Die türkisch-islamische Synthese als neu-inszenierte Staatsideologie

Der Putsch vom 12. September 1980 lässt sich mit den vorhergehenden Interventionen des Militärs nur schlecht vergleichen, wegen seiner Gewalttätigkeit, der langen Dauer direkter militärischer Einfluss-

nahme und wegen der Schwere des Eingriffs in das politische System des Landes. Ein Grund dafür ist, dass dem autoritären zentralstaatlichen Gestaltungswillen jetzt nicht mehr nur eine relativ kleine oppositionelle Elite gegenübersteht, sondern eine extreme Politisierung weite Kreise der Bevölkerung erfasst hat. Es gilt deshalb einerseits, politische Rechte und Organisationsmöglichkeiten direkt zu beschneiden und andererseits, die ideologische Ausrichtung der Bevölkerung ‚ins Lot zu rücken‘.

Die jetzt vorgenommene Neuinszenierung der Staatsideologie, die sogenannte türkisch-islamische Synthese, ist kein Schritt zurück zu einem extrem laizistischen Kemalismus. Es ist bezeichnend, dass die neue Linie von konservativen Hochschullehrern ausgearbeitet wurde, die vorher Ideengeber für die Regierungen der *Nationalen Front* unter *Süleyman Demirel* waren.⁴⁷ Dieser Kreis macht die in den Jahrzehnten zuvor tatsächlich stattgefundenene Verschmelzung von türkischer und (sunnitisch-)muslimischer Identität zur zentralen These seiner Historiographie und zur Grundlage einer politischen Theorie, die auf die Relativierung des demokratischen Souveräns hinausläuft. Einer ihrer maßgeblichen Vertreter bezweifelt unter Verweis auf die Toten die Entscheidungsrechte der Lebenden und führt damit Inhalt und Zweck der neuen Theorie deutlich vor Augen. Sein Instrument ist ein neu konzipierter *nationaler Wille*: Er fragt rhetorisch:

„Kann die Übereinstimmung über den *nationalen Willen* auf Wunsch von 26 oder 28 der 55 Millionen (Einwohner) aufgehoben werden? Haben die nach Millionen zählenden Türken, die für diese Übereinstimmung gestorben sind und jetzt unter der Erde ruhen, kein Mitspracherecht?“

Wie kommt es zu einer solchen Formulierung? Der kemalistischen Elite der *Republikanischen Periode* waren die *Strebungen der Nation*, verstanden als das, worauf die Nation jetzt und in Zukunft hindränge, Legitimation für die Durchsetzung eines Fortschritts „zum Wohl des Volkes gegen das Volk“⁴⁹. Die konservativen Parteien hingegen nutzten das Konzept vom *nationalen Willen*, verstanden als das Mandat der einfachen Mehrheit, zur Zurückdrängung der Elite und zur Ignorierung aller Rechte der Minderheit. Das Militärregime jedoch bastelte sich seine ‚Synthese‘, indem es sich die aktuelle populäre Ideologie zu eigen machte und sie – in gleicher Weise wie die kemalistische Elite – gegen die Partizipationsforderungen der Bevölkerung richtete. Deswegen ist die türkisch-islamische Synthese keine pro-islamische Politik sondern eine oberflächliche islamische Popularisierung des Kemalismus.⁵⁰ Zum wiederholten Male in der Geschichte der Republik Türkei beruft sich ein autoritäres Regime auf *ein Volk*, das – oder auf *eine Nation*, die – auf spezifisch ideologische Weise idealisiert wird. Eine *Gesellschaft* die unterschiedliche Gruppen mit divergierenden Interessen anerkannt hätte, war vom ‚Kern des Staates‘⁵¹ nach wie vor nicht vorgesehen.

Über allem thront der „Nationale Sicherheitsrat“

Sorgen machte sich der ‚Kern des Staates‘ auch um das Zentrum, sprich über die Ministerien und die Bürokratie. Teile der CHP-Beamtenerschaft waren linker Tendenzen verdächtig und rechte Beamte ob ihrer Nähe zur Religion suspekt. Etabliert wurden deshalb ‚Überbürokratien‘ oder ‚Superinstitutionen‘, die – einflussreicher als Ministerien – die ideologische Ausrichtung der Bevölkerung überwachen: der *Hochschulrat* (YÖK), die *Hohe Atatürk-Gesellschaft für Geschichte, Sprache und Kultur* (AKDITYK), die *Staatssicherheitsgerichte* (DMG), als Nachzügler der *Hohe Rundfunk- und Fernsehrat* (RTÜK), und über allem thront der *Nationale Sicherheitsrat* (MGK), in dem das Militär den Ton angibt. Als zum ersten Male wieder gewählt werden durfte, gewann mit überwältigendem Erfolg die *Mutterlandspartei* (*Anavatan Partisi*, AnaP) des *Turgut Özal*. Koexistenz, Pragmatismus oder grenzenloser Opportunismus und Geschäftemacherei? Eine moralische Bewertung der Özalschen Politik lässt sich nur schwer auf einen Nenner bringen. Doch hat die AnaP in der Außen- und Wirtschaftspolitik eine neue Philosophie entwickelt, deren Schlagworte Öffnung, Konkurrenz, Ausgleich, Erfolg und Leistung lauteten. In der Phase erzwungener Depolitisierung einerseits und großer Ernüchterung über die bisherige Politik andererseits führte die wirtschaftliche Öffnung und die vorsichtige Reduzierung rein staatlich-bürokratischer Mehrwert-Verteilung zu einem allmählichen Wandel des ‚Idealtypus‘ vom erfolgreichen Politiker: Der Ideologe wich dem Ingenieur und Manager, und an die Stelle einer kompromisslosen Ablehnung des politischen Systems rückte die Bewertung von Erfolg und Misserfolg der jeweiligen Regierung in einzelnen Fragen⁵². Der in den 70ern ohnehin ideologisch künstlich aufgeblähte Gegensatz von Links und Rechts verlor an Schärfe, und die städtische Elite importierte und diskutierte neue Themen: Frauen, Menschenrechte, Umweltschutz und Zivilgesellschaft. Anatolische Migranten, städtische Unterschichten, perspektivlose Jugendliche, aber auch die Vertreter eines aufstrebenden anatolischen Kapitals und einer neuen konservativen Bildungselite anatolischer Herkunft hatten derweil andere Sorgen: Wohnung und Arbeit die einen, Ausbildung und Karrierechancen die anderen, staatliche Förderung und Marktanteile die dritten. Was sie einte, war kulturelle Entfremdung in einer neuen Umwelt, teilweise offene Diskrimination und vielleicht mehr als all das zusammen die Sorge um die Aufrechterhaltung einer traditionellen Sittlichkeit.

Migration und Modernisierung entlassen den Einzelnen aus traditionellen Strukturen und zwingen ihn über den Arbeitsmarkt, säkulare Bildungsinstitution und den Einfluss einer zunehmend medialisierten Umwelt zur Individuation. Diese mündet jedoch nicht automatisch in der Etablierung neuer funktionaler Zugehörigkeiten (Arbeiterklasse, Berufsgruppe) und/oder moderner Rollenmuster. Tat-

sächlich ist diese Konstellation einer gebrochenen Modernisierung der Ausgangspunkt aller kulturalistischen Bewegungen, die sich Mitte bis Ende der 80er Jahre entwickeln. Alle die Bewegungen erheben im Grunde legitime Forderungen nach der Mitgestaltung der eigenen Lebensverhältnisse. Sie erheben diese Forderungen jedoch nicht aufgrund spezifischer Klassenlagen, Geschlechterrollen oder Standesinteressen, sondern unter Verweis auf eine ursprüngliche (primordiale) Zugehörigkeit des Einzelnen zu kulturellen Gruppen wie ‚Muslime‘ und ‚Alewiten‘, ‚Türken‘ und ‚Kurden‘. Kulturalistische Bewegungen sind deshalb die Folge einer Modernisierung der Verkehrsformen mit den dazugehörigen formalen Möglichkeiten politischer Partizipation ohne eine gleichzeitige Modernisierung der Arbeits- und Produktionsformen.

Der Erfolg der „Wohlfahrtspartei“ Erbakans und seine Gründe

Die Entwicklung der islamistischen Partei *Necmettin Erbakans* von der MSP der 70er Jahre zur *Wohlfahrtspartei (Refah Partisi)* der 90er Jahre am deutlichsten auf. Die MSP hatte ihren Rückhalt in den südost- anatolischen kurdisch besiedelten Gebiete und den unterentwickelten Regionen Zentralanatoliens waren, zeigt den Wandel der kulturellen Bewegungen in den 80ern. Die *Wohlfahrtspartei (Refah Partisi, RP)* mit der Erbakan 1983 die Geschichte seiner MSP fortschreibt, gewinnt ab 1991 ihre meisten Wähler in der Stadt, ja, sie löst die CHP der 70er Jahre darin ab, die Partei mit der größten Anhängerschaft in den Städten zu sein.⁵³ Von 1984, als sie 4,45 der Stimmen gewann, gelang es der RP bis 1994 zweimal, innerhalb von vier bis fünf Jahren ihre Stimmen bei den Kommunalwahlen zu verdoppeln. 1995 schließlich ging sie als stärkste Partei aus den Parlamentswahlen hervor.

Die Mechanismen, die zum atemberaubenden Wachstum der RP in dieser Zeit führen, verschafften auch anderen kulturalistischen Strömungen, wie der alewischen Revitalisierungsbewegung und der kurdisch-nationalistischen Bewegung Rückenwind. Summarisch zu nennen sind: die zu einem Großteil aus anatolischen Migranten bestehende Anhängerschaft; das Bestreben, in der Stadt neue, ideologisch vermittelte Gemeinsamkeiten und Gemeinden zu errichten; die im Widerspruch zur proklamierten Authentizität und Lokalität der Identität stehende Produktion internationaler Netzwerke; das Zurücktreten mündlicher und das neue Primat schriftlicher oder sonstig medial vermittelter Kommunikation; die Elaborierung und Homogenisierung der Überlieferung und sonstiger Traditionen; die Reinterpretation der Lehre oder der eigenen Identität in modernen Begriffen und Theoremen; eine durch all das bedingte Intellektualisierung und Politisierung der autochthonen Kultur und schließlich die Entstehung einer modernen Führungselite, die die traditionellen Autoritäten hinwegfegt.⁵⁴ Keines dieser Strukturmerkmale fehlt der alewischen und/oder der kurdischen Bewegung, die freilich ihrer we-

sentlich geringeren Potenziale wegen (Alewiten) eher unbeachtet bzw. ihrer um vieles intensiveren Kriminalisierung wegen, ungleich schwerer analysierbar sind. Vergleichen lassen sich jedoch – bei aller Vorsicht – einige Gemeinsamkeiten der politischen Kultur dieser Bewegungen, die auch aus anderen Zusammenhängen bekannt sind.

Die islamistische Bewegung formulierte als ihr Ziel nicht nur eine *Gerechte* (Wirtschafts-) *Ordnung*, sondern auch den „Schutz des Verstandes“, den „Schutz des Glaubens“, die „Erziehung der triebhaften Seele“ des Menschen und einen „moralischen Aufschwung.“⁵⁵

Die RP-Bewegung plante demnach eine Erziehungsoffensive gegen die Bevölkerung. Die Legitimation dafür sah sie in der Tatsache, dass das Volk aus Muslimen bestehe und deshalb *im wohlverstandenen eigenen Interesse* zu einer der Religion entsprechenden Lebensweise und einem sittlichen Handel und Wandel angewiesen werden müsse. Auch sie idealisierte also das Volk auf eine spezifische, jetzt islamische Weise.

Um davon zu träumen, die Bevölkerung nach den ‚Wahrheiten ihrer Kultur‘ formen zu können, dafür war die alewische Revitalisierungsbewegung nie groß genug. Einige ihrer führenden Protagonisten haben es indes nicht versäumt, sich dem kemalistischen Laizismus in der Form anzudienen, dass sie den Republikgründer als Verkörperung des von den Schiiten und Alewiten verehrten vierten Kalifen *‘Alī ibn Abū Tālib* erklärten. Sie empfahlen die Verehrung *Atatürks* als „nationalen Gottesdienst“, forderten, die Worte Atatürks mit der Stimme Gottes gleichzusetzen oder erhaben ihn zum geweisagten Mahdi.⁵⁶ Mehr noch, in der seit dem 28. Februar 1997 anhaltenden Phase der unduldsamen Zurückdrängung des politischen, aber auch des kulturellen Islamismus präsentieren maßgebliche alewische Führer ihre Konfession als das originäre, den *Türken eigene Muslimentum*⁵⁷ und legitimieren damit eine aktualisierte Wiederauflage der kemalistischen Idee von einem im Grunde homogenen türkischen Volke, dem bestimmte politische Haltungen und Strebungen in die Wiege gelegt seien.

Die Haltung einer Guerilla-Bewegung wie der PKK im Hinblick auf offene Gesellschaft zu kritisieren, mag sich erübrigen. Nicht unerwähnt bleiben soll jedoch, dass sozialistische Phrasen längst hinter nationalistischen zurückgetreten sind und das ‚kurdische Volk‘ ähnlich homogen wie seinerzeit das türkische vorgestellt wird. Auch in diesem Falle ist die Befreiung *der Nation* gegen alle Widerstände durchzusetzen, wer zweifelt, ist ein „niederträchtiger Verräter.“⁵⁸

Fast möchte man meinen, alle entscheidenden politischen Kräfte des Landes scheinen dazu verdammt, unter vielfältiger Symbolisierung und in unterschiedlichem Verlauf, die Grundkonstellation der politischen Kultur der Republik zu wiederholen. Es ist die Konstellation von einer durch und durch gleichförmigen Nation, einem einheitlichen Volke, das seinen Politikern nur die beiden Alternativen vor-

gibt, sein Volk/seine Nation *zu retten* (bzw. sein Wesen ungebrochen zu repräsentieren) oder es zu verraten. Die unterschiedlichen Schichten oder besser Bevölkerungsklassen scheinen zu verschiedenen Zeiten und der Reihe nach, weitgehend unabhängig von der jeweils vertretenen Ideologie, die immer wieder gleichen Vorstellungen von Staat und Nation zu reproduzieren, in denen für die Vorstellung einer pluralistischen Gesellschaft kein Platz ist.

Nach dem Beschluss von Helsinki könnte zum zweiten Mal der Reform-Anstoß von außen kommen

Es war in den frühen 90ern und wahrscheinlich von der pragmatischen Atmosphäre der *Özal*-Jahre vorbereitet, dass man in verschiedenen ideologischen ‚Lagern‘ begann, sich Gedanken über die Durchbrechung dieses Teufelskreises einer unablässigen Reproduktion autoritärer Strukturen durch die gegensätzlichsten ideologischen Bewegungen zu machen. Journalisten, Akademiker und Intellektuelle mit bisweilen gänzlich unterschiedlichem politischen Hintergrund begannen, zentrale aber bislang gänzlich unhinterfragte staatliche Herrschaftsmittel zu diskutieren und forderten: die Privatisierung von Staatsbetrieben, die Begrenzung des innenpolitischen Einflusses des Militärs, die Gewährung kultureller Rechte für die kurdischsprachige Bevölkerung und – ein ähnlich kritisches Thema – den Rückzug des Staates aus religiösen Angelegenheiten. Man wollte eine andere, eine „Zweite Republik“⁵⁹. Den stärksten organisatorischen Ausdruck fand die Initiative in der *Neue-Demokratie-Bewegung (Yeni Demokrasi Hareketi, YDH)*, geführt von *Cem Boyner*, einem jungen Industriellen und ehemaligen Vorsitzenden des Türkischen Industriellen- und Unternehmervereins TÜSID. Es lag wohl auch an der säkular-elitären Herkunft ihrer Protagonisten, dass die Initiative als Partei erfolglos blieb. Während sich die Befürworter einer „Zweiten Republik“ wieder nur auf Europa und ‚den Westen‘ beziehen konnten, fanden konservative Kreise für ihre Überlegungen über größere kulturelle Pluralität einen vollkommen anderen Anknüpfungspunkt. Sie folgten der apologetischen und stark reaktiven Verherrlichung der ‚eigenen Kultur‘, die sich dagegen wehrt, dass alles Wahre, Gute und Schöne in Europa zu Hause sei, und interpretierten die ‚klassische‘ Religionsgruppenordnung des Osmanischen Reiches, das sogenannte *Millet*-System, als ein frühes Beispiel für osmanisch-türkische Toleranz, an das es anzuknüpfen gelte. Man lobte den „pluralistischen Charakter“ des Reiches und pries es bisweilen gar als eine „Föderation verschiedener Nationen“⁶⁰. Das hohe Lied auf die Osmanen, das die Konservativen im Namen kultureller Pluralität anstimmten, hatte indes den Nachteil, dass allein ein starker, aber gerechter Staat religiöse und ethnischen Pluralismus garantieren kann.

Ein führender islamistischer Intellektueller griff diese Diskussion auf. Er trieb seine Kritik jedoch weiter zu einer Abrechnung

mit dem modernen Staate überhaupt, der zwar formal politische Rechte gewähre, doch deren Gebrauch an die Übernahme eng definierter Normen und Werte binde und ansonsten kulturelle Unterschiede in seiner Bevölkerung als gefährlich betrachte, die zu unterdrücken oder gar auszumerzen seien. Er schildert die Republik Türkei als den Inbegriff des so vorgestellten modernen Nationalstaates, als einen „totalitären, unitären Staat“, dessen Ideologie das „gesamte intellektuelle, spirituelle und kulturelle Leben durchtränke.“⁶¹ Die Erkenntnis lag nicht fern, dass die modernen Vorstellungen von einem ‚islamischen Staate‘ diesem Modell exakt entsprechen. Die Lösung sei deshalb eine staatsähnliche Assoziation verschiedener religiöser und weltanschaulicher Gruppen, die auf freiwilliger Übereinkunft beruhe. Das religiös legitimierende Modell für eine solche Assoziation bilde die Gemeindeordnung von Medina, der Vertrag, muslimischer, jüdischer und heidnischer Stämme, der unter Leitung des Propheten *Muhammed* in Medina geschlossen worden war und als „erste Verfassung des Islams“ gehandelt wird. Im islamistischen Lager fand dieser Ansatz ungemein starke Beachtung und trug wesentlich dazu bei, dass der Traum von einem ‚islamischen Staate‘ in der Türkei heute weitgehend ausgeträumt ist.

Dieser Entwicklung der islamistischen Diskussion gingen eine Fülle linker und liberaler Kritiken des republikanischen Staatsverständnisses voraus, die zusammen mit der Rezeption westlicher Arbeiten über Zivilgesellschaft gewissermaßen den theoretischen Grundstein für eine solche Interpretation der islamischen Geschichte lieferten. Trotz aller Unduldsamkeit des Staates und weiter Teile *seiner Nation* in der Frage ethnischer und sprachlicher Vielfalt – zum ersten Male in der Republik verhandelte in den 90er Jahren eine *türkische Gesellschaft* mit sich selbst. Zum ersten Male wurde breiter diskutiert und kritisiert, was *Göle* die „Pathologie vom singulären politischen Akteur“⁶² nennt, der Wahn, nur die eigene Gruppe, werde sie nun Arbeiterklasse, Türkische Nation, Muslime, Kurdisches Volk oder Kemalisten genant, sei der einzig legitime und gerechtfertigte Akteur im politischen Raume und müsse sich zur Realisierung seiner menschenfreundlichen Ziele nolens volens alle anderen Gruppen unterwerfen. Die „Empfehlungen“ des *Nationalen Sicherheitsrates* vom 27. Februar 1997, die zur Zurückdrängung der „religiösen reaktionären Kräfte“ geführt und die Regierung *Erbakan/Çiller* zum Rücktritt gezwungen haben, haben indes vorgeführt, dass der ‚Kern des Staates‘ dieser Form der Politik noch immer zuneigt und noch immer in der Lage ist ‚zivilen‘ Anhang zu mobilisieren.

Wie groß die dadurch erneut heraufbeschworenen Ratlosigkeit selbst in den Kreisen ist, welche die schon klassisch zu nennenden republikanischen politischen

Reflexe ein weiteres Mal gezeigt haben, wird allerdings daran deutlich, dass der Beschluss von Helsinki fast überschwenglich aufgenommen wurde. Jetzt besteht Hoffnung, dass die außenpolitische Situation, wie schon so oft in der Geschichte der Republik, ein weiteres Mal den Motor für innere Reformen abgibt und sich der moderne Staat auch eine moderne Gesellschaft leistet.

Literaturhinweise

- ¹⁾ Vgl. Ferdinand Tönnies, *Gemeinschaft und Gesellschaft: Grundbegriffe der reinen Soziologie*, Reprgraphischer Nachdruck der 8. Auflage, Wissenschaftliche Buch-Gesellschaft, Darmstadt 1963 <1887>.
- ²⁾ Vgl. N. Kara-Incioglu, *Türkiye’de çok partili sisteme geçiş ve demokrasi sorunları*, in E. Kalaycıoğlu & Y. Sarıbay, *Türkiye’de siyaset: Süreklilik ve değişim*, Der Yay., Istanbul, 2. Auflage 1997/98, S. 265–278, hier S. 274.
- ³⁾ Ersin Kalaycıoğlu, *1960 sonrası Türk siyasal hayatına bir bakış*, in E. Kalaycıoğlu & Y. Sarıbay 1997/98, S. 469–494, hier S. 489.
- ⁴⁾ Vgl. Nilüfer Göle, *Authoritarian secularism and Islamist politics: The case of Turkey*, in A.R. Norton, (Hrsg.), *Civil society in the Middle East*, Volume 2, E.J. Brill, Leiden, 1996.
- ⁵⁾ Der Aufruf blieb allerdings besonders in den arabischen Landesteilen ohne Wirkung. Vgl. E. Werner & W. Markov, *Geschichte der Türken*, Akademie-Verlag, Berlin (Ost) 1979, S. 231.
- ⁶⁾ Mustafa Kemal, Nutuk (die große Rede Atatürks. gehalten vom 15. bis 20. Oktober 1927 vor dem Parlament), zitiert nach der Monatszeitschrift *Saçak*, Januar 87, S. 11.
- ⁷⁾ Mustafa Kemal, Atatürk’ün söylev ve demeçleri, Band I, zitiert nach Metin Heper, *Atatürk’te devlet düşüncesi*, in Kalaycıoğlu & Sarıbay 1997/98, S. 233–261, hier S. 240.
- ⁸⁾ Vgl. Heper 1997/98, S. 243.
- ⁹⁾ Vgl. dazu die Analyse islamistischen Denkens aus der Struktur des nationalistischen Diskurses im Nahen Osten von Aziz Al-Azmeh, *Die Islamisierung des Islam*, Campus-Verlag, Frankfurt/Main & New York 1996.
- ¹⁰⁾ Vgl. Heper 1997/98, S. 241.
- ¹¹⁾ Mustafa Kemal, Atatürk’ün söylev ..., Band II, zitiert nach Heper 1997/98, S. 242.
- ¹²⁾ Vgl. ebenda.
- ¹³⁾ Kemal, Atatürk’ün söylev ..., Band II, zitiert nach Heper 1997/98, S. 246.
- ¹⁴⁾ Mustafa Kemal, Atatürk’ün söylev ..., Band I, zitiert nach Heper 1997/98, S. 244.
- ¹⁵⁾ Mümtaz’er Türköne, *Millî devlet-laiklik-demokrasi*, in Kalaycıoğlu & Sarıbay 1997/98, S. 397–412, hier S. 404.
- ¹⁶⁾ Vgl. A. Insel & C. Aktar, *Devletin bekâsi için yürütülen çağdaşlaşma sürecinin toplumsal sorunları*, in Ahmet Insel, *Türkiye toplumunun bunalımı*, Birikim Yay. Istanbul 1990, S. 19–56.
- ¹⁷⁾ Vgl. Şerif Mardin, *Türk siyasasını açıklayabilecek bir anahtar: Merkez-çevre ilişkileri*, in Kalaycıoğlu & Sarıbay 1997/98, S. 123–149, hier S. 124.
- ¹⁸⁾ Vgl. Şerif Mardin, *The just and the unjust*, Deadalus, Sommer 1991, S. 113–129.
- ¹⁹⁾ Vgl. Mardin 1997/98, S. 134.
- ²⁰⁾ Vgl. İsmail Kara, Das Präsidium für religiöse Angelegenheiten, in: G. Seufert/J. Waardenberg (Hrsg.), *Turkish Islam and Europe*, Beuruter Texte und Studien 82, Istanbul und Stuttgart 1999, S. 209–240, hier S. 215.
- ²¹⁾ Vgl. Mardin 1997/98, S. 136.
- ²²⁾ Vgl. Günter Seufert, *Politischer Islam in der Türkei*, Beuruter Texte & Studien, Band 67, Istanbul & Stuttgart 1997, S. 170.
- ²³⁾ Vgl. ebenda S. 171/172.
- ²⁴⁾ Mardin 1997/98, S. 139.
- ²⁵⁾ Fuat Köprülü zitiert nach Mardin 1997/98, S. 137.
- ²⁶⁾ Adnan Menderes zitiert nach Kara-Incioglu 1997/98, S. 268.
- ²⁷⁾ Vgl. Kara-Incioglu 1997/98, S. 265–266 und 269–271.
- ²⁸⁾ Vgl. Kara 1999, S. 212–213.
- ²⁹⁾ Vgl. Vgl. Üstün Ergüder, *Türkiye’de değişen seçmen davranış örüntüleri*, in Kalaycıoğlu & Sarıbay 1997/98, S. 361–385, hier S. 366.
- ³⁰⁾ Vgl. ebenda.
- ³¹⁾ Solche Vorstellungen wurden erst später unter dem Einfluss ausländischer Theoretiker entwickelt, vgl. Seufert 1997, S. 286–308.
- ³²⁾ Vgl. Ernesto Laclau, *Politik und Ideologie im Marxismus*, *Kapitalismus-Faschismus-Populismus*, Argumente-Verlag, Berlin, 1981.
- ³³⁾ Beşir Ayvazoglu, *Türkiye’de Sağcı olmak*, *Türkiye Günlüğü*, Herbst 1991.

- ³⁴⁾ Adnan Menderes, zitiert nach Şükrü Esirci (Hrsg.) *Menderes diyor ki (1946–1950)*, Demokrasi Yay. Istanbul 167, S. 146–147.
- ³⁵⁾ Vgl. Özdemir Kalpakçıoğlu, *İkinci Cumhuriyet’in üç başbakanı*, Istanbul, 1995, S. 183.
- ³⁶⁾ Ahmet Samim: *Die Tragödie der türkischen Linken*, in Omer Seven (Hrsg.) *Türkei zwischen Militärdiktatur und Demokratie*, VSA-Verlag, Hamburg 1984, S. 147–183, hier S. 155.
- ³⁷⁾ (Der kemalistischen Staatselite und einer neuen, konservativen Elite)
- ³⁸⁾ Metin Heper, *İliklerimize işleyen devlet gelenegi*, in Sabah, 1.4.94, S. 19.
- ³⁹⁾ Der ehemalige Berater Tansu çiller Şükrü Karaca, *Tanımlanmamış bir siyasi gelenek: Merkez Sağ*, Manuskript, Ankara 1999, S. 4.
- ⁴⁰⁾ Vgl. ebenda, S. 5.
- ⁴¹⁾ Vgl. M.H. Yavuz, *Turkish identity and foreign policy in flux: the rise of Neo-Ottomanism*; Critique, Frühjahr 1998, S. 30.
- ⁴²⁾ Ergüder 1997/98, S. 370–371 und 375–376.
- ⁴³⁾ Ergüder 1997/98, S. 377. In diesen Zusammenhang gehört auch, dass 61,2% derer, die eine europäische Fremdsprache sprechen, die CHP wählen, aber nur 22,2% die AP., ebenda S. 380.
- ⁴⁴⁾ Beachte, wie vorsichtig man fragen musste, Ergüder 1997/98, S. 380. Unterschiede im Volke „ausnutzen“ (İstismar etmek), das ist noch heute die Formulierung, die jedes Vorbringen von Sonderinteressen religiöser oder ethnischer Art zum Straftatbestand macht.
- ⁴⁵⁾ Dass die Alewiten über ihre religiöse Sonderidentität politisch ansprechbar waren, zeigt, dass bereit 1969 die wegen ihrer Programmatik und Wählerschaft mit gutem Grunde als „Alewitenpartei“ bezeichnete Einheitspartei der Türkei (Türkiye Birlik Partisi, TBP) an den Wahlen teilnahm. Für die östlichen Landesteile weist Schüler eine deutliche Verbindung zwischen alewitischer Identität und Bevorzugung der CHP-Nachfolgerin SHP nach. Vgl. Harald Schüler, *Die türkischen Parteien und ihre Mitglieder*. Deutsches Orient-Institut, Hamburg 1998, S. 276–292.
- ⁴⁶⁾ Zekâi Baloglu: *Türkiye’de eğitim*, TÜSIAD, 2. Auflage, Istanbul 1990, S. 26–29.
- ⁴⁷⁾ Erste Regierung der *Nationalen Front* (Milliyetçi Cephe) gebildet am 31. 3. 75. Koalition aus AP, MHP, MSP und CGP (Cumhuriyetçi Güven Partisi, Republikanische Vertrauenspartei). Zweite Regierung der *Nationalen Front*, gebildet am 21. 7. 1977, Koalition aus AP, MHP, und MSP.
- ⁴⁸⁾ Der damalige Vorsitzende des *Intellektuellen-Corps* (Aydınlık Ocağı) Süleyman Yalçın, *İslâm’da reform gerekmez*, Cumhuriyet 21. 4. 87.
- ⁴⁹⁾ Halk’a ragmen halk için.
- ⁵⁰⁾ Vgl. S.S. Ögün, *Türk İslâm Sentezi, ideolojik bir süreklilik mi, kesinti mi?*, in Birikim 12/92, s. 49–55 und Seufert 1997, S. 182–191.
- ⁵¹⁾ Weil *Kern* im übertragenen Sinne im Türkischen eher mit *asıl* und *öz* übersetzt wird, die positive Konnotationen haben, wird kritisch von diesem Kern des Staates als *der tiefen Staat* gesprochen. Dieser Kern besteht aus dem Militär, der kemalistischen Bürokratie und den vor 1980 groß gewordenen türkischen Hodings.
- ⁵²⁾ Vgl. Nilüfer Göle, *80 sonrası politik kültür*, in Kalaycıoğlu & Sarıbay 1997/98, S. 509–519, hier S. 511.
- ⁵³⁾ Vgl. Ruşen Çakır, *Ne Şeriat ne demokrasi*, Metis Yay. Istanbul 1994.
- ⁵⁴⁾ Vgl. Günter Seufert, *Das Gewaltpotenzial im türkischen Kulturkampf*, in H. Bielefeld und W. Heitmeyer (Hrsg.) *Politisierter Religion*, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt 1998, S. 360–394, hier S. 385–386.
- ⁵⁵⁾ Vgl. Necmettin Erbakan: *Türkiye’nin mese’eler ve çözümleri*, Semih Mat. Ankara 1991, S. 18. und ders.: *Adil ekonomik düzen*, Semih Mat. Ankara 1991, S. 15, 85 und 92.
- ⁵⁶⁾ Vgl. eine Fülle von Beispielen aus der alewitischen Literatur in Markus Dreßler, *Die civil religion der Türkei*, Ergon-Verlag, Würzburg, 1999, passim.
- ⁵⁷⁾ Vgl. Markus Dreßler, *Das Türkische Muslimentum*, in *Istanbul Almanach* 3, 1999, S. 48–59, hier S. 56.
- ⁵⁸⁾ Vgl. Gruppe Demontage, *Postfordistische Guerilla*, Unrast-Verlag, 2. Auflage, Münster 1999, S. 213–242.
- ⁵⁹⁾ Vgl. beispielsweise in den Jahren 1994 und 1995 die Beiträge und Kommentare von Ahmet Altan, Mehmet Altan und Cengiz Candar in den Tageszeitungen *Milliyet* und *Sabah* und später in *Yeni Yüzyıl* und von Ahmet Insel in der Monatszeitschrift *Birikim*.
- ⁶⁰⁾ Vgl. Bilâl Eryılmaz, *Osmanlı devletinde Millet Sistemi, Ağaç Yay.*, Istanbul 1992, S. 9–10, 18, 101–103 und 107, sowie derselbe, *Gayrimüslim teb’anın yönetimi*, [Istanbul] 1990, S. 12.
- ⁶¹⁾ Ali Buluç, *Medine Vesikası üzerine tartÜomalar (I)*, *Birikim* 47, 3. (1993), S. 40–46, hier S. 42.
- ⁶²⁾ Göle 1997/98 S. 513.

Das Militär als „Großer Bruder“ im Hintergrund

Wie demokratisch ist die Türkei?

Das türkische Regierungssystem

Von Erhard Franz

Dr. Erhard Franz ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Orient-Institut Hamburg.

Politisch erweckt die Türkei gegenwärtig eher einen zwiespältigen Eindruck. Sie ist ein säkularer Staat, der seit Kemal Atatürk gewaltige Anstrengungen in Richtung Moderne unternommen hat, mit beachtlichem Erfolg. Eine zentrale Rolle spielte dabei das Militär, das sich als Hüter des Kemalismus und Avantgarde versteht, inzwischen aber doch in eine eher reaktionäre Rolle abgedrückt ist. Der Kurden-Konflikt spielt(e) dabei eine unrühmliche Rolle, mit militärischen Aktionen und Menschenrechtsverletzungen im ganzen Land. Auch wenn die Militärs das letzte Wort für sich beanspruchen und gegebenenfalls mit einem Putsch intervenieren kann, ist die moderne Türkei die meiste Zeit von zivilen Parteienregierungen bestimmt worden, die aus freien Wahlen hervorgegangen sind. Das sollte man auch angesichts von Leistungsdefiziten des politischen Systems und von Skandalen nicht übersehen. *Red.*

Das Erdbeben von 1999 erschütterte auch das Staatswesen

Das Erdbeben in den frühen Morgenstunden des 17. August 1999 ließ nicht nur Häuser einstürzen, sondern es erschütterte auch das Staatsverständnis vieler Türken. Zumindest jener Türken, deren Verständnis noch von den Vorstellungen Atatürks geprägt war. Kemal Atatürk hatte die Wurzeln zu einem Staatsverständnis gelegt, das den Staat als Institution über das Individuum und dessen Rechte stellte. Für die in Europa in der Aufklärung und während der Französischen Revolution entwickelten Ideen der völligen Freiheit und Gleichheit als einen natürlichen Rechtszustand des Menschen und einem Staat, der keine Hoheit über die Menschenrechte ausübt, war im kemalistischen Staatsverständnis kein Platz gewesen.

Die Säulen des Staates waren und sind in der Türkei die Eliten der Beamtenschaft und des Militärs. Sie stehen an der Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie und verkörpern gegenüber dem einfachen *Mehmetçik*, dem türkischen *citizen Cane*, den Staat, der über seine Bürger wacht und sie leitet. In den Augen der vom Beben Betroffenen hatten diese beiden als allmächtig empfundenen Institutionen bei der Katastrophe versagt. „Vater Staat“ hatte versäumt, angemessene Vorbeugungs-

maßnahmen zu treffen, und er hatte verzögert und mangelhaft reagiert. Den Behörden wurde Inkompetenz vorgeworfen ebenso wie dem Militär, dass es sich mit seinen 750 000 Mann Truppenstärke nicht ausreichend an den Hilfsmaßnahmen beteiligt hatte. Eine dritte Zielgruppe der Kritik waren die Politiker, denen man den Versuch übelnahm, aus dem Desaster politisches Kapital zu schlagen. Die Generäle wiesen die am Militär geübte Kritik zurück: Sie hätten der Regierung volle Unterstützung bei der Durchführung des Ausnahmezustandes angeboten. Aber die Regierung verhängte keinen Ausnahmezustand in den sieben vom Beben betroffenen Provinzen. Ministerpräsident *Ecevit* hatte in seiner politischen Laufbahn bereits die Militärputsche von 1960 und von 1980 sowie den angedrohten Putsch von 1971 miterlebt. Angefangen hatte es jeweils damit, dass die Regierung den Ausnahmezustand über mehrere Provinzen verhängt hatte. Im Ausnahmezustand nehmen Militärkommandanten das Kriegrecht wahr. Obwohl sie der Verfassung nach direkt dem Ministerpräsidenten gegenüber verantwortlich sind, hatten die Erfahrungen gezeigt, dass sie ihre Machtbefugnisse ohne jegliche zivile Kontrollmöglichkeit ausübten.

Die Staatsdoktrin des Kemalismus

Der Gründer der Republik Türkei und ihr erster Präsident von 1923 bis zu seinem

Tode 1938 war *Mustafa Kemal Pascha*. Mit Einführung der Familiennamen verlieh ihm die *Große Türkische Nationalversammlung* 1934 den Ehrennamen *Atatürk*, Vater der Türken.

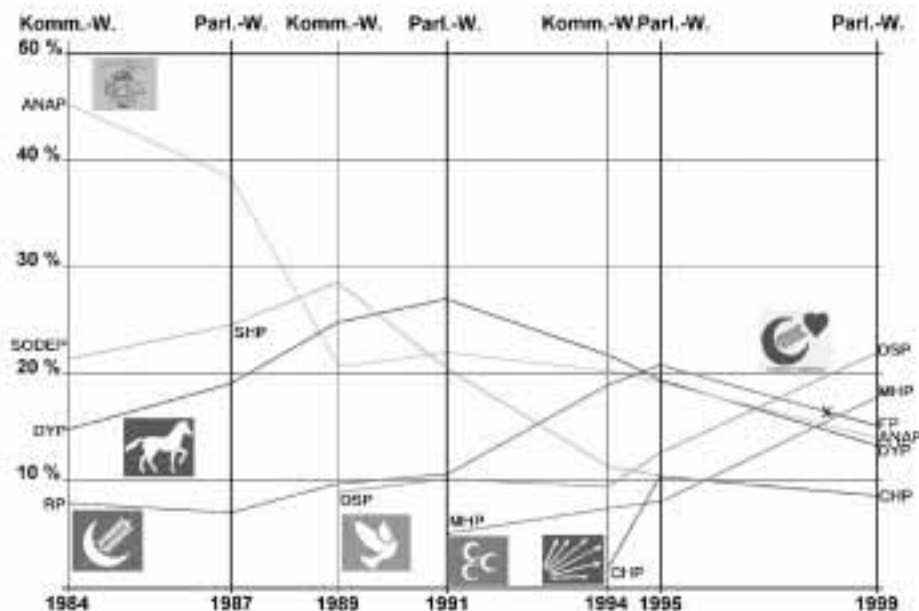
Als *Atatürk* die moderne Türkei schuf, stellte er sich die Aufgabe, das multi-ethnische Erbe des Osmanischen Reiches in Anatolien in einen europäischen Vorbildern orientierten Nationalstaat umzuwandeln. Er verlieh der Bezeichnung „Türke“, im Osmanischen Reich zum Schimpfwort degradiert, einen neuen Inhalt und gab damit seinen türkischen Landsleuten ein neues Eigenwertgefühl. In allen Schulen hängt noch heute sein Ausspruch an den Wänden: *Ne mutlu Türküm diyene* (Wie glücklich, wer sagen kann, ich bin Türke). Von Kindheit an mit diesem Spruch aufgewachsen, können sich viele Türken noch immer nicht vorstellen, dass es Mitbürger gibt, die nicht stolz sind, Türken zu sein, sondern lieber eine eigene Identität, z. B. als Kurden, haben möchten.

1931 hatte *Mustafa Kemal* die sechs Grundprinzipien seiner neuen Staatsideologie, des „Kemalismus“ (*Atatürkçülük*), verkündet:

- *Nationalismus* (Staatslegitimation durch das türkische Staatsvolk),
- *Laizismus* (Säkularismus – Trennung von Staat und Islam),
- *Republikanismus* (republikanische Staatsform im Gegensatz zur Monarchie, Ersatz des persönlichen Herrschers durch „Vater Staat“ mit einer Elite von Beamten, die den Weg in die Moderne zeigt),
- *Popularismus* (Beteiligung des Volkes am Staat mit Rechten und Pflichten),
- *Etatismus* (Wirtschaftslenkung durch Staatsmonopole, Staatskapitalismus als Antwort auf die Wirtschaftskrise),
- *Reformismus* (ständige innere Erneuerung in Richtung auf weitere Verwestlichung).

1935 nahm die Nationalversammlung diese Schlagworte als Staatsdoktrin an; 1937 fanden sie Eingang in die türkische

Wahlerfolge der Parteien bei Parlaments- und Kommunalwahlen 1984-1999



Verfassung von 1924, wo sie an die Stelle des bereits 1928 gestrichenen Satzes *Die Religion des türkischen Staates ist der Islam* traten.

Einige kemalistische Prinzipien haben sich seit *Atatürk* gewandelt. Der *Etatismus* ist einem weitgehenden Wirtschaftsliberalismus gewichen, und auch das Verständnis von Laizismus ist heute ein anderes als zu *Atatürks* Zeiten. *Atatürk* hatte im traditionellen Islam und seinen Vertretern ein Hindernis für die Modernisierung des Landes gesehen. Der Laizismus war für ihn ein Instrument, die Türkei zu einem „zivilisierten“ westlichen Staat zu gestalten. Seine „Verwestlichung“ bezog sich auf alle Lebensbereiche, auf die Wissenschaft und die Technik, auf die Gesellschaft und selbst auf die Kleidung.

Für den von *Atatürk* angestrebten umfassenden Gesellschaftswandel mussten neue Inhalte die osmanische Identifizierung mit der islamischen Welt ersetzen. Der Rückgriff auf ein hochstilisiertes Ur-türkentum und dessen Rittertugenden sollten dem wiederentdeckten „Türken“ auch neue moralische Werte vermitteln.

Die Politisierung des Staatsapparats

Beeinflusst durch den bereits 1924 verstorbenen türkischen Sozialphilosophen *Ziya Gökalp*, wandelte sich nach dem Tode *Atatürks* das kemalistische Laizismusverständnis. *Gökalp* hatte zwischen Kultur und (technischer) Zivilisation unterschieden. Die Religion war für ihn ein Bestandteil der Kultur, übertragen auf die Türkei, der Islam ein Bestandteil der türkischen Kultur. Aus dem Versuch, eine Brücke zwischen Türkentum und Islam zu schlagen, entstand allmählich die „türkisch-islamische Synthese“. Die unter der Militärführung 1982 ausgearbeitete dritte Verfassung der Republik führte den „Religions- und Moralunterricht“ als schulisches Pflichtfach ein. Der Formulierung nach ist ein Religionsunterricht im Sinne der türkisch-islamischen Synthese gemeint, die die Militärführung damit zur offiziellen Doktrin erhob.

In der Anfangsphase der Republik hatten die *Republikanische Volkspartei (Cumhuriyet Halk Partisi/CHP)* als Staatspartei zusammen mit der Elite der Beamtenschaft und dem Militär den „Staat“ gebildet. Gemeinsamer Nenner war *Kemal Atatürk* mit seiner neuen Staatsideologie gewesen. Nach seinem Tode setzte der „zweite Mann“, *İsmet İnönü*, als Präsident der Republik diese Trinität der Macht bis zur Einführung des Mehrparteiensystems 1945 fort.

Auch im Mehrparteiensystem blieben die engen Verflechtungen zwischen Partei und Administration bestehen, mit dem Unterschied jedoch, dass jetzt nicht mehr nur *eine* Partei allein ihre Anhänger in Spitzenpositionen unterbrachte, sondern jeweils die Partei, die die Regierung stellte; bei Koalitionsregierungen forderten die Regierungspartner ihren Anteil bei der Postenvergabe. Welches Ausmaß die „Politisierung“ des Staatsapparates unterdessen angenommen hat, zeigte sich anlässlich der Wahlen 1995. Über 200 Beamte der obersten Verwaltungsspitze, darunter

Parlamentswahlen 1995
(Höchster Stimmanteil nach Provinzen)



der Präsident der Zentralbank, der Chef des Schatzamtes, der Vorsitzende des Privatisierungsamtes, Unterstaatssekretäre und stellvertretenden Unterstaatssekretäre mehrerer Ministerien, Direktoren von Staatsbanken und staatlichen Wirtschaftsunternehmen sowie Provinzgouverneure quittierten ihren Dienst, um für eine Partei kandidieren zu können. Für sie war kein Risiko damit verbunden. Bei einer Wahlniederlage konnten sie anschließend wieder auf ihren alten oder einen adäquaten Posten im Staatsdienst zurückkehren. Vor und nach den Parlamentswahlen kam die Verwaltung quasi zum Stillstand. Kein subalternen Beamter wagte eine Entscheidung zu treffen, um seinem künftigen Vorgesetzten nicht vorzugreifen und eventuell den Job aufs Spiel zu setzen. Das Beispiel 1995 verdeutlichte, in welchem Maße die Postenvergabe nach parteipolitischen Gesichtspunkten die Effizienz der Verwaltung beeinträchtigte.

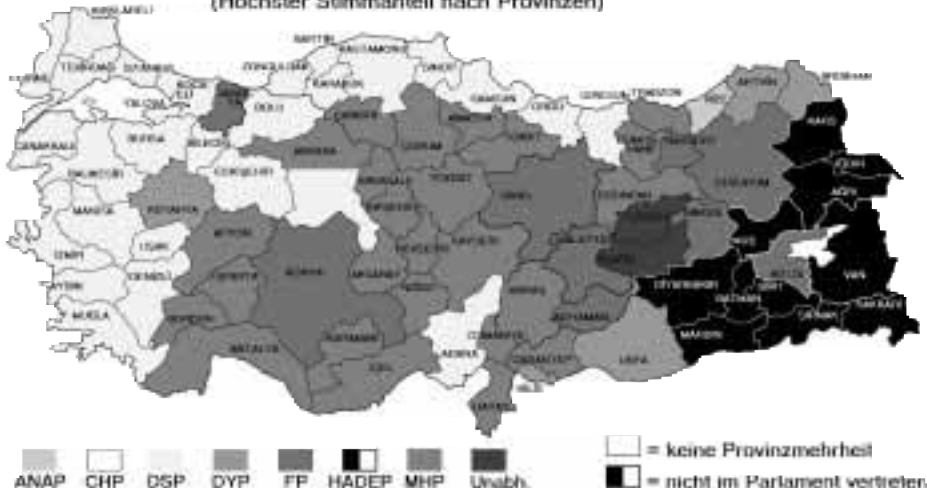
Von Avantgardisten zu Redaktionären: das Offizierskorps

Kemal Atatürk hatte in der Armee eine „Schule der Nation“ gesehen und ihr die Rolle zugeordnet, besonders unter den Wehrpflichtigen die neuen Ideen der Revolution zu verbreiten. Die überragenden

Persönlichkeiten von *Kemal Atatürk* sowie nach seinem Tode von *İsmet İnönü* hatten dazu beigetragen, dass eine zivile Kontrolle über das Militär gewährleistet blieb. Sowohl *Atatürk* als auch *İnönü* waren im Ersten Weltkrieg osmanische Generäle gewesen, und beide, *Mustafa Kemal Pascha* als Oberbefehlshaber und *İsmet Pascha* als Sieger gegen die Griechen bei Dumlopinar, waren Helden des Befreiungskrieges 1919–1922. Mit ihren Erfolgen hatten sie militärische Führungsqualitäten bewiesen und waren zu Vorbildern des Offizierskorps geworden.

Das mit der Einführung des Mehrparteiensystems begonnene pluralistische Gesellschaftsverständnis fand keinen Eingang in das Offizierskorps. Die Gründe, weshalb die Führungsspitze des Militärs, die Mehrheit der höheren Offiziere, den 1945 eingeleiteten allgemeinen sozio-politischen Wandel nicht nachvollzog, lagen in der deutliche Abschottung der Offiziersklasse gegenüber der übrigen Bevölkerung. Offiziere und Unteroffiziere rekrutierten sich zu einem erheblichen Teil aus dem Familienumkreis von Berufsoffizieren und aus den Familien von Staatsbeamten. Diese Staatsbediensteten stellten jedoch keine 3% der Arbeitsbevölkerung. Die Offiziere verstanden das Militär als eine eigene soziale Klasse neben der

Parlamentswahlen 1999
(Höchster Stimmanteil nach Provinzen)



Bauern- und der Arbeiterklasse und sich selbst als das Rückgrat der Militärklasse. Auch die Sozialisierung der Offiziere hatte eine Rolle gespielt. Mit durchschnittlich 14/15 Jahren kamen die Offiziersaspiranten in eine Kadettenanstalt (*Asker Lisesi*), um dann nach vier Jahren die Militärakademie (*Harp Okulları*) einer Waffengattung zu besuchen. Vom Teenager bis zur Pensionierung stets eingetrickert, dass der türkische Offizier jedem und allem überlegen sei und sich sowohl von der Zivilbevölkerung auf der Straße als auch von Offizieren jeder anderen Armee der Welt unterscheide, entwickelten die Offiziere ein Selbstwert- und Überlegenheitsgefühl gegenüber dem *Mehmetçi*, das sie auch auf die aus dem Volk hervorgegangenen Politiker übertrugen. In den Augen der Offiziere versagten diese Politiker, das Reformwerk *Atatürks*, die Verwestlichung des Landes, konsequent fortzusetzen. Zusammen mit dem Offizierskorps ebenfalls eingepflichten kemalistischen Missionsbewusstsein, bildete sich unter den Offizieren die Auffassung heraus, die von der Nation beauftragten Gralswächter des Vermächnisses von *Atatürk* zu sein.

Die einstige Avandgarde unter *Atatürk* hielt an einer Staatsauffassung fest, die im Wandel der Zeit reaktionäre Züge angenommen hatte. Eine auf absoluten Gehorsam ausgerichtete eiserne Disziplin in der Armee, die jede Opposition bestraft und Konformismus mit Karriere belohnt, verhinderte ein Aufweichen des Eigenverständnisses der militärischen Führungselite.

Das Militär leitete die Legalität seiner Wächterrolle über den Staat in seiner von *Atatürk* festgelegten Form aus dem im Heeresgesetz von 1935 verankerten Verteidigungsauftrag ab. Als es 1960 durch die starke Islambetonung der Regierung *Menderes* den kemalistischen Staat gefährdet gesehen hatte, putschten vorwiegend jüngere Offiziere gegen die Regierung. Bald zeigte sich jedoch, dass diese Offiziere radikale soziale, wirtschaftliche und politische Reformen anstrebten und ihre Macht bis zur Verwirklichung dieser Reformen beibehalten wollten. Sie setzten sich nicht gegen die älteren Kommandanten durch, welche die politische Rolle des Militärs auf ein Minimum reduzieren und eine Kontrollinstanz im Hintergrund bleiben wollten.

Um die Durchführung von Reformen ging es auch bei der Putschandrohung durch das im März 1971 im Rundfunk verlesene Memorandum des Generalstabschefs. Der damalige Ministerpräsident *Süleyman Demirel* trat zurück und ebnete den Weg für eine von der Militärführung geforderte überparteiliche Regierung, obwohl seine *Gerechtigkeitspartei (Adalet Partisi/AP)* die absolute Mehrheit im Parlament besaß. Die AP hatte ihren Anhang sowohl unter Industriellen, Geschäftsleuten und Großgrundbesitzern als auch unter der islamisch-konservativen Bevölkerung in den Kleinstädten und auf dem Lande. Der Kurs der Partei war daher konservativ auf den Erhalt des Status quo und gegen Reformen und radikale Veränderungen ausgerichtet gewesen.

Als das Militär im September 1980 zum zweiten Mal die Staatsgewalt übernahm, herrschten im Lande bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Auseinandersetzungen der späten siebziger Jahre spielten sich auf drei miteinander verknüpften und sich gegenseitig potenzierenden Ebenen ab – auf politischer, auf religiöser und auf ethnischer Ebene. Auf der politischen Ebene bekämpften sich extreme linke und extreme rechte Studenten: u.a. die *Revolutionäre Linke (DevGenç)* und die *Grauen Wölfe (Bozkurtlar)*, auf religiöser Ebene lieferten sich fanatische Sunniten Straßengefechte mit den von ihnen als Häretiker angesehenen Alewiten, und auf ethnischer Ebene begannen militante kurdische Gruppierungen ihre „bewaffnete Propaganda“ für einen unabhängigen Kurdenstaat, u.a. die seit 1979 in der Südosttürkei aktive Gruppe um *Abdullah Öcalan* (damals noch nach dem kurdischen Diminutiv von Abdullah als *Apocular* bekannt).

Vordergründiges Ziel des Militärs war, Ruhe und Sicherheit im Lande wiederherzustellen. Den endgültigen Ausschlag für das Eingreifen dürfte allerdings die Furcht vor einem Überschwappen der islamischen Revolution in Iran auf die Türkei gegeben haben. Denn die Revolution im Nachbarland hatte Signalwirkungen auf islamistische Kreise in der Türkei ausgeübt. Im Ausland befürchteten besonders die USA, dass die Türkei in den Sog des überall im Vorderen Orient aufflackernden „heiligen“ Krieges gegen den amerikanischen „Imperialismus“ und „Zionismus“ geraten könnte. Nicht ohne Grund. *Necmettin Erbakan* hatte mit seiner *Nationalen Heilspartei (Milli Selamet Partisi/MSP)* Stärke demonstriert. Anlässlich des israelischen Beschlusses, Jerusalem zur Hauptstadt des Landes zu erklären, organisierte er im September 1980 in Konya einen Protestmarsch. Er und die Parteispitze führten einen Demonstrationzug an, dessen Teilnehmer grüne Fahnen, das Banner des Propheten Muhammad, schwenkten und die Wiedereinführung der *Scharia*, des islamischen Rechtes, in der Türkei forderten.

Der Nationale Sicherheitsrat als das „Auge des Großen Bruders“

Nach dem Putsch von 1980 beauftragten die Generäle eine handverlesene Versammlung von 160 Personen mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Die eindeutige und ambitionöse Absicht der Militärführung, die politische Ordnung des Landes nach den eigenen Vorstellungen zu prägen und Voraussetzungen zu schaffen, die ein Eingreifen des Militärs in der Zukunft nicht mehr nötig mache, schlug sich in dieser Verfassung nieder. 1982 stimmte das Volk in einem Referendum der neuen Verfassung zu. Die Teilnahme am Referendum war Pflicht, eine Kritik am Verfassungsentwurf verboten gewesen.

In der neuen Verfassung hatten sich die Generäle durch den *Nationalen Sicherheitsrat (Milli Güvenlik Kurulu/MGK)* ein legales politisches Mitspracherecht einräumen lassen. Den Sicherheitsrat hatte es

schon in der vorherigen Verfassung gegeben, allerdings war seine Zusammensetzung einem Gesetz und damit einer einfachen Parlamentsmehrheit überlassen geblieben. Im Gegensatz dazu legte die Verfassung von 1982 die Zusammensetzung fest: Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik gehören dem MGK der Ministerpräsident, der Verteidigungs-, der Innen- und der Außenminister, der Generalstabschef und die Kommandanten der Land-, Luft- und Seestreitkräfte sowie der Gendarmerie an, vier Zivilisten und fünf Generäle, bei vorausgesetzter Neutralität des Präsidenten. Eine Änderung dieser Zusammensetzung ist nur über eine Verfassungsänderung mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament möglich.

Der Nationale Sicherheitsrat teilt dem Ministerrat seine Ansichten über alles mit, was die nationale Sicherheit betrifft, und der Ministerrat ist gehalten, Empfehlungen des Sicherheitsrats bezüglich nationaler Sicherheitsfragen, der Einheit und Unteilbarkeit des Landes und der Sicherheit der Gesellschaft vorrangig umzusetzen. Eine Regierung ist gut beraten, auch zu tun, was ihr die Militärführung über den Sicherheitsrat empfiehlt. Der Islamist *Erbakan*, der im Juni 1996 Ministerpräsident einer Koalitionsregierung geworden war, hatte mit einer Verzögerungstaktik versucht, Empfehlungen zu umgehen, die der Sicherheitsrat am 28. Februar 1997 ausgesprochen hatte. Unter der Prämisse, dass alle Aktionen gegen den Säkularismus und die Westorientierung der Türkei den Frieden und die Sicherheit des Volkes gefährdeten und zu neuen Spannungen und Sanktionen (!) führten, hatte der Sicherheitsrat ein entschiedenes Vorgehen der Regierung gegen den radikalen Islam im Lande gefordert, einschließlich einer Schulreform, um den Einfluß von antisäkularen Islamisten auf die Jugend zu verringern. Zwei Monate später wiederholte der Sicherheitsrat seine Forderung, danach mobilisierten die Generäle die „unbewaffneten Streitkräfte“ gegen die Regierung – Medienbarone, Großunternehmer, Gewerkschaftsbosse und Berufsverbände. Im Juni 1997 hatte *Erbakan* dem Druck nachgegeben und war zurückgetreten.

Neue Feindbilder zur Selbstbestätigung des Militärs nach dem Ende des kalten Krieges?

Das Auseinanderbrechen des Warschauer Paktes und das Ende des kalten Krieges stellte die militärisch-strategische Bedeutung der Türkei als Nato-Eckpfeiler Südost in Frage. In einer Welt, in der durch das Ende des Ost-West-Konfliktes die militärische Dimension in der internationalen Politik zurückzutreten schien, musste die türkische Armee ihr Selbstverständnis neu definieren. Zuvor umringt von Feinden (wozu auch der Nato-Partner Griechenland zählte), baute die Türkei zu einigen Nachbarländer, zu Bulgarien, Georgien und vor allem zu Aserbaidschan, gutnachbarliche Beziehungen auf. Der Unterhalt der zweitstärksten Armee nach den USA innerhalb der Nato war nicht mehr gerechtfertigt; auch die Türkei musste

**Erste Republik
(1923-1960)**

Wahlen	Regierung	Amtsantritt am	Staatsoberhaupt	
(Einparteiensystem)				
Juni 1923	İsmet İnönü (1)	30.10.1923	Kemal Atatürk (1)	29.10.1923
	"	06.03.1924		
	Fethi Okyar	22.11.1924		
	İsmet İnönü	04.03.1925		
Nov. 1927	"	02.11.1927	"	1927
	"	27.09.1930		
Mai 1931	"	04.05.1931	"	1931
März 1935	"	01.05.1935	"	1935
	Celal Bayar	01.11.1937		
	"	11.11.1938	İsmet İnönü	11.11.1938
	Refik Saydam	25.01.1939		
April 1939	"	03.04.1939	"	03.04.1939
	Şükrü Saraçoğlu	09.07.1942		
März 1943	"	15.03.1943	"	08.03.1943
(Mehrparteiensystem)				
21.07.1946	Recep Peker	19.08.1946	"	05.08.1946
	Hasan Saka	10.09.1947		
	"	10.06.1948		
	Şemsettin Günaltay	16.01.1949		
14.05.1950	Adnan Menderes	22.05.1950	Celal Bayar	22.05.1950
	"	09.03.1951		
02.05.1954	"	17.05.1954	"	14.05.1954
	"	09.12.1955		
27.10.1957	"	25.11.1957	"	01.11.1957
Militärputsch 27.05.1960				
	Cemal Gürsel	30.05.1960	Cemal Gürsel (2)	30.05.1960
	"	05.01.1961		

**Zweite Republik
(1961-1980)**

Wahlen	Regierung	Amtsantritt am	Staatsoberhaupt	
15.10.1961	İsmet İnönü	20.11.1961	Cemal Gürsel	26.10.1961
	"	25.06.1962		
	"	25.12.1963		
	Suat Hayri Ürgüplü	20.02.1965		
	Süleyman Demirel	27.10.1965		
			Cevdet Sunay	28.03.1966
12.10.1969	"	03.11.1969		
	"	06.03.1970		
	Nihat Erim	26.03.1971		
	"	11.12.1971		
	Ferit Melen	22.05.1972		
			Tekin Arıburun (3)	29.03.1973
			Fahri Korutürk	06.04.1973
	Naim Talu	15.04.1973		
14.10.1973	Bülent Ecevit	25.01.1974		
	Sadi İrmak	16.11.1974		
	Süleyman Demirel	31.03.1975		
05.06.1977	Bülent Ecevit	21.06.1977		
	Süleyman Demirel	21.07.1977		
	Bülent Ecevit	05.01.1978		
	Süleyman Demirel	12.11.1979		
			İhsan S. Çağlayangil (3)	07.04.1980

trozt aller zugestandenen Sonderkondition ihre Truppenstärke reduzieren. 1992 setzte die Regierung die allgemeine Wehrpflicht von 18 auf zwölf Monate herab. Zwei Jahre später, 1994, verlängerte

sie die Wehrpflicht wieder auf 16 Monate. Dies stand ganz offensichtlich in Zusammenhang mit dem immer stärkeren Engagement des Militärs im Südosten der Türkei und im Nordirak.

Die militärische Führungsspitze schien sich wohl bewusst gewesen zu sein, dass die Armee mit dem Verlust ihrer Bedeutung als „Wacht am Bosphorus“ auch ihre innenpolitische Funktion als Bewahrer des Staates einzubüßen drohte, zumal der „Staat“ dabei war, seine dominierende Stellung gegenüber der Gesellschaft zu verlieren. Ob die Militärführung versuchte, ihre Sonderstellung zu erhalten, indem sie bewusst ein neues Feindbild aufbaute und das Kurdenproblem mit der *Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkeren Kurdistan/PKK)* im Südosten als neue Staatsbedrohung zur Existenzrechtfertigung benutzte, ist nicht zu belegen.

Eine gewisse zeitliche Koinzidenz fällt jedoch auf. Zu belegen ist dagegen, dass das Militär ab 1992 begann, eine eigene Kurdenpolitik zu betreiben, der nach 1996 eine rigorose Anti-Islamismuspolitik folgte.

**Eine eigene Kurdenpolitik
des Militärs**

Die 1983 entstandene zivile Regierung unter *Turgut Özal* hob den 1980 von den Militärmachthabern über das ganze Land verhängten Ausnahmezustand nach und nach in den einzelnen Provinzen auf. Hierbei trat jeweils für eine gewisse Übergangsperiode der Notstand in Kraft.

Die Verfassung gibt der Regierung die Möglichkeit, im Falle von staats- und verfassungsbedrohenden Aktivitäten über eine Provinz, mehrere Provinzen oder das gesamte Land für sechs Monate den Notstand zu verhängen. Die Verordnung muss noch am gleichen Tag dem Parlament zur Bestätigung vorgelegt werden. Auf Antrag der Regierung kann das Parlament im Einzelfalle den Notstand um jeweils vier Monate verlängern. Bevor die Regierung 1987 das Kriegsrecht in den letzten vier Südostprovinzen durch den Notstand ersetzte, verabschiedete sie mehrere Sondergesetze für die gesamte Südostregion. Im Juli unterstellte der Ministerrat die acht Provinzen Bingöl, Diyarbakır, Elazığ, Hakkari, Mardin, Siirt, Tunceli und Van einem Regionalgouverneur mit weitreichenden Vollmachten. Der Regionalgouverneur war allein dem Ministerrat gegenüber verantwortlich, den einzelnen Provinzgouverneuren gegenüber weisungsbefugt, und selbst die Koordinierung von Maßnahmen der Polizei und Gendarmerie unterlag ihm. Die Notstandsregion bildete ein zusammenhängendes Gebiet, das mehrheitlich von Kurden bewohnt wird.

Den Empfehlungen des Sicherheitsrates folgend, beantragte der Ministerrat in der Folgezeit regelmäßig im Parlament eine viermonatige Verlängerung des Notstandes für die Südostregion. Als im Mai 1990 die hauptsächlich von Siirt abgetrennten neuen Provinzen Batman und Şırnak gebildet wurden, gliederte sie das Parlament ebenfalls sofort der Notstandsregion an. Ende 1999 gehörten noch folgende fünf Provinzen zur Notstandsregion: Diyarbakır, Hakkari, Şırnak, Tunceli und Van. Die Provinzen Batman, Bingöl, Elazığ und Mardin und Siirt galten inzwischen als „befriedet“. Sie waren zu unterschied-

lichen Zeitpunkten aus der Notstandsregion ausgegliedert worden.

Wiederholt hatte die Militärführung versichert, mit einer „letzten“ Großoffensive gegen die „Separatisten“ das Kurdenproblem endgültig lösen zu können. Ab Sommer 1992 hatte dieser Gedanke (erneut) Oberhand in Militärkreisen gewonnen. Sie nutzen in der Notstandsregion alle ihre Möglichkeiten, um im Zusammenspiel der *Sicherheitskräfte* die Situation unter Kontrolle zu bringen. Zu den Sicherheitskräften gehörten in diesem Falle die Landstreitkräfte (das Heer), die Luftwaffe, die Gendarmerie, der Geheimdienst, Sondereinheiten wie spezielle *Konter-Guerilla-Einheiten* sowie die 1984 aufgestellten *Dorfschützer (köy kurucu)*, einer unter der kurdischen Bevölkerung rekrutierten, von der Regierung bewaffnet und besoldeten Miliz von ca. 45 000 Mann (1998).

Innerhalb der Sicherheitskräfte genießt die *Gendarmerie* mit ihren 70 000 Mann einen Sonderstatus. Sie nimmt in ländlichen Gebieten und in der Notstandsregion Polizeiaufgaben wahr. Gebildet wird sie aus Wehrdienstpflichtigen unter dem Befehl von Berufsoffizieren. Ihre Alltagsuniform unterscheidet sich von der des Heeres lediglich durch farbige Abzeichen (z.B. einem roten Kreis auf der Mütze). Obwohl die Gendarmerie nominell dem Innenminister untersteht, ist für ihre Angehörigen die Militärgerichtsbarkeit zuständig.

Als sich die 1992 gebildete neue Koalitionsregierung zwischen der *Partei des Rechten Weges (Doğru Yol Partisi/DYP)* und den Sozialdemokraten um Ansätze von Vertrauensbildung im Südosten bemühte, unterlief das Militär diese Absicht. Erstmals zeigte sich dies während des kurdischen Neujahrsfestes (*Nevroz*) am 21. März. Vor dem Fest hatte Ministerpräsident *Demirel* versprochen, dass es von allen Bevölkerungsteilen frei begangen werden dürfe und dass keine Gewalt gegen friedliche Versammlungen angewendet werden würde. Dennoch wurde das *Nevroz* 1992 zu einem der blutigsten, mit über 100 Toten und mehr als 340 Verletzten. Die offizielle Version des türkischen Militärs besagte, dass zwischen dem 21. und dem 25. März bei *Nevroz*-Unruhen „PKK-Provokateure“ das Feuer auf die Sicherheitskräfte eröffnet hätten. Da bei den Unruhen lediglich zwei Gendarme ums Leben gekommen waren, traten Zweifel an dieser Darstellung auf. Eine Untersuchungskommission von sozialdemokratischen Parlamentariern stellte fest, dass die Zivilbehörden in der Krisenregion keine Kontrolle über die Sicherheitskräfte hatten und dass das Militär „exzessive Gewalt“ angewendet hatte. In vielen Fällen hatten Soldaten und Gendarme bereits am ersten Tag des Festes ohne direkte Bedrohung das Feuer auf Versammlungen eröffnet und damit weitere Zusammenstöße heraufbeschworen. Offizielle Stellen dementierten den Bericht als „einseitig“ und „falsch“.

Ein Vorfall im August 1992 verstärkte den Eindruck, dass das Militär im Südosten eine von der Regierung unabhängige Politik in der Kurdenfrage verfolgte. Nach

einem nächtlichen Anschlag auf das Elektrizitätswerk von Şırnak beschossen die Sicherheitskräfte drei Tage lang die Gebäude der Stadt, wobei sie Panzerwaffen und Flammenwerfer einsetzten. Am Ende der „schweren“ Kämpfe zählte man acht Tote – drei Soldaten und einen Polizisten, die in der ersten Nacht gefallen waren, sowie vier Zivilisten. Die angeblich über 700 PKK-Kämpfer, ihre Waffen, ihre Toten und ihre Verwundeten blieben auf rätselhafte Weise unauffindbar. Allem Anschein nach waren die „Gefechte“ eine bloße Farce der örtlichen Sicherheitskräfte gewesen. Einziger, eventuell sogar beabsichtigter Erfolg war, dass die Hälfte der 40 000 Einwohner anschließend die Stadt verließ. Ähnliches wiederholte sich im Oktober des nächsten Jahres in Lice/Provinz Diyarbakır nach der Ermordung eines Gendarmerie-Generals durch Heckenschützen. Die türkischen Sicherheitskräfte nahmen mehrere Stadtteile mit schweren Waffen unter Feuer. Eine gleichzeitig über die Stadt verhängte Blockade sämtlicher Zufahrtswege und eine totale Kommunikationssperre verhinderten eine unabhängige Berichterstattung über die Vorgänge.

Nicht alle der PKK angelasteten Dorfüberfälle, Morde und Massaker in der Südosttürkei gingen eindeutig auf ihr Konto. In einigen Fällen ergaben sich Verdachtsmomente, die auf direkte oder indirekte Beteiligung von *Konter-Guerilla-Einheiten* hinwiesen, besonders dann, wenn die Opfer kurdische Schriftsteller, Journalisten, Reporter oder Politiker waren. Auch wurden wiederholt verhaftete oder verschwundene Personen mit Foltermerkmalen tot aufgefunden. Prokurdische Medien vermuteten „außergerichtliche Hinrichtungen“.

Ist die PKK besiegt?

1993 mehrten sich Vorwürfe gegen die Sicherheitskräfte, durch Einschüchterung und Gewalt kurdische Dorfbewohner im Südosten zum Verlassen ihrer Dörfer zu nötigen und die Häuser anzuzünden. Dies bezog sich nicht etwa nur auf Dörfer im unmittelbaren Grenzbereich zum Irak und zu Syrien, wo bereits zuvor Umsiedlungen aus militärischen Überlegungen heraus vorgekommen waren. Die Zerstörungen richtete sich gegen Dörfer, die keine „freiwilligen“ Dorfschützer stellten, sei es, weil ein Klanoberrhaupt nicht ausdrücklich dafür eingetreten war, sei es, dass die Dorfbewohner aus Angst vor Racheaktionen der PKK nicht dazu bereit waren. Sie gerieten damit pauschal in den Verdacht der PKK-Nähe. Mit der Taktik der „verbrannten Erde“ sollten mögliche Unterschlupfe und Versorgungsstützpunkte der PKK eliminiert werden. Aus dem Ende März 1998 von der Migrationskommission des Parlaments zur Untersuchung der Abwanderung aus dem Südosten vorgelegten „Migrationsreport“ geht hervor, dass die Sicherheitskräfte in der Notstandsregion insgesamt 401 328 Personen zum Verlassen von 905 Dörfern und 2523 Weilern gezwungen haben. Offiziell bekannte sich das Militär nicht dazu, und wer etwas derartiges ohne den Schutz durch die parlamentarische Immunität behauptete, beschwor eine Anklage wegen Verunglimpfung der nationalen Sicherheitskräfte herauf. Verunglimpfung der nationalen Sicherheitskräfte ist in der Türkei eine gesetzlich verfolgte Straftat.

Die PKK hatte während des ersten Golfkrieges, dem irakisch-iranischen Krieg von 1980–1988, in dem von aufständischen

Militärputsch 12.09.1980

Bülent Ulusu	21.09.1980	Kenan Evren (2)	14.09.1980
--------------	------------	-----------------	------------

Dritte Republik (seit 1983)

Wahlen	Regierung	Amtsantritt am	Staatsoberhaupt
			Kenan Evren 09.11.1982
06.11.1983	Turgut Özal	13.12.1983	
29.11.1987	"	21.12.1987	
	Yıldırım Akbulut	02.11.1989	Turgut Özal 02.11.1989
	Mesut Yılmaz	23.06.1991	
20.10.1991	Süleyman Demirel	20.11.1991	
			Süleyman Demirel 16.05.1993
	Tansu Çiller	05.06.1993	
	"	05.10.1995	
	"	31.10.1995	
24.12.1995	Mesut Yılmaz	07.03.1996	
	Necmettin Erbakan	28.06.1996	
	Mesut Yılmaz	30.06.1997	
	Bülent Ecevit	11.01.1999	
18.04.1999	"	29.05.1999	

- (1) Bis zur Einführung von Familiennamen 1934 İsmet Pascha bzw. Mustafa Kemal Pascha
- (2) Nichtgewähltes Staatsoberhaupt
- (3) Als Staatsoberhaupt amtierender Senatspräsident

irakischen Kurden kontrollierten nordirakischen Grenzstreifen entlang der türkischen Grenze Nachschubs- und Auffanglager eingerichtet. Eine erste grenzüberschreitende, gegen diese Basen der PKK gerichtete Operation türkischer Truppen hatte 1983 stattgefunden, gefolgt von einem Angriff der Luftwaffe gegen PKK-Lager im Jahre 1987. Als die PKK im August 1991, nach Einrichtung der alliierten Schutzzone für die kurdischen Flüchtlinge vom missglückten Aufstand im Frühjahr, ihre Guerilla-Aktionen über die Grenze hinweg wieder aufnahm, antwortete das türkische Militär mit erneuten grenzüberschreitenden Operationen von Heer und Luftwaffe. Seitdem erfolgen solche Einfälle mehrmals jährlich.

Mit der Einrichtung einer nach wie vor offiziell dementierten „Sicherheitszone“ im Nordirak erzielte das Militär 1997 im Kampf gegen die PKK allem Anschein nach einen strategischen Erfolg. Es gelang ihr, die Verbindungen zwischen in der Türkei operierenden und im Nordirak anwesenden PKK-Gruppen zu unterbrechen. Ende 1997 empfahl die Militärführung über den *Nationalen Sicherheitsrat* der Regierung u.a., radikale soziale und wirtschaftliche Schritte im Südosten zu unternehmen, nachdem es nun gelungen sei, der PKK so schwere Verluste beizufügen, dass die von ihr ausgehende Gefahr auf eine kontrollierbare Größe reduziert worden sei.

Noch schenkte man den Generälen keinen rechten Glauben. 1998 ging die Politik des Militärs jedoch auf. Im April gelang einem türkischen Spezialkommando, den PKK-Frontkommandanten *Şemdin Sakik* bei Dohuk im Nordirak gefangenzunehmen und in die Türkei zu bringen. *Sakik*, der als PKK-Kommandant von „Botan“ (kurdische Bezeichnung für ein Gebiet in den türkischen Provinzen Siirt und Bitlis) 1993 den Befehl zur Ermordung von 33 unbewaffneten türkischen Soldaten gegeben haben soll, hatte sich wegen Differenzen mit PKK-Führer *Abdullah Öcalan* Mitte März 1998 den nordirakischen Kurden ergeben. Im Oktober 1998 drohte die Türkei Syrien mit Krieg, wenn Syrien weiterhin die PKK im Lande und im syrisch kontrollierten Teil des Libanon dulde. Syrien lenkte ein. *Abdullah Öcalan* hatte sich rechtzeitig vor der türkisch-syrischen Einigung nach Moskau abgesetzt. Dort „ortete“ ihn der israelische Geheimdienst; im November versuchte *Öcalan* in Italien unterzutauchen, wurde festgesetzt und wieder freigelassen und tauchte wieder unter. Wiederum war es der israelische Geheimdienst, der *Öcalans* Aufenthaltsort in einem Gebäude der griechischen Botschaft in Nairobi ausfindig machte. Im Februar entführte ein Spezialkommando *Öcalan* aus Kenia in die Türkei. Dem türkischen *Geheimdienst MIT (Milli İstihbarat Teşkilatı)* traute man ein derartiges Unternehmen nicht zu, wohl aber dem israelischen *Mossad*. Im Juni verurteilte ein Staatssicherheitsgericht auf der Insel İmralı im Marmarameer *Öcalan* zum Tode. Nach seiner Verurteilung forderte *Öcalan* die PKK-Guerilla in der Türkei auf, keine Militäraktionen mehr durchzuführen und sich in ein anderes Land zurückzuziehen,

Tabelle 1:
Parteien und Mitgliederzahlen (Stand Frühjahr 1999)

Partei	Mio.	Partei	Mio.
ANAP	3,20	FP(*)	2,00
CHP	1,80	MHP	0,39
DSP	0,20	Sonstige	0,71
DYP	3,70	insgesamt	12,00

(*) Von der FP lagen keine Mitgliederzahlen vor; die RP hatte jedoch um 2 Mio. Mitglieder

und die PKK bestätigte, dass sie der Anforderung ihres Führers Folge leisten werde. Von der PKK scheint also zur Zeit keine wirkliche Bedrohung mehr für die Türkei auszugehen.

Der Widerstand der Politiker gegen die Bevormundung durch die Generäle

1961 hatte sich der Chef der Militärjunta, *Cemal Gürsel*, verfassungsmäßig von der *Großen Nationalversammlung*, dem Parlament, zum Präsidenten der Republik wählen lassen. Nach mehreren Schlaganfällen schied *Gürsel* 1966 vorzeitig aus dem Amt. Erwartungsgemäß wählte das Parlament den als Nachfolger von der Militärführung aufgestellten bisherigen Generalstabschef *Cevdet Sunay* zum Präsidenten der Republik. Um den Verfassungsvorschriften genüge zu tun, war *Sunay* als Generalstabschef zurückgetreten und in aller Eile als Senator in die damals aus zwei Kammern bestehende Nationalversammlung berufen worden. Die nach dem Märzmemorandum von 1971 von der Militärführung oktroyierten Regierungen scheiterten jeweils nach kurzer Zeit am passiven Widerstand der Parlamentarier. Auch 1973, bei der Wahl des nächsten Staatspräsidenten, widersetzten sich die Parlamentarier den Wünschen der Generäle, die wiederum ihren Generalstabschef in den Senat gebracht und als Kandidat aufgestellt hatten. Der erste Wahlgang endete 1973 mit einem Eklat. Zum ersten Mal erhielt bei den Präsidentschaftswahlen in der Nationalversammlung kein Kandidat im ersten Wahlgang die erforderliche Zweidrittelmehrheit der

Stimmen. Nicht einmal die im dritten Wahlgang nötige absolute Mehrheit konnte der Kandidat des Militärs auf sich vereinen. Schließlich einigten sich die Generäle und die Parteiführer der stärksten Parlamentsfraktionen auf den ehemaligen Konteradmiral und Senator *Fahri Korutürk* als Kompromisskandidaten.

Das Parlament hatte sich gegen die Beeinflussung durch die Militärführung aufgelehnt, mündig war es deswegen jedoch noch nicht geworden. Die Amtszeit von *Korutürk* lief 1980 aus, ohne dass das Parlament sich auf einen Nachfolger geeinigt hatte, obwohl die Generäle diesmal auf einen eigenen Kandidaten verzichtet hatten. Innerhalb von fünf Monaten fanden 115 Abstimmungen statt. Danach erübrigten sie sich – im September hatte das Militär erneut die Macht übernommen.

Kenan Evren, Generalstabschef und Führer des Putsches 1980, ließ sich 1982 zusammen mit der Volksabstimmung über die neue Verfassung direkt zum Präsidenten der Republik wählen. Er war der letzte Präsident aus den Reihen des Militärs.

Die Normalisierung nach 1983

In der Verfassung von 1982 hatte die Militärführung ein zehnjähriges politisches Betätigungsverbot für die Spitzenfunktionäre der ehemaligen Parteien verankern lassen und durch entsprechende Verfassungspassagen versucht, den für den türkischen Parlamentarismus typischen Abgeordnetentransfer zwischen den Parteien zu verhindern. Darüber hinaus hatte sich die Militärführung bei den Parteineu-

Tabelle 2:
Parlaments- und Kommunalwahlen 1999

Partei	Parlament		Kommunal
	Stimmen (%)	Sitze	Mehrheit in den Stadträten der 80 Provinzhauptstädte
DSP	22,1	136	9
MHP	18,1	130	21
FP	15,2	110	17
ANAP	13,2	86	12
DYP	12,1	85	3
Unabhängige		3	
		550	
CHP	8,7	–	11
HADEP	4,7	–	7

gründungen anlässlich der Wahlen 1983 ein Vetorecht gegen die Liste der Parteigründer vorbehalten, um so die Entstehung von Nachfolgeparteien der von ihr zwangsaufgelösten alten Parteien verhindern zu können. Auf diese Weise beeinträchtigt, konnten nur drei Parteien an den Wahlen teilnehmen, von denen heute nur noch eine existiert: die von *Turgut Özal* gegründete *Mutterlandspartei (Anavatan Partisi/ANAP)*, die sich als neue politische Heimat für die Anhänger der vormaligen konservativen, der nationalen und der islamistischen Partei angeboten hatte. Mit 45,15% der gültigen Stimmen errang sie die absolute Mehrheit im Parlament. Am schlechtesten schnitt mit 23,27% der Wählerstimmen die von der Militärführung favorisierte Partei des Generals a. D. *Turgut Sunalp* ab. Sie löste sich nach drei Jahren offiziell auf.

Die türkischen Parteien, die bereits vor 1980 bestanden hatten, erwiesen sich als unerwartet fest etabliert und in der Gesellschaft verwurzelt. Durch das Veto der Militärs gegen einzelne Gründungsmitglieder behindert, konnten drei weitere Parteien zwar nicht mehr an den Wahlen 1983 teilnehmen, sich jedoch im nächsten Jahr an den allgemeinen Kommunalwahlen beteiligen:

- Die *Soziale Demokratie-Partei (SODEP)* später *Sozialdemokratische Volkspartei (SHP)* mit *Erdal İnönü*, dem Sohn des langjährigen CHP-Vorsitzenden *İsmet İnönü*, an der Spitze, als Nachfolgerin der alten CHP;
- Die *Partei des Rechten Weges (Doğru Yol Partisi)*, ein Sammelbecken für die Anhänger der alten AP (*Gerechtigkeitspartei*) von *Demirel*;
- Die *Wohlfahrtspartei (Refah Partisi/RP)*, die die Anhänger von *Erbakans* vormaliger MSP (*Nationalen Heilspartei*) vereinte.

Im November 1986 gründete Frau *Rahşan Ecevit*, die Frau des Vorsitzenden der alten CHP von 1972 bis zu ihrem Verbot 1981, nach längeren Vorbereitungen die *Partei der Demokratischen Linken (Demokrat Sol Partisi/DSP)*.

Durch Verschmelzungen und Neugründungen begannen sich langsam die alten Parteimuster wieder abzuzeichnen – und mit ihnen alte Rivalitäten. Auf der linken Seite des Parteienspektrums konkurrierten SHP und DSP miteinander, rechts der Mitte ANAP und DYP, deren Partei- und Wahlprogramme sich nur in Nuancen voneinander unterschieden

Die gegenwärtige Parteilandschaft

Zur weiteren „Normalisierung“ der Parteilandschaft in der Türkei trugen wesentlich drei Dinge bei:

1. 1987 die Aufhebung des politischen Betätigungsverbots für Spitzenfunktionäre ehemaliger Parteien durch ein Referendum (gegen das sich *Özal*, zu jener Zeit Ministerpräsident, vehement gestraubt hatte). Nach seiner knappen Abstimmungsniederlage setzte *Özal* unverzüglich vorgezogene Neuwahlen an, um den neuen politischen Gegnern keine Zeit zu lassen, ihre Position in den entsprechenden Parteien auszubauen. *Demirel* war

nämlich sofort zum neuen Vorsitzenden der DYP gewählt worden, *Erbakan* hatte der Vorsitz der RP übernommen, *Ecevit* den der DSP von seiner Frau und *Aİparslan Türkeş* den Vorsitz der 1983 durch seine Anhänger gegründeten *Partei der Nationalen Arbeit (MÇP)*.

2. 1992 der Parlamentsbeschluss, allen nicht durch das Verfassungsgericht verbotenen und zwangsaufgelösten Parteien die Möglichkeit einzuräumen, einen Antrag auf Wiedenzulassung zu stellen. Alt-Mitglieder, die unterdessen anderen Parteien beigetreten waren, konnten anschließend innerhalb gewisser Fristen über ihre Parteizugehörigkeit entscheiden. Bis zum Jahresende stellten neun Parteien einen Antrag auf Wiedenzulassung. Unter ihnen beschloß die AP auf ihrer Eröffnungsversammlung, sich aufzulösen und geschlossen der DYP beizutreten; letztere übernahm den trabenden Schimmel der AP als neues Parteisymbol. Auch die *Partei der Nationalen Bewegung (Milletçi Hareket Partisi/MHP)* löste sich auf und ihre Mitglieder traten der MÇP bei, die sich alsbald wieder MHP nannte. Die CHP hingegen, an deren Wiederöffnungsversammlung ihr letzter Vorsitzender, *Bülent Ecevit*, nicht teilnahm, wählte den ständigen Herausforderer *Ecevit*s in der CHP und später *İnönüs* in der SHP, *Deniz Baykal*, zum Vorsitzenden, der damit endlich Vorsitzender einer eigenen Partei war.

3. 1995 die Verfassungsänderungen, die u.a. das Wahl- und Mitgliedsalter in Parteien von 21 auf 18 Jahre absenkten, den Parteien Frauen-, Jugend- und Auslandsorganisationen erlaubte, sowie Lehrpersonal und Studenten an Hochschulen nicht mehr länger von Parteiämtern ausschloß. Vor allem aber beseitigte die Verfassungsänderung das Hindernis für den Parteientransfer von Abgeordneten, und sie hob die Klausel auf, derzufolge nach einem Parteiverbot (durch das Verfassungsgericht) automatisch die Parlamentsmitgliedschaft aller Parteimitglieder erlosch, die ihr zu dem Zeitpunkt, auf das sich das Verbot bezog, angehört hatten. Die Aufhebung des Transferhindernisses war ein Zugeständnis an die Praxis. Denn findige Parlamentarier, die die Partei wechseln wollten, hatten Wege zur Umgehung der Bestimmungen gefunden. Sie mussten dazu die Partei, über die sie ins Parlament gelangt waren, verlassen, eine neue Partei gründen, diese wieder auflösen und anschließend der Partei ihrer Wünsche beitreten. Durch diese legalistische Hintertür waren die DYP, die DSP und die RP bereits im Parlament vertreten, bevor sie hineingewählt wurden. Und obwohl es die Verfassung und das Parteiengesetz verbietet, hatten von 1990 bis 1994 kurdische Parteien dem Parlament an-



„Vater der Türken“:

Atatürk, wird Mustafa Kemal Pascha (1881–1937), der Begründer der modernen, säkularen Türkei, genannt. Sein Bildnis ist in der türkischen Öffentlichkeit omnipräsent. Keine Schule, vor dem nicht sein Standbild stünde, wie hier in einem Vorort von Ankara.

Aufnahme: Siegfried Frech

gehört. 1990 gründeten zwölf aus der SHP ausgeschlossene sowie aus Protest gegen den Ausschluss aus ihr ausgetretene Parlamentarier kurdischer Herkunft die *Volksarbeiterpartei (Halk Emekçi Partisi/HEP)*. Da die HEP 1991 noch nicht die allgemeinen Voraussetzungen für eine Beteiligung an den Wahlen erfüllte, bot die sozialdemokratische ehemalige Mutterpartei den Kandidaten der HEP Plätze auf ihrer Parteiliste an. Sie mussten dazu allerdings formal aus der HEP aus- und in die SHP eintreten. 1992 kehrten 18 der auf diese Weise ins Parlament gelangten ehemaligen HEP-Mitglieder über eine Interimspartei wieder zur HEP zurück. Wie allgemein erwartet worden war, verbot das Verfassungsgericht 1993 die HEP wegen ihrer „separatistischen“ Propaganda vor den Wahlen 1991. Rechtzeitig vor dem endgültigen Parteiverbot waren 14 HEP-Abgeordnete jedoch zur der als Ausweichpartei gegründeten *Demokratie-Partei (Demokrasi Parsisi/DEP)* übergewechselt. Im Sommer 1994 verbot das Verfassungsgericht auch die DEP. Damit erlosch nach den damals noch geltenden Bestimmungen automatisch die Parlamentszugehörigkeit ihrer restlichen Abgeordneten. Bereits im Mai 1994 hatte sich die *Volksdemokratiepartei (Halk Demokrasi Partisi/HADEP)* etabliert. Sie ist nicht mehr im Parlament vertreten. Bei den Wahlen 1995 scheiterte sie mit landesweit 1,17% an der Wahlhürde.

Fünfzehn Jahre nach dem Putsch von 1980 hatte die Türkei wieder zu dem Parteiensystem zurückgefunden, das vor dem Putsch bestanden hatte. Eine „Normalisierung“ also, mit allen Möglichkeiten für clevere Politiker, die vorhandenen Instrumentarien für ihre Politik einzusetzen. Die Intention der Militärführung nach dem Putsch, der Innenpolitik eine Kontinuität und Stabilität nach ihren Vorstellungen zu geben, war am Widerstand der Parteien und ihrer Parlamentarier gescheitert. Der alte Spruch: „Nichts ist in der Türkei so stabil, wie die innenpolitische Instabilität“, hatte wieder volle Gültigkeit erlangt.

Wie „demokratisch“ sind die Wahlen in der Türkei?

Entscheidenden Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlaments hat das *Wahl-system*. Zwischen 1945 und 1960 galt in der Türkei ein auf das gesamte Land bezogenes Mehrheitsystem. Nach 1960 wurde eine Vielzahl von Proportional-Systemen ausprobiert, darunter 1987 und 1991 eine Verhältniswahl plus Mehrheitsystem und doppelter Sperrklausel auf Provinz- und auf Landesebene. Die durch das Mehrheitsystem vergebenen „Kontingentsmandate“ hatten in Verbindung mit der doppelten Sperrklausel 1987 zu einer Überrepräsentation der ANAP geführt, die mit 36,3% der gültigen Stimmen 65% der Mandate erhalten hatte. Auch 1991 führte dieses System, wenn auch durch eine Beschränkung der Kontingentsmandate in abgeschwächter Form, zu einer Überrepräsentation der DYP, die mit 27,0% der gültigen Stimmen 40% der Mandate für sich verbuchen konnte.

Bei den Wahlen 1995 und 1999 kam eine Verhältniswahl mit einfacher Sperrklausel von 10% auf Landesebene zur Anwendung. Die Hürde sollte eine Aufspaltung der Sitze im Parlament verhindern. In der Praxis waren jedoch trotz aller Hürden und Erschwernisse nach 1984 in jeder Legislaturperiode kleinere Parteien im Parlament vertreten gewesen.

Seit 1983 besteht in der Türkei *Wahl-pflicht*, die immerhin Wahlbeteiligungen von über 80% gewährleistet. 1999 drohte dem Nichtwähler eine Geldbuße von umgerechnet DM 25,-. 87,07% von 37 Mio. wahlberechtigten Bürgern kamen ihrer Verpflichtung nach.

Es gibt in der Türkei keine landesweit EDV-gestützte Wählerverzeichnisse (es gibt nicht einmal funktionierende Einwohnermeldeverzeichnisse oder genaue Stadtpläne). Wohnortwechsel, Sterbefälle und Erstwähler werden nicht automatisch registriert. Der Wildwuchs von Städten durch Zuwanderer aus ländlichen Gebieten, Massenabwanderungen aus dem Südosten der letzten Jahre, bleiben bei der Aufstellung der Verzeichnisse unberücksichtigt. Die Wählerverzeichnisse 1999 basierten auf der 1997 durchgeführten allgemeinen Volkszählung.

Jede Provinz stellt gemäß ihrer Einwohnerzahl eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten. Obwohl der aktuelle Stand der Einwohnerzahlen nicht genau bekannt ist, versucht man über die Anzahl der zu wählenden Abgeordneten den Zu-

Abnahmen ungefähr gerecht zu werden. So stellte z.B. bei gleichbleibender Zahl von 550 Parlamentssitzen die Provinz Istanbul 1999 69 Abgeordnete, acht mehr als 1995.

Den offiziellen Unterlagen zufolge war 1999 fast jeder dritte wahlberechtigte Bürger Mitglied in einer politischen Partei. Insgesamt gab es 12 Mio. Parteimitglieder, was 32,4% aller Wahlberechtigten entsprach.

Ein lang diskutiertes Problem stellt das Wahlrecht für Auslandstürken dar. Die Verfassungsänderungen von 1995 gewährleisten es zwar grundsätzlich, bisher erfolgte jedoch noch keine Umsetzung in die Praxis, z.B. durch die Einführung einer Briefwahl. Türkische Staatsbürger mit ständigem Aufenthalt im Ausland konnten bisher ihre Stimme nur bei der Ein- oder Ausreise in Wahllokalen an den Grenzübergängen oder internationalen Flughäfen abgeben. 1995 machten von dieser Möglichkeit 4,4% der wahlberechtigten Auslandstürken Gebrauch. Ihr Anteil an den Gesamtstimmen betrug 0,26%.

Die Wahlen vom April 1999 brachten der „Demokratischen Linkspartei“ den Sieg

Am 18. April 1999 hatten die Wähler und Wählerinnen eine Auswahl unter den Kandidaten von 21 Parteien sowie unter mehreren Kandidaten ohne Parteibindungen getroffen. Der Ausgang der Wahlen war für alle Experten eine Überraschung. Niemand, nicht einmal die Betroffenen selbst, hatten damit gerechnet, dass die MHP der Nationalisten mit 18,1% als zweitstärkste Partei abschneiden würde. Noch kurz vor der Wahl hatten – inoffizielle – Umfragen Zweifel aufkommen lassen, ob diese Partei die 10%-Hürde überwinden und überhaupt ins Parlament einziehen könne. Ein Vergleich der Stimmverteilungen 1999 und 1995 zeigt, dass die MHP 1999 vorwiegend in süd- und zentralanatolischen Provinzen ihr Wählerpotenzial gefunden hatte, in denen 1995 die RP dominiert hatte.

Nicht völlig unerwartet, wenn auch in dieser Eindeutigkeit überraschend, war es *Bülent Ecevit* gelungen, in der kurzen Zeit als Ministerpräsident einer Minderheitsregierung von Januar bis April 1999, sich und seine DSP die Spitze der Wählergunst zu katapultieren und mit 23,1% aller Stimmen die stärkste Fraktion im neuen Parlament zu bilden. In den Analysen zum Wahlausgang kam häufig der *Öcalan*-Faktor, die Entführung des PKK-Führers *Öcalan* aus Nairobi, zur Sprache. Ein weiterer Faktor war sicher auch, dass sich *Ecevit* und seine Partei als „sauber“ erwiesen hatten, nicht in Korruptionsaffären zwischen Regierungs- und rechten Mafiakreisen verwickelt gewesen waren.

Die ANAP und die DYP rückten mit 13,2% und 12,1% gefährlich nahe an die Sperrhürde. Die beiden von ihren Programmen her sehr ähnlichen Parteien hatten 1995 ihre Erfolge in unterschiedlichen Regionen. Die Wählerhochburgen der DYP waren eher in den „weltoffenen“ Teilen der Türkei, im westlichen „TUI-Gürtel“, zu

finden gewesen, während die der ANAP mehr im „Hinterland“, vor allem an der nördlichen Schwarzmeerküste, gelegen hatten. 1999 eroberte die DSP diese Provinzen.

Die alte Staatspartei *Atatürks*, die CHP unter dem Vorsitz von *Deniz Baykal*, scheiterte mit 8,7% der Stimmen an der 10%-Hürde. *Baykal* zog politische Konsequenzen aus der Niederlage und trat als Parteivorsitzender zurück. Sein Rücktritt machte allerdings keine Schule unter den türkischen Politikern. Auch die HADEP schaffte mit landesweit 4,7% nicht den Einzug ins Parlament, obwohl sich die Wähler in elf Südostprovinzen für sie entschieden hatten.

Die Korruption des Systems ...

In den Wahlergebnissen seit 1983 spiegeln sich zum Teil deutliche Wählerproteste wider. Bereits im Wahlsieg der ANAP 1983 hatte sich der Protest der Wähler gegen die Militärführung niedergeschlagen. Aber schon 1987 sank der Stimmanteil der Partei von 45% 1983 auf 36% ab, und bei den Kommunalwahlen im März 1989 erhielt die ANAP sogar nur noch knapp 23% der Stimmen. Parteifilz, innere Flügelkämpfe und Günstlingswirtschaft *Özals* ließen die Partei nach sechs Regierungsjahren abgewirtschaftet erscheinen. Die Gelegenheit, nicht länger für die schwindende Popularität der ANAP verantwortlich gemacht zu werden, bot sich *Özal* 1989, als die Amtszeit von Staatspräsident *Evren* auslief. Mit ihrer Parlamentsmehrheit wählte die ANAP, wenn auch nicht die gesamte, in der dritten Wahlrunde *Özal* zum neuen Präsidenten der Republik. Nach Übernahme des Amtes beauftragte *Özal* einen Mann ohne eigenes Profil und daher willfähiges Werkzeug, *Yıldırım Akbulut*, mit der Regierungsbildung. Akbulut hielt sich zwei Jahre an der Parteispitze, dann musste er den Vorsitz an *Mesut Yılmaz* abgeben. Trotz des Generationswechsels an der Spitze der Partei war der Rückhalt bei der Bevölkerung geschwunden. *Yılmaz* einigte sich mit der Opposition auf vorgezogene Neuwahlen im Oktober 1991, aus denen die DYP als stärkste Fraktion hervorging.

Süleyman Demirel, als Vorsitzender der DYP von Staatspräsident *Özal*, seinem alten Rivalen, mit der Regierungsbildung beauftragt, ging eine Koalition mit der SHP unter *Erdal İnönü* ein. Der plötzliche Herztod von *Özal* im April 1993 bot nun *Demirel* eine Chance, seine politische Laufbahn mit dem Amt des Staatspräsidenten zu krönen. Da er als Präsident der Republik Regierungsvorsitz und Parteivorsitz aufgeben musste, beauftragte er *Erdal İnönü* mit der kommissarischen Fortführung der Regierungsgeschäfte, bis der Parteitag der DYP einen neuen Vorsitzenden gewählt hatte. Die DYP wählte im Juni Frau *Tansu Çiller* zur neuen Parteivorsitzenden. Sie hatte eine steile Parteikarriere hinter sich: Erst seit 1990 Parteimitglied, war sie 1991 ins Parlament eingezogen, und *Demirel* hatte sie als Staatsministerin für Wirtschaftsfragen in sein Kabinett aufgenommen. Als Vorsitzende der Partei mit der stärksten Parlamentsfrakti-

on mit der Regierungsneubildung beauftragt, setzte sie die Koalition mit *Erdal İnönü* fort.

Die Regierungszeit von *Frau Çiller* 1993–1996 war geprägt durch Ungewissheiten – hatte sie nun die amerikanische Staatsbürgerschaft oder nicht? –, Korruptionsvorwürfe und Indizien über eine Verflechtung von Regierungspartei, Rechts-extremisten, Unterwelt und Polizei. Ein Verkehrsunfall mit drei Toten und einem Schwerverletzten bei Susurluk (Provinz Balıkesir) hatte 1996 die Spitze eines Eisberges ans Tageslicht gebracht. Schwere Verkehrsunfälle sind an sich nichts Ungewöhnliches in der Türkei. Waffenfunde im verunglückten Wagen erregten jedoch den Argwohn der Polizei, die daraufhin die Verunglückten näher unter die Lupe nahm. Der Schwerverletzte war der DYP-Parlamentarier *Serdar Bucak*, ein kurdischer Klanführer aus Urfa, der eine Privatmiliz von angeblich 2000 Mann unterhält; tödlich Verunglückt waren der Polizeichef von Istanbul, die Geliebte eines ermordeten Unterweltbosses und ein bei Interpol zur Fahndung ausgeschriebener Terrorist der rechten Szene von 1978, *Abdullah Çatlı*, letztere beiden mit falschen Papieren ausgestattet. Weitere Untersuchungen ergaben, dass der Innenminister der *Çiller*-Regierung, *Mehmet Aġar*, in seiner Zeit als oberster Polizeichef des Landes dem Terroristen einen Waffenschein unter dessen falschen Namen ausgestellt hatte. Obwohl gegen *Bucak* und *Aġar* Prozesse laufen und ihre parlamentarische Immunität aufgehoben worden war, konnten sie, da noch nicht rechtskräftig verurteilt, 1999 erneut kandidieren. Sie wurden ins Parlament gewählt, *Bucak* für die DYP in Urfa und *Aġar* mit erheblicher Stimmenzahl in Elaziġ als unabhängiger Kandidat. Die Wahlniederlage der DYP 1995 war in erster Linie auf das Versagen der *Çiller*-Regierung zurückzuführen, die sozioökonomischen Probleme des Landes in den Griff zu bekommen. Die Wirtschaftsprofessorin *Çiller* hatte in der Wirtschaftsführung des Landes versagt. Allein 1994 betrug die Inflationsrate 125 %. Ihr Zwei-Schlüssel-Versprechen aus dem Wahlkampf von 1991 hatten die Zuhörer, wie später noch häufig andere Äußerungen von ihr, anscheinend gründlich missverstanden. *Frau Çiller* hatte offenbar nicht jedem Türken einen Haus- und einen Autoschlüssel versprochen, sondern sich einen Schlüssel für ihre Dienstwohnung als Ministerpräsidentin und einen Autoschlüssel für ihren Dienstwagen.

... kam den Islamisten der Wohlfahrtspartei zugute

Wirtschaftliche Talfahrt, staatliche Misswirtschaft, Ineffizienz, Parteiquerelen, Korruption, persönlicher Machthunger veranlassten 1995 21,4 % der Wähler, ihre Hoffnungen auf eine bisher in der Türkei noch nicht ausprobierte Alternative zu setzen, nämlich auf die von *Erbakan* verkündete „gerechte (islamische) Ordnung“. Die Wählerschaft der *Wohlfahrtspartei* bestand nicht nur aus den Bewohnern der *Gecekondü*, den Ringen von Armenvierteln ländlicher Massenzuwande-

rer um die Großstädte. In den anatolischen Städten gehörten ebenso auch kleine Gewerbetreibende und Unternehmer sowie Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst und in Staatsbetrieben dazu. Traditionelle Hochburg der Partei ist mit Abstand Konya.

Mit einer Koalition zwischen seiner RP und der DYP unter *Tansu Çiller* bewies *Erbakan*, dass er nicht der „Saubermann“ unter den türkischen Politikern war, für den er sich im Wahlkampf ausgegeben hatte. Um Ministerpräsident zu werden, verbündete er sich mit einer Rivalin, gegen die er zuvor mehrere Untersuchungsanträge wegen Amtsmissbrauchs und Korruption im Parlament gestellt und gegen die er eine private Verleumdungsklage angestrengt hatte. *Tansu Çiller* wurde seine Außenministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin.

Im Februar 1997 hatte die Generalstaatsanwaltschaft beim Verfassungsgericht eine Klage auf Verbot der RP eingereicht. Eine Klage auf Verfassungsfeindlichkeit einer Partei also, die nach den Wahlen als stärkste Fraktion ins Parlament eingezogen und deren Vorsitzender auf legalem Wege Ministerpräsident des Landes geworden war. Im Januar 1998 stellte das Gericht die Verfassungswidrigkeit der RP fest und verbot die Partei; einen Revisionsantrag lehnte es im März ab. Mit dem Verbot verloren *Erbakan* und weitere fünf Spitzenfunktionäre ihre Parlamentszugehörigkeit. Sie dürfen in den nächsten fünf Jahren keine Ämter in einer Partei bekleiden. Das Vermögen der Partei fiel an den Staat.

Da das Parteiverbot erwartet worden war, hatte ein Vertrauter *Erbakans* bereits im Dezember 1997 die *Vertrauenspartei (Fazilet Partisi/FP)* als Ausweichpartei gegründet. Im Frühjahr 1998 traten die meisten ehemaligen Abgeordneten der RP dieser neuen Partei bei, die damit, wie die RP, stärkste Parlamentsfraktion wurde. Die Versuche von Parlamentariern, die zuvor in der RP Spitzenpositionen bekleidet hatten und jetzt der FP angehörten, mit Kontenverschiebungen ins Ausland und gefälschten Rechnungen einen Teil des RP-Parteivermögens vor dem Zugriff des Fiskus zu retten und der FP zu erhalten, warfen kein vorteilhaftes Licht auf ihre Lauterkeit.

Trotz des „Berufsverbots“ und einem Gerichtsverfahren wegen staatsfeindlicher Umtriebe liefen die Fäden der FP wiederum bei *Erbakan* zusammen. Sein Versuch, sich für die Wahlen 1999 in Konya als unabhängiger Kandidat aufstellen zu lassen, scheiterte allerdings am Obersten Wahlausschuss.

Bei den Wahlen im April 1999 erlitt die FP einen Stimmeinbruch von 6,2 % gegenüber dem RP-Ergebnis von 1995. Nur noch 15,2 % der Wähler entschieden sich für die FP. Die „islamische Alternative“ von 1995 hatte sich nicht bewährt. *Erbakan* hatte seine Versprechungen nicht halten können, und die Generäle hatten seinen politischen Stern zum Sinken gebracht. Gegen die FP sprach weiterhin, dass auch gegen sie bereits ein Schließungsverfahren lief. Viele ehemalige RP-Wähler gaben daher ihre Stimmen der MHP, die nach

dem Tode von *Alparslan Türkeş* 1997 unter dem Wirtschaftswissenschaftler *Devlet Bahçeli* als neuen Vorsitzenden einen moderat nationalen und betont national-islamischen Kurs eingeschlagen hatte.

Im Herbst 1998 geriet nicht nur ein Minister der ANAP, sondern auch Ministerpräsident *Yılmaz*, der nach dem Rücktritt von *Erbakan* 1997 ein Minderheitskabinetten gebildet hatte, in den Verdacht, einen Strohmännchen der seit Jahren gesuchten und im August 1998 in Nizza verhafteten Unterweltsfigur *Çakıcı* beim Privatisierungsverkauf einer Bank begünstigt zu haben. Das war Anlass genug für das Parlament, die Regierung *Yılmaz* noch im November 1998 durch ein Misstrauensvotum zu Fall zu bringen. Die Quittung bekam seine Partei bei den Wahlen 1999.

Die Wahlergebnisse von 1991 bis 1999 drückten eine deutliche Unzufriedenheit der Wähler mit den jeweils bestehenden Verhältnissen aus. Dennoch zeichnete sich keine Abkehr vom politischen System ab. Die Wähler gaben ihre Stimmen etablierten Parteien mit bekannten Gesichtern an der Spitze. Das Experiment des Textiltycoons *Cem Boyner* aus Istanbul 1995, als neuer Mann mit einer neuen Partei den „Dieben“ in Ankara das Fürchten zu lehren, scheiterte kläglich an dem im Grunde genommen konservativen Wahlverhalten der Bevölkerung.

Ecevit – der „Mann der Stunde“?

Bülent Ecevit, geboren 1925 in Istanbul, ist nach *Özal*, *Demirel*, *Erbakan* und *Türkeş* einer der Letzten aus der alten „Pascha“-Garde der türkischen Parteivorsitzenden. Er hat Anglistik und Literatur studiert, jedoch ohne Hochschulabschluss, war als Journalist tätig und hat Gedichtbände veröffentlicht. Seine politische Laufbahn begann 1953 mit dem Beitritt zur damaligen CHP. 1957 gelangte er als Abgeordneter der CHP in die Nationalversammlung. 1961 in Zonguldak wiederum gewählt, war er 1961–1995 Arbeitsminister in den Kabinetten von *İsmet İnönü*. Die Zusammenarbeit zwischen *İnönü* und *Ecevit* setzte sich auch danach noch fort. Unter *İnönüs* Parteivorsitz stieg *Ecevit* 1966 zum Generalsekretär der CHP auf. Zum Bruch zwischen den beiden kam es 1971, als *Ecevit* strikt gegen eine Beteiligung der CHP an dem von der Militärführung in ihrem Memorandum geforderten überparteilichen Regierung war und als Generalsekretär zurücktrat. Auf dem Parteitag 1972 kandidierte *Ecevit* erneut für den Posten des Generalsekretärs. *İnönü* war dagegen: „Entweder *Ecevit* – oder ich!“. Die Delegierten wählten *Ecevit*, *İnönü* legte den Parteivorsitz nieder und *Ecevit* trat die Nachfolge an. 1974 und noch einmal 1977 und 1978 war *Ecevit* Ministerpräsident kurzlebiger Koalitionsregierungen. In seine Regierungszeit fiel 1974 die Invasion türkischer Truppen auf Nordzypern.

Die DSP ist eine Führungspartei im alten Stil. *Ecevit* kontrolliert die innerparteilichen Fraktionen. Lokale Eliten oder Netzwerke auf landsmannschaftlicher oder religiöser Basis haben keinen Spielraum in

seiner Partei. Die Einzige, die in der DSP nicht autorisierte Meinungen äußern darf, ist seine Frau. Gelegentlich bringt sie damit ihren Mann in Verlegenheit. Als er nach der Wahl 1999 Koalitionsverhandlungen mit der MHP aufnahm, erinnerte seine Frau an die gewalttätige Vergangenheit der *Grauen Wölfe*, die von der MHP unterstützt worden waren, und meldete Vorbehalte gegen eine Koalition an. Die MHP war verärgert; eine Koalition zwischen der DSP, der MHP und der ANAP kam dennoch zustande. In der neuen Regierung *Ecevit* stellt die DSP außer den Ministerpräsidenten zwölf Minister, die MHP ist mit zwölf Ministern beteiligt und die ANAP mit zehn, unter denen sich allerdings nicht der Parteivorsitzende *Yılmaz* befindet.

Der Machtkampf mit den Militärs geht weiter

*Ecevit*s Widerstand gegen die Mitsprache der Generäle in der Politik ist altbekannt. Eine der ersten Handlungen seiner neuen Regierung war im Juni, eine Verfassungsänderung im Parlament durchzusetzen, die die Mitwirkung von Militärrichtern an den *Staatssicherheitsgerichten* (*Devlet Güvenlik Mahkemeleri*) ausschloss. Diese Gerichte sind zuständig für strafbare Handlungen gegen die unteilbare Einheit des Staates aus Vaterland und türkischer Nation, für Aktionen gegen die freiheitlich-demokratische Ordnung der Republik, wie sie in der Verfassung definiert ist,

und für Taten, die die innerer und äußere Sicherheit des Staates unmittelbar berühren. Die Verfassung von 1982 hatte festgelegt, dass eines von zwei Ordentlichen Mitgliedern und ein Ersatzmitglied sowie die Hälfte der Gehilfen des Staatsanwalts aus dem Kreis der Militärrichter ernannt werden mussten. Berufungsinstanz gegen Urteile der *Staatssicherheitsgerichte* ist der (zivile) Kassationshof (*Yargıtay*), was den Einfluss der Militärrichter in gewissen Grenzen hielt.

Das am 29. Juni 1999 gegen den PKK-Führer *Abdullah Öcalan* von einem *Staatssicherheitsgericht* auf der Insel Imralı im Marmarameer verhängte Todesurteil sprach bereits ein Gericht ohne Beteiligung von Militärrichtern aus.

Im September 1999 stellte der oberste Richter am Kassationshof in seiner Rede zur Eröffnung des neuen Gerichtsjahres fest, dass die Türkei zwar ein Land mit einer Verfassung, aber kein Verfassungsstaat sei, da die Verfassung von 1982 keine ausreichende Legitimation besäße und die Rechte des Individuums nicht schütze. Anwesend war außer dem Staats- und dem Ministerpräsidenten die führende politische Elite des Landes. Der Generalstabschef befand sich nicht unter den Zuhörern. Ministerpräsident *Ecevit* griff die Grundidee der Rede bereitwillig auf und meinte, dass es am Vorabend des neuen Millenniums für die Türkei an der Zeit sei, sich eine „demokratische“ Verfassung zu geben, wobei die gewählte Volksvertretung als verfassungsgebende Ver-

sammlung dienen könne. Die Generäle wehren sich gegen Einbußen ihrer Mitsprache in der Politik. Sie nahmen zwar nicht direkt Stellung zur neuen Verfassungsdiskussion, gaben aber unmissverständlich zu verstehen, dass sie gegen die Gewährung von „Sonderrechten“, speziellen kulturellen Rechten für die Kurden sind. Damit steckten sie den Rahmen ab, wie „demokratisch“ ihrer Auffassung nach die Türkei sein darf.

Nach dem Beben im August hatten sich die latenten Spannungen zwischen der militärischen Elite auf der einen und der politischen und administrativen Elite auf der anderen Seite verschärft. Die Verfassungsdiskussion trägt sicher nicht zur Entschärfung bei. Der Machtkampf wird anhalten und, wie nach dem Beben, auf Kosten des einfachen Mannes ausgetragen werden.

Literaturhinweise

- Franz, E. (1994): Population Policy in Turkey, Family Planning and Migration between 1960 and 1992. Hamburg
Hale, W. (1994): Turkish Politics and the Military. London, New York
Schüler, H. (1998): Die türkischen Parteien und ihre Mitglieder. Hamburg
Seufert, G. (1997): Café Istanbul. Alltag, Religion und Politik in der modernen Türkei. München
Steinbach, U. (1996): Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas. Bergisch Gladbach
Vorhoff, K. (1995): Zwischen Glaube, Nation und neuer Gemeinschaft: Alevitische Identität in der Türkei der Gegenwart. Berlin

Abkürzungen und Kurzmerkmale von Parteien (im Text erwähnte Parteien!)

ANAP	<i>Anavatan Partisi</i> – Mutterlandspartei (konservative Parlamentspartei; gegründet 1983 durch Turgut Özal, derzeitiger Vorsitzender Mesut Yılmaz)	HEP	<i>Halk Emekçi Partisi</i> – Volksarbeiterpartei (1990 gegründete pro-kurdische Partei; 1993 verboten)
AP	<i>Adalet Partisi</i> – Gerechtigkeitspartei (gegründet 1961, 1964 bis 1980 unter dem Vorsitz von Süleyman Demirel, 1992 Angliederung an die DYP)	MÇP	<i>Milletçi Çalışma Partisi</i> – Partei der Nationalen Arbeit (gegründet 1983 von Anhängern des Nationalisten Alparslan Türkeş, der 1987 den Vorsitz übernahm, 1987 in MHP umbenannt)
CHP	<i>Cumhuriyet Halk Partisi</i> – Republikanische Volkspartei (1923 von Atatürk gegründete Staatspartei bis 1945; Vorsitzender seit Mai 1999 Altan Öymen, nach den Wahlen 1999 nicht im Parlament vertreten)	MHP	<i>Milletçi Hareket Partisi</i> – Partei der Nationalen Bewegung (nationalistische Parlamentspartei, unter anderem Namen 1948 gegründet, 1969 in MHP umgetauft, Vorsitzender 1965–1980 Alparslan Türkeş, nach Wiederzulassung 1992 Beitritt zur MÇP unter Beibehaltung des Namens, Vorsitzender seit 1997 Devlet Bahçeli)
DEP	<i>Demokrasi Partisi</i> – Demokratie Partei (1993 als Ersatzpartei für die HEP gegründete pro-kurdische Partei, 1994 verboten)	MSP	<i>Milli Selamet Partisi</i> – Nationale Heilspartei (1972 gegründete islamistische Partei, Vorsitzender 1973–1980 Necmettin Erbakan, nach Wiederzulassung 1992 Angliederung an die neue RP von Erbakan)
DSP	<i>Demokrat Sol Partisi</i> – Partei der Demokratischen Linken (national-soziale Parlamentspartei, gegründet 1986 von Raşan Ecevit, Vorsitzender seit 1987 Bülent Ecevit)	RP	<i>Refah Partisi</i> – Wohlfahrtspartei (islamistische Parlamentspartei, gegründet 1983 von Anhängern als Nachfolgepartei der MSP, 1987–1997 unter dem Vorsitz von Necmettin Erbakan, 1997 verboten)
DYP	<i>Doğru Yol Partisi</i> – Partei des Rechten Weges (konservative Parlamentspartei, 1983 von ehemaligen Anhängern der AP um Demirel gegründet, Vorsitzender 1987–1993 Süleyman Demirel, danach Frau Tansu Çiller)	SHP	<i>Sosyal Demokrat Halkçı Parti</i> – Sozialdemokratische Volkspartei (1985 aus dem Zusammenschluss der Populistischen Partei von 1983 mit der SODEP entstanden, 1995 Angliederung an die CHP)
FP	<i>Fazilet Partisi</i> – Tugendpartei (islamistische Parlamentspartei, 1996 als Ersatzpartei der vom Verbot bedrohten RP gegründet, Vorsitzender Recai Kutan)	SODEP	<i>Sosyal Demokrasi Partisi</i> – Soziale Demokratie-Partei (1983 unter dem Vorsitz von Erdal İnönü gegründet, 1985 in SHP umbenannt)
HADEP	<i>Halk Demokrasi Partisi</i> – Volksdemokratiepartei (1994 gegründete, nicht im Parlament vertretene pro-kurdische Partei)		

Symbole für Modernität wie für Islamismus

Frauen in der Türkei

Modernisierungs- und Identitätspolitik in der Türkei

Von Heidi Wedel

Dr. Heidi Wedel hat u.a. Turkologie studiert und in Politikwissenschaft promoviert. Jüngst erschienen ist ihre Studie: „Lokale Politik und Geschlechterrollen – Stadt-migrantinnen in türkischen Metropolen“. Sie arbeitete als Wissenschaftliche Mitarbeiterin u.a. am Zentrum für Türkeistudien und an der Freien Universität Berlin.

Die Gleichstellung der Frau ist ein zentrales Ziel der Modernisierung von oben in der Türkei Kemal Atatürks. In der Oberschicht ist das gelungen, hier treffen wir die moderne hochgebildete Frau in angesehenen Positionen, die in ihrem Kleidungsstil europäische Moderne verkörpert. Gleichzeitig treffen wir auf dem Land und in den Unterschichtvierteln der Metropolen die traditionelle, eher islamistisch ausgerichtete Türkin an. Wieder anders präsentiert sich die Kurdin. Aktiv geworden sind Frauen inzwischen in allen Bereichen, sie repräsentieren jedoch nach wie vor unterschiedliche Schichten und Identitäten. Red.

Im Zentrum der großen politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzungen

Frauen werden im Westen wie auch in der Türkei häufig als Symbol bemüht: Mal stehen sie mit Kopftuch und Pluderhose (*şalvar*) für die rückständige, agrarisch-traditionell geprägte Türkei und die „Gastarbeiter“, die von dort nach Deutschland kamen, mal mit blonden Haaren und modischen Kostümen personifiziert durch die ehemalige Ministerpräsidentin *Tansu Çiller* (1993-96) für die moderne, demokratische Türkei, mal mit schwarzem Körperschleier (*çarşaf*) für die islamistische Bewegung oder aber mit rot-gelb-grünen Tüchern für das erstarkte kurdische Selbstbewusstsein. Die Konstruktion von Frauenbildern spielt insbesondere für Identitätspolitik eine herausragende, symbolbelastete Rolle. Sie wird bei der Auseinandersetzung zwischen säkularen und islamistischen Kräften deutlich, aber auch von nationalistischen Kräften zur Überhöhung der eigenen oder Erniedrigung der anderen Gruppe benutzt. Identitätspolitik gewinnen in den 80er Jahren, vor allem aber nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der damit zusammenhängenden Krise materialistischer Ideologien an Zulauf. Sie werden sowohl von Staaten als auch von sozialen Kräften benutzt, um für Loyalität zu werben.¹ Zwar stärken Identitäten die Gruppenidentifikation nach innen, sie haben aber immer auch eine ausgrenzende Wirkung durch die Grenzziehung gegenüber den jeweils Anderen und bergen insofern ein Konfliktpotential.

Auch in der Türkei stehen seit Mitte der 80er Jahre Identitäten im Zentrum der großen politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, allen voran die um die Rolle des Türkentums in der Nation und um die Rolle des Islams in Politik und Gesellschaft. Ursachen der heutigen Konflikte liegen in dem kemalistischen Weg der Nationsbildung, der bestimmte Identitäten (türkisch, säkular, westlich) nicht nur zum gesellschaftlichen Leitbild, sondern auch zur Eintrittskarte für angesehene öffentliche Positionen machte. In diesem Artikel untersuche ich die Wirkungen dieser Politiken auf Frauen der verschiedenen sozialen Schichten und Gruppen und zeige, wie diese Frauen selbst aktiv in Politik und Identitätskonstruktion eingreifen. Ein kurzer historischer Abstecher erklärt die Wurzeln heutiger Konflikte, die in Gründung der Republik Türkei liegen.

„Staatsfeminismus“ oder Symbol der modernen Türkei

Nach dem Ende des multi-ethnischen, multi-religiösen *Osmanischen Reiches* versuchten die kemalistischen Reformer, den entstehenden türkischen Staat über eine neue kollektive Identität zusammenzuhalten. Im Unterschied zu islamischen Ländern, die zuvor Kolonien europäischer Länder gewesen waren, grenzten sie sich dabei nicht vom Westen, sondern von der eigenen, islamisch-osmanischen Tradition ab. Modernisierung und kulturelle Ausrichtung am Westen waren für die Kemalisten eine Voraussetzung für die Sicherung der Unabhängigkeit des Staates, ihr übergeordnetes Ziel. Dem diente auch das Konzept des nationalen Einheitsstaates, innerhalb dessen verschiedene Interessen und Identitäten nicht anerkannt wurden. Türkischer Nationalismus in dem Sinne, dass alle im Staatsgebiet lebenden Menschen unabhängig von ihrer tatsächlichen Volkszugehörigkeit zu Türken erklärt wurden, sollte den Islam als integrierende Ideologie ersetzen.

Im Rahmen ihrer Modernisierungsideologie propagierten die Kemalisten das Leitbild der säkularen, fortschritts- und damit westlich orientierten türkischen Nation. Diese wurde symbolisiert über das Bild der unverschleierten, modernen, gebildeten türkischen Frau, die sich an europäisch ausgerichteten Institutionen und Veranstaltungen beteiligt. Dieses Bild war faktisch nur für eine kleine Gruppe von Frauen der Oberschicht realisierbar, die über nationale Erziehung und kulturelle Maßnahmen zu einer neuen Frauenelite aufgebaut wurden und Zugang zu höherer Bildung und öffentlichen Positionen erhielten.

Kurz nach der Republikgründung 1923 begannen die Kemalisten mit einer umfassenden Umstrukturierung von Staat und Gesellschaft durch eine Abschaffung von islamischen Institutionen und Gesetzen zugunsten von säkularen. Die *Scharia* wurde durch verschiedene Gesetze, die aus dem europäischen Ausland übernommen wurden, ersetzt. Für die Frauen von besonderer Bedeutung ist die Übernahme des *Schweizer Zivilgesetzes* 1926, durch das die Polygamie verboten und die Zivilehe zur gesetzlichen Norm wurde, bei der die Braut anwesend sein und ihre Zustimmung geben musste. Außerdem wurden Frauen durch dieses Gesetz z.B. vor Gericht, beim Erbrecht und Vormundschaftsrecht weitgehend den Männern gleichgestellt.² Dies stellt einen radikalen Bruch mit der *Scharia* dar, die Frauen rechtlich den Männern nachordnet, und ist eine der größten Errungenschaften für die Frauen und eine Besonderheit in der islamischen Welt.

Gesellschaftsänderung per Gesetz

Probleme gab es jedoch bei der Umsetzung dieser Gesetzesreform. Reformer und Frauenorganisationen hatten schon seit einigen Jahrzehnten eine Verbesserung des Familienrechts gefordert, bildeten aber nur einen winzigen Teil der Gesellschaft. So erfolgte die Gesetzesänderung nicht durch massiven gesellschaftlichen Druck, sondern war noch 3 Jahre vorher selbst in der staatlichen Elite umstritten gewesen. Sie war auch nicht ein Ergebnis von veränderten sozioökonomischen Bedingungen, sondern sollte im Gegenteil dazu beitragen, die soziale Realität zu verändern. So wurde eine weitgehend traditionell lebende und denkende Gesellschaft mit einem fremden und für damalige Zeiten sehr modernen Gesetz konfrontiert, dessen Umsetzung außerhalb der städtischen Elite einen langen Prozess erforderte. Zu der ländlichen Peripherie hatte der Staat kaum Zugang. Frauen, die hier ihre neuen Rechte einklagen wollten, mussten zunächst von deren Existenz wissen und dann Mittel in der Hand haben, um ihre Rechte gegen den Widerstand der Männer durchzusetzen. Außerhalb der neuen Institutionen und Gesetze zu verbleiben, kann neue Probleme erzeugen: Wenn zum Beispiel Frauen ohne die vorgeschriebene standesamtliche Trauung nur religiös verheiratet werden, sind sie und ihre Kinder in einer juristisch prekären Situation, weil sie von der Erbfolge und anderen Rechten ausgeschlossen sind. Die Statistikabteilung der Universität Istanbul schätzte, dass 1997 an die 2,3 Millionen Frauen rein religiös heiraten würden. Damit lebt in der Republik Türkei jede zehnte Frau in einer sogenannten *imamehe*. Dass wesentlich weniger Männer dieser Kategorie gerechnet werden, deutet darauf hin, dass trotz des Polygamieverbots viele Männer mehrere Frauen heiraten.³ Der Staat erlässt ab und zu Amnestien, durch die solche Ehen nachträglich legalisiert werden. Dieses Beispiel zeigt, wie schwierig und problematisch es ist, eine Gesellschaft per Gesetz verändern zu wollen.

Tab. 1: Heiratsformen nach Region in %⁴

Region	zivil	ziv. + rel.	religiös	anders	unbekannt
Westen	14,5	83,3	1,5	0,1	0,6
Süden	5,3	89,6	4,3	0,2	0,6
Zentralanatolien	8,5	88,4	2,7	0,1	0,3
Norden	5,0	92,9	1,6	0,1	0,4
Osten/Südosten	7,1	74,1	18,0	0,3	0,5

Insbesondere die Kurden vom modernen Nationalstaat und seinen Institutionen nicht erreicht

Die Familienstudie der Staatlichen Planungsorganisation, deren Ergebnisse Tabelle 1 präsentiert, zeigt, dass „Imam-ehen“ im kurdischen „Osten und Südosten“ mit 18 % besonders verbreitet sind. Nach einer Studie der Universität Ankara in mehr als 5000 kurdischen Dörfern liegt dort die Zahl der Kinder im Grundschulalter, die nicht standesamtlich angemeldet wurden, zwischen 20 und 35 %. Diese Kinder können nach erfolgreichem Abschluss der Grundschule kein Abschlusszeugnis erhalten.⁵ Diese Situation verweist darauf, dass insbesondere die kurdische Bevölkerung in mehrfacher Hinsicht vom modernen Nationalstaat und seinen Institutionen nicht erreicht wird bzw. nicht erfasst werden will: Schlechte Transport- und Verkehrsmöglichkeiten sowie das Risiko hoher Kindersterblichkeit verzögern den beschwerlichen Gang zum Standesamt. Manche kurdische Eltern werden auch durch das Verbot kurdischer Namensgebungen von standesamtlichen Anmeldungen abgehalten oder versuchen, auf diese Weise zu vermeiden, dass ihre Kinder die rein türkischen Schulen besuchen oder den türkischen Militärdienst absolvieren müssen.

Das Wahlrecht erhielten die Türkinnen früher als die Französinen und Schweizerinnen

Nach der Gleichstellung im zivilrechtlichen Bereich forderte die einzige noch zugelassene Frauenorganisation das Wahlrecht für Frauen. Dieses wurde ihnen schließlich 1930 für die Kommunalwahlen und 1934 für die nationalen Wahlen gewährt, d.h. lange bevor Frauen in Frankreich und der Schweiz wählen durften. Bei ihren Reden im Parlament begründeten die Männer das Frauenwahlrecht v.a. mit dem Einsatz der Frauen im Unabhängigkeitskrieg oder mit der politischen Rolle von Frauen bei den Alttürken vor der Islamisierung, also mit nationalem Engagement bzw. im Rahmen der nationalen Mythenbildung. *Şirin Tekeli* streicht dagegen die symbolische Funktionalisierung heraus: Über das Frauenwahlrecht hätte das türkische Einparteieregime vom faschistischen Deutschland und Italien abgegrenzt und als demokratischer Staat dargestellt werden sollen.⁶ Diese „paternalistische Großzügigkeit“ wurde jedoch 1935 zum Anlass genommen, die einzige noch bestehende Frauenorganisation, die *Türkische Frauenvereinigung*, mit der Begründung aufzulösen, das Ziel der Gleichberechtigung sei erreicht. *Kandiyoti* vergleicht diesen durch

den Staat begrenzten Spielraum für staatlich geförderten „Feminismus“ mit der korporatistischen Populismuspraxis, nach der die kemalistische Einheitspartei als Vertreterin der gesamten Nation galt und Klassenwidersprüche geleugnet wurden.⁷ Erst mit dem neuen Vereinsgesetz nach dem Übergang zum Mehrparteiensystem 1946 konnten wieder Frauenorganisationen gebildet werden.

Trotz Schulpflicht auch für Mädchen geschlechtsspezifische Unterschiede

Neben dem rechtlich politischen Bereich bildete das Erziehungswesen einen weiteren Schwerpunkt der kemalistischen Reformen. 1924 wurden alle islamischen Schulen abgeschafft und durch *weltliche Schulen* ersetzt sowie die Schulpflicht für Mädchen und Jungen eingeführt. Mit der Einführung der *lateinischen Schrift* 1928 wurde eine 7jährige *Alphabetisierungskampagne* durchgeführt, an der sich *Atatürk*, gern als „Lehrer der Nation“ bezeichnet, persönlich beteiligte. In dieser Zeit wurden 2,5 Mio. Menschen alphabetisiert, allerdings nur halb so viele Frauen wie Männer. Heute liegt Analphabetismus in der Türkei auf einem wesentlich niedrigerem Niveau, weist aber immer noch erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede auf.

Tab. 2 Analphabetismus bei Frauen und Männern ab 6 Jahren⁸

Analphabeten	1965	1970	1975	1980	1985	1990
Frauen	67,11 %	58,20 %	49,45 %	45,32 %	31,77 %	28,01 %
Männer	35,86 %	29,69 %	23,74 %	20,01 %	13,45 %	11,18 %

Auch in den Grundschulen sah trotz der Schulpflicht die Situation ähnlich aus. Viele Dorfbewohner weigerten sich, ihre Kinder in die Schulen, wenn sie denn überhaupt vorhanden waren, zu schicken, weil sie die Arbeitskraft der Kinder benötigten. Viele boykottierten die staatlichen Schulen, in denen es damals noch nicht einmal Religionsunterricht als Fach gab. Sie fanden die säkulare Ausbildung unislamisch,⁹ für Mädchen zudem moralisch gefährlich.

Ungewöhnlich viele Frauen in hochqualifizierten Berufen

Während die Dorfbewölkerung erst langsam und gegen den Widerstand von feudalen Traditionen in das neue säkulare türkische Bildungssystem integriert wurde, wurde in der städtischen kemalistischen orientierten Elite die Bildung von Frauen sehr gefördert. Dies führte sehr bald dazu, dass bis heute im Vergleich zu Europa ungewöhnlich viele Frauen in hochqualifizierten

Berufen arbeiten. 1932/33 gab es eine einzige Akademikerin, 1982 dagegen 5400 (26,8 %). Ein Fünftel der Anwältinnen und ein Sechstel der ÄrztInnen sind Frauen. Der hohe Frauenanteil in Elitepositionen, der auch in anderen weniger entwickelten Ländern zu finden ist, kann damit erklärt werden, dass hier Frauen der Unterschichten relativ kostengünstig den Akademikerinnen die Hausarbeit abnehmen und dass staatliche Politik nach der Unabhängigkeit Frauen der Oberschicht ermutigte, sich aktiv an den neuen, modernisierenden Kadern zu beteiligen.¹⁰ Viele Frauen der gebildeten Ober- und Mittelschicht fühlen sich aufgrund der genannten rechtlichen und beruflichen Möglichkeiten bis heute *Atatürk* zu Dank verpflichtet, weil er ihnen diese Rechte geschenkt habe. Sie sind glühende Anhängerinnen des Kemalismus, die jede Kritik daran als Undankbarkeit und Verrat verstehen und bekämpfen. So werden die in den 90er Jahren gegründeten Vereine wie der *Verein zur Unterstützung des modernen Lebens* oder der *Verein für kemalistisches Denken* vor allem von der kemalistischen Frauenelite getragen. Diese Vereine versuchen, das kemalistische Erbe gegen die zunehmende Reislamisierung zu verteidigen, richten sich aber auch gegen die Kritik, die von der neuen Frauenbewegung geäußert wird.

Eine neue Frauenbewegung, die auch das Private als politisch thematisiert

Die neue Frauenbewegung entstand in den frühen 80er Jahren unter den spezifischen politischen Bedingungen nach dem Militärputsch von 1980, als alle vorher existierenden politischen Parteien und Organisationen verboten worden waren. Seit der Gründung der Republik hatten

sich Frauen immer für „allgemeine“ Ziele engagiert, z.B. innerhalb der kemalistischen Organisationen, in Parteien oder in der linken Bewegung. Die neue Frauenbewegung stellte dagegen die Frage nach der Emanzipation und Befreiung von Frauen in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten und sah sie nicht mehr wie in der staatlichen kemalistischen Frauenbewegung als Teil des Modernisierungsprozesses oder wie in der linken Bewegung als Nebenwiderspruch an. Die Soziologin *Nüket Sirman* verweist darauf, dass die neue Frauenbewegung „von ihren kemalistischen Müttern ... eine Tradition der Teilnahme am Leben außerhalb des Heimes einschließlich der politischen Arena geerbt“ und von der Linken eine Tradition des politischen Aktivismus übernommen hat.¹¹ Diese beiden säkularen Bewegungen ähnelten sich darin, dass sie die Machtverhältnisse im privaten Bereich vernachlässigten. Dagegen gelang es der neuen Frauenbewegung, Themen wie die Misshandlung von Frauen in der Familie,

die zunehmende Prostitution und die Herabwürdigung von Frauen zu Sexualobjekten in die Öffentlichkeit zu bringen. Es ist ihr ein explizites Anliegen, entgegen alten Tabus das Politische des Privaten herauszustellen und z.B. die innerfamiliäre Gewalt gegen Frauen als einen Ausdruck gesellschaftlicher Gewalt zu thematisieren.

Dies ist nicht nur eine Erweiterung des Politikbegriffs, sondern auch eine Kritik am Kemalismus und der Linken, die zwar politisches und soziales Engagement von Frauen förderten, aber nur solange die herrschenden Beziehungen zwischen Männern und Frauen nicht in Frage gestellt wurden. So betonte z.B. *Atatürk* immer wieder, dass die wichtigste Aufgabe der Frau die Mutterschaft sei; europäische Bildung solle es den Frauen ermöglichen, ihre Kinder zu modernen, „zivilisierten“ Menschen zu erziehen. Sowohl die Kemalisten als auch die Linken sahen in den Frauen immer asexuelle, keusche Mitstreiterinnen, die meist als „Schwestern“ (*bacı*) bezeichnet wurden. Eigene sexuelle Wünsche von Frauen wurden genauso wenig thematisiert wie der Wunsch nach einer Veränderung der Rollenverteilung im Haushalt.

Die neue Frauenbewegung griff diese Themen auf, diskutierte sie in kleinen, meist informellen Kreisen und führte immer wieder unkonventionelle Aktionen zu einzelnen Problemen durch. So protestierten die Frauen zum Beispiel gegen einen Arbeitgeber, der eine Angestellte entlassen hatte, weil sie Hosen trug. Sie reichten kollektiv Scheidungsanträge ein, um Öffentlichkeit gegen die gesetzliche Bestimmung zu erreichen, dass Frauen von ihren Ehemännern eine Erlaubnis brauchen, um erwerbstätig sein zu können. Oder sie demonstrierten im Istanbuler Vergnügungsviertel dagegen, dass Vergewaltigung an Prostituierten mit niedrigeren Strafen belegt wird.

Nachdem ein Richter das Schlagen von Frauen mit einem frauenfeindlichen alten Sprichwort gerechtfertigt hatte, führte die Frauenbewegung eine große Kampagne gegen Gewalt an Frauen in der Familie durch. Ihre Hochphase bezüglich der Massenmobilisierung erreichte sie in den späten 80er Jahren, als 1987 3000 Frauen in Istanbul gegen die Misshandlung von Frauen demonstrierten und sich 1990 25 000 Unterzeichnerinnen in Istanbul für Frauenhäuser einsetzten. Es gelang ihr, über das Fernsehen damit selbst Frauen zu erreichen, zu denen kein direkter Kontakt besteht.

Die Kluft zwischen den Frauen der Oberschicht und denen der Unterschicht

Nach der großen Mobilisierungswelle kam es zu einer Ausdifferenzierung und Institutionalisierung der Frauenbewegung: Frauenforschungsstellen an verschiedenen Universitäten, aber auch kommunale und autonome Frauenhäuser wurden eingerichtet. Frauenanliegen fanden Eingang in die Parteien und Gewerkschaften. Jedoch bestand die feministische Bewegung in den frühen 90er Jahren eher aus

personell begrenzten Institutionen und Organisationen, die z. T. sehr professionell arbeiten und von hochqualifizierten Frauen getragen werden.¹² Diesen Frauen ist es zu verdanken, dass in den letzten 20 Jahren ein Vielzahl von interessanten Frauenstudien durchgeführt wurde, die bisher verbreitete Annahmen über die positiven Auswirkungen der Modernisierung auf die Situation von Frauen kritisch hinterfragten. Sie zeigten, dass ökonomische Entwicklung, also z. B. Industrialisierung, Eintritt von Frauen in die Erwerbstätigkeit oder Migration in die Stadt, nicht unbedingt den Status von Frauen verbessert, sondern auch dazu führen kann, dass Frauen auf dem Lande oder in der städtischen Unterschicht mehr und härter arbeiten müssen, um die gestiegenen Familienausgaben zu finanzieren, ohne dass ihnen diese Mehrarbeit eine bessere Situation in der Familie verschafft. Oder es werden traditionelle Mechanismen des Schutzes und der sozialen Absicherung zerstört, ohne durch moderne Formen ersetzt zu werden.

Diese neue Frauenforschung ist wichtig, weil sie ein viel differenzierteres Bild der Situationen von Frauen entwirft und auf zahlreiche Probleme aufmerksam macht. Ein großer Mangel der Frauenbewegung ist es aber, dass sie kaum etwas zur praktischen Lösung dieser Probleme beitragen kann. Dies liegt einerseits an den allgemeinen Rahmenbedingungen in der Republik Türkei: den Gesetzen, die jegliches politische und soziale Engagement sehr einschränken, und den knappen finanziellen Ressourcen. Andererseits liegt es an der großen sozialen Kluft zwischen den hochgebildeten und relativ gut situierten Trägerinnen der Frauenbewegung, die kaum von ihren Kolleginnen in Europa zu unterscheiden sind, und den betroffenen Frauen aus der Unterschicht ohne Bildung mit ihren jeweiligen lokalen Kulturen. Zwischen diesen Gruppen von Frauen gibt es bisher fast gar keine Verbindungen und Kontakte, einer der Hauptgründe für das Abklingen der Frauenbewegung.

Einen erneuten Mobilisierungsschub erfuhr die Frauenbewegung nach dem Wahlsieg der islamistischen *Wohlfahrtspartei* (RP) bei den Kommunalwahlen 1994, nach dem viele Frauen verhindern wollten, dass die bestehende Gesetzesituation zuungunsten von Frauen revidiert würde. So bildeten sich breite Zusammenschlüsse von einzelnen Frauen in sogenannten Frauenplattformen. Jedoch auch diese Plattformen, die wichtige Diskussionsbeiträge zur Freiheit der Identitätsbestimmung leisten und in Fällen von sexueller Gewalt sofort Hilfe und Öffentlichkeit mobilisieren, bestehen überwiegend aus Frauen der Mittel- und Oberschicht und haben kaum Bezug zu Frauen der städtischen Unterschichten und deren Anliegen.¹³

Die informellen Netzwerke der Frauen aus den Gecekondu

Die städtischen Unterschichten, viele von ihnen aus den ländlichen Gebieten in die Metropolen migriert, leben überwiegend in verfallenden Altstadtvierteln oder in

sogenannten *Gecekondu*. Ein *Gecekondu* (wörtlich: „Über Nacht gebaut“) wird oft mangels bezahlbarem Wohnraum illegal ohne Bodenbesitztitel und Baugenehmigung auf unerschlossenem Land gebaut. Bei der Entstehung von Gecekonduvierteln, in denen heute die Hälfte der BewohnerInnen von Istanbul und Izmir, in Ankara sogar noch mehr lebt, gibt es weder Infrastruktur wie Strom, Wasser, Kanalisation und Straßen noch soziale Einrichtungen wie Schulen oder Gesundheitsversorgung. Von diesen Problemen sind Frauen noch stärker als Männer betroffen, weil sie nicht nur ihre Lebens-, sondern auch ihre Arbeitsbedingungen beeinflussen. Diese Frauen, denen fast alle von der westlichen Politikwissenschaft vorausgesetzten Ressourcen für politische Partizipation fehlen, tragen aktiv zur Verbesserung der Stadtteile bei – durch Einsatz ihrer Arbeitskraft, aber auch durch politische Aktion. Befähigt werden sie dadurch vor allem durch ihre informellen sozialen Netzwerke, die sie untereinander, aber auch vertikal mit einflussreichen Personen knüpfen. Bei ihren Nachmittagstreffen diskutieren sie die Probleme des Viertels sowie kommunalpolitische und allgemeine politische Fragen, manchmal planen sie dabei auch Aktionen, um sich für den Erhalt ihrer Häuser, für Wasser, Strom, befestigte Straßen oder die Ausbildung ihrer Kinder einzusetzen. Dabei greifen sie meist zu informellen Aktionsformen, kollektivem Vorsprechen bei politischen und administrativen Stellen oder z.B. Sitzstreiks. Die unkonventionellen, teils illegalen Aktionen, die von den Frauen mit ihren reproduktiven Aufgaben als Hausfrauen und Mütter gerechtfertigt werden, können zu verbalen Angriffen von Männern führen. Bei Erfolg stärken sie aber das Selbstbewusstsein der Frauen, und aus Misserfolgen gewinnen die Frauen ein geschärftes Bewusstsein für Klassen- und Geschlechterunterschiede.

Auch der Kontakt zu formellen politischen Organisationen – Kommunalregierung, Behörden, Parteien und Bewegungsorganisationen – wird weitgehend über informelle Netzwerke vermittelt und mit reziproken Verpflichtungen verknüpft. Er ist stark von klientelistischen Netzwerkbeziehungen geprägt. „Öffentliche“ und „private“ Beziehungen sind insbesondere auf der Ebene des Stadtteils eng miteinander verwoben. Ein erster Zugang von Gecekondufrauen zur Parteiloyalität soll über Frauenkommissionen erreicht werden, die sich auf das besondere Zeitbudget der Frauen und die Einschränkung ihrer räumlichen Mobilität einstellen, indem sie in den Gecekonduvierteln Hausbesuche und Hausversammlungen durchführen. Dies ist sehr zeit- und arbeitsintensiv. Bei den Versammlungen wird von den Gecekondufrauen zunehmend auch die Forderung nach mehr Frauen in kommunalpolitischen Ämtern diskutiert. Sie wird aber noch nicht mit der nötigen Geschlossenheit und Vehemenz gegen die verschiedenen Ausschlussstrategien von Männern durchzusetzen versucht. Geschlossenes Vorgehen der BewohnerInnen eines Stadtteils wird auch dadurch geschwächt, dass der Auf-

schwung von Identitätsdiskursen in den 80er Jahren und die Eskalation ethnopolitischer Konflikte die Grenzziehungen innerhalb der Stadtteile verschärft haben. So unterstützen z.B. viele sunnitische Gecekondufrauen die islamistische Bewegung, andere haben Kontakte zur Linken oder zur kurdischen Bewegung. Dies liegt z.T. daran, dass sie die staatlich initiierte Modernisierung entweder direkt negativ erlebt haben oder zumindest nicht selbst von ihren Vorteilen profitieren konnten, weil ihnen der Zugang zu öffentlichen Bereichen wie Bildung, kulturellen Einrichtungen, Erwerbstätigkeit, Politik etc. verschlossen blieb. Wegen ihres niedrigen formalen Bildungsgrades finden sie meist in der Stadt keine oder nur schlecht bezahlte, wenig abgesicherte Arbeitsplätze.¹⁴ Außerdem werden sie oft von männlichen Verwandten an außerhäuslicher Erwerbstätigkeit gehindert, damit sie nicht in Kontakt mit fremden Männern kommen. Heimarbeit oder die Arbeit als Haushaltshilfe bei reicheren Frauen werden zwar sozial akzeptiert, weil sie im privaten Raum stattfinden, bieten aber den Frauen im Vergleich zu einer Arbeit im öffentlichen Raum weniger Zugewinn an Status, ökonomischen und politischen Ressourcen. Die Migrantinnen sind also weitgehend aus öffentlichen Bereichen ausgeschlossen, jedoch in der Stadt einer relativen Deprivation ausgesetzt, die durch das Fernsehen verstärkt wird. Sie erleben einen Konflikt zwischen sozialen Geschlechterrollen und dem ökonomischem Zwang, öffentlichen Raum zu betreten. Manche Frauen reagieren darauf mit dem Versuch der Aneignung öffentlicher Räume, für andere gewinnt die islamistische Konzeption von geschlechtsspezifischer Öffentlichkeit und Privatheit an Attraktivität.¹⁵

Woher kommt die Attraktivität der islamistischen Bewegung für Frauen?

Die islamistischen Parteien (bis zu ihrem Verbot 1998 die *Wohlfahrtspartei RP*, seitdem die *Tugendpartei FP*) bieten einerseits eine *ideologische Lösung* für die genannten Spannungen an. Die europäisch orientierte Lebensweise, die für ärmere Frauen kaum erreichbar ist, wird als degenerierte und kommerzialisierte Erscheinung einer oberflächlichen Verwestlichung abgetan. Der „westlichen“ Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Aufhebung der räumlichen Geschlechtertrennung wird eine „islamische“ Komplementarität entgegengesetzt, nach der die Geschlechter unterschiedliche Aufgaben in getrennten Räumen wahrnehmen. Daneben versuchte die RP, schon bevor sie die Wahlen 1994 und 1995 gewann, mit guter Organisation und finanzieller Ausstattung einzelne Mängel des Sozialsystems auszugleichen. Die RP-Frauenkommissionen führten z.B. eine Sozialerhebung durch, nach deren Ergebnissen sie Lebensmittel an Bedürftige verteilten. Daneben versprachen sie einen Ort für den Verkauf der Handarbeiten von Frauen, „produktivitätssteigernde“ Kurse für Frauen (die sich aber in der Praxis als Handarbeitskurse herausstellten) und die

Vermittlung von Heimarbeit zu besseren Konditionen. Frauenwerkstätten in den Gecekonduvierteln, wie sie von alewitischen Frauen und einzelnen islamistischen Aktivistinnen gefordert wurden, waren nicht geplant. Die Frauen blieben also bei ihrer Erwerbstätigkeit auf das Haus beschränkt.

Vor dem Hintergrund der eingeschränkten Bewegungsfreiräume insbesondere sunnitischer Gecekondufrauen können regelmäßige religiöse Treffen eine Erweiterung der Kontakte darstellen, gegen die ihre Männer aufgrund des religiösen Charakters nichts einwenden können. Dies kann von der RP aufgegriffen oder gezielt für das Werben von Mitgliedern und Wählerinnen eingesetzt werden. Während die RP schon vor den Wahlen gezielt Hausbesuche von Frauen bei Frauen organisierte, ließ sie danach Vertreterinnen für die einzelnen Ebenen bis hinab zur Straße wählen bzw. bestimmen. So eröffneten sich neue Aufgaben auch für Gecekondufrauen.

Von der kemalistischen Elite mit ihrer westlich orientierten Fortschrittsgläubigkeit wurde die dörflich geprägte Lebensweise und Kleidung der Migrantinnen als Ausdruck von Rückständigkeit gering geschätzt. Das dadurch erzeugte niedrige Selbstwertgefühl bildete einen Faktor, der Frauen davon abhielt, Kontakt zu modernen öffentlichen Institutionen aufzunehmen. Anhängerinnen der RP betonten als wichtigsten Vorteil der 1994 neugewählten RP-Kommunalregierung, dass sie nun nicht mehr wegen ihrer Kopftücher diskriminiert würden und dass der neue Bürgermeister ihnen mit großem Respekt begegnete. So gewannen sie an Selbstvertrauen und erhielten erleichterten Zugang zu Institutionen, die ihnen zuvor verschlossen schienen.

Die Reislamisierung kann also einen politisierenden Effekt auf Frauen haben, indem sie ihnen Selbstvertrauen vermittelt und ihre Erfahrungen, Aktivitätsfelder und Kontakte erweitert. Sie bedeutet für viele sunnitische Gecekondufrauen keine Einschränkung von räumlicher Mobilität, keine Kleiderordnung oder Geschlechtersegregation, der sie nicht auch vorher unterlegen hätten, sondern eher eine ideologische Aufwertung ihrer realen Situation.

„Kopftuch-Studentinnen“

Islamistische Bewegungen werden jedoch nicht nur von Unterschichtsfrauen, die von den Vorteilen der Modernisierung ausgeschlossen sind, unterstützt. Unter den Aktivistinnen findet man oft junge, gebildete Frauen der Mittelschicht, die sich für ein anderes, nicht-westliches Verständnis von Moderne engagieren. Sie streben die Teilnahme an modernen Institutionen des öffentlichen Bereiches (wie Universitäten, Erwerbstätigkeit im öffentlichen Dienst, Parlament) bei Akzeptanz ihrer eigenen Identität, die durch islamische Kleidung symbolisiert wird, an.

Bekannt wurden sie als „Kopftuchstudentinnen“, die sich 1987 gegen das Verbot, an den Universitäten Kopftücher zu tragen, und damit gegen die autoritäre ke-

malistische Modernisierung und die damit verbundene Kodierung von Öffentlichkeit und Privatheit auflehnten.¹⁶ Der Ausschluss von Prüfungen war für viele der Auslöser, sich einer politischen, islamistischen Gruppierung anzuschließen. Ihre Proteste bewirkten einen Mobilisierungsschub für islamistische Organisationen, die das Regime als islamfeindlich, undemokratisch und repressiv darstellen konnten. Für eine kleine Gruppe der säkularen Opposition war dies der Anlass für eine Diskussion über Laizismus und Demokratie¹⁷ und eine Kritik an staatlichen Eingriffen ins Privatleben. Erneut wurde der Körper der Frau zum Zentrum einer allgemeinen politischen Diskussion gemacht.

Zur Erklärung für die „Kopftuchstudentinnen“ wird oft darauf verwiesen, dass manche Bildungsaufsteigerinnen einen moralischen Konflikt zwischen der konservativen Lebensweise ihrer Herkunftsfamilie und der fortschrittsorientierten Ideologie der Universitäten erleben. Dieser Konflikt könne durch eine islamistische Ideologie, die Bildungsaufstieg bei Beibehaltung der eigenen Kultur verspricht, entschärft werden. Weil dies jedoch oft gegen den Widerstand der Familien erfolgt, führen die „Kopftuchstudentinnen“ eine Auseinandersetzung, die mit einem doppelten Ausschlussrisiko verbunden ist. Die meisten dieser Studentinnen können nicht wie die kemalistische Elite in den Genuss einer prestigevollen beruflichen Position kommen, u.a. weil islamistischen Frauen Berufe wie Anwältin, Ärztin oder Lehrerin aufgrund des Kopftuchverbots nicht zugänglich sind. So gewinnt eine islamistische Ideologie, die zwar Bildung von Frauen befürwortet, jedoch den Verzicht auf Berufstätigkeit idealisiert, an Attraktivität. Gleichzeitig entsteht mit dem Anwachsen der islamistischen Bewegung ein neuer, islamistischer Wirtschaftssektor, in dem islamisch bedeckte Frauen arbeiten können.

Diese weibliche islamistische Gegenelite vertritt weibliche islamistische Vorstellungen, die sich durchaus von denen islamistischer Männer unterscheiden. In Gesprächen ohne Männer wird z.B. der Wunsch nach Berufstätigkeit, Einschränkungen oder sogar Hinterfragung der Mutterrolle oder der Wunsch nach aktiver politischer Partizipation auf allen Ebenen deutlich. Sie entwickeln für sich ein neues Bild der muslimischen Frau, das sie bewusst von der von Männern gemachten Tradition abgrenzt, und sprechen von ihren Rechten im Islam, die sich auch und gerade auf den privaten Bereich beziehen.

Dieses positive Ergebnis relativiert sich jedoch, wenn die Politik der islamistischen Parteien analysiert und der Faktor der politischen Macht einbezogen werden. Trotz des großen Beitrags von Frauen besetzte die RP nach den Kommunalwahlen 1994 keine einzige leitende Funktion mit einer Frau. Die Propagandaarbeit der Frauen wurde als Teil ihrer religiösen Pflichten interpretiert und so ihr Beitrag zum politischen Erfolg verschleiert und ihnen das Recht auf die Teilhabe an der politischen Macht abgesprochen. Bei den Parlamentswahlen 1995 war unter den 550 RP-Kandidaten keine einzige Frau, obwohl sich

Frauen beworben hatten. Gerechtfertigt wurde die Ausgrenzung damit, dass im türkischen Parlament das Tragen von Kopftüchern verboten sei. Tatsächlich löste nach den Wahlen 1999 das Kopftuchtragen einer FP-Abgeordneten im Parlament einen Sturm der Entrüstung aus, die Abgeordnete durfte den Parlamentsseid nicht ablegen und konnte so ihre Funktion nicht wahrnehmen. So wirken kemalistische und islamistische Ausschlussmechanismen zusammen gegen die aktive Partizipation von Frauen mit abweichender Identität.

Kampf kurdischer Frauen um die Anerkennung ihrer eigenen Identität

Mit ihrer eigenen, separaten Identität an Gesellschaft und Politik partizipieren zu wollen ist auch ein Anspruch, der seit den 80er Jahren zunehmend von KurdInnen artikuliert wird. Die kurdische Bewegung erreichte eine Massenmobilisierung zu Beginn der 90er Jahre, nachdem sie einerseits über den bewaffneten Kampf der PKK mit ihren umstrittenen, gewaltsamen Methoden KurdInnen ein neues Selbstbewusstsein und Gefühl von Stärke vermittelt hatte. Auch verstärkte die massive militärische Gewalt, mit der der türkische Staat auf die PKK antwortete und die er zunehmend auch gegen die zivile kurdische Dorfbewölkerung richtete, den Zulauf zur PKK, der eigentlich unterbunden werden sollte. Das erlittene Unrecht, die Zerstörung der Dörfer, der ökonomischen Grundlagen und sozialen Einrichtungen, aber auch die Erfahrung, zwischen zwei Fronten aufgegraben zu werden, brachten viele KurdInnen entweder dazu, sich der PKK anzuschließen, oder vertrieben sie in westliche Metropolen und Mittelmeerstädte. Migration und Vertreibung führen jedoch nicht, wie oft von türkischer Seite unterstellt, zum „Verschmelzen“ der verschiedenen Gruppen, zum Aufgehen in der türkischen Mehrheit. Eine quantitative Untersuchung der türkischen Kammerunion TOBB deutet an, dass bei den Flüchtlingen die Distanz zum türkischen Staat noch größer ist als unter den KurdInnen im Kriegsgebiet. Meine qualitative Untersuchung in Istanbul Gecekonduvierteln zeigt, dass es im Stadtteil wenig soziale Kontakte zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen gibt und kurdische Identität für die MigrantInnen seit den 80er Jahren zunehmend in den Vordergrund tritt. Von den Repressoren in ihrer Herkunftsregion fühlen sich MigrantInnen direkt betroffen, die Entwicklungen in den kurdischen Gebieten werden intensiv verfolgt und diskutiert, die staatliche Politik wird heftig kritisiert und Sympathie für die kurdische Bewegung geäußert. Der allgemein eingeschränkte Zugang der MigrantInnen zu politischen Organisationen und die Angst vor Repression behindern v.a. bei den Müttern trotz der Bedeutung, die sie der Kurdenfrage zumessen, direkte Kontakte zu VertreterInnen der kurdischen Bewegung.¹⁸ Kurdische Studentinnen und MigrantInnen der zweiten Generation sind dagegen häufig in Organisationen der KurdInnen,

der Menschenrechts- und der Frauenbewegung anzutreffen. 1993 begannen Diskussionen über Rassismus in der Frauenbewegung. Seit 1996 haben sich kurdische Feministinnen in Zeitschriften (*Roza* und *Jujin*) und Vereinen organisiert, um sich gegen „sexistische, rassistische, Klassen- und konfessionelle Diskriminierung“ zu wehren. Sie wollen sich selbst ausdrücken und kritisieren einerseits Männer in der kurdischen Bewegung, die von den Kurdinnen erwarten, ihre Frauenidentität zurückzustellen. Andererseits werfen sie der türkischen Frauenbewegung vor, kurdische Frauen im Namen des universellen Frauseins in sich aufgehen zu lassen, sie nicht wahrnehmen zu wollen und nicht entschlossen gegen die spezifischen Repressionen vorgehen zu wollen.¹⁹ Diese kurdischen Feministinnen sind sich bewusst, dass es unter Kurdinnen Unterschiede z.B. bezüglich Klasse und Konfession gibt und dass jede Frau mehrere Identitäten hat. In ihren Zeitschriften entwerfen sie eine eigene Geschichte – die Geschichte von kurdischen Frauenorganisationen und Frauenpersönlichkeiten sowie geschichtliche Ereignisse aus Frauensicht. Kritisch kommentieren sie die Präsentation von Ereignissen, die kurdische Frauen betreffen, durch türkische Medien oder männliche kurdische Politiker und stellen dagegen ihre eigene Sicht. So sind kurdische Frauen nicht mehr nur Objekte, sondern auch Subjekte von Identitätspolitik, die sie nun aktiv im Sinne von multiplen Identitäten gestalten wollen.

Eine tiefe Kluft muss überwunden werden

Die kemalistischen Republikgründer versuchten, durch eine Reform der Gesetze und Institutionen in der Türkei eine Entwicklung im europäischen Sinne einzuleiten. Die Befreiung der Frauen durch den Staat sollte dabei eine wichtige Rolle spielen. Die Existenz von Interessenskonflikten innerhalb der Nation im Sinne der Bevölkerung der Republik wurde strikt geleugnet. Ich habe dagegen gezeigt, dass Frauen in der Türkei je nach Schicht, religiöser Orientierung oder ethnischer Gruppe in sehr unterschiedlichem Maße von den Rechten profitieren können, die ihnen nach dem Gesetz eigentlich zustehen. Die tiefe Kluft zwischen den Frauen der Elite und der Unterschicht konnte bis heute nicht überwunden werden. Die Eskalation politischer Polarisierung und Gewalt haben zudem im letzten Jahrzehnt dazu geführt, dass sich die Fronten zwischen Alewitinnen und Sunnitinnen, Laizistinnen und Islamistinnen, Türkinnen und Kurdinnen verhärteten. Zwischen diesen Gruppen gibt es wenig positive Kontakte, dagegen wechselseitige Ängste und Vorurteile, die einen friedlichen Dialog und gemeinsames Engagement erschweren. Allerdings gibt es trotz der schwierigen politischen Rahmenbedingungen und Spannungen auch konstruktive Ansätze: z.B. Treffen von türkischen und kurdischen Feministinnen, die ihren eigenen Rassismus hinterfragen, praktische Formen der Solidarität von Frauen mit unterschiedlichen ökonomischen Möglichkeiten, ehrenamtliches

soziales Engagement und gemeinsamen Einsatz gegen verschiedene Formen der Gewalt gegen Frauen. Wenn Frauen aus den verschiedenen Schichten, Konfessionen und ethnischen Gruppen bei Akzeptanz ihrer Andersartigkeit ihre Erfahrungen zusammenbringen, können sie einen wichtigen Beitrag zu Demokratisierung, Frieden und sozialer Entwicklung leisten.

Literaturhinweise

- 1 Moghadam, Valentine M.: Introduction - Women and Identity Politics in Theoretical and Comparative Perspective, in: dies. (Hg.): Identity Politics and Women - Cultural Reassertions and Feminism in International Perspective, Boulder/Oxford, 1994, S. 3-25.
- 2 Die türkische Frauenbewegung kritisierte seit den 80er Jahren, dass verheiratete Frauen weiterhin in verschiedenen Punkten den Männern rechtlich untergeordnet waren. Ein Gesetzesentwurf, der größere Gleichberechtigung gewährleisten sollte, wurde Ende 1999 im türkischen Parlament diskutiert.
- 3 IPS Dritte Welt Nachrichtenagentur, 29.1.1997.
- 4 T.R. Prime Ministry, Undersecretariat for Women's Affairs and Social Services, Directorate General on the Status and Problems of Women: The Report Prepared in Accordance with Article 18 of the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women, Ankara, 1993, S. 69, mit Zahlen der Familienstudie der Staatlichen Planungsorganisation (DPT) von 1992. Nach der Studie „Frauenstatus und -Integration in dem Entwicklungsprozess in der GAP-Region“ sind dort im städtischen Bereich 14 %, im ländlichen sogar 31 % der Frauen nur religiös verheiratet. *Radikal*, 16.11.1997.
- 5 Besonders groß ist dieses Problem in den Provinzen Agri, Van, Bitlis, Dersim, Muş und Bingöl sowie in den Bezirken Tekman, Çat, Hınıs und Karayazi der Provinz Erzurum. *Özgür Politika*, 16.8.1996.
- 6 Tekeli, Şirin: Frauen in der türkischen Politik, in: Abadan-Unat, Nermin (Hg.): Die Frau in der türkischen Gesellschaft, Frankfurt, 1985, S. 265 f.
- 7 Kandyotli, Deniz: End of Empire - Islam, Nationalism and Women in Turkey, in: dies. (Hg.): Women, Islam and the State, Hampshire/London, 1991, S. 42.
- 8 Devlet İstatistik Enstitüsü: Women in Statistics 1927-1992, Ankara 1995, S. 13.
- 9 Küper-Başgöl, Sabine: Frauen in der Türkei zwischen Feminismus und Reislamisierung, Münster/Hamburg, 1993, S. 139 f.
- 10 Abadan-Unat, Nermin: The Impact of Legal and Educational Reforms on Turkish Women, in: Keddie, Nikki/Baron, Beth (Hg.): Women in Middle Eastern History - Shifting Boundaries in Sex and Gender, New Haven/London, 1991, S. 185 f.
- 11 Sirman, Nükhet: Feminismus in der Türkei – Ein Neubeginn?, in: Zeitschrift für Türkeistudien 1/90, S. 71.
- 12 So wurde z.B. 1990 in Istanbul von liberalen Feministinnen die Frauenforschungsstelle an der Universität Istanbul unter Leitung von Necla Arat und von radikalen Feministinnen die Frauenbibliothek unter Leitung von Şirin Tekeli eingerichtet. Der Verein *Mor Çatı* (Lila Dach), ein Zentrum radikaler Feministinnen, kümmert sich seit 1990 um misshandelte Frauen und konnte 1995 das erste autonome Frauenhaus in Istanbul eröffnen: in Ankara gelang dies schon 1993.
- 13 An der ersten Versammlung der Istanbuler Frauenplattform nahmen ca. 300, dann 150-200, im Herbst 1994 nur noch 15-50 Frauen teil, unter ihnen Anwältinnen, Ärztinnen, Journalistinnen, Verlegerinnen und wenige Gewerkschafterinnen und Arbeiterinnen.
- 14 Nach DPT 1991 (Gecekondu Arastırması, Ankara), S. 62, gaben in Ankara nur 3 % der Ehefrauen der Haushaltsvorstände in Gecekonduvierteln an, in der letzten Woche eine Arbeit gehabt zu haben, in Istanbul 6 % und in Izmir 7,6 %.
- 15 Zu Gecekondufrauen siehe ausführlich: Wedel, Heidi: Lokale Politik und Geschlechterrollen – Stadtmigrantinnen in türkischen Metropolen, Hamburg, 1999.
- 16 Die 1985 ausgelöste Debatte kristallisierte sich um ein Symbol, das Kopftuch, das plötzlich vermehrt von Studentinnen in den Metropolen getragen wurde. Kemalistische Professorinnen sahen darin ein Propagandamittel der „islamischen Reaktion“, das dann vom militärisch dominierten Hochschulrat YÖK Anfang 1987 verboten wurde. Daraufhin kam es zu Massenprotesten wie Demonstrationen, Sitz- und Hungerstreiks und Telegrammaktionen von kopftuchtragenden Studentinnen, die das Recht forderten, sich ihrem Glauben entsprechend zu kleiden und Zugang zur universitären Ausbildung zu haben.
- 17 Vgl. Küper-Başgöl 1993, S. 236-239.
- 18 Wedel, Heidi: Kurdinnen in türkischen Metropolen – Migration, Flucht und politische Partizipation, in: Borck, Carsten et al. (Hg.): Ethnizität, Nationalismus, Religion und Politik in Kurdistan, Münster, 1997, S. 155-184.
- 19 Editorial der ersten Nummer von *Roza*, März-April 1996, S. 3-5.

Leistungsvermögen und Wachstumspotenzial außerhalb vielfach unterschätzt

Die Wirtschaft der Türkei

Entwicklung, Leistung, Strukturen

Von Wulf Martin

Dr. Wulf Martin war Geschäftsführer der Deutsch-Türkischen Industrie- und Handelskammer in Istanbul bis Ende 1995. Zuvor war er Geschäftsführer der Deutsch-Iranischen Industrie- und Handelskammer in Teheran (1975 bis 1981). Verschiedene Lehraufträge der Universität Bonn zum Thema „Türkei“.

Die Wirtschaft der Türkei hat sich von einer ausgesprochen schlechten Ausgangsposition seit Beginn der Republik stetig entwickelt: in Richtung auf eine moderne Wirtschaft und in Richtung auf Europa. Zunächst spielten der Staat als Unternehmer und eine staatliche Planwirtschaft eine große Rolle, doch ging die Türkei immer einen pragmatischen Weg, der mit der Westorientierung nach dem Zweiten Weltkrieg dann in Richtung Marktwirtschaft führte, mit einer zunehmenden Rolle des privaten Unternehmertums und einer außenwirtschaftlichen Öffnung. Ein Meilenstein war das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft, das die Türkei im Bereich der gewerblichen Wirtschaft faktisch zum Teil der EU werden ließ und ihr den Status einer Beitrittskandidatin verschaffte. Immer noch spielt die Landwirtschaft eine überproportionale Rolle, mit viel zu viel Beschäftigten. Zunehmend kommt es zu Investitionen von europäischen Firmen in der Türkei. Wichtigster Exportzweig ist die Textil- und Bekleidungsindustrie, bemerkenswert erfolgreich die Ausfuhr von Kfz-Teilen und Elektrohaushaltsgeräten. Ein Handicap für den Standort Türkei stellt nach wie vor die staatliche Bürokratie dar, deren Modernisierung mit den Fortschritten in der Wirtschaft nicht Schritt halten konnte. *Red.*

Die Wirtschaft gehört zum aufgeschlossensten Teil der türkischen Gesellschaft

Die meisten Türken sehen in der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes in erster Linie die Erfolge. Der durchschnittliche türkische Verbraucher empfindet sich nicht als niederdrückend arm oder umweltgeschädigt.

Die gegenwärtige Generation der Türken zeigt einen auffallenden Drang zu wirtschaftlichen Selbstständigkeit. Neben den gründerstolzen Lenkern der großen Konzerne und neben den Begründern der vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die den größeren Teil der türkischen Wirtschaft tragen, gibt es in der Türkei viele Menschen, die „hier und heute“ beginnen, als Selbstständige zu wirtschaften.

In der Einstellung „der“ türkischen Wirtschaft gegenüber ihrem Staat fallen zwei Entwicklungen auf. Eine althergebrachte Tendenz, sich der als zu mächtig empfundenen Zentralgewalt zu entziehen, hat es dem Wachstum der privaten Wirtschaft sehr weit gebracht. Viele kleine Gewerbetreibende, Bauern, qualifizierte Selbstständige, Unternehmer bemühen sich, ihre Tätigkeit, soweit wie möglich, dem staatlichen Einfluss zu entziehen, insbesondere der Steuer- und Sozialversicherungspflicht. In Folge dessen ist die Schattenwirtschaft in der Türkei groß geworden, trotz intensiver Anstrengungen des Staates, sie „aufzuhellen“. Es wird geschätzt, dass die Wertschöpfung der Schattenwirtschaft in der Türkei etwa der Hälfte der offiziellen Wirtschaft gleich kommt.

Gleichzeitig gibt es eine ganz andere, positivere Tendenz: Die Wirtschaft hat in den beiden letzten Jahrzehnten viel von ihrer alten Erwartungshaltung gegenüber dem Staat abgelegt. Deutlich ist ihre Bereitschaft gewachsen, Eigenverantwortung zu übernehmen und Pflichten gegenüber der Allgemeinheit zu erfüllen, so z.B. in Wirtschaftsverbänden.

Außerdem haben zahlreiche Unternehmen gut dotierte und erfolgreich arbeitende Stiftungen zur Förderung von Ausbildung, Wissenschaften, der Gesundheit, der Künste, ins Leben gerufen. Das international bekannt gewordene *Istanbul Festival* beruht z.B. auf privaten Ideen und Unterstützung aus der Wirtschaft. Nach dem großen Erdbeben des Sommers 1999 wurde der breiten Öffentlichkeit sehr deutlich, dass private Initiativen, maßgeblich aus der Wirtschaft, wichtige Aufgaben erfüllten. Aus ausländischer Sicht werden der erreichte Stand und das Wachstum der türkischen Wirtschaft in der Regel unterschätzt. Ihr Eigengewicht steigt, und ihre Rolle im europäischen Konzert wird in den nächsten Jahren noch zunehmen, wenn die „Rahmenbedingungen“ es zulassen. Türkeikenner verfolgen die Entwicklung mit Spannung und einem Schuss Optimismus.

Grund für das in der Tendenz positive Urteil über die türkische Wirtschaft ist ihre Geschichte seit dem Beginn der Republik Türkei. Sie ist aussagekräftig durch Eindeutigkeit. Die türkische Wirtschaft hat sich seither stets, wenn auch nicht stetig, sondern mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten, in einem eigenen Zeitmaß, in Richtung auf die europäische Wirtschaft entwickelt, in den letzten Jahren, seit Vollendung der Zollunion im Jahr 1995, zunehmend im Gleichtakt mit ihr. Die noch bestehenden, großen Unterschiede neh-

men deutlich ab. Die Wirtschaft gehört heute zu den aufgeschlossensten Teilen der türkischen Gesellschaft.

Das Erbe des osmanischen Reiches bot keine guten Startbedingungen

Die Türkei des Jahres 1923 hatte aus dem osmanischen Reich den proportionalen Teil seiner Schulden geerbt, konnte aber nur auf niedrige Aktiva zurückgreifen. Die Wellen der europäischen Industrialisierung hatten die osmanische Türkei erst an wenigen Punkten genetzt: in Istanbul, Izmit, Eskisehir, Bursa, Manisa, Izmir. Trotz mancher Ansätze zur Modernisierung hatten sie keine „industrielle Revolution“ ausgelöst. Neben etlichen staatlichen Regiebetrieben hatte es nur eine sehr geringe Anzahl kleiner industrieller Unternehmen in privater Hand gegeben. Sie waren bekannt wie bunte Hunde, wurden von den Türken aber mit gemischten Gefühlen betrachtet, da sie Angehörigen der *Minoritäten* (Armenier, Griechen, Juden) oder Ausländern gehörten. Für den gebildeten Türken waren damals allein die Tätigkeiten als Offizier, Beamter oder Grundbesitzer standesgemäß, nicht wirtschaftliche Betätigung. Der einfache Türke war Bauer. Das hat sich seither drastisch geändert, wie eingangs ausgeführt.

Zwar gab der Bedarf des Ersten Weltkrieges der türkischen industriellen Produktion starke Impulse. Trotzdem waren ihre Branchen zu Beginn der Republik erst kümmerlich entwickelt, und was das Handwerk betraf, so litt dieses an dem landesweiten Aderlass an Armeniern und Griechen. Generell fehlte es der Türkei an fast allen Voraussetzungen modernen Wirtschaftens: z.B. an einem Fernstraßennetz, an modernen Methoden in der Landwirtschaft (ihre Einführung hatte nur punktuell in den letzten Jahrzehnten des osmanischen Reiches begonnen), an einem leistungsfähigen Dienstleistungssektor, an kaufmännischer Erfahrung, an internationalen Handelsverbindungen (der Außenhandel hatte fast ganz in den Händen von Armeniern, Griechen und Juden gelegen. Die Türken sind kein „Händlervolk“). Es fehlte an Kapital, an Führungskräften und an Fabrikarbeitern, an einem modernen Bankwesen u.a. mehr. Auch mangelte es an den „Rahmenbedingungen“ wie der Staats- und Kommunalverwaltung, an einem adäquaten Steuersystem, an Wirtschaftsgesetzen, generell an einer modernen Rechtsordnung. – Bei der ersten Volkszählung im Jahr 1927 ergab sich nach den großen Kriegsverlusten nur eine Bevölkerungszahl von weniger von 14 Mio. Einwohnern. Davon waren 90 Prozent Analphabeten.

Der Pragmatismus der frühen Jahre der Republik

Die Wirtschaftspolitik der Türkei wurde im Februar 1923 auf einem Wirtschaftskongress in Izmir unter Leitung von *Kemal Atatürk* geformt. Ihr Ziel war natürlich die wirtschaftliche Entwicklung – und zwar unter lang dauernder Bevorzugung der Industrien vor der Landwirtschaft. In ihren Methoden war und blieb die Türkei

immer flexibel. Sie hat sich nie sklavisch an Ideologien oder Wirtschaftsdogmen gebunden, und sie war stets für Vielfalt in der Wahl ihrer Handelspartner. Dieser Pragmatismus ist einer der größten Aktivposten der türkischen Wirtschaftspolitik bis heute. Er ersparte der Türkei radikale Umbrüche, wie sie z.B. in der Sowjetunion und anderen Staatshandelsländern geschahen.

Der Kongress in Izmir entschied sich für eine vage formulierte „gemischte“ Ökonomie, d.h. der Staat wollte die Hauptrolle in der Wirtschaft privaten Unternehmen überlassen, selbst aber in die Infrastruktur (z.B. Eisenbahnen) und in Grundindustrien investieren. Auch ausländisches Kapital wurde von Anfang an zu Investitionen eingeladen, bei Gleichstellung mit dem nationalen. Türkische Geschäftsleute machten von der angebotenen Rolle allerdings zunächst kaum Gebrauch. Es gab nur wenige von ihnen, und sie waren zu schwach an Kapital, kaufmännischem und technischem Know-how. Ausländische Investoren ihrerseits fanden die kriegsbeschädigte Türkei, und einen für sich genommen sehr kleinen Markt, wenig attraktiv. Einige wenige Versuche (Flugzeug- und Automobilmontage) scheiterten.

Die angestrebte Industrialisierung kam nur sehr langsam voran. 1927 wurden erst 155 Fabriken mit mehr als 100 Beschäftigten gezählt. Damals gab es schätzungsweise nur 27 000 Industriearbeiter in der ganzen Türkei. Um schnelle Erfolge zu forcieren, bildete die Wirtschaftspolitik in den 20er Jahren eine Vielzahl von *Fördermaßnahmen* heraus. Seither fasziniert die Vorstellung eines vollgestopften Füllhorns staatlicher Förderung die Fantasie der Unternehmer in der Türkei. In der bitteren Not der Anfangsjahre waren staatliche Hilfen lebensnotwendig. Der Anteil der militärischen Ausgaben am Staatshaushalt wurde drastisch gesenkt, bis zum Zweiten Weltkrieg. Für die türkische Republik galt – um das zeitgenössische deutsche Schlagwort umzukehren – die Maxime „Butter statt Kanonen“.

Der „Etatismus“ der 30er und 40er Jahre hatte Folgen bis in die Gegenwart

Anfang der 30er Jahre, nach der Wirtschaftskrise, setzte sich die Überzeugung durch, der Staat müsse die Industrialisierung durch Gründung *staatlicher Wirtschaftsunternehmen* zu Wege bringen. Zu diesem Zweck wurde ein eigentümlicher türkischer Begriff geprägt und als „Prinzip“ in die Verfassung aufgenommen, der „Etatismus“. Mit sowjetischer Hilfe (aber auch nach amerikanischer Beratung) wurde 1934 bis 1938 ein „Fünf-Jahresplan“ für die Wirtschaft eingeführt. In kurzer Zeit wurden staatliche Unternehmen für die Produktion von Textilien, von Zucker, von Papier, Keramik, Glas, Zement, chemischen Produkten und von Eisen und Stahl errichtet. Etwa 16 Prozent der Finanzmittel stammten aus dem ersten Auslandskredit, den die Türkei aufnahm, aus der Sowjetunion. Nicht übernommen wurde die sowjetische Wirtschaftsdoctrin

diktatorischer Bevorzugung der Schwerindustrie und staatlicher Kommandierung von Produktion und Verteilung. Die Türkei wollte, anders als die UdSSR, ihre Wirtschaft beleben, um ihre Bevölkerung möglichst bald besser zu versorgen. Sie förderte Staatsunternehmen durch neu errichtete staatliche Banken/Holdings. Sie gab ihrer Staatsindustrie das Ziel vor, Gewinne zu erwirtschaften und dachte sogar an die Möglichkeit einer späteren Übergabe an private Eigner. Der Etatismus war Ausdruck pragmatischen Denkens, das Ergebnisse sehen wollte, wenngleich sich im Laufe der Jahre eine Tendenz zu theoretischer Verfestigung ausbildete, die aber in Grenzen verblieb.

Neben dem staatlichen Sektor wuchs ein *privater Sektor* heran, hauptsächlich in den wichtigen Industriebranchen Textil, Leder und Zement. Er bestand aus einer Vielzahl sehr kleiner Unternehmen. Zählt man aber das Handwerk hinzu, so hatte die private Wirtschaft in der Volkswirtschaft erhebliches Gewicht. Vom niedrigen Niveau des Jahres 1923 ausgehend war die „gemischte“ türkische Wirtschaft bis zum Zweiten Weltkrieg relativ erfolgreich. Jedoch zeigten die Staatsgesellschaften schon bald Schwächen.

Der Anschluss an den Westen erfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg

Die türkische Politik im Zweiten Weltkrieg, einschließlich der Wirtschaftspolitik, kann man schieren Pragmatismus nennen, mit dem Ziel, durch bewaffnete Neutralität das Land aus dem Krieg herauszuhalten. Das gelang unter der Leitung von Staatspräsident *Inönü* bis in die letzten Kriegsmomente hinein.

Zum Ende des Zweiten Weltkrieges versuchte *Stalin*, die Türkei dem sowjetischen Einflussgebiet einzuverleiben. Die Türkei beendete ihre Neutralitätspolitik radikal und suchte Anschluss an das „westliche Lager“, das sich gegenüber *Stalins* „sozialistischem Lager“ bildete. Dies führte u.a. am 31. 7. 1959 zu dem Antrag der Türkei auf Abschluss eines sehr speziellen *Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* mit „Beitrittsperspektive“. Das Abkommen trat zum 1. 12. 1964 in Kraft.

Der Assoziierungsvertrag wurde für die türkische Wirtschaftspolitik richtungsgebend. Er gestaltete sie zunächst nur in wenigen Bereichen und langsam, dann auf immer breiterer Front mit zunehmender Geschwindigkeit.

Die binnenorientierte „gemischte Wirtschaft“ von 1945 bis 1980

Wenn man an das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ nach 1949 denkt, liegt die Frage nahe, warum nicht auch die türkische Wirtschaft nach dem Krieg einen spektakulären Aufstieg erlebte. Sie litt nicht unter Kriegszerstörungen. Aber ihre industrielle Basis war damals noch sehr schmal. Nach einer Gründungswelle zu Beginn der Regierungszeit von *Menderes* konnte die Industriestatistik 1953 erst 1159 private Betriebe mit knapp 26 000 Beschäftigten zählen. Hinzu kamen 149

Staatsunternehmen mit etwa 86.000 Beschäftigten. Trotz aller Bemühungen in den 16 Vorkriegsjahren der Republik, und mancher erster Erfolge, herrschte in der Türkei weit und breit noch großer Mangel an fast allen Voraussetzungen der Industrialisierung. Die Politiker überschätzten – wie damals in vielen anderen Volkswirtschaften Europas – die Möglichkeiten des Staates.

Der Staat intervenierte bis in die Details der Binnen- und der Außenwirtschaft. Tatsächlich entstanden in einem Zeitraum von 35 Jahren viele neue Industrieproduktionen. Die privaten Unternehmer stellten überwiegend Verbrauchsgüter her. Sie bevorzugten als Standorte den Großraum Istanbul-Izmit und die kaufkräftigsten Großstädte, generell den Westen und Süden. Der Staat unternahm zur Minderung des Ost-Westgefälles auch Investitionen in Inneranatolien und weiter östlich. Beim Verbraucher errangen die im Land erzeugten Waren allerdings keinen guten Ruf. *Türk male* d.h. in der Türkei hergestellte Produkte waren in der Regel qualitativ minderwertig und teuer. Das war kein Wunder in einem Verkäufermarkt, der Produzenten unter relativ geringem Wettbewerbsdruck Gewinne ermöglichte. Viele Unternehmen bearbeiteten in erster Linie den Binnenmarkt und vernachlässigten die Exporte, zumal diese von der staatlichen Bürokratie erschwert wurden.

Die Binnenorientierung der Wirtschaft behinderte das Hauptziel der staatlichen Politik, den Fortschritt der Industrialisierung. Dieser erforderte den Import von Investitionsgütern und von Vormaterialien und benötigte dazu steigende Devisenbeträge, die der Export nur unzureichend beschaffen konnte, ein Fehlerkreis, unter dem die Wirtschaft bis 1980 litt.

Besondere Probleme traten im staatlichen Sektor der Wirtschaft auf, der nach dem Krieg noch stark ausgedehnt wurde. *Staatliche Interventionen* führten in weiten Bereichen zu schlechten Leistungen, sogar zu Verlusten z.B. durch Festpreise und dadurch, dass Staatsunternehmen genötigt wurden, Personal über Bedarf einzustellen („Farmen der Politiker“). Schwächen ergaben sich z.B. auch aus ständigen Wechsellagen im Management, da gute Kräfte immer wieder von der personalhungrigen privaten Wirtschaft abgeworben wurden.

Die *staatliche Planung* wurde auf den Gesamtbereich des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ausgedehnt. Ab 1963 folgte ein Fünfjahresplan dem nächsten, bis das Instrumentarium in den 90er Jahren aufgegeben wurde. Verbindlich waren die Pläne nur für den staatlichen Sektor. Sie beeinflussten die private Wirtschaft allerdings indirekt. Die Wachstumsziele waren hochgesteckt und überstiegen regelmäßig die Einnahmen des Staates. Modernisierungen des Steuersystems konnten zwar die Staatseinnahmen steigern. Jedoch stießen Reformen zur stärkeren Einbeziehung der Landwirtschaft, des Kleingewerbes, der Selbstständigen auf politische Grenzen. Mit dem Ehrgeiz der Entwicklungspläne wuchsen die Haushaltslücken. Der Staat deckte sie durch Kreditaufnahmen im Inland und im Ausland. Ab

1952 setzte eine *inflationäre Entwicklung* ein. Die Inflation wurde 1954 erstmals zweistellig, ab 1971 blieb sie es. 1979 erreichte sie 76 Prozent.

Die *Auslandsverschuldung* diente vornehmlich dem Ausgleich steigender Zahlungsbilanzdefizite. Sie begann in den 50er Jahren, zunächst mit kommerziellen Krediten, denen später staatliche, hauptsächlich von den OECD-Staaten, folgten. Drei *Zahlungsbilanzkrisen* erschütterten die türkische Wirtschaft und ihre Beziehungen zum Ausland: zum Ende der 50er Jahre (mit Umschuldung), 1970 und dann 1979 (ebenfalls mit Umschuldung). Die Wirtschaftskrisen trugen zu den innenpolitischen Krisen bei, die 1960, 1970 und dann 1980 zu den Militärcoups führten.

Die Wirtschaftsentwicklung wurde durch die *Bevölkerungsentwicklung* erschwert. In den 50er, 60er und 70er Jahren nahm die Bevölkerung sehr stark zu, meist jährlich um 2,5 Prozent oder mehr. Von 1950 bis 1980 hat sich die Bevölkerung der Türkei mehr als verdoppelt, von 21 Mio. auf 45 Mio. Menschen. Die Zahlen wären noch höher ausgefallen, wenn es in dieser Zeit nicht eine starke *Auswanderung* von „Gastarbeitern“ gegeben hätte. Ihre laufenden Geldüberweisungen wurden seit den 70er Jahren eine wichtige Deviseneinnahme. Von einem sehr niedrigen Niveau ausgehend, war das *Wachstum* der türkischen Wirtschaft, gemessen am Brutto sozialprodukt, trotz der innenpolitischen Turbulenzen sehr beachtlich. Es machte von 1951 bis 1959 jährlich durchschnittlich 6,7 Prozent aus, von 1960 bis 1969 jährlich 5,6 Prozent, von 1970 bis 1980 jährlich 4,1 Prozent (real, inflationsbereinigt). Damit lag es deutlich über dem Bevölkerungswachstum.

Öffnung zum Weltmarkt und beschleunigte Annäherung an die EU

Nach der schweren Zahlungsbilanzkrise von 1979 setzte die Reform der türkischen Wirtschaftspolitik ein, die mit dem Namen *Özal* verbunden ist (1980 bis 1982 Stv. Ministerpräsident, 1983 bis 1989 Ministerpräsident). Es begann das Ende des „*Etatismus*“, die Öffnung zum Weltmarkt und eine beschleunigte Annäherung an die EU. Um diesen Weg einschlagen zu können, musste keine Doktrin gebrochen und keine Wirtschaftsstruktur zerschlagen werden, denn hinter dem Etatismus hatte keine Ideologie gestanden, und die Wirtschaft war ja „gemischt“ gewesen, mit größeren staatlichen Unternehmenseinheiten nur im Industrie- und im Bankbereich, während Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Dienstleistungen ganz bzw. ganz überwiegend privat geblieben waren.

Özals Politik war eine Rückkehr zum offeneren Pragmatismus der früheren Jahre der Republik. Sie war möglich, weil die industrielle Basis und der Anteil des privaten Sektors an ihr während der 35 Jahre seit Kriegsende gewachsen waren.

Schrittweise wurden Importverbote und -beschränkungen abgebaut und der Aufbau von Exporthandelsfirmen zeitlich befristet gefördert. Der Reiseverkehr wurde



Marktstand in einer türkischen Stadt

Fast jeder Zweite ist in der Türkei heute noch in der Landwirtschaft beschäftigt, sie trägt allerdings nur noch 17,4% zur Gesamtleistung der Wirtschaft bei. Die Produktion von Obst und Gemüse wächst jedoch.

Aufnahme: dpa – Bildarchiv

erleichtert, der Devisenverkehr freigegeben, bis zu Erreichung voller Konvertibilität. Zollsenkungsrunden verbilligten den Import. Ausländische Investitionen wurden liberalisiert.

In der Binnenwirtschaft wurden die Zügel gelockert, insbesondere bei der Bildung von Preisen und Bankzinsen. 1986 wurde die Börse in Istanbul neu gegründet. Im Abbau von Subventionen und in der Reform des Steuerwesens gelangen Teilerfolge, z.B. durch Einführung einer Mehrwertsteuer. Gegen Ende der 80er Jahre wurden die ersten Staatsunternehmen privatisiert.

Der Außenhandel wuchs rasch an, vorweg die Einfuhren. Jedoch nahmen erstmals auch die Ausfuhren von Industriegütern sprunghaft zu. Das türkische Angebot diversifizierte sich (vgl. weiter unten: „Außenhandel“, „Auslandsbau“, „Tourismus“, „Ausländische Direktinvestitionen“). In der Binnenwirtschaft wuchs der Anteil des privaten Sektors, um dann auch im Bereich der Industrie den des öffentlichen Sektors zu überholen. Erhöhter Wettbewerb durch Importe trug dazu bei, die einheimische Produktion zu rationalisieren, zu standardisieren und ihre Qualität zu verbessern, was dem Verbraucher zugute kam. In den Städten setzte eine Modernisierung des Groß- und des Einzelhandels ein (Supermärkte, Cash and Carry Märkte).

Der Staat baute die Infrastruktur der Volkswirtschaft mit bedeutenden Investitionen weiter aus (Energieversorgung, Telekommunikation, Straßennetz, Bewässerung etc.). Die Elektrizitätsleitungen und die Telefonanschlüsse erreichten alle Dörfer.

Die Wirtschaft wuchs von 1981 bis 1989 durchschnittlich um 4,8 Prozent pro Jahr. In dieser Zeit stieg auch das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung stark an. Der Zuwachs verteilte sich allerdings nicht

gleichmäßig auf alle Schichten der Bevölkerung, sondern die Einkommensunterschiede vergrößerten sich. Auch neigte sich das Einkommensgefälle zwischen dem Westen und dem Osten der Türkei stärker, trotz gegenläufiger Maßnahmen der Regierung (außerdem: ab 1984 begannen die blutigen Auseinandersetzungen im Südosten der Türkei, die sich in der Folgezeit auch zu einer Belastung des Staatshaushalts auswuchsen).

Die öffentliche Verwaltung hielt in der Modernisierung nicht Schritt

In der öffentlichen Verwaltung dehnte sich während der Regierungszeit *Özals* eine hergebrachte Schwäche aus: Mit der vorwärtsdrängenden, wachsenden, sich diversifizierenden privaten Wirtschaft hielt die Entwicklung der staatlichen und der kommunalen Verwaltungen nicht Schritt. Teile von ihnen konnten die steigenden fachlichen Anforderungen nicht voll erfüllen, einige waren korruptionsanfällig. Negative Folgen zeigten sich in fast allen Verwaltungszweigen, besonders bei Steuern und Zöllen. Auf der politischen Ebene ließ das Tempo der Modernisierung der Steuergesetzgebung zu wünschen übrig, auf der Verwaltungsebene die Einziehung der Steuern und Sozialversicherungsabgaben. Teilen der Wirtschaft gelang es, sich von Einkommensteuer und Sozialabgaben „freizuhalten“. Diese „Schattenwirtschaft“ wuchs stark.

Während die Regierung *Özal* die Ausgaben weiter vorantrieb, gelang es nicht, die Einnahmen entsprechend zu steigern. Die Haushaltsdefizite wuchsen und mit ihnen die Staatsverschuldung. Die Inflation der Verbraucherpreise lag in seinen letzten Regierungsjahren jeweils über 70 Prozent. Wegen der gestiegenen Deviseneinnahmen gab es allerdings keine Gefahren mehr für die Zahlungsbilanz.

Alle nachfolgenden Regierungen bewegen sich seither in Richtung und Bahn der ökonomischen Wirtschaftspolitik, sowohl in der Binnen- wie in der Außenwirtschaft. Die Linksparteien bekämpften zwar anfangs die Privatisierung der Staatsunternehmen, machten sie aber, nachdem sie an der Macht teil hatten, Schritt für Schritt zu ihrer Aufgabe. Die Islamisten versuchten in der Opposition, die Vollendung der Zollunion mit der EU zu verhindern. Sie hüteten sich aber vor dem Versuch, das Rad zurückzudrehen, sobald sie Regierungsverantwortung trugen.

Die Zollunion mit der EU ließ die Türkei zu einem Teil des Europäischen Marktes werden

Erstes Ziel des 1964 in Kraft getretenen Assoziierungsabkommens war eine Zollunion. Sie wurde in mehreren Zollsenkungsschritten vorbereitet. Ihre Vollendung musste um zehn Jahre hinausgezögert, man kann sagen, auf türkisches Zeitmaß gebracht werden. Nach dieser zeitlichen Verschiebung wurde sie dann planmäßig zum 31. 12. 1995 vollzogen. Seither gibt es für den Handel mit gewerblichen Waren zwischen der Türkei und der EU keine Zölle mehr (landwirtschaftliche Produkte werden anders behandelt). Die Türkei hat die Außenzölle der EU und ihre sonstigen Außenhandelsbestimmungen übernommen. Im Handel mit gewerblichen Gütern ist die Türkei heute ein Teil des europäischen Marktes. Die „Zollunion“ ist mehr, als ihr Name besagt. Sie verpflichtete die Türkei, auch technische Handelshemmnisse – Branche für Branche – abzuschaffen, die Wettbewerbsvorschriften (u. a. das Kartellrecht) anzugleichen und die Rechtsvorschriften für geistiges, gewerbliches und kommerzielles Eigentum sowie die handelspolitischen Vorschriften der EU zu übernehmen.

Verstärkte Investitionen ausländischer Firmen waren die Folge

Die Folgen verteilen sich über einen langen Zeitraum. Schon seit 1973 war für die Türkei der Export von Industriegütern in

die EU zollfrei. (Allerdings wurden ihre wichtigsten Ausfuhren, d. h. die Exporte von Textilien und Bekleidung, damals mengenmäßig begrenzt). Die Zollfreiheit erwies sich – nach Liberalisierung der ausländischen Investitionen ab 1980 – als das wichtigste Motiv ausländischer Firmen, in der Türkei zu investieren. Der Zollschutz der türkischen Produktion wurde langsam abgebaut, bis er zum 1. 1. 1996 ganz fiel. Manche befürchteten, viele Teile der türkischen Industrie würden unter Wellen aus der EU importierter Waren zusammenbrechen. Einige nahmen an, die Mittel- und Kleinindustrie würde „fortgefegt“ werden. Andere meinten, die türkische Großindustrie könne mit ihren im Weltvergleich kleinen Serien der ausländischen Konkurrenz nicht standhalten.

Die befürchteten Folgen trafen nicht ein. Spektakuläre Firmenzusammenbrüche gab es nicht. Eine Untersuchung der türkischen Regierung im Jahr 1998 im industriellen Schwerpunkt Istanbul/Izmit hatte das Ergebnis, dass die Zahl der Unternehmensfusionen und -übernahmen nicht angestiegen war. Es gab keine negativen Einflüsse auf Produktion und Gewinne. Im Gegenteil, die Mehrzahl der befragten 1500 Unternehmen rechnete mit höheren Exporten und erhöhte die Zahl ihrer Beschäftigten (vgl. weiter unten die Industriebranchen). Die türkischen Einfuhren aus der EU stiegen nach Vollendung der Zollunion stark an, es wuchsen auch, wenngleich gemäßigter, die türkischen Ausfuhren dorthin. Die bilateralen Handelsbilanzen Türkei/EU wiesen auf der türkischen Seite hohe Defizite aus, die jedoch von der Türkei in hinreichendem Maße ausgeglichen werden konnten, teils durch Exporte in andere Länder, teils durch Tourismuseinnahmen (siehe unter „Außenwirtschaftsbeziehungen“).

Dem türkischen Staat entstanden Einnahmeausfälle an Zöllen und Kosten für die gesetzliche und verwaltungstechnische Anpassung an die Zollunion. Die Umstellung der Verwaltung ist allerdings noch nicht vollständig gelungen. – In wichtigen Branchen nahmen türkische Unterneh-

men, mit Blick auf die Zollunion, hohe produktive Investitionen vor. Die ausländischen Direktinvestitionen nahmen auch zu, aber es gab keinen großen Schub. Anreize durch die Zollunion wurden durch politische Instabilitäten und Spannungen teilweise wieder aufgehoben. Immerhin hat die Zollunion die Vorteile des Standortes Türkei ausländischen Investitionen zugänglicher gemacht.

Generell ist der Export für die türkische Industrie heute ein großes Thema geworden. Er hat das Klima der türkischen Wirtschaft verändert, ihre Leistungsfähigkeit und ihr Selbstbewusstsein wesentlich erhöht. Auch der türkische Verbraucher spürt diese Entwicklung sehr positiv in einem verbesserten Angebot, teils durch Importe, teils durch die erhöhte Qualität und mehr Service der inländischen Anbieter. Alles das kann nicht allein der Zollunion zugeschrieben werden. Es sind vielmehr Folgen der Liberalisierung der türkischen Wirtschaft und ihrer Öffnung zum Weltmarkt seit 1980. Die Zollunion hat diesen Trend markant verstärkt. Sie ist ein Meilenstein auf dem Weg der türkischen Wirtschaftspolitik.

Vier Jahre nach der Zollunion wurde die Anerkennung als Beitrittskandidat erreicht

Seit der formalen Vollendung der Zollunion führte die Automatik des Assoziierungsvertrages die Parteien weiter auf das Beitrittsziel hin. Art. 28 lautet:

„Sobald das Funktionieren des Abkommens es in Aussicht zu nehmen gestattet, dass die Türkei die Verpflichtungen aus dem Vertrag zur Gründung der Gemeinschaft vollständig übernimmt, werden die Vertragsparteien die Möglichkeit eines Beitritts der Türkei zur Gemeinschaft prüfen.“

Die EU-Kommission erstellte am 17. 12. 1998 erstmals einen „Regelmäßigen Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt“. In einem zweiten Bericht vom 13. 10. 1999 kam sie zu dem Ergebnis, die Türkei weise

„viele Merkmale einer Marktwirtschaft auf. Sie dürfte – wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten – in der Lage sein, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten, sofern nachhaltige makroökonomische Stabilität erreicht wird und weitere Fortschritte bei der Verwirklichung rechtlicher und struktureller Reformen erzielt werden.“

Sie beurteilte die Leistungsfähigkeit der türkischen Verwaltung als „sehr zufriedenstellend“.

Auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EU Anfang Dezember 1999 in Helsinki wurde die Türkei dann in den Kreis der Beitrittskandidaten aufgenommen, und Griechenland signalisierte, dass es auch seinen Widerstand gegen Finanzhilfen der EU an die Türkei aufgeben werde.

Rechtlich stehen alle Beitrittskandidaten, derzeit sind es dreizehn, auf einer Stufe. Wirtschaftlich unterscheiden sie sich vielfältig (siehe unten). Die Substanz der türkischen Wirtschaft tritt hervor, wenn man sie nach Sektoren betrachtet.

Volkswirtschaftliche Indikatoren der 13 EU-Beitrittskandidaten

	Bevölkerung 1997 (in Mio.)	BIP pro Kopf in Prozent des EU-Durchschnitts (zu KKS*)	Inflationsrate in Prozent 1998
Bulgarien	8,3	23	1,0
Tschech. Republik	10,3	60	6,8
Estland	1,5	36	6,8
Ungarn	10,1	49	10,3
Lettland	2,5	27	2,8
Litauen	3,7	31	2,4
Polen	38,7	39	8,6
Rumänien	22,5	27	40,6
Slowak. Republik	5,4	46	5,6
Slowenien	2,0	68	6,5
Zypern	0,7	78	2,2
Malta	0,4	k.A.	2,2
Türkei	63,7	37	69,7

*) Kaufkraftstandard

Gesamtwirtschaft in Kennzahlen mit Erläuterungen

Bevölkerung (Volkszählung 1997) 62,9 Mio. Einwohner (pro qkm 81 Einwohner) Stadt (ab 20.000 Einwohner) 61 Prozent, Land 39 Prozent

Bevölkerungszuwachs im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 1997: 1,5 Prozent. Lebenserwartung Männer 66,2 Jahre, Frauen 68,4 Jahre. Eine Korrektur der Bevölkerungszahl nach oben erscheint angebracht. Nach Ansicht der Stadtverwaltungen fielen die Zahlen für Istanbul (8,5 Mio.) und Izmir (2,4 Mio.) erheblich zu niedrig aus. Der Anteil der Stadtbevölkerung steigt weiter. Die Familien in den Städten haben weniger Kinder.

Erziehung. Achtjährige Schulpflicht mit staatlichem allgemeinbildendem Lehrplan (Reform von 1997). Koedukation. 1995 Analphabetenrate 6,9 Prozent männlich, 23,9 Prozent weiblich. Drei Jahre Höhere Schule (allgemeinbildend oder berufsvorbereitend). Berufsschulbereich bislang partiell entwickelt.

62 Universitäten und Hochschulen meist staatlich, seit Ende der 80er Jahre auch private Hochschulen. Erziehung in allen staatlichen Institutionen gebührenfrei.

Bruttoinlandsprodukt (Stand 1997). 189,9 Mrd. US \$. BIP pro Kopf 2.979 US \$. Die OECD, die auf internationale Vergleichbarkeit besonderen Wert legt, empfiehlt eine Gewichtung in „Kaufkraftparitäten“ (PPP). BIP in PPP: 412 Mrd. US \$. BIP pro Kopf in PPP: 6.463 US \$.

Produktionsstruktur (Stand 1998).

Landwirtschaft sowie	
Forstwirtschaft und Fischerei:	17,4%
Industrie einschließlich	
Bauindustrie:	29,1%
Dienstleistungen:	53,5%

1950 hatte der Beitrag der Landwirtschaft zum BIP noch fast 50 Prozent ausgemacht.

Handelsbilanz, Leistungsbilanz 1988

(in Mio. US \$)	
Warenexport (incl. shuttle export)	31.128
Warenimport	45.540
Handelsbilanzsaldo	- 14.412
Dienstleistungen und	
Einkommen, netto	11.377
Laufende Transfers, netto	5.727
Leistungsbilanzsaldo	2.692
Devisenbestand der Zentralbank (Ende 1998)	20 Mrd. US \$.

Staatshaushalt 1998. Der Primärsaldo (Ergebnis des Staatshaushalts ohne Anrechnung des Schuldendienstes) war positiv mit 4,6 Prozent des BIP, eine deutliche Verbesserung gegenüber den Vorjahren. Der Neuverschuldungsbedarf des Staates (consolidated budget) belief sich auf 7,2 Prozent des BIP.

Der gesamte Neuverschuldungsbedarf der öffentlichen Hand (PSBR) wurde auf 10,5 Prozent des BIP geschätzt, eine leichte Verbesserung. Einer der gravierendsten Nachteile der großen Staatsverschuldung liegt darin, dass der Staat immer neue hochverzinsliche Anleihen auflegen muss, die auch zu Lasten der Anlageinvestitionen der Wirtschaft gehen.

Der Wiederaufbaubedarf nach dem Erdbeben im Sommer 1999 wird auf 2,5 bis 3,5 Prozent des BIP geschätzt.

Arbeitsmarkt. Die Türkei hat große Arbeitskraftreserven. Zweidrittel der Frauen im arbeitsfähigen Alter waren 1997 nicht erwerbstätig, weil sie entweder nicht am Erwerbsleben teilnehmen wollten oder keine Erwerbstätigkeit fanden. In den Städten sind knapp 10 Prozent der „Personen, die Arbeit suchen“, ohne Beschäftigung (etwa 7,5 Prozent der Männer, 19 Prozent der Frauen). Die Verhältnisse auf dem Lande sind etwas günstiger. Jedoch gibt es viel Unterbeschäftigung. Andererseits haben viele Beschäftigte zwei Jobs, wegen niedri-

ger Bezahlung. Die Arbeitsmarktlage drückt auf die Löhne. Gleichwohl gehört die Türkei nicht mehr zu den „Billiglohnländern“. Die türkischen Industriearbeiter/-innen werden im internationalen Vergleich geschätzt. Wegen des Bevölkerungswachstums ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze eine der wichtigsten Aufgaben der türkischen Volkswirtschaft.

Aufteilung der Beschäftigten nach Branchen:

Landwirtschaft	41,9%
Industrie	23,4%
Dienstleistungen	34,7%

Sozialpartner. Der Organisationsgrad der Lohn- und Gehaltsempfänger – andererseits auch der der Arbeitgeber – ist niedrig. 1995 waren nur rund 2,5 Mio. Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert, überwiegend in den großen Unternehmen, insbesondere in den staatlichen.

Privatisierung. Seit 1984 wurden 130 staatliche Unternehmen privatisiert (zuletzt Vergabe von Mobilfunklizenzen, Verkauf von Staatsanteilen der größten Geschäftsbank). 1998 beschäftigten die Staatsunternehmen insgesamt noch 384.000 Personen. Einige wie z.B. die staatliche Steinkohlengesellschaft machen chronische Verluste und sind daher praktisch unverkäuflich.

„Islamische Wirtschaft“. Versuch religiös geprägter Geschäftsleute, nach Koranvorschriften zu wirtschaften und Zinsen durch „Gewinnbeteiligungen“ zu ersetzen. Sechs kleinere Banken arbeiten in der Türkei nach diesem Prinzip. Etwa 40 Investmentgesellschaften, meist mit Sitz in Konya, erschließen auf „islamischer Vertrauensbasis“ bei geringer rechtlicher Absicherung Spargelder, überwiegend von Auslandstürken.

Zu den islamischen Unternehmern zählen junge, aufstrebende Unternehmer in Anatolien außerhalb der Großstädte, schwerpunktmäßig in den Branchen Textil und Bekleidung, Bau und Baustoffe, Einzelhandel sowie Handwerker. Aufgeschlossenheit für den wirtschaftlichen Verkehr mit Europa aufgrund der Verbindungen zu Auslandstürken.

Ausländische Direktinvestitionen. Sie sind bis heute im internationalen Vergleich niedrig. Bis zum Ende der 70er Jahre nur etwa 100 ausländische Investoren. In den 80er Jahren vollständige Liberalisierung. Der Wert der genehmigten ausländischen Investitionen belief sich bis Mitte 1999 nur auf 25 Mrd. US \$ und dürfte etwa in der Hälfte der Fälle tatsächlich zu Transfers geführt haben (Chemie und Pharmazie, Elektroindustrie, Kfz-Industrie, Bekleidung, Nahrungsmittel, Zement – Handel, Banken, Versicherungen, Transport, Tourismus).

Nach der Höhe des Kapitals der genehmigten Investitionen führt Frankreich vor den USA, den Niederlanden und Deutschland. Der Anteil der islamischen Länder ist sehr gering. Es fällt der Türkei schwer, neue Investoren anzuziehen, die Anstoß an der geografischen Entfernung, an Mängeln der Transparenz, der Bürokratie und vor allem an den Finanzierungsproblemen bei Hochinflation nehmen, und denen das Vertrauen in die politische Entwicklung fehlt. Investitionszuwächse kommen leichter von Altinvestoren, die das Land, das Wachstum des Binnenmarktes, die Exportmöglichkeiten, die Absorptionsfähigkeit für moderne Techniken, die Lage des Standortes für regionale Aktivitäten schätzen, auch die Eignung türkischer Mitarbeiter (einschließlich der Leitungsebene).

Türkische Direktinvestitionen im Ausland sind noch nicht umfangreich (Banken, Handel, erst wenige Industrieunternehmen, Bau, Immobilien). Die Direktinvestitionen türkischer Gast-

arbeiter in Deutschland werden allerdings auf 11 Mrd. DM geschätzt.

Umweltschutz. Mit dem Wachstum der Bevölkerung, der Wirtschaft und des Lebensstandards haben Umweltprobleme in der Türkei ein großes Ausmaß erreicht. 1991 Gründung eines Umweltministeriums. Zahlreiche Umweltschutzgesetze und -vorschriften. Knappheit der Mittel, rudimentäres Umweltbewusstsein, mangelnde Ausbildung und Effizienz der Verwaltung beeinträchtigen die Ergebnisse. Jedoch hat die Türkei mit Schwerpunktaktionen bedeutende Erfolge erzielen können, z.B. mit der Luftreinhaltung in Ankara und in Istanbul, durch Bau von Kanalisationen und Abwasseranlagen in großen Städten. Die Wasserqualität an den Ägäis- und Mittelmeerküsten konnte erhalten werden. Die Einführung von Katalysatoren für Pkw wird vorbereitet. Ein großes Problem sind die ungeregelten Mülldeponien der Städte. Die staatliche Forstverwaltung setzt bei der Aufforstung und in Nationalparks und Reservaten phantasievolle Öffentlichkeitsarbeit ein. Zurückweisung des Imports von belastendem Müll.

Jüngste Reformen

- Steuerreform 1998. U.a. Modernisierung der Einkommensteuer, effektivere Besteuerung der etwa 1 Mio. Selbständigen.
- Bankengesetz 1999. U.a. Neuordnung der Lizenzierung und der Bankenaufsicht.
- Verfassungsmäßige Zulassung internationaler Schiedsgerichtsbarkeit 1999.
- Reform der Sozialversicherung 1999, u.a. Anhebung des Rentenalters für Männer auf 60 Jahre, für Frauen auf 58 Jahre. Verbesserte Durchsetzung der Sozialversicherungspflicht.

Indikatoren des Lebensstandards

Pro-Kopf-Verbrauch	
(1997, nach PPP):	4.397 US \$
Pkw pro 1000 Einwohner	
(1997):	56
Telefonanschlüsse pro	
1000 Einwohner (1997):	255
Farbfernseher	96 % der Haushalte

durchschnittlich ein Arzt pro 867 Einwohner (1996)

Kindersterblichkeit pro 1000 Lebendgeburten (1998): 37,9

Transparenz der Wirtschaft. Positiver Trend. Der Staatshaushalt im weitesten Sinne ist heute für ausländische Beobachter differenzierter zu beurteilen als früher. Vorausplanung stark erschwert durch Inflation. Das unabhängige staatliche Statistische Institut u.a. staatliche Stellen veröffentlichen eine Fülle von Wirtschaftsstatistiken von professioneller Qualität unter Übernahme international vereinbarter Definitionen. Viele zeitnahe Statistiken sind über Internet abrufbar. Informationen der Kommunen, wie z.B. der Stadt Istanbul, lassen allerdings noch sehr zu wünschen übrig. Eine stark wachsende Zahl von Wirtschaftsverbänden erarbeitet wertvolles Material. Der türkische Wirtschaftsjournalismus hat an Qualität zugelegt. Internationale Wirtschaftsprüfungsgesellschaften haben mit ihren türkischen Partnern Prüfungsstandards verbessert, z.B. für börsennotierte Unternehmen. Ein Firmenauskunftswesen existiert erst in den Anfängen. Die guten Flugverbindungen, die funktionierende Telekommunikation und die Parallelität der Arbeitszeiten (Sonntag ist Wochenfeiertag) kommen der Transparenz zugute.

Verkehr: Bemühungen, das West-Ost-Gefälle auszugleichen

Die Hauptlast des Verkehrs wird vom Straßennetz getragen. Gute Erschließung der Gesamttürkei in dem Bemühen, das West-Ost-Gefälle auszugleichen (1996: 61.739 km Fernverbindungen, davon 53.228 km mit fester Straßendecke, darunter 1514 km Autobahn). Weiterer Ausbau für höhere Achslasten nötig. Der Kraftfahrzeugbestand der Türkei wächst relativ schnell (1996: 5.135.188 Einheiten, 38 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor). Personenschäden aus Kfz-Unfällen sind hoch in Relation zu der Zahl der gefahrenen Kilometer (1995: 6004 Getötete, 114.319 Verletzte, zum Vergleich Deutschland: 9.454 Getötete, 512.141 Verletzte). Das Eisenbahnnetz insgesamt ist unterentwickelt und überaltert (1997 Streckenlänge 8607 km, davon 1706 km elektrifiziert). Die türkische Schifffahrt verfügte 1997 über 7,2 Mio. BRT, davon 5,8 Mio. BRT Frachter. Größte Häfen sind Istanbul, Mersin, Izmir, Iskenderun, Izmit. Der Flugverkehr hat sich seit Mitte der 80er Jahre stark entwickelt. Es gibt 24 Flughäfen für Linienflugverkehr, davon 13 internationale.

Abhängig von Energieimporten

Es wird geschätzt, dass sich der Gesamtbedarf an Energie in der Türkei in den nächsten zehn Jahren verdoppelt. Starke Abhängigkeit besteht von Erdölimporten, die eigene Produktion machte 1997 nur zwölf Prozent des Verbrauchs aus. Es gibt zwei Pipelines aus Irak (Kirkuk). Die Türkei ist intensiv am Erdölbezug aus Aserbeidschan und Kasachstan und an der Durchleitung von Erdöl zu türkischen Häfen im östlichen Mittelmeer interessiert. Es gibt fünf Erdölraffinerien. Die Eigenprodukti-

on an Erdgas ist sehr gering, Erdgas wird bislang nur aus Russland bezogen. Die Türkei möchte diese Abhängigkeit durch Erdgaspipelines aus Turkmenistan und aus Iran relativieren. Große Reserven bestehen an Braunkohle, allerdings mit hohem Schwefelanteil.

Die Elektrizitätsversorgung der Türkei ist flächendeckend. Der Anteil der Wasserkraftwerke liegt vor dem der Kohlekraftwerke und den mit Erdöl betriebenen. Es wird damit gerechnet, dass der Elektrizitätsbedarf noch schneller steigt als der gesamte Energiebedarf. Daher müssen die Produktionskapazitäten erhöht und die Verteilung dringend verbessert werden, was nur über verstärkte Investitionen der privaten Wirtschaft und erhebliche ausländische Beteiligungen möglich ist.

Immer noch fast jeder Zweite in der Landwirtschaft beschäftigt

Der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtleistung der Wirtschaft ist auf 17,4 Prozent gesunken. Sie bindet aber noch 42 Prozent der Beschäftigten. Die Eigentumsverhältnisse auf dem Lande sind nicht von Großgrundbesitz geprägt (außer im Südosten).

Die Türkei produziert ein breites Spektrum von pflanzlichen Produkten der gemäßigten und der Mittelmeerzone: zahlreiche Getreidearten, Hülsenfrüchte, Rüben, zahlreiche Ölfrüchte, viele Zwiebelgewächse, Kartoffeln, Reis u.a. mehr. Die Gemüse- und die Obstproduktion wächst (alt bekannt: Trockenobst wie Feigen, Sultaninen, Aprikosen, Nüsse – die Türkei ist Weltmarktführer für Haselnüsse). Bedeutend ist die Produktion von Baumwolle und Tabak sowie von Tee. Auch die Produktion von Schafffleisch fällt ins Gewicht. 1997 wurden 4,5 Mio. ha bewässert (Ver-

vierfachung seit 1960). Das GAP-Projekt mit zahlreichen Staudämmen im Südosten (Euphrat und Tigris) mit einer projektierten Bewässerungsfläche von 1,7 Mio. ha ist erst teilweise fertiggestellt. Die Informationspolitik darüber ist zurückhaltend.

Die Türkei ist „Selbstversorger“ mit Nahrungsmitteln und wird dies bleiben, wengleich die Importe steigen. Bei den türkischen Exporten fällt der Anstieg der verarbeiteten Nahrungsmittel auf.

Die staatliche Förderung der Landwirtschaft, die lange Zeit unter dem Primat der Industrialisierung gelitten hatte, wurde stark erhöht. In den letzten zehn Jahren wurde sie verdoppelt. Doch es gibt ein unübersichtliches System von staatlichen Stützpreisen, Verbilligung von Krediten und von Düngemitteln. Dadurch werden die größeren Betriebe bevorzugt und der Staatshaushalt belastet.

Textil und Bekleidung heute der wichtigste Industriezweig

Die Textil- und Bekleidungsindustrie ist heute der wichtigste Zweig der türkischen Industrie, nach Wertschöpfung, Zahl der Beschäftigten und Export. Sie beruht z.T. auf alter Tradition (z.B. Seiden aus Bursa). Die heutigen Standorte sind vor allem die europäische Türkei, der Raum Istanbul – Izmit – Bursa, Ägäis, Kayseri, zunehmend das Dreieck Adana – Gaziantep – Kahramanmaraş. Die Türkei gehört zu den bedeutendsten Produzenten von Baumwolle (Anbaufläche wird mit Ausbau des GAP-Projektes stark vergrößert), Wolle und von synthetischen Fasern. Die kapitalintensive Textilindustrie rüstete sich auf die Zollunion durch Import modernster Maschinen. Sie arbeitet ganz überwiegend mit türkischem Kapital. Viele Textilingenieure sind in Deutschland ausgebildet. Es besteht ein Trend zu vertikaler Integration von der Garnproduktion bis zu Fertigprodukten.

Die erfolgreiche Bekleidungsindustrie ist mittelständisch geprägt. Hier gibt es zahlreiche ausländische Investitionen und andere Formen der Zusammenarbeit. Es wird auch hochwertige Bekleidung an führende europäische Bekleidungsunternehmen geliefert.

Inzwischen wird die türkische Textil- und Bekleidungsindustrie preislich von internationaler Konkurrenz bedrängt, die z.B. in China, Pakistan und in den türkischsprachigen Republiken lohnünstiger produziert. Die Türkei importiert billige Gewebe und Billigbekleidung und betreibt *trading up* von den unteren in die höheren Preisklassen, Diversifizierung (z.B. bei Haushaltstextilien) und zum Teil den Aufbau eigener Marken. Vorteil der türkischen Textilindustrie sind Mustertreue, Einhaltung kurzer Termine (speziell bei Nachorders), schneller Transport, Gefühl für europäische Mode, Einhaltung von Umweltvorschriften geworden. Unter Berücksichtigung der nicht-registrierten Exporte nach der GUS und den Balkanländern kann man davon ausgehen, dass Textilien und Bekleidung fast die Hälfte vom Wert der türkischen Gesamtexporte ausmachen.



Produktion von Farbfernsehern in der Türkei

Die Türkei ist längst zu einem Industrieland geworden. Besonders erfolgreich ist die elektrotechnische und die elektronische Industrie, nicht zuletzt mit der Produktion von Haushaltsgeräten, mit einem erheblichen Exportanteil. Die Firma „Beko“ gehört zu den Branchenriesen.

Aufnahme: dpa – Bildarchiv

Eine wachsende Automobilindustrie auf der Basis von Lizenzen

Die Kfz- und Kfz-Teile-Industrie begann nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Montage von Traktoren und Nutzfahrzeugen. Die Pkw-Produktion begann ab 1966 (Fiat, Renault, Ford, später Opel) hinter hohem Zollschutz. Unmittelbar vor bzw. nach der Zollunion wurden neue Fertigungen durch Honda, Hyundai, Toyota aufgebaut (und Ausbau von Ford für Export). Größte Lkw-Hersteller sind BMC, Ford, Mercedes-Benz, letzterer ist auch größter Omnibusproduzent. Alle Produktionen laufen in Lizenzpartnerschaften, meist mit finanzieller Beteiligung der ausländischen Partner (in unterschiedlicher Höhe). Dabei wird eine erhebliche Fertigungstiefe erreicht. Die Produktionskapazitäten (1998): Pkw 600 000 Stück, Lkw 100 000, Omnibusse 5000, Kleinbusse 40 000, Traktoren 75 000.

An der Produktion sind insgesamt 19 Hersteller beteiligt. Jedoch ist eine Marktberreinigung vorerst nicht zu erwarten, da flexible Fertigung auch Kleinserien rentabel macht und der türkische Kfz-Markt stark wächst. Nach Wegfall der Zölle gegenüber EU ist der Importdruck bei Pkw und kleinen Lkw (*pick up*) zu spüren. Die Produktion von Lkw und Traktoren macht Fortschritte. Der Export von Omnibussen floriert.

Die mittelständisch geprägte Kfz-Teile-Industrie war schon vor der Zollunion im Export erfolgreich. Heute werden fast alle Arten von Kfz-Teilen in der Türkei gefertigt, auch hochwertige, auch ganze Komponenten (z.B. bei Getrieben). Ihr Export steigt weiter.

In der elektrotechnischen und elektronischen Industrie sind die Hersteller großer Haushaltsgeräte besonders erfolgreich

Besonders erfolgreich ist die Branche „Große Haushaltsgeräte“ (Waschmaschinen, Kühlschränke, Herde u.a.). Marktführer *Arcelik/Beko* (1955 gegründet) war 1997 sechstgrößter Hersteller weltweit. Er plant für das Jahr 2000 die Produktion von 2,1 Mio. Waschmaschinen und 2 Mio. Kühlschränken und hat Zweigwerke in Uzbekistan und in Tunesien. An zweiter Stelle steht *Bosch-Siemens-Profilo*. Der technische Stand der Produktion ist zeitgemäß mit modernem Vertrieb, Kundennetz und Markenpflege. Jährliches Marktwachstum beträgt zehn Prozent und mehr. Bei Kühlschränken und Elektroherden übersteigen die türkischen Ausfuhren weit die Einfuhren. Bei Waschmaschinen und Spülmaschinen liegen sie seit der Zollunion darunter, holen aber auf.

Der Sektor „Elektronik“ (Komponenten, elektronische Konsumgüter, Telekommunikation, Industrieausrüstungen, Computer) erlebt derzeit eine stürmische Entwicklung mit Steigerungsraten zwischen 20 und 40 Prozent pro Jahr. Dies gilt sowohl für die türkische Produktion wie für Export und Import. Die Einfuhren stiegen nach der Zollunion von 1995 auf 1997 erheblich (von 2,2 Mrd. US \$ auf 3,9 Mrd. US \$), aber auch die Ausfuhren (0,5 Mrd.

US \$ auf 0,85 Mrd. US \$). Der registrierte Produktionsanstieg (von 1,2 Mrd. US \$ auf 2,2 Mrd. US \$) zeigt die Vitalität der jungen türkischen Branche. Die Türkei ist größter Hersteller von Farbfernsehern in Europa geworden (1997: 5 Mio. Stück) und exportiert sie in erheblichem Umfang. Sie produziert allerdings keine Bildröhren. Generell liegt sie in der Komponentenfertigung noch zurück, während sie im Bereich Telekommunikation aufstrebt. Starkes mittelständisches Element.

Die Rüstungsindustrie

Die Rüstungsindustrie war lange Zeit beschränkt auf die Produktion von leichten Waffen und Munition. Ab den 70er Jahren kamen Artillerie und Telekommunikation hinzu. Nach dem Ausbau seit Mitte der 80er Jahre sind heute ca. 50 000 in meist staatlichen und einigen privaten Unternehmen beschäftigt. Dabei wird mit europäischen und US-Firmen (Panzerfahrzeuge, Komponenten für Raketen, Kampfflugzeug F 16, Helicopter u.a.) und mit deutschen Schiffbauern (Fregatten, U-Boote) zusammengearbeitet.

Aus Platzgründen muss auf die Darstellung weiterer Branchen (wie z.B. der Eisen und Stahl schaffenden Industrie, der Werften, des Anlagenbaus, der chemischen, der pharmazeutischen, der keramischen, der Leder-, der Nahrungsmittelindustrie) verzichtet werden.

Der Tourismus ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor geworden

Das Geschäft mit ausländischen Touristen ist ein sehr bedeutender Zweig der modernen türkischen Wirtschaft geworden, nach Deviseneinnahmen (1998 ca. 7,2 Mrd. US \$), Investitionen und Beschäftigtenzahl. Der Massentourismus begann erst in der Mitte der 80er Jahre. 1998 besuchten knapp 10 Mio. ausländische Touristen die Türkei. Die meisten kommen aus Deutschland, gefolgt von Russen, Engländern, Amerikanern, Rumänen, Franzosen. 1999 kam es wegen aktueller Terrordrohungen zu deutlichen Rückgängen. Verglichen mit den Tourismuszahlen Griechenlands, Spaniens, Italiens ist der türkische Tourismus noch ausbaufähig.

Die Bauindustrie arbeitet auch im Ausland

Die Mehrzahl der großen türkischen Baufirmen wurde in den 50er Jahren gegründet. Erste Auslandsaufträge wurden Anfang der 70er Jahre aus Libyen genommen, in den 80er Jahren erhebliche Steigerung des Volumens. Etwa 60 Prozent der Aufträge stammten aus Libyen, der Rest aus Saudi-Arabien, Irak u.a. islamischen Ländern im Mittleren Osten und Nordafrika.

Ab 1988 wurden erste Bauaufträge ausgeführt als Gegengeschäfte zum Erdgasbezug der Türkei. Die türkischen Baufirmen konnten daher auf Referenzbauten verweisen, als nach dem Zerfall der Sowjetunion in den Nachfolgestaaten eine rege Bautätigkeit begann. Russland wurde wichtigster Kunde, außerdem die tür-

kischsprachigen Republiken, die Ukraine und Weißrussland. Türkische Baufirmen erregten Aufsehen, als sie Ausschreibungen für etwa 1/3 des aus Deutschland finanzierten Wohnungsbauprogramms zugunsten rückkehrender sowjetischer Truppen gewannen und an zahlreichen weiteren Aufträgen als Subunternehmer teilnahmen. Der wesentlich größere Teil ihres „Nordgeschäftes“ lag aber außerhalb des militärischen Wohnungsbauprogramms. Der türkische Auslandsbau führte in den genannten Ländern im großen Umfang Wohn- und Sozialbauten, öffentliche Gebäude, Hotels, Krankenhäuser, Kläranlagen, Industrieanlagen, See- und Flughäfen, Pipelines usw. aus.

Das gesamte Auftragsvolumen des türkischen Auslandsbaus in den Jahren 1990 bis 1996 wird auf 12,5 Mrd. US \$ geschätzt. Doch die Auftragsrückgänge aus Russland in der zweiten Hälfte der 90er Jahre fanden keinen Ausgleich in den Erdölländern. Seitdem suchen türkische Baufirmen in anderen Geschäftsfeldern nach neuen Märkten und Investitionsmöglichkeiten.

Inzwischen im Mittelfeld der Handelsnationen

Unter den 50 größten Handelsnationen der Welt bewegt sich die Türkei heute im Mittelfeld. Beim Export erreicht sie mindestens Platz 33, im Import Platz 25. 1997 machte der Export etwa 17 Prozent vom Wert des türkischen Bruttoinlandsproduktes aus. Der Anstieg der Ausfuhren begann mit den 80er Jahren. Die Zollunion gab ihnen einen zusätzlichen Schub. Export ist heute ein großes Thema der türkischen Wirtschaft.

Die Importe eilen den Exporten immer voraus (siehe Zahlenteil). Einnahmen aus dem Tourismus und „Gastarbeiterüberweisungen“ führen zum Ausgleich der Leistungsbilanz.

Heute bestehen etwa 90 Prozent des Exportwertes aus industriell erzeugter oder verarbeiteter Ware und nur etwa 9 Prozent aus Produkten der Landwirtschaft – eine Umkehrung der Ausgangslage von 1950 (Landwirtschaft 93 Prozent, Bergbauerzeugnisse 5,6 Prozent, Industrieerzeugnisse 1,4 Prozent). Etwa 23 Prozent der Einfuhren bestehen aus Investitionsgütern, etwas mehr als 10 Prozent aus Konsumgütern, der Rest aus Zwischenprodukten.

Ihre Handelsverbindungen betrieb die Türkei pragmatisch. Für sie war der Handel mit Israel und mit Südafrika kein Tabu. Der „Islamischen Konferenz“ trat sie nicht formal, sondern „de facto“ bei, um sich an den wirtschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen.

In den 80er Jahren gelang es der Türkei vorübergehend, den Handel mit den Ländern des Nahen und des Mittleren Ostens zu steigern. Das Irak-Embargo traf sie ab 1988 erheblich. Frieden im Nahen und Mittleren Osten würde der türkischen Wirtschaft sehr zugute kommen. In den 80er Jahren entwickelte sie unter Ministerpräsident *Özal* eine Fülle von Projekten für eine wirtschaftliche Verflechtung der Region, u.a. Pipelines für Erdöl, Erdgas

und für Trinkwasser, Pläne für einen Verbund der Elektrizitätsversorgung, eine Autobahn von Ägypten in die Türkei, den Ausbau der Eisenbahnen etc.

Die Türkei unterhielt immer Wirtschaftsbeziehungen zum kommunistischen Ostblock, denen sie eine Art Lückenbüßer-Funktion gab. *Özal* versuchte, sie zu erweitern. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wuchsen sie sprunghaft an. Die Türkei war in der Lage, ihre Konsumgüterhungrigen Nachbarn im Norden und auf dem Balkan preisgünstig zu bedienen, und es gab einen Exportboom. Er wurde nur zum geringeren Teil von der Außenhandelsstatistik erfasst, da die Einkäufe von russischen, bulgarischen, rumänischen usw. „Touristen“ in der Türkei getätigt und als Reisegepäck mitgenommen wurden. Dieser „Kofferelexport“ (*shuttle trade*) machte auf seinem Höhepunkt im Jahr 1995 mehr als 10 Mrd. US \$ aus. Seither geht er zurück. 1998 schätzt die türkische Zentralbank ihn auf 3,7 Mrd. US \$.

Unter Berücksichtigung des *shuttle export* verteilten sich die türkischen Exporte 1998 so: OECD-Länder (einschließlich der Neuzugänge Polen, Tschechien, Ungarn): 54 Prozent; EU-Länder für sich allein: 43 Prozent; Ostblocknachfolger (außer den drei genannten Ländern): 25 Prozent; Rest Nahost u.a. Die türkischen Importe stammen überwiegend aus der OECD (1998: 73 Prozent), aus den EU allein 53 Prozent, aus dem ehemaligen Ostblock etwas über 10 Prozent. Größter einzelner Handelspartner der Türkei ist traditionell Deutschland im Import und Export. Wichtige Rollen spielen auch Italien, England, Frankreich, die USA. Für Deutschland stand die Türkei 1988 auf Platz 17 der Exportmärkte und auf Platz 19 der Lieferanten. Die Statistik zeigt, dass es für die Türkei nur einen soliden Handelspartner gibt, die OECD und in ihr die EU. Auch hieraus erhält der Wunsch der Türkei zum EU-Beitritt seine wirtschaftliche Fundierung.

Die Türkei bemüht sich, ihre Wirtschaftsbeziehungen zu ihren Nachbarn im Norden und auf dem Balkan zu intensivieren. 1992 wurde auf türkische Initiative die *Schwarzmeerwirtschaftsregion* (SMWR) gegründet, der außer den Anrainerstaaten auch Griechenland, Albanien und Armenien angehören. Ihr Sekretariat arbeitet in Istanbul, die Schwarzmeerentwicklungsbank in Thessaloniki. Die SMWR veranstaltet (außer gelegentlichen Gipfelkonferenzen) regelmäßige Treffen der Außenminister (mindestens jährlich), von Fachministern, von Parlamentariern (Parlamentarierversammlung), Experten und

von Geschäftsleuten, um den Wirtschaftsverkehr zu fördern. Fernziel ist die Errichtung einer Freihandelszone (jedoch befasst sich die SMWR auch mit der Bekämpfung der Kriminalität, der Zusammenarbeit bei Naturkatastrophen usw.).

Die Stärken und die Schwächen

Die Wirtschaftsentwicklung der Republik Türkei kann man in drei Phasen begreifen. In der ersten, bis etwa 1945, ging es darum, den Menschen das Überleben zu ermöglichen, Not zu bekämpfen, die Grundlage für eine Industrialisierung zu legen, den Zweiten Weltkrieg neutral zu überstehen. Dies gelang pragmatisch, ohne ideologische Festlegungen, unter staatlicher Leitung, jedoch mit Freiheit für private Initiativen – unter starker Betonung der Nation, jedoch ohne Fremdenfeindlichkeit.

In der zweiten Phase bis 1980 wurde die industrielle Basis verbreitert. Das Gewicht des privaten Sektors nahm zu. Schon 1964 schlossen die EWG und die Türkei ein Assoziierungsabkommen mit Beitrittsperspektive. Aber die türkische Wirtschaft blieb vorerst binnenorientiert.

Nach 1980 begann eine durchgreifende Liberalisierung der Binnen- und der Außenwirtschaft, damit auch die Einbindung in die Weltwirtschaft. Der private Sektor der Wirtschaft überflügelte den staatlichen. Ende 1995 wurde die Zollunion mit der EU vollendet. Mit dem europäischen Recht für gewerblichen Rechtsschutz und für Wettbewerb wurden wichtige Teile der europäischen Wirtschaftskultur übernommen. Im Dezember 1999 nahm die EU die Türkei offiziell in den Kreis der Beitrittskandidaten auf.

Die Schwächen der türkischen Wirtschaft sind: Das Wirtschaftswachstum wurde mit hoher Verschuldung des Staates, hoher Inflation und Wachstum der Schattenwirtschaft erkaufte. Politische Instabilitäten verlangsamten Reformen. Die staatlichen und kommunalen Exekutiven weisen empfindliche Schwächen auf. Noch immer gibt es zu viele unwirtschaftliche staatliche Unternehmen. Auch Forschung gibt es zu wenig (jedoch schon Produktentwicklung). Der Druck auf den Arbeitsmarkt nimmt zu. Noch gibt es zu wenig Berufsausbildung.

Die Stärken der türkischen Wirtschaft sind die trag- und ausbaufähige Infrastruktur sowie die Modernisierung des Dienstleistungssektors. Die breite Industrialisierung verfügt über ein starkes mittelständisches Element.

Zu den Stärken zählen ferner die langjährige Erfahrung mit der Marktwirtschaft, erfolgreiche Teilnahme am internationalen Wettbewerb, breite außenwirtschaftliche Verflechtung mit Europa, verbesserte Universitätsausbildung besonders in den Naturwissenschaften, hohe Absorptionsfähigkeit für moderne Technik, Qualität der Manager und der Mitarbeiter.

Die türkische Wirtschaft hat den Übergang zur Zollunion in den wesentlichen Punkten schon bewältigt. Die Zollunion hat der EU hohe Exportzuwächse gebracht und die türkische Binnen- und Exportwirtschaft belebt. Der Prozess der Annäherung an die europäische Wirtschaft schreitet auf breiter Front fort z.B. in der Beseitigung technischer Handelshemmnisse, in der Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs (Banken und Versicherungen), bei der Angleichung technischer Vorschriften und Normen, bei Gesundheits- und Qualitätskontrollen, im Umweltschutz, im Verbraucherschutz usw. Nur nach großen, weiteren innen- und wirtschaftspolitischen Anstrengungen wird die Türkei eine Mitgliedschaft in der EU erwerben können. Dynamik und Zielbewusstsein, die sie in ihrer Wirtschaftsgeschichte gezeigt hat, sprechen dafür. Die EU würde mit ihr einen wertvollen Partner zwischen Europa und Nahost erhalten. Die Anstrengungen der türkischen Wirtschaft auf dem Weg zum Beitritt dienen gleichzeitig ihrer Stärkung und Modernisierung.

Literaturhinweise

Uhrenbacher Werner. Türkei. Länder-Handbuch der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Berlin 1957. Hershlag Z.Y. Turkey – The Challenge of Growth, Leiden 1968.

Hale, William M. The political and economic development of modern Turkey, New York 1981.

Grothusen, Klaus-Detlef (Hrsg.). Südosteuropa – Handbuch Bd. IV Türkei, Göttingen 1985.

Metz, Helen Chapin (Hrsg.). Turkey, a country study / Federal Research Division, Library of Congress 5th ed. (Area handbook series, ISSN 1057-5294), Washington D.C. 1996.

Devlet Planlama Teskilati (Hrsg.). Economic and Social Indicators (1950–1998), Ankara, 1999.

State Institute of Statistics, Prime Ministry. Republic of Turkey. Statistical Yearbook of Turkey 1998.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Regelmäßiger Bericht der Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt vom 17. 12. 1998 und vom 13. 10. 1999.

Organisation for Economic Co-operation and Development. OECD Economic Surveys 1998–1999, Turkey, Paris 1999.

Jahresberichte türkischer Branchenverbände, Veröffentlichungen der Deutsch-Türkischen Industrie- und Handelskammer in Istanbul.

Koc, Vehbi. My life story. Istanbul 1977.

Die Außenpolitik der Türkei

Die Standortbestimmung der Türkei in der Region und in der Welt

Von Udo Steinbach

Prof. Dr. Udo Steinbach ist Direktor des Deutschen Orient-Instituts Hamburg.

Der politische, strategische und wirtschaftliche Stellenwert der Türkei wird durch ihre Lage an der Nahtstelle zwischen Europa und Asien bestimmt. Nach dem Zerfall des Ostblocks ist ihre Bedeutung noch gewachsen, reichen doch ihre Einflussmöglichkeiten inzwischen auch in den Kaukasus hinein. Mit Israel ist die Türkei eine Sicherheitspartnerschaft eingegangen. Für die USA ist die Türkei seit langem ein wichtiger Partner, auch im Hinblick auf den Iran und die Sicherung der Transportwege für Erdöl und Erdgas. Im Interesse der EU-Staaten liegt es, die Türkei langfristig und dauerhaft an Europa zu binden. Die jüngsten Beschlüsse der EU von Helsinki haben die Weichen gestellt, ohne dabei die Menschenrechtsfrage und das Kurdenproblem zu ignorieren, für die die Türkei Lösungen finden muss, die europäischen Standards genügen müssen.

Red.

Die Entscheidung von Helsinki fiel in der Hoffnung auf umfassende Reformen

Am 10. Dezember 1999 haben die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der EU in Helsinki der Türkei den Status eines Kandidaten auf Vollmitgliedschaft eingeräumt. Damit wurde ihr im Hinblick auf den Erweiterungsprozess der Union der gleiche Ausgangspunkt wie zwölf anderen ost- und südosteuropäischen Staaten zugesprochen. Wie weit der Weg Ankaras bis zur Erreichung der Vollmitgliedschaft auch sein mag, so wurden doch damit alle Unsicherheiten und Zweideutigkeiten abgelegt, die das Verhältnis zwischen der Türkei und der EU über Jahre belastet haben. Es liegt nun an Ankara, seine „Hausaufgaben“ zu machen, von denen immer wieder gesprochen worden ist. Die EU ihrerseits hat sich verpflichtet, für diesen Fall am Ende jenen Schritt zu vollziehen, der bereits im Assoziierungsabkommen vom 12. September 1963 vorgesehen war.

Wie damals auch, wurde die Entscheidung nicht in Betrachtung der inneren Qualität der Türkei gefällt. Schon 1963 war es in erster Linie die besondere strategische Qualität des Landes, die den Wunsch bestimmte, es so eng wie möglich an Europa zu binden. Auch 36 Jahre später war es nicht der europäische Charakter der Türkei, von dem sich die in Helsinki Versammelten hätten leiten lassen. Mit Blick da-

rauf gab es vielmehr zahlreiche Kritikpunkte, Zweifel und Fragezeichen. Gewürdigt wurde vielmehr der politische Stellenwert der Türkei im Rahmen eines komplexen regionalen und internationalen Umfeldes von hohem politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interesse für die EU und den Westen – einschließlich der USA – insgesamt. Mit der Entscheidung in Helsinki soll die Türkei der EU angenähert werden. Damit verbindet sich die Hoffnung auf umfassende innere Reformen im Geiste europäischer Wertvorstellungen, die das Land im Inneren stabil und in seiner Außenpolitik berechenbar erhalten sollen.

Ein tiefgreifender Wandel im Innern wie nach außen

Tatsächlich beginnt man sich vor allem unter den europäischen Partnern der Türkei nur langsam darüber klar zu werden, welch tiefgreifender Wandel sich in und mit dem Land vollzieht. Nur wenige Länder sind von dem weltpolitischen Umbruch der beginnenden neunziger Jahre so nachhaltig betroffen wie die Türkei. Das trifft sowohl für seine innere Verfasstheit (über die an dieser Stelle nicht gesprochen werden kann) als auch für die außenpolitischen Beziehungen zu. Ankara sucht einen neuen Platz in der Region wie in der internationalen Politik insgesamt einzunehmen.

Nahezu umgehend reagierte die türkische Außenpolitik auf die *weltpolitischen Veränderungen* 1989/90: den Fall der Berliner Mauer, den Prozeß der deutschen Wiedervereinigung und die sich beschleunigende Desintegration der Sowjetunion, d.h. auf das definitive Ende des Kalten Krieges. Schon Ende Januar 1990 begann der tiefgreifende Umbruch sichtbar zu werden, als Truppen des sowjetischen Innenministeriums versuchten, nationalistische Unruhen in Baku gewaltsam zu unterdrücken. Das Blutbad läutete das Ende der Sowjetunion ein. Nach kurzem Schwanken wurde Präsident *Turgut Özal* zum Vorkämpfer eines umfassenden türkischen Engagements im Kaukasus und in Zentralasien.

Als mit der Besetzung Kuwaits durch irakische Truppen am 2. August 1990 ein neuer internationaler Konflikt am Golf ausbrach, schlug sich der türkische Präsident entschlossen auf die Seite der Alliierten. Nach der Entwicklung der türkisch-irakischen Beziehungen in den vorangegangenen Jahren war dies keineswegs selbstverständlich gewesen. Auch hatte es Ankara

bis dahin entschlossen vermieden, sich in die Konflikte im Nahen Osten hineinzuziehen zu lassen. Was *Turgut Özal* bewegte, war keineswegs nur die Verbundenheit des türkischen Präsidenten mit den USA, für die er Bewunderung hegte. Vielmehr ließ Ankara dahinter den Anspruch erkennen, eine „regionale Rolle“ zu spielen. So wird man im Rückblick 1990 als einen neuerlichen Wendepunkt in der Geschichte der Außenpolitik der Türkei erkennen können. Ein solcher war bereits mit der *Truman-Doktrin* vom März 1947 verbunden gewesen: Mit ihr wurde augenfällig, dass die Türkei dabei war, ihren vom Staatsgründer *Mustafa Kemal Atatürk* verordneten Kurs der „vollständigen Ungebundenheit“ aufzugeben und sich in das entstehende westliche Sicherheitssystem einzuordnen. Die politischen Handlungsspielräume waren klein und wurden im Wesentlichen durch die übergeordneten Interessen des Bündnisses insgesamt abgesteckt. Weiterreichende eigenständige Entscheidungen mit Blick auf das geographische und politische Umfeld wurden eigentlich nur mit Blick auf Zypern gefällt. Die türkische Militäraktion vom Juli/August 1974 war der Höhepunkt.

Die Entwicklungen seit 1990 haben zu einer grundlegend veränderten Situation geführt. Die Auflösung der Sowjetunion und das Ende der globalen Konfrontation haben der Türkei ein Umfeld von äußerster Komplexität zuwachsen lassen. Damit ist das Land außenpolitisch herausgefordert. Ankara kann sich weder auf die *splendid isolation* („vollständige Ungebundenheit“) des Staatsgründers zurückziehen noch bieten internationale Bündnis- und Sicherheitsstrukturen einen Rahmen, innerhalb dessen die außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischen Belange und Interessen des Landes hinreichend wahrgenommen werden können. Die Türkei ist zunehmend ein regionaler Akteur geworden, der diese Interessen eigenständig zu vertreten hat.

Verantwortungsvolle Politik in der Jugoslawien-Krise

Auf den *Zerfall Jugoslawiens* reagierte Ankara zurückhaltend. Es trat keineswegs von Anfang an für die Entstehung unabhängiger Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien ein. Erst als die Unausweichlichkeit des Auflösungsprozesses mit der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens einerseits (September 1991) und der serbischen Aggression andererseits deutlich wurde, entschied sich die türkische Regierung für die Anerkennung aller neuen Staaten.

Die türkische Politik in den Konflikten im Zerfallsprozess Jugoslawiens seit 1991 reflektierte *zwei grundlegende Besorgnisse*: So galt es einmal zu verhindern, dass der Krieg in Bosnien-Herzegowina zu einer Vertiefung der Kluft zwischen dem Westen und der islamischen Welt führen würde, eine solche Entwicklung hätte die Lage der Türkei in den internationalen Beziehungen kompliziert. Zum anderen galt es, eine Ausweitung des Konflikts auf andere Teile des ehemaligen Jugoslawien,

wo bedeutende türkische Minderheiten (und erhebliche muslimische Bevölkerungsteile) leben, entgegenzuwirken. So war Ankara vor allem darum bemüht, die religiösen und ethnischen Aspekte des Konflikts herunterzuspielen. Aus türkischer Sicht handelte es sich um eine Aggression der Serben gegen die international anerkannten Staaten Kroatien und Bosnien-Herzegowina, Mitglieder der UNO und anderer internationaler Organisationen. Ein Sieg der Serben würde zu weiterer Polarisierung ethnischer und religiöser Gegensätze und somit zu anhaltender Instabilität geführt haben. So machte die Türkei seit Beginn der Bosnien-Krise geltend, dass es in der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft liege, den Prozess ethnischer Säuberung aufzuhalten. Ankara erklärte seine Bereitschaft zu diesbezüglichen Maßnahmen unter Einschluss der Anwendung von Gewalt unter der Regie der UNO oder regionaler Organisationen wie der NATO oder OSZE. Die Türkei erkannte Bosnien-Herzegowina am 6. März 1992 an. Insgesamt hat Ankara in der Bosnienkrise hohes Profil gezeigt und seine Politik zugleich mit der internationalen Linie eng koordiniert. Die türkische Führung hat auf die Beendigung des Konflikts auf der Grundlage des Abkommens von Dayton (November 1995) mit Erleichterung reagiert.

Steine des Anstoßes im Verhältnis zu Griechenland

Die Entwicklungen auf dem Balkan hatten anhaltende Rückwirkungen auf das ohnehin prekäre Verhältnis zu Griechenland. Setzten beide Länder in ihrer Haltung zum Konflikt in Bosnien-Herzegowina schon unterschiedliche Akzente, so kam es über *Mazedonien* zu offenen Differenzen. Während Ankara die frühere jugoslawische Teilrepublik unmittelbar nach ihrer Unabhängigkeitserklärung (November 1991) diplomatisch anerkannte, forderte Athen eine Änderung des Namens des jungen Staates, da es wegen der gleichnamigen nordgriechischen Provinz Gebietsansprüche Skopjes auf das griechische Mazedonien befürchtete. 1994 verhängte Griechenland ein Embargo gegen Mazedonien; die Türkei bekräftigte 1995 ihre guten Beziehungen mit einem türkisch-mazedonischen Freundschaftsvertrag. *Albanien* wurde ein weiterer Stein des Anstoßes in den türkisch-griechischen Beziehungen. Nicht nur betrachtet Griechenland das Land und seine albanische Bevölkerung, die unter dem Eindruck von Chaos und Armut zum Teil in das Nachbarland zu emigrieren sucht, mit Misstrauen; auch bestehen im Prinzip griechische Gebietsansprüche mit Blick auf Südalbanien fort. Demgegenüber ist die Türkei den Albanern, die zur Mehrheit Muslime sind, in der Perspektive einer gemeinsamen osmanischen Geschichte verbunden. Auch in der *Kosovo-Krise* nahmen beide Länder unterschiedliche Positionen ein. In Athen stieß der militärische Einsatz nicht zuletzt aus historischer Verbundenheit mit den Serben auf weit verbreitete Kritik innerhalb der politischen Klasse, den Medien und vor allem der Öffentlichkeit. Demge-

genüber beteiligte sich die Türkei mit hohem Profil an der Aktion. Sie stellte eigene Flugzeuge und Luftstützpunkte zur Verfügung. Darüber hinaus bot Ankara an, Bodentruppen zum Einsatz zu bringen, falls dies vom Bündnis beschlossen würde. Das türkische Engagement wurde weniger mit der islamischen Religion der meisten Kosovo-Albaner begründet; dem offiziellen Ankara ging es vielmehr um den Schutz der kleinen noch immer im Kosovo lebenden türkischen Minderheit.

Der Zypern-Konflikt

Auch unabhängig von der Problematik des ehemaligen Jugoslawien blieben die griechisch-türkischen Beziehungen gespannt; wiederholt war in beiden Hauptstädten eine kriegerische Rhetorik zu vernehmen. Die mögliche Ausweitung der Hoheitsgewässer der griechischen Inseln in der Ägäis von sechs auf zwölf Meilen, die von der Regierung in Athen zeitweise angekündigt wurde, provozierte in Ankara militante Reaktionen. Im Juli 1994 nannte Ministerpräsidentin *Çiller* einen solchen Schritt einen „Kriegsgrund“. Signifikant für die gespannte Stimmung war der Streit um die griechische Insel Imia (von den Türken Kardak genannt), der Ende Januar 1996 beide Seiten an den Rand einer kriegerischen Auseinandersetzung brachte. Während Ankara die Fälle von aus türkischer Sicht umstrittenen Inseln politisch verhandeln wollte, verwies Athen auf seine Bereitschaft, die Angelegenheit vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu bringen. Wie sehr beide Seiten seit dem Zerfall der Sowjetunion dazu neigten, „nationale Interessen“ offen auszutragen, zeigte sich insbesondere auf Zypern. Nachdem das Problem jahrelang von der Agenda internationaler Akteure verschwunden zu sein schien, wurde es durch die Entscheidung der zypriergriechischen Regierung, das russische Luftabwehrsystem S 300 zu stationieren, wieder akut. Die Stimmung wurde um so gereizter, als Ankara die 1995 von der EU getroffene Entscheidung, im Gegenzug zu dem griechischen Einverständnis zu einer Zollunion mit der Türkei Beitrittsverhandlungen mit der Insel aufzunehmen, nicht akzeptierte. Die Türkei, die die Rechtmäßigkeit der „zyprischen“ Regierung grundsätzlich bestreitet und eine Anerkennung des zyperntürkischen Staates im Norden der Insel wünscht, sieht darin eine Verletzung der 1959 geschlossenen Verträge, die die Unabhängigkeit Zyperns konstituierten. Erst die nahezu sensationelle Wende im Verhältnis zwischen den beiden Ländern, die sich im Zusammenhang der griechischen Hilfe anlässlich des *Erdbebens* in der Türkei im August 1999 noch beschleunigte, hat neue Perspektiven für die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern eröffnet. Nachdem ein Kompromiss in der Frage der S 300 gefunden wurde, ließ Athen auch seine Bedenken fallen, der Türkei den Kandidatenstatus bei der EU einzuräumen. Daraus könnten sich zugleich neue Chancen entwickeln, mit Blick auch auf den Fortgang der Beitrittsverhandlungen mit Zypern einen Ausgleich

im Viereck Athen-Ankara-griechisch- und türkisch-Nikosia herbeizuführen.

Eine neue Rolle auch in Richtung Kaukasus und Zentralasien

Wie auf dem Balkan, so ist auch im *Kaukasus* und in *Zentralasien* nach dem Ende der Sowjetunion eine Nachbarregion entstanden, mit der sich ein Netz politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen entwickelt hat. Die Öffnung dieser Region, die naturgemäß vor dem Nato-Mitglied jahrzehntelang hermetisch abgeriegelt war, setzte in der Türkei von Anfang an beträchtliche Emotionen und weitreichende Planungen politischer und wirtschaftlicher Umgestaltung frei, in der sich das Land einen entscheidenden Stellenwert beimaß. Die Erwartungen, ins Immense gesteigert, wurden in dem Diktum Präsident *Özals* (auch von seinem Nachfolger *Süleyman Demirel* wiederholt) reflektiert, dass sich die Türkei nicht mehr als „ein Land zwischen dem Bosphorus und Iğdır (Provinz an der iranischen Grenze), sondern zwischen der Adriatischen See und der Chinesischen Mauer“ verstehe. Wenngleich dies nicht als ein pantürkistisches Konzept interpretiert werden sollte, so kam doch darin das Selbstbewusstsein einer Türkei zum Ausdruck, der im Verbund mit den turksprachigen Republiken Zentralasiens eine „neue Rolle“ zu wachsen würde.

In der Wirklichkeit sind die Bäume nicht in den Himmel gewachsen. Zur Koordinierung der wirtschaftlichen Aktivitäten wurde am Außenministerium die *Türkische Kooperations- und Entwicklungsagentur* ins Leben gerufen. Sehr rasch erwies sich, dass der Türkei angesichts des tiefen wirtschaftlichen Einbruchs Zentralasiens die Kapazitäten fehlten, signifikante Entwicklungsimpulse zu geben. Auch die im Juni 1992 ins Leben gerufene *Schwarzmeer-Wirtschaftsregion*, der außer allen Schwarzmeeranrainern auch Armenien, Aserbaidschan, Moldawien, Griechenland und Albanien angehören, hat die anfangs in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt.

Ein Zusammenrücken der Tuks-Völker?

Auch im politischen Bereich überstieg die anfängliche Euphorie das realistisch Machbare. Das gilt zum einen mit Blick auf das Zusammenrücken der Tuksvölker. Auf dem ersten Turk-Gipfel in Ankara 1992 wurden in der *Erklärung von Ankara* in allgemein gehaltener Form Gemeinsamkeiten beschworen, die die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Infrastruktur, die Verpflichtung auf die Prinzipien der *Demokratie* und der Achtung der *Menschenrechte*, den *Säkularismus* und die *Marktwirtschaft* sowie die Zusammenarbeit im *kulturellen*, insbesondere im sprachlichen Bereich, betrafen.

Konkrete Absprachen über einen Zielkatalog der Ausgestaltung der Beziehungen, wie er von türkischer Seite vorbereitet worden war, der die Liberalisierung des Handels, einen Zollabbau und den

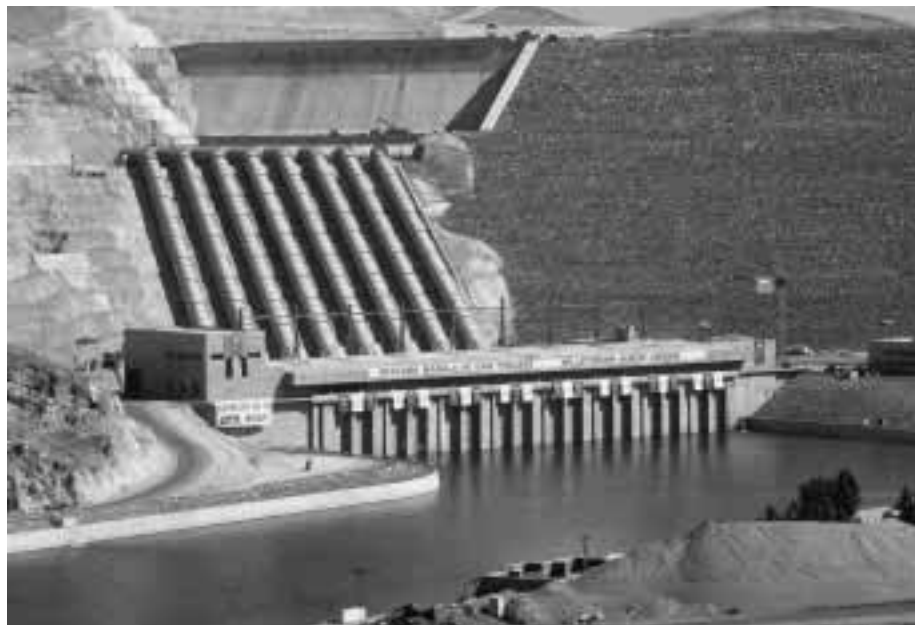
Bau von Erdgas- und Erdölpipelines hätte beinhalten sollen, wurden nicht getroffen. Ersichtlich nahmen die Staatschefs nicht zuletzt auf die Interessen Russlands in der Region Rücksicht. Der Traum von einem zusammenrückenden wirtschaftlichen und politischen turksprachigen Raum ist dabei zu verblassen. Verfliegen ist aber auch die Vision einer Demokratisierung zentralasiatischer Regime nach türkischem Vorbild.

Die „neue Rolle“ der Türkei war nicht zuletzt auch von Washington aus vorgezeichnet worden. Zum einen sollte über die Türkei der – unterstellte – Einfluss der Islamischen Republik Iran in Zentralasien eingedämmt werden. Zugleich sollte die Türkei dazu beitragen, das nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zunächst spürbar werdende politische Vakuum in Zentralasien zu füllen. *Last, but not least* wurde die Türkei zum Partner amerikanischer Bemühungen, einen dominanten Part bei der Ausbeutung vornehmlich der Erdöl- und Erdgasreserven in der Region (vor allem in Aserbaidschan und Kasachstan) zu übernehmen.

Rivalität zu Russland: tiefsitzende Ressentiments und handfeste Interessen

Spätestens seit 1993 hat Ankara in Zentralasien erheblichen politischen Gegenwind aus Moskau zu spüren bekommen. Tatsächlich ist das russisch-türkische Verhältnis von politischer, sicherheitspolitischer und wirtschaftspolitischer Rivalität gekennzeichnet. Ihr Schauplatz sind der Kaukasus und Zentralasien. Der Ehrgeiz der Türkei, in diesen Regionen eine deutliche Präsenz zu zeigen und eine mitbestimmende Rolle zu spielen, stößt in Moskau auf tief sitzende Ressentiments und kollidiert zugleich mit handfesten Interessen. Erstere gründen auf der Jahrhunderte langen Auseinandersetzung zwischen dem Osmanischen Reich und dem zaristischen Russland. Russen haben eine Neigung, Türken und Islam miteinander gleichzusetzen: Die Ausdehnung des türkischen Einflusses nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion an die Grenzen Russlands wird als Teil einer islamischen Gefährdung gesehen, die zwischen dem Kaukasus und Tadschikistan im Aufbruch zu sein scheint. Die Aktivitäten – mögen sie auch insgesamt wenig signifikant sein – pantürkistischer und panislamistischer Organisationen zwischen dem Kaukasus und Xinyang nähren russische Befürchtungen ebenso wie die offene Sympathie (und die Unterstützung) vieler Türken für die Tschetschenen, die auf die muslimischen Dagestaner und andere Kaukasusvölker ausgedehnt werden könnte, wenn der Konflikt zwischen muslimischen Kräften dort, die die Unabhängigkeit von Russland betreiben, und der Zentralregierung eskalieren sollte.

Tatsächlich ist es der Kaukasus, wo sich russische und türkische Interessen in wachsendem Maße stoßen. Insgesamt muss Ankara daran gelegen sein, den russischen Einfluss an seiner Nordgrenze zurückzudrängen. Das gilt militärisch und sicherheitspolitisch mit Bezug auf die rus-



Staudamm am Euphrat als internationaler Streitpunkt

Die großen Projekte zur Wasserentnahme von Euphrat und Tigris durch die Türkei bestimmen die Konfliktlage mit dem Nachbarland Syrien. Als Waffe gegen die Türkei nutzt Syrien dabei auch die „kurdische Befreiungsorganisation“ PKK. Aufnahme: dpa – Bildarchiv

sischen Truppen, die an der armenisch-türkischen Grenze stationiert sind. Und dies gilt verstärkt für die Wahrnehmung politischer und wirtschaftlicher Interessen in dem ölfreuen Aserbaidschan. Georgien scheint immer mehr als Schauplatz dieses Ringens in den Vordergrund zu treten: Während sich die Beziehungen zwischen Ankara und Tiflis zunehmend intensivieren, nutzt Moskau noch immer den Hebel der Minderheitenprobleme in dem Land, um seine Position aufrechtzuerhalten.

Der Streit um die Trassenführung der Pipelines

Das wirtschaftliche Interesse der Türkei an Zentralasien (und dem Kaukasusland Aserbaidschan) liegt – neben einem ausgedehnten Handel – vor allem an der Teilhabe an den Gewinnen, die sich aus dem Transport von Erdöl und Erdgas aus den zentralasiatischen Ländern (und Aserbaidschan) an potentielle Terminals, von denen aus die Rohstoffe zu den Verbrauchern gebracht werden können, ergeben. Mit großem Nachdruck suchen beide Seiten nahezu alle Hebel in Bewegung zu setzen, um zu erreichen, daß die lukrativen Pipelinenetze durch ihr Staatsgebiet verlaufen. Während man in Moskau mit Blick auf den Transport vor allem des aserbaidschanischen, kasachischen und turkmenischen Öls und Gases insbesondere an einen Ausbau alter sowjetischer Netze denkt, betreibt Ankara den Bau einer Trasse, die die Osttürkei durchquert und im Südosten auf die Pipeline stößt, welche irakisches Erdöl ans Mittelmeer transportiert.

Über den bilateralen Charakter dieser Rivalität hinaus hat diese zur Ausbildung zweier weitreichender politischer Achsen beigetragen: Der Anspruch Ankaras wird von Washington, das in der Türkei auch sonst seinen strategischen Verbündeten sieht, unterstützt. Daneben hat die Tatsa-

che, dass Washington bis in die jüngste Zeit mit nahezu ideologischer Hartnäckigkeit eine Beteiligung Irans an dem Rohstoffgeschäft zu verhindern suchte, Teheran an die Seite Moskaus gebracht. Dies ist in einer Weise geschehen, in der auch in anderen Bereichen, so vor allem der Atomenergie, eine russisch-iranische Zusammenarbeit entstanden ist, die auf amerikanischen Widerstand trifft.

Der Streit um das Wasser von Euphrat und Tigris

Ebenso wie der Kaukasus und Zentralasien sowie der Balkan stellt auch die dritte, an die Türkei angrenzende Region, der *Nahe und Mittlere Osten*, eine schwierige und herausfordernde Nachbarschaft dar, in der sich regionale und internationale Elemente mischen. Die *Beziehungen mit Syrien* sind seit langem nachhaltig gestört. Wenngleich die Wurzeln tief in die Geschichte zurückreichen, so sind die akuten Hintergründe für die anhaltend schlechten Beziehungen vornehmlich in der jahrelangen Unterstützung der *Arbeiterpartei Kurdistans* (PKK) durch die Führung in Damaskus sowie in der Befürchtung Syriens zu suchen, die Türkei könne mit dem Ausbau des *Südostanatolien-Projekts*, eines umfangreichen Bewässerungs- und Energieerzeugungsvorhabens, die Hand an die Gewässer von Euphrat und Tigris legen. Für Damaskus wurde die PKK in dem Maße ein wirksames Instrument gegen Ankara, in dem beide Seiten nicht zu einer Verständigung über die Wasserfrage kommen konnten. Wie viel Kubikmeter Wasser würde der Euphrat nach Vollendung des Südostanatolienprojekts von der Türkei nach Syrien hinüberfließen lassen? Die von Ankara ins Gespräch gebrachten 500 m³/s erachtet Damaskus als nicht ausreichend. Vor dem Hintergrund des türkischen Anspruchs, die Verfügung über das Wasser in gleicher Weise als tür-

kisches Recht zu betrachten, wie es die arabischen Ölproduzenten mit dem Erdöl tun, befürchtet man in Damaskus, Ankara könne versucht sein, das Wasser vollständig gemäß türkischen Interessen zu verbrauchen.

Die Befürchtungen hinsichtlich des Wassers werden auch von Bagdad geteilt. Doch ist das *türkisch-irakische Verhältnis* komplexer als das türkisch-syrische. Zwar ist es für den Augenblick eher durch Interessen-Gemeinsamkeiten geprägt. So hat Ankara ein erhebliches Interesse an einer Normalisierung der Gesamtsituation des Irak; sie würde die Wiederaufnahme des vollen Ölexports durch die türkischen Pipelines und damit eine Verbesserung der Wirtschaftssituation in der armen südöstlichen (kurdisch geprägten) Region des Landes bedeuten. Auch muss Ankara daran gelegen sein, dass Bagdad wieder die Kontrolle über den kurdischen Norden des Landes zurückerlangt. An einem fortschreitenden Zerfall des Irak kann der Türkei mit Blick auf das Kurdenproblem im eigenen Land nicht gelegen sein. Auf der anderen Seite aber hat die kurdische Frage zur Belastung der Beziehungen geführt. Die wiederholten Operationen der türkischen Armee gegen die PKK auf irakischem Boden mögen zwar dem irakischen Regime insofern nicht ganz ungelegen gewesen sein, als sie zugleich geeignet waren, die irakischen Kurden in Schach zu halten; sie bedeuten aber eine Verletzung der Souveränität des Irak. Darüber hinaus belastet die Wasserfrage zunehmend die türkisch-irakischen Beziehungen. Denn nicht nur die Knappheit des Euphrat-Wassers schlägt auf den Irak durch; das Zweistromland lebt auch von den Wassern des Tigris, der Teil des Südostanatolien-Projekts ist.

Die Beziehungen zum Iran: durch Geschichte und Religion belastet

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Iran, durch Geschichte und Religion belastet, waren seit der Revolution (1979) ambivalent. Führte die ideologische Gegensätzlichkeit immer wieder zu Spannungen, ja Konflikten, so waren sie insbesondere auf der wirtschaftlichen Ebene von Pragmatismus gekennzeichnet. Der bilaterale Handel, umfangreiche Verträge im Energiebereich sowie Ansätze multilateraler Zusammenarbeit im Rahmen der *Economic Cooperation Organization (ECO)* haben an der Oberfläche die Normalität der Beziehungen signalisiert. Auf der anderen Seite ist die ideologische Dimension der iranischen Außenpolitik, die auch sonst vielfältig erkennbar ist und mannigfache Erscheinungsformen – bis zur jahrelangen Unterstützung von Terror – angenommen hat, auch in den Beziehungen zur Türkei unübersehbar. Immer wieder hat Ankara Teheran die Unterstützung extremistischer religiöser Elemente in der Türkei, die Verfolgung geflohener Dissidenten und die Beteiligung des iranischen Regimes an der Ermordung türkischer Persönlichkeiten, die für ihre laizistische Einstellung bekannt waren, vorgeworfen.

Sicherheitspartnerschaft mit Israel

Vor dem Hintergrund eines ambivalenten bis instabilen Umfeldes der Türkei im Mittleren Osten und auf der Suche nach einem regionalen Sicherheitssystem – wenn nicht als Alternative, aber doch als Ergänzung zu sich möglicherweise verändernden Bindungen an den Westen – ist Israel als Sicherheitspartner seit 1996 in nahezu spektakulärer Weise in den Vordergrund der türkischen Regionalpolitik getreten. Ausgehend von umfangreichen Rüstungsaufträgen der Türkei an Israel und der Einräumung von Übungsflügen der israelischen Luftwaffe über der Türkei hat sich seither eine enge Zusammenarbeit in vielen Gebieten ergeben, in deren Kontext Anfang 1998 ein erstes gemeinsames Marine-Manöver (unter Beteiligung der US-Marine) durchgeführt wurde.

Diese Entwicklung hat Befremden und Animositäten zwischen der Türkei und einer Reihe arabischer Staaten vertieft. Zwar hat der damalige Ministerpräsident *Mesut Yılmaz* bei seinem auf einen Besuch in Israel folgenden Besuch in Jordanien (September 1998) angedeutet, dass dieses Land in die Zusammenarbeit mit Israel einbezogen werden könnte. Insgesamt aber zeigen sich die Araber irritiert. Dass die beiden größten Militärmächte der Region zusammengehen, wird angesichts ihrer ungelösten Probleme mit den arabischen Nachbarn als Bedrohung empfunden. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane beider Länder hat im Februar 1999 zur Festsetzung des Führers der kurdischen PKK, *Abdullah Öcalan*, geführt. Für die innere Situation der Türkei war dies ein wichtiger Schritt in Richtung auf die militärische Zerschlagung dieser Organisation. Der syrischen Führung wurde damit ein Trumpf genommen, den sie im Hinblick auf ihre Probleme mit der Türkei auszuspielen hoffte.

Eine eindeutige Perspektive in Richtung Europa

Bis zum Ende des Ost-West-Konflikts, das durch den Zerfall der Sowjetunion markiert war, hatte die internationale Konstellation den Handlungsspielraum der Türkei innerhalb ihres regionalen Umfeldes wesentlich bestimmt. Dies hat sich seit Beginn der neunziger Jahre verändert: Das Land spielt seinen neu gewonnenen regionalen Stellenwert aus, seinen Platz in der internationalen Politik neu zu bestimmen. Trotz vielfältiger Irritationen im Verhältnis mit der EU hat eine Mehrheit innerhalb der politischen Elite daran festgehalten, den Weg nach Europa mit Blick auf eine Vollmitgliedschaft fortzusetzen. Dabei hat äußerer Druck gelegentlich auch zu inneren Reformen geführt: Im Zusammenhang des Ratifizierungsverfahrens des Beschlusses einer Zollunion zwischen der Türkei und der EU wurden im Juli 1995 Änderungen der Verfassung durchgesetzt, wie sie mit Blick auf eine weitere Demokratisierung des Landes seit langem gefordert worden waren. Entsprechend groß war die Enttäuschung in Ankara über den am 12./13. Dezember 1997 in Luxemburg gefassten Beschluss

der Staats- und Regierungschefs, der Türkei vor allem wegen der unzulänglichen Situation mit Bezug auf die Geltung der Menschenrechte einen gleichen Status als Kandidat auf eine Vollmitgliedschaft, wie er für zwölf andere potentielle Mitgliedstaaten gilt, vorzuenthalten. Die Äußerungen des Unmuts blieben nicht ohne Wirkung. Hinzu kam die von allen Seiten als konstruktiv, loyal und wirkungsvoll akzeptierte Rolle der Türkei in allen Phasen des Konflikts um den Kosovo im Frühjahr 1999. Einmal mehr konnte die Türkei ihren hohen Stellenwert für das Bündnis unter Beweis stellen. Gerade aber auch der Kosovo-Konflikt hat die Aufmerksamkeit ihrer Partner auf die Unzulänglichkeiten der inneren Verfasstheit des Landes, insbesondere die Kurdenfrage, gelenkt, die unübersehbare Gemeinsamkeiten mit der Kosovo-Problematik aufweist. Er hat die Einsicht reifen lassen, dass die Bereitschaft der türkischen politischen Klasse, ihre Probleme nach europäischen Standards zu lösen, größer sein würde, wenn ihr eine unzweideutige Perspektive auf eine eventuelle Vollmitgliedschaft eingeräumt würde. Vor diesem Hintergrund und angesichts der bei allen Trübungen im politischen, vor allem aber auch wirtschaftlichen Bereich noch immer starken türkisch-deutschen Beziehungen unternahm die Bundesregierung die Initiative, die Beschlüsse von Luxemburg zu revidieren. Dies ist – wie eingangs bemerkt – auf dem europäischen Gipfel in Helsinki geschehen. Bemerkenswert war dabei auch, dass Griechenland, das jahrelang eine Annäherung der Türkei an die EU zu blockieren suchte, seine Bedenken fallen ließ und gleichfalls dem Beschluss zustimmte, der Türkei den Status eines Beitrittskandidaten einzuräumen.

Die starke Allianz mit den USA

Im Ringen um diese Entscheidung der EU ist immer wieder auch die starke Allianz der Türkei mit den USA hervorgetreten. Ohne Zweifel ist Ankara für Washington heute ein strategischer Partner mit Blick auf die amerikanischen Interessen in der Golfregion und Zentralasien. Dass dies Europa nicht hinreichend erkenne, war der Vorwurf der USA nach dem Beschluss von Luxemburg gewesen. Und der Druck aus Washington, diesen zu ändern und den strategischen Partner Türkei durch eine Perspektive auf Vollmitgliedschaft sowohl zu stabilisieren als auch so eng wie möglich an den Westen zu binden, war ein weiteres Element des Stimmungsumschwungs, der schließlich zu den Beschlüssen von Helsinki führte. Die türkisch-amerikanische strategische Partnerschaft (die Israel mit einbezieht) hat in dem gemeinsamen Interesse an den Exportrouten zentralasiatischen Erdöls und Erdgases eine feste Grundlage. Indem die Islamische Republik Iran aus gleichsam ideologischen Gründen als Transitland ausgeschlossen wird und Russland umgangen werden soll, um sich nicht von dieser Macht abhängig zu machen, ist die Türkei für Washington die rationale Route für einen ins Auge gefassten Ost-West-Transportkorridor und eine unverzichtbare Trumpfkarte

im „großen Spiel“ um zentralasiatisches Öl und Gas. Die Bedeutung, die Washington diesem Exportweg beimisst, wurde durch die Anwesenheit Präsident *Clinton* bei der Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens signalisiert, das am 19. November 1999 am Rande des Gipfeltreffens der Mitgliedstaaten der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) die Präsidenten Aserbaidschans (*Aliiev*), Georgiens (*Schewardnaze*) und der Türkei (*Demirel*) unterzeichneten. Weitere Vereinbarungen über die neuen transkaukasischen Energiewege wurden zusätzlich von den Präsidenten Turkmenistans (*Turkmenbashi*) und Kasachstans (*Nasarbajew*) signiert.

„Geopolitik“ als zentraler Begriff der neuen Standortbestimmung

Die Veränderung der außenpolitischen Parameter der Türkei hat eine intensive Debatte um die Grundzüge der Außen- und Sicherheitspolitik des Landes nach sich gezogen. „Geopolitik“ ist dabei zu einem zentralen Begriff der Standortbestimmung geworden. Neben der Verortung des Landes in der „Randlage zu Europa“ bei gleichzeitiger Lage im „Zentrum des eurasischen Kontinents“ ist die Rolle der Türkei in der Nato sowie im Rahmen einer künftigen Sicherheitsarchitektur Europas zentrales Thema. Erstere hat für die Türkei nach wie vor einen zentralen Stellenwert für die türkische Sicherheit. Hier tritt die Türkei als Gleicher unter Gleichen auf. Und die strategischen Gemeinsamkeiten mit den USA verleihen der Türkei ihr Gewicht gegenüber der EU einerseits und Russland andererseits. Wie Washington steht Ankara auch den Überlegungen zur Schaffung einer europäischen Verteidigungsstruktur kritisch distanziert gegenüber. Dabei ist die Türkei bestrebt, mit Nachdruck deutlich zu machen, dass sie in diese Überlegungen als gleichberechtigter Partner einbezogen zu werden wünscht. Ein assoziierter Status wie er mit Blick auf die *Westeuropäische Union* (WEU) bis in die Gegenwart gegeben war, wird in Ankara nicht akzeptiert.

Bereits auf dem Nato-Gipfel in Washington aus Anlass des 50-jährigen Bestehens des Bündnisses hatte sich die Türkei nachdrücklich einem Automatismus widersetzt, der es gestatten würde, bei einem Einsatz im Rahmen einer am Ende wie immer gearteten *European Security and Defense Identity* auf Einrichtungen der Nato zurückzugreifen. Vielmehr besteht

Ankara darauf, dass alle Mitglieder des Bündnisses, die nicht Mitglieder der EU sind, zustimmen müssten, falls Europa sich Nato-Einrichtungen bedienen wollte. Auch mit Blick auf eine engere Einbindung der Türkei in derlei europäische Überlegungen, die mit dem EU-Gipfel von Helsinki neue Aktualität erfahren haben, könnte der der Türkei zuerkannte Kandidatenstatus die Grundlage größerer Gemeinsamkeit sein.

Literaturhinweise

- Aydin, Mustafa (ed.): Turkey at the threshold of the 21st century. Global encounters and/vs regional alternatives. Ankara: International Relations Foundation, 1998.
- Akinci, Halil: Turkey's relations with the Central Asian and Caucasian Republics. In: Aydin, Mustafa (ed.): Turkey at the threshold of the 21st century, Ankara 1998, S. 97–103.
- Arik, Umut: Turkey and the international security system in the 21st century. In: Eurasian Studies, 2(1995/96)4, S. 4–10.
- Aykan, Mahmut Bali: The Turkish-Syrian crisis of October 1998. A Turkish view. In: Middle East Policy, 6(June 1999)4, S. 174–191.
- Bagci, Hüseyin: Türkische Außenpolitik nach dem Luxemburger EU-Gipfel vom Dezember 1997: Europäisch ohne Europa? In: Erich Reiter (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999, Hamburg-Berlin-Bonn: Verlag E.S. Mittler und Sohn, 1999, S. 579–603.
- Bagci, Hüseyin: Türkische Sicherheitspolitik. Mittelpunkt des neuen geopolitischen Koordinatensystems. In: Internationale Politik, 53(Januar 1998)1, S. 29–34.
- Bekar, Olgan: Nato's Enlargement – Russia and Turkey. In: Eurasian Studies, 3(1996)1, S. 65–79.
- Bilman, Levent: The regional cooperation initiatives in Southeast Europe and the Turkish foreign policy. In: Perceptions (Ankara), 3(September-November 1998)3, S. 58–81.
- Blank, Stephen J.: The Eastern question revived. Turkey and Russia contend for Eurasia. In: Menashri, David (ed.): Central Asia meets the Middle East, London: Cass, 1998, S. 168–188.
- Brey, Hansjörg: Turkey and the Cyprus Question. In: The International Spectator, 34(January-March 1999)1, S. 111–121.
- Buhbe, Matthes: Die Türkei und die Grenzen der europäischen Integration. In: Internationale Politik und Gesellschaft (Bonn), (1998)2, S. 157–172.
- Büyükbas, Hakkı: Die türkische Politik in Zentralasien. In: Berichte/Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik (Berlin), Teil I: 9(Juli 1999)84, S. 58–75; Teil II: ibid., 9(August 1999)85, S. 43–59; Teil III: ibid., 9(September 1999)86, S. 60–78.
- Calabrese, John: Turkey and Iran. Limits of a stable relationship. In: British Journal of Middle Eastern Studies (Durham), 25(May 1998)1, S. 75–94.
- Criss, Nur Bilge: Geopolitical Configurations. The Russia-Turkey-Iran Triangle. In: Security Dialogue (London), 30(September 1999)3, S. 365–376.
- Demirel, Süleyman: Turkey and Nato at the Threshold of a New Century. In: Perceptions (Ankara), 4(March-May 1999)1, S. 5–12.
- Durth, Rainer: Internationaler Streit ums Wasser: Konflikt- und Kooperationspotential am Euphrat. In: Orient 36(1995)4, S. 649–662.
- Ergüvenç, Şadi: Turkey – Strategic Partner of the European Union. In: Foreign Policy (Ankara), 20(1996)1–2, S. 10 ff.
- Ergüvenç, Şadi: Turkey's security perceptions. In: Perceptions (Ankara), 3(June-August 1998)2, S. 32–42.
- Freitag-Wirringhaus, Rainer: Turkey's political role in Central Asia and the Struggle for new energy resources. In: Gumpel, Werner: Turkey as a political and economic factor in Europe and Central Asia, München: Südosteuropa-Gesellschaft 1999, S. 49–58.
- Gumpel, Werner: Determinanten der türkischen Außenpolitik in der Schwarzmeerregion und in Mittelasien. In:

- Südosteuropa Mitteilungen, 38(1998)1, S. 23–32.
- Gürbey, Gülistan: Die türkisch-syrische Krise. Nur eine Kriegsdrohung? In: Südosteuropa Mitteilungen, 38(1998)4, S. 349–359.
- Hale, William: Turkey and Transcaucasia. In: Menashri, David (ed.): Central Asia meets the Middle East, London: Cass, 1998, S. 150–167.
- Ilhan, Suat: Geopolitic Developments and the Turkish World. In: Eurasian Studies, 2(1995)3, S. 23–37.
- Karaoşmanoglu, Ali L.: Nato's Enlargement – does it Enhance Security? In: Foreign Policy (Ankara), 20(1996)1–2, S. 23–33.
- Karpat, Kemal (ed.): Turkish Foreign Policy. Recent Developments, Madison 1996.
- Korkisch, Friedrich Wilhelm: Die amerikanisch-türkischen Beziehungen. In: Österreichische militärische Zeitschrift, 37(März-April 1999)2, S. 131–140.
- Közen, Ramazan: Patterns in Turkish foreign policy behaviour towards the Middle East. In: Foreign Policy (Ankara), 19(1995)1–2, S. 70–100.
- Kramer, Heinz/Müller, Friedemann: Relations with Turkey and the Caspian Basin Countries. In: Blackwell, Robert/Stürmer, Michael (ed.): Divided Allies, Cambridge 1997, S. 175–203.
- Kramer, Heinz: Die Türkei im Schnittpunkt der Regionen und Kulturen. In: Geographische Rundschau, 48(1996)10, S. 590–594.
- Kramer, Heinz: Europäische Interessen in den Beziehungen zur Türkei. In: Reiter, Erich – (Hrsg.): Österreich und die NATO, Graz: Styria 1998, S. 417–433.
- Kramer, Heinz: Gesellschaftliche Strukturen deutscher Türkeipolitik. Die Integration des türkischen/kurdischen Bevölkerungsteils im Spannungsfeld von Innen- und Außenpolitik. In: Politische Studien (Grünwald), 49(Dezember 1998), Sonderheft 1: Ausländerintegration in Deutschland, S. 75–91.
- Larrabee, Stephen: U.S. and European Policy toward Turkey and the Caspian. In: Blackwell, Robert/Stürmer, Michael (ed.): Divided Allies, Cambridge 1997, S. 143–175.
- Lesser, Ian O.: Turkey's Strategic Options. In: The International Spectator, 34(January-March 1999)1, S. 79–88.
- Lochery, Neill: Israel and Turkey: deepening ties and strategic implications, 1995–1998. In: Israel Affairs, 5(Autumn 1998)1, S. 45–62.
- Makovsky, Alan: The new activism in Turkish foreign policy. In: SAIS Review, 19(Winter-Spring 1999)1, S. 92–113.
- Müftüler, Melkem: Turkey's New Vocation. In: Journal of South Asian and Middle Eastern Studies, 22(Spring 1999)3, S. 1–15.
- Olson, Robert: Turkish and Russian foreign policies, 1991–1997. The Kurdish and Chechnya questions. In: Journal of Muslim Minority Affairs, 18(October 1998)2, S. 209–227.
- Riedel, Sabine: Die Türkei und Europa. Probleme zwischen Integration und Migration. In: Südosteuropa (München), 48(1999)1–2, S. 48–74.
- Roper, John: The West and Turkey: Varying roles, common interests. In: The International Spectator, 34(January-March 1999)1, S. 89–102.
- Sezer, Duygu: From hegemony to pluralism: the changing politics of the Black Sea. In: SAIS Review, 17(Winter-Spring 1997)1, S. 1–30.
- Steinbach, Udo: Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europa, Bergisch-Gladbach: Lübbe, 1996.
- Steinbach, Udo: Außenpolitik am Wendepunkt? Ankara sucht seinen Standort im internationalen System. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B XI-XII/97, 7. März 1997, S. 24–32.
- Steinbach, Udo: Die Türkei – regionale Macht oder Verbündeter des Westens? In: Erich Reiter (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999, Hamburg-Berlin-Bonn: Verlag E.S. Mittler und Sohn, 1999, S. 562–578.
- Turan, Ilter: Turkish-Greek balance. A key to peace and cooperation in the Balkans. In: East European Quarterly (Boulder/Colorado), 32(Winter 1998)4, S. 469–488.
- Waxman, Dov: Turkey and Israel: a new balance of power in the Middle East. In: The Washington Quarterly, 22(Winter 1999)1, S. 25–32.
- Winrow, Gareth M.: Turkey and Caspian energy, Abu Dhabi: The Emirates Center for Strategic Studies and Research, 1999.
- Yılmaz, Mesut: Turquie. La mal aimée. In: Politique internationale, (été 1998)80, S. 167–181.

Ein „unglückliches Liebesverhältnis“?

Das Türkei-Bild der Deutschen und das Deutschland-Bild der Türken

Die wechselvollen Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland

Von Ahmet Bayaz

Ahmet Bayaz arbeitet als Journalist beim Südwestrundfunk und ist Vorstandsvorsitzender des Deutsch-Türkischen Forums in Stuttgart.

Das wandelbare Verhältnis von Deutschen und Türken zueinander ist deutlich von Begegnungen und Erfahrungen geprägt, vor allem der letzten 40 Jahre, positiven wie negativen. Im Bereich der Politik gilt es zu begreifen, dass die Türkei zu Europa gehören will, was das Bekenntnis zu einer gemeinsamen Wertebasis voraussetzt. Red.

Das exotische Türkei-Bild früherer Jahrhunderte

Das deutsche Türkei-Bild und das Deutschland-Bild in der Türkei sind keine konstanten Werte, sondern sie verändern sich je nach „epochalem“ Zeitgeist. So werde ich mich in dem folgenden Aufsatz nach einem kurzen geschichtlichen Abriss auf die letzten vierzig Jahre beschränken, die hauptsächlich von der Migration gekennzeichnet waren. Mein Anliegen ist nicht, die klischeehaften Meinungsbilder wiederzugeben und sie zu analysieren. Vielmehr möchte ich konkrete Ereignisse aufgreifen, um die Wandelbarkeit dieser Bilder in der türkischen und deutschen Öffentlichkeit darzustellen.

Die Beziehungen des Abendlandes zum Orient im Mittelalter waren in erster Linie geprägt von den *kulturellen Beziehungen* der europäischen Ländern zum Osmanischen Reich. Um die vielgestaltige Entwicklung von der Eroberung Konstantinopels im Jahre 1453 bis zu den Jahren um 1900 zu umreißen, wurden in den letzten Jahren in vielen europäischen Museen unter dem Namen „Europa und der Orient“, „Im Lichte des Halbmonds“ usw. Ausstellungen präsentiert. Dabei konnte man erkennen, dass – *Ex oriente Lux* – das Licht des Orients über Jahrhunderte das Abendland überstrahlte und wesentlich zur Bereicherung der europäischen Kultur beitrug.

Die Bedrohung der Türkenheere verstellte lange Zeit den Blick der Europäer auf die kulturellen Anregungen, die sie vom Orient empfingen. In der Zeit zwischen den Eroberungszügen *Mehmeds II.* und dem allmählichen Untergang des Osmanischen Reiches im 19. Jahrhundert durchlief die europäische Türkenrezeption verschiedene, zum Teil widersprüchliche Phasen. Während man im Westen einerseits Angst vor den Türken hatte, ging von dem „Fremden“ aus dem Morgenland eine „exotische“ Faszination aus. Die kulturelle, politische und wirtschaftliche Blüte des Osmanischen Reiches unter Sultan *Süleyman I.* (1520–1566), genannt der Prächt-

ge, war z.B. von besonderer Bedeutung für das Entstehen einer *Türkenmode*. Die Pracht seines Hofes sowie seine militärische Stärke nötigten den Herrschern Europas in gleicher Weise Respekt ab.

Angesichts der geänderten politischen und militärischen Situation wandelte sich das Türkenbild vom barbarischen, aber bewunderungswürdigen Krieger, zum kunstsinnigen und kultivierten Exoten. Die Türkenmode erreichte im 18. Jahrhundert in den europäischen Hauptstädten ihre absolute Blüte. Ob nun im höfischen Fest, bei Turnieren und Spielen, das Türkenmotiv war unverzichtbar. Im 19. Jahrhundert ging die Türkenmode in einer allgemeinen Orientmode auf. Da die Türken nicht mehr als Bedrohung empfunden wurden, propagierten die Arbeiten vieler Künstler ein exotisches Türkenbild, und zahlreiche Literaten waren als Reisende in der Türkei unterwegs, um „Fotografien“ für eine verklärte Orientrezeption zu liefern. Bücher wie „Unter dem Halbmond, Erlebnisse in der alten Türkei, 1835–1839“ von Generalfeldmarschall *Helmuth von Moltke* oder die phantasievollen Beschreibungen von *Karl May* bestimmten zu dieser Zeit das Türkei-Bild der Deutschen. Das Türkei-Bild der Deutschen und das Deutschland-Bild der Türken war Anfang des 20. Jahrhunderts natürlich von der viel zitierten „Waffenbrüderschaft“ geprägt.

Zuflucht von Deutschen und Juden

Mit der Gründung der Türkischen Republik 1923 durch *Kemal Atatürk* erfolgte eine Zäsur zwischen dem Osmanischen Reich und der *modernen Türkei*. Die Fundamente eines laizistischen, säkularen Staates waren errichtet, und es begann eine Neuorientierung in Richtung Westen. In den dreißiger Jahren fanden viele deutsche und jüdische Gelehrte, die vor dem Dritten Reich flohen, in der Türkei Zuflucht. Viele unter ihnen wie *Fritz Neumark*, *Alexander Rüstow* und *Ernst Reuter* unterrichteten nicht nur an den Universitäten von Istanbul und Ankara, sondern waren auch beim Aufbau eines modernen Staatswesens in der Türkei behilflich. Es ist Ironie des Schicksals, dass diese Menschen in einer dunklen Epoche der deutschen Geschichte, mit ihrer Weisheit und ihrem Engagement zu einem positiven Bild der Deutschen im Ausland beitrugen. Man wunderte sich, warum diese „wertvollen Menschen“ ihre Heimat verlassen mussten.

Ähnlich muss auch der osmanische Sultan *Bayazit II.* gedacht haben, als er 1492 die *sefardischen Juden* ins Osmanische Reich aufnahm, die aus Spanien vor der Inquisition fliehen mussten. Gegenüber seinem Oberrabbiner *Mose Caspali* soll er gesagt

haben: „Und es ist dieser König Ferdinand von Aragonien, den man mir als weise beschrieben hat, obwohl er sein Land ärmer machte, indem er das meine bereicherte.“

Die große Einwanderung von Türken begann 1961

Die Geschichte der türkischen Einwanderung in diesem Jahrhundert beginnt eigentlich gleich nach der Jahrhundertwende. Türkische Arbeiter wurden damals auf Grund der engen Beziehungen des deutschen Kaiserreichs mit dem Osmanischen Reich nach Berlin geholt, um z.B. in der Zigarettenfabrik „Pera“ zu arbeiten. Auch später, nach der Gründung der türkischen Republik 1923, kamen viele Türken nach Deutschland. Von einer wirklichen Abwanderung der Türken – zunächst als Arbeitskräfte und später als Familienangehörige – kann jedoch erst ab 1961 gesprochen werden. Die Wanderung der ersten Türken in die Bundesrepublik war damals in erster Linie von der deutschen Wirtschaft befürwortet worden. Seinerzeit standen einer halben Million offener Stellen nur 180000 Arbeitssuchende gegenüber. Die Anwerbung türkischer Arbeitnehmer folgte rein aus wirtschaftlichen Überlegungen. Das *Bundesarbeitsblatt*, Organ der Arbeitgeber, meinte damals in bemerkenswerter Deutlichkeit:

„Die Arbeitgeber werben Ausländer an, weil sie für ihre zu besetzenden Stellen Arbeitskräfte im eigenen Land nicht finden... Kein deutscher Arbeitgeber beschäftigt Ausländer, um damit Bildungs- oder Entwicklungspolitik zu betreiben. In erster Linie interessiert ihn die Arbeitskraft und was sie für den betrieblichen Produktionsprozess zu leisten imstande ist.“

Schon vor der *deutsch-türkischen Regierungsvereinbarung* zur Regelung der Vermittlung türkischer Arbeitnehmer wurde am 15. Juli 1961, im Istanbuler Stadtteil Tophane, an der Lüleçiler Str. 24, eine deutsche Verbindungsstelle eingerichtet, die sich mit der Vermittlung geeigneter türkischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik Deutschland befasste. Im Vorfeld wurden die Bewerber vom türkischen Arbeitsamt *İş ve İşçi Bulma Kurumu* nach den Auswahlkriterien auf ihre Voraussetzungen für die Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik überprüft.

Zuvor eine Tauglichkeitsprüfung

Mit der Aufforderung, sich einer Tauglichkeitsprüfung zu unterziehen, mussten die Bewerber folgendes beachten:

„... wenn Sie die berufliche und gesundheitliche Prüfung nicht bestehen, werden Sie nicht nach Deutschland geschickt.“

... wenn Sie die erste Auswahl bestehen, werden Sie von Spezialisten und Ärzten des Anwerbelandes einer gesundheitlichen Überprüfung unterzogen. Wenn Sie sie nicht bestehen, so werden Sie nicht nach Deutschland geschickt. Ein Einspruchsrecht besteht nicht. Um die gesundheitliche Prüfung zu bestehen, wird vorausgesetzt, dass Sie noch nie operiert wurden, keine Ohrenentzündung hatten und ihr Röntgenbild in Ordnung ist.

...wenn Sie innerhalb der letzten fünf Jahre auf Grund schwerer Straftaten zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurden, werden Sie nicht nach Deutschland geschickt.

Besorgen Sie sich einen sauberen Anzug, ein Hemd, eine Krawatte, einen Hut für die Ausreise ... Diejenigen, die schlecht gekleidet sind, werden nicht nach Deutschland geschickt.“

Alles in allem hat man das Gefühl, es handele sich hier um eine Strafkolonie. Dieses Herr-Knecht-Verhältnis wird natürlich das Deutschlandbild der späteren Jahre prägen. Aus Sicht der Türken begegnete man in dieser Zeit dem Deutschen nie selbstverständlich, sondern es war gekennzeichnet von einer unterwürfigen Haltung. Um dies genau zu beschreiben, will ich hier noch ein Beispiel anführen.

Die Tauglichkeitsprüfung aus der Sicht der Arbeitsemigranten beschreibt am anschaulichsten der bekannte englische Autor *John Berger* in seinem Buch „Der siebte Mann“:

„Sie werfen schnelle Blicke auf die Vorrichtungen und Maschinen, die benutzt werden, um sie zu untersuchen. Ebenso hastige Blicke tauschen sie untereinander, jeder versucht die Chancen der Nebenmänner mit seinen eigenen zu vergleichen. Nichts hat ihn auf diese Situation vorbereitet. Sie ist beispiellos. Und doch ist sie bereits normal. Die demütigende Forderung, sich vor Fremden zu entblößen. Die unverständliche Sprache, die die verantwortlichen Funktionäre sprechen. Die Bedeutung der Tests. Die Nummern, die ihnen mit Filzstift auf den Körper geschrieben werden. Die strenge Geometrie des Raumes. Die Frauen, wie Männer in Overalls gekleidet. Der Geruch einer unbekanntesten medizinischen Tinktur. Das Schweigen so vieler, die wie er selbst sind. Der nach innen gekehrte Blick der meisten, der dennoch kein Blick der Sammlung oder des Gebets ist. Wenn dies bereits normal ist, dann deshalb, weil das Folgeschwere ihnen allen ausnahmslos widerfährt.“

Dann ab mit dem Sonderzug ins „Gelobte Land“

Waren alle diese Hürden genommen, erhielten die Ausgewählten einen Arbeitsvertrag und konnten im Sonderzug die Reise ins gelobte Land antreten.

Ich selbst lebte zu dieser Zeit in Istanbul und besuchte das Gymnasium *Istanbul Erkek Lisesi*. Vor den Toren unserer Schule drehte man gerade den James Bond Film „Liebesgrüße aus Moskau“. Die Bediensteten der Schule wollten von uns Schülern die Bewerbungsformulare für Deutschland ins Türkische übersetzt haben. Eine



Türken in Deutschland

Mit 2,11 Millionen Menschen stellen die Türken in Deutschland die größte Minderheit dar. Nur wer die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hat, darf von ihnen an den Wahlen teilnehmen, wie hier eine Familie türkischer Abstammung in Berlin-Kreuzberg bei der Bundestagswahl vom 27. September 1998.

Aufnahme: dpa – Bildarchiv

Hysteriewelle erfasste ganze Dörfer in Anatolien. In „Almanya, Almanya“, im gelobten Deutschland, würden Milch und Honig fließen. Viele Türken, die wenig verdienten oder keine Arbeit hatten, wollten aufbrechen in das Land des Wirtschaftswunders. In der Schule lasen wir gerade „Herr Puntila und sein Knecht Matti“ von *Bertolt Brecht*. Das Bild der Bundesrepublik in diesen Jahren war flankiert von Respekt, Fleiß, Reichtum und technischem Fortschritt. Nicht nur Gastarbeiter wollten in die Bundesrepublik, sondern auch viele türkische Studenten, die in diesem verheißungsvollen Land den neuesten Stand der Naturwissenschaften entdecken wollten.

Das deutsche Türkeibild wurde sehr stark von den Gastarbeitern bestimmt

Das Türkeibild auf der deutschen Seite war noch nicht ausgeprägt. Die sogenannten Gastarbeiter sollten die gegenseitige Wahrnehmung beider Völker prägen. Die Lebensweise, die Religion, die „Eigenart“ der Gastarbeiter prägte das Bild von der Türkei in Deutschland. Türken in der Türkei machten sich ein Bild von der Bundesrepublik durch die Erzählungen des Nachbarn, der in die Bundesrepublik ausgewandert war und nun seinen Sommerurlaub in der Heimat verbrachte. Der mitgebrachte Mercedes als Statussymbol erzeugte zugleich Neid, Respekt und Neugier. Man wollte nun auch selbst nach „Almanya“.

In den Siebzigern machte sich die Bundesrepublik auch einen Namen als Fußballnation. Sie war zum zweiten Mal Weltmeister geworden. Überall in der Welt kannte man *Beckenbauer*, *Müller* und *Netzer*. In der Türkei waren sie die Idole der sportinteressierten Jugendlichen. Die Deutschen waren wieder beliebt. Eine Wirtschaftsmisere herrschte in diesen Zeiten in der Tür-

kei, und die politische Instabilität bewegte das Militär, in einem Zyklus von zehn Jahren dreimal zu putschen. Eine vierte Kraft etablierte sich langsam und stetig in der globalen Welt und gewann an Macht: die Medien. Innerhalb von Sekunden wusste man, wo was wie geschah. Die Zeitungen, der Rundfunk und das Fernsehen erzeugten das Meinungsbild.

Das Bild der Türkei in den Achtzigern war in Europa von politischen Motiven geprägt. Im Mittelpunkt standen Menschenrechtsverletzungen, Kurdenpolitik und mangelhaftes Demokratieverständnis. Die Türkei kann allerdings auf einem anderen Gebiet Pluspunkte sammeln: im *Tourismus*. Hier stammen die meisten Touristen aus Deutschland. Die türkische Gastfreundschaft steht im Widerspruch zu den Informationen aus den Medien. Die kognitive Dissonanz macht sich auch in den Umfragen bemerkbar: Bei sozialen Distanzfragen („Würden Sie mit einem Türken...“) und bei Standortbestimmungen („Gehört die Türkei zu Europa?“) gibt es eine Pattsituation. Etwa die Hälfte der Deutschen ist den Türken und der Türkei wohlgesonnen. Die andere nicht.

Und wie sieht in diesen Jahren die Situation in der Türkei aus? Verglichen habe ich diese Situation damals mit einem unglücklichen Liebesverhältnis. Die Geliebte versucht alles, um dem anderen zu gefallen. Doch je leidenschaftlicher sie hinter dem Geliebten her läuft, desto schneller rennt er von ihr weg. Aber liegt dieser Zustand nicht in der Natur aller Sachen? Immerhin, die einseitige Liebe erreicht ihren Höhepunkt, als der damalige Bundespräsident *Richard von Weizsäcker* den *Atatürk-Preis* verliehen bekommt.

Das Deutschland-Bild in der Türkei ist nach Mölln und Solingen gekippt

1987 wurde das Beitrittsgesuch der Türkei von der Europäischen Union abgelehnt.

Die Türkei war sehr enttäuscht, da er in der Bundesrepublik Deutschland nicht den Fürsprecher fand, den sie sich erhofft hatte. Angeführt von *Turgut Özal*, begann in Ankara für viele Politiker ein Prozess der Neuorientierung: Man wollte sich *näher an die USA* binden. Aber die richtige Loslösung und Emanzipation von der Bundesrepublik, erfolgte nach der Vereinigung beider deutschen Staaten Anfang der Neunziger. Es waren die traurigen Ereignisse in Mölln und Solingen, die den diplomatischen Umgangsform Ankaras mit Bonn in einer bis dahin nicht vorhandenen Weise beeinträchtigten. Aber auch anderswo ändert sich das Deutschlandbild. In meinem Tagebucheintrag (in „Denk ich an Deutschland“, erschienen bei Fischer 1993) habe ich am 26. 11. 92 notiert:

„– Die deutschen Goethe-Institute verzeichnen als Folge der Mordanschläge in Mölln erstmals ein rückläufiges Interesse an ihren Angeboten im In- und Ausland.
– Amerikanische und japanische Firmen nehmen von ihren Investitionsvorhaben in den neuen Bundesländern Abstand.
– Die deutschen Industrie- und Handelskammern befürchten, dass ein Boykott im Ausland für Produkte *Made in Germany* hereinbrechen könnte.
Dies alles zeigt, wie Wirtschaft und Kultur eines Landes im internationalen Geflecht isoliert werden können, wenn der innere Frieden im eigenen Land durch rassistische Übergriffe erschüttert wird. Wenn sich die Lage in Deutschland verschlechtert, könnten die Reaktionen noch größere Dimensionen annehmen.“

Das Deutschlandbild in der Türkei ist gekippt, es steht am tiefsten Punkt. Ich notierte weiter:

„Die Türkei will eine parlamentarische Kommission anreisen lassen, um die Lage der Menschenrechte in Deutschland zu überprüfen. Ich verstehe dabei die empörten Reaktionen einiger meiner deutschen Journalisten-Kollegen nicht. Anscheinend ist ihr Stolz oder ihre demokratische Eitelkeit verletzt. Einer kommentiert, dass Deutschland seit mehr als vierzig Jahre ein Rechtsstaat wäre und dies nicht zuletzt auch Türken wissen sollten, die Vereine gründen, ihre Religion praktizieren, Zeitungen herausgeben . . . Ich verzichte darauf, diese Kommentare zu kommentieren. Stelle aber die Frage, warum denn die parlamentarische Kommission aus der Türkei sich nicht vor Ort ein Bild machen sollte?“

Die kalte Schulter der EU

Auf jeden Fall erzeugen die traurigen Ereignisse in Mölln, Solingen und Rostock etwas, was es bis dahin nicht gegeben hat: einen gleichberechtigten Umgang zwischen türkischen und deutschen Politikern. Inzwischen läuft die außenpolitische Umorientierung der Türkei weiter. Eine Wirtschaftsunion der Schwarzmeerranrainestaaten und die enge Beziehung zu den Turkrepubliken Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Aserbaidschan und Kirgistan lässt die Türkei, langsam aber sicher, zu einer Regionalmacht aufsteigen. Ein Verteidigungspakt mit Israel und verschiedene Abkommen mit den USA flän-

kieren den Einfluss, den die Türkei im Dreieck zwischen Europa, Kaukasus und Nahem Osten gewinnt. Die Bedeutung der Türkei wird während dessen von Deutschland und der EU anders eingeschätzt. Auf dem Luxemburger Erweiterungsgipfel der EU 1997 wird die Türkei vom Beitrittsprozess ausgeschlossen.

Nicht nur die türkische Regierung, sondern die meisten Türken fühlten sich durch die Entscheidung in Luxemburg brüskiert. Der Mann auf der Straße, ob in Istanbul oder in Ankara, fragt sich, warum z.B. Bulgarien oder Rumänien in den Erweiterungsprozess der EU aufgenommen wurden und die Türkei nicht, die ja seit 1963 mit der Europäischen Union assoziiert ist.

Die deutsch-türkischen Beziehungen waren in Luxemburg an einem historischen Tiefpunkt angelangt. Die Ablehnung durch die EU sei in Wirklichkeit eine Ablehnung durch den deutschen Bundeskanzler gewesen, meinte der damalige türkische Ministerpräsident *Mesut Yılmaz*. Während seines Treffens mit *Bill Clinton* in Washington warf er der Bundesregierung vor, aus Europa einen „christlichen Klub“ machen zu wollen. Bundeskanzler *Helmut Kohl* habe bei einer Konferenz der christdemokratischen Parteien 1997 in Brüssel erklärt, die Europäische Union beruhe auf christlichen Prinzipien und habe keinen Platz für Staaten, welche diese Identität nicht teilten. Damit war natürlich die Türkei ge-

meint. Die Vorwürfe wurden von der Bundesregierung zwar als „abwegig“ zurückgewiesen, aber der SPD-Außenpolitiker *Günter Verheugen* warf Bundeskanzler *Kohl* vor, zu den Angriffen von *Yılmaz* Anlass gegeben zu haben. Tatsächlich habe sich *Kohl* im Kreise der konservativen europäischen Regierungschefs in dem vom türkischen Ministerpräsidenten kritisierten Sinne geäußert. Und dies sei ein Beispiel für die Doppelbödigkeit der deutschen Politik gegenüber Ankara: „Wenn die Türken nicht dabei sind, heißt es: Die können wir nicht brauchen – und wenn man mit ihnen spricht, werden große Worte gemacht,“ sagt *Verheugen*. Die tatsächliche Krise zwischen Bonn und Ankara beschworste jedoch *Yılmaz* erst herauf, als er der Bundesregierung vorwarf, in ihrer Europa-Politik die „Lebensraum“-Strategie des Dritten Reiches fortzusetzen. Das war wiederum für Bonn zu viel. Die deutsch-türkischen Beziehungen standen kurz vor dem Abbruch.

Der andere Blick der Amerikaner

Nur die Amerikaner betrachteten die Türkei anders als die Europäer. Erinnert sei nicht nur an die Äußerung des US-Präsidenten *Bill Clinton* in Berlin, als er während seiner Rede anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Luftbrücke unterstrich, dass ein starkes Europa die Türkei einschließen müsse. Schützen-

Das neue Staatsbürgerschaftsrecht
Insgesamt leben in Deutschland 7 308 500 Ausländer

Einen Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft haben . . .

- in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern**
 - wenn ein Elternteil seit 8 Jahren in Deutschland lebt und seit mind. 3 Jahren eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung hat
 - bis zum 23. Lebensjahr Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit oder die der Eltern
- Kinder bis zehn Jahre**
 - Übergehung auf Antrag
- Ausländer, die diese Voraussetzungen erfüllen**
 - 8 Jahre Aufenthalt in Deutschland (bisher 15 Jahre)
 - Aufenthaltsverlaubnis/-berechtigung
 - Bekanntnis zum Grundgesetz, keine verfassungswidrige Tätigkeit
 - Sicherung des Lebensunterhalts i. d. R. ohne Sozial- oder Arbeitslosenzulage
 - Deutschkenntnis

Statistische Angaben: Stand 31. 12. 1998

jährlich 40 000 – 50 000 Neugeborene
ca. 280 000 Kinder
ca. 3 715 500 Ausländer

150 00 Neubürger

Seit Jahresanfang gilt in Deutschland das neue Staatsbürgerschaftsrecht, das – anders als das alte Recht – auch die Geburt in Deutschland als Grund für die deutsche Staatsangehörigkeit erlaubt. Außerdem ist die Aufenthaltsfrist, nach der die deutsche Staatsbürgerschaft den ausländischen Mitbürgern zusteht, von 15 auf acht Jahre deutlich verkürzt worden. Die doppelte Staatsbürgerschaft wird zwar bei Erwachsenen in der Regel nach wie vor nicht hingenommen, ist bei Kindern und Jugendlichen aber möglich. Als Erwachsene werden sich allerdings auch diese Kinder für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen. Unverändert blieb die Möglichkeit der Ermessenseinbürgerung, bei der beispielsweise Aufenthaltsfristen nicht berücksichtigt werden müssen. – Wie viele Neubürger es mit der Gesetzesnovelle geben wird, kann nur geschätzt werden. Denn vor allem die Regelung, dass die alte Staatsangehörigkeit abgegeben werden muss, lässt viele Ausländer zögern. Die Bundesregierung geht davon aus, dass im Jahr 2000 etwa 150 000 bis 200 000 Ausländer Deutsche werden. Globus

hilfe erhielt der türkische Wunsch nach einer EU-Vollmitgliedschaft 1997 auch von dem früheren US-Botschafter in Bonn, *Richard Burt*. „Die Türkeipolitik“, sagte er in einem Interview, werde „der deutschen Innenpolitik geopfert.“

Der stellvertretende amerikanische Außenminister *Strobe Talbott* äußerte sich über die deutsch-türkischen Beziehungen in demselben Sinne. Eine Abweisung der Türkei sei dem pan-europäischen Sicherheitsbestreben abträglich. Die Politik der offenen Tür sei die wichtigste Leitlinie beim Bau des neuen Europa. Einige der gegen die Türkei vorgebrachten Argumente seien 400 Jahre lang Teil des europäischen Systems gewesen und wurzelten offenbar in Vorurteilen gegenüber Moslems. Und der Platz eines Staates in der europäischen Familie dürfe nicht daran festgemacht werden, ob dessen Bild von Kirchturmspitzen oder Minaretten geprägt werde, sagte *Talbott* 1998 in Helsinki.

Auch die Wirtschaftslage der Türkei – trotz gegenwärtig hoher Inflation – wird in den USA anders beurteilt als in Westeuropa. Nach einem Artikel in *Time-Magazin* z.B., das die Titelgeschichte seiner ersten Ausgabe 1998 der Türkei widmete, ist die Türkei durchaus im Stande, in einigen Jahren dank ihres Wirtschaftspotenzials mit der Bundesrepublik zu konkurrieren. Manche mögen da vielleicht lachen. Wer jedoch zuletzt lacht, lacht am besten, meint der türkische Außenminister *Ismail Cem* und erklärt, warum die USA dem Land zwischen Europa und Asien eine andere Bedeutung beimessen als Westeuropa:

„Die Vereinigten Staaten betrachten die Türkei politisch anders als die EU. Die USA verfolgen langfristig strategische Ziele. Die Europäische Union ist verständlicherweise zu sehr mit ihren inneren Angelegenheiten beschäftigt. Zur Zeit eben mit dem Euro und damit, wie sie die einzelnen nationalen Institutionen auf europäischer Basis vereinheitlichen und zusammenschließen kann. Die USA verfügen über eine globale Vision: Sie interessieren sich nicht nur dafür, was in den Vereinigten Staaten läuft, sondern auch z.B. für die Entwicklung in Mittelasien, für die weltweite Energiesituation im Jahre 2008 oder aber für die neu zu errichtenden Erdöl- und Gasleitungen im Jahre 2010. Deswegen verfolgt sie aufmerksam die sich (ver-)ändernden Machtverhältnisse. Und wenn man strategisch an diese Probleme herangeht, dann kommt der Türkei eine tragende Rolle zu. Die Türkei steht nicht nur im Mittelpunkt des eurasischen Geflechtes von Erdöl und Gasleitungen, sondern sie hat auch eine dynamisch wachsende Wirtschaft mit einer jungen Bevölkerung. Wenn die Türkei gut regiert wird, dann bin ich der Meinung, dass sie bis zum Jahre 2010 eine führende Wirtschafts- und Regionalmacht sein kann.“

Der Neuanfang von 1999

War das Deutschlandbild in der Türkei aus den oben beschriebenen Gründen an einem Tiefpunkt angelangt, sollte sich 1999 plötzlich alles ändern. Wie ich anfangs geschrieben habe, hängt die Beurteilung und die Einschätzung gegenüber einem Land, einem Volk von vielen Faktoren ab. Manchmal genügt eine kurze Bekanntschaft und eine Geste eines Menschen, um das Bild eines Landes, das wir durch die verzerrten Bilder eines Fernsehens (vermeintlich) zu kennen glauben, total zu revidieren. Manchmal ist es auch nur ein Politiker, der in der gegenwärtigen Landschaft der Politikverdrossenheit den Menschen wieder Mut und Hoffnung gibt. Manchmal können sogar Katastrophen und gemeinsames Leid zwei verfeindete Völker einander näherbringen, wie es letztes Jahr nach der Erdbebenkatastrophe zwischen der Türkei und Griechenland geschehen ist. Es gibt zweifelsohne viele Ereignisse und Erkenntnisse, die den Menschen dazu bewe-

gen, seine vorgefasste Meinung zu ändern. Viele Faktoren kamen auf einmal in so kurzer Zeit zusammen, dass das Türkei-bild in Europa und in Deutschland eine positive Änderung vollzog. In Brüssel und in Berlin kam so etwas wie eine Respekt-haltung gegenüber dem Lande auf, das man jahrhundertlang symbolisch als den „kranken Mann am Bosphorus“ bezeichnet hatte.

Die Ereignisse überschlugen sich. PKK-Chef *Abdullah Öcalan* wurde durch den türkischen Geheimdienst aus Kenia nach Imrali gebracht. Die Bundesrepublik Deutschland musste sich den Vorwurf gefallen lassen, rechtsstaatliche Prinzipien, die sie von der Türkei forderte, selber nicht einzuhalten, weil sie keinen Auslieferungsantrag für *Öcalan* bei den italienischen Behörden stellte, obwohl in Deutschland ein Haftbefehl gegen ihn vorlag. Trotz der Misstim-mungen hielt der neue Bundeskanzler *Gerhard Schröder* an seiner Politik fest, die Türkei als europäischen Staat anzusehen.

Im Dezember unternahm US-Präsident *Bill Clinton* seine längste Auslandsreise in die Türkei. Trotz des Erdbebens fand die letzte KSZE-Konferenz in Istanbul statt. Amerikanische Rating Organisationen wie *Standard & Poors* und *Moody's* räumten der Türkei durch gestiegene Kreditfähigkeitsnoten eine höhere Glaubwürdigkeit ein. Und prompt stieg der Index der Istanbuler Börse auf ein Jahreshoch, so dass sie im Januar 2000 zur gewinnträchtigsten Börse der Welt avancierte. Auch Sportereignisse wie die Schwimm-Europameisterschaften in Istanbul und der Sieg gegenüber der deutschen Fußballnationalmannschaft, erweckte bei den Türken ein neues Selbstbewusstsein und bei den Deutschen Respekt. Schließlich wurde die Türkei Ende 1999 als Beitrittskandidat von der Europäischen Union anerkannt.

Die deutsch-türkischen Beziehungen sind wieder normalisiert, nicht zuletzt, weil die besonnen reagierende türkische Regierung unter *Bülent Ecevit* das Todesurteil gegenüber *Abdullah Öcalan* vorläufig ausgesetzt hat. Sie will vorerst das Urteil des *Europäischen Gerichtshofes* für Menschenrechte abwarten. In der Zwischenzeit diskutiert das türkische Parlament in Ankara über die gänzliche Abschaffung der Todesstrafe. Vielleicht bietet das neue Jahrtausend eine Möglichkeit, dass beide Staaten und Völker, sowohl Deutsche als auch Türken, sich normal und selbstverständlich begegnen. Die Türkei wird dann nicht mehr vor den Toren Europas stehen, sondern innerhalb Europas. Und in dieser Wertegemeinschaft sollten sie miteinander so umgehen, wie einst der frühere Bundeskanzler *Helmut Schmidt* in Sachen Freundschaft und Beziehung forderte:

„Wir sind einander durch Grundwerte verbunden, so sehr wir uns auch voneinander unterscheiden. In solcher Freundschaft ist gegenseitige Kritik notwendig und hilfreich. Wer gegenüber dem Freunde Kritik unterdrückt, kann auf die Dauer kein guter Freund bleiben. Wer seine eigenen Interessen gegenüber dem Freund nicht vertritt, kann eben dadurch Respekt und Freundschaft verlieren.“



Erleichterung Einbürgerung

Sie gehören zum kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Bundesrepublik und sind aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken: 7,32 Millionen Ausländer und Ausländerinnen leben in Deutschland; das sind rund neun Prozent der gesamten Bevölkerung. Mit 2,11 Millionen Menschen stellen die Türken die größte ausländische Gruppe, gefolgt von Jugoslawen (720 000) und Italienern (612 000). Nach dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht, das seit 1. Januar 2000 gültig ist, kann fast die Hälfte der hier lebenden Ausländer deutscher Staatsbürger werden – wenn sie ihre Staatsbürgerschaft aufgeben wollen. Alle in Deutschland geborenen Kinder sind von sofort an mit ihrer Geburt Deutsche, wenn ein Elternteil seit mindestens acht Jahren in der Bundesrepublik lebt. Bis zum ihrem 23. Lebensjahr können diese Kinder den deutschen und einen ausländischen Pass besitzen. Dann müssen sie sich für eine ihrer beiden Staatsbürgerschaften entscheiden. Globus

„Vergnügte Unterhaltung“ und „Zustände verändern“

Vereine und Politik

Das Beispiel der Gesangsvereine

Von Angelika Hauser-Hauswirth

Dr. Angelika Hauser-Hauswirth leitet das Referat Landeskunde/Landespolitik in der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Sie ist Autorin des Buches „150 Jahre Schwäbischer Sängerbund“, das 1999 reich illustriert im Silberburg Verlag Tübingen erschienen ist.

Nach dem „Jahr des Ehrenamts“ liegt es nahe, ein Blick in die Geschichte des deutschen Vereinswesens zu werfen. Vereine hatten von Anfang an sowohl politische Zielsetzungen als auch politische Bedeutung, waren zum Teil Vorläufer und Ersatz politischer Parteien, als staatliche Verbote politische Organisationen untersagten. Satzungen regelten die Willensbildung der Vereine streng formal und nach demokratischen Regeln. In den Vereinen erlernten die Menschen – und lernen auch heute noch – die Fertigkeiten, die sie für die politische Beteiligung benötigen. *Red.*

Gründung trotz Revolution?

Mit einem großen Sängerfest in Ulm und einem Festakt in der Gründungsstadt Göppingen feierte der *Schwäbische Sängerbund* im Jahr 1999 sein 150-jähriges Jubiläum. Aber auch der *Schwäbische Turnerbund*, *Deutsche Katholikentage* und *Evangelischer Kirchentage* konnten in den Jahren 1998/99 auf 150 Jahre zurückblicken. Alle genannten Institutionen und Verbände wurden also in den Jahren der Revolution von 1848/49 gegründet.

Das kann kein Zufall sein! Weshalb hat man den *Schwäbischen Sängerbund* gerade 1849, den *Schwäbischen Turnerbund* 1848 gegründet? Es waren unruhige Jahre: 1846/47 Hungersnot. Dann Aufstände, Revolution, unruhige Zeiten. Man hatte sicher andere Sorgen. Weshalb also gerade 1848/49?

In Schwäbisch Hall entstand 1817 der älteste Gesangsverein in Deutschland

Im 18. Jahrhundert gab es zwei Arten des gemeinsamen Gesangs: Zum einen waren dies Konzerte an den *Höfen*, bei denen Musik und Künstler meist italienisch waren. In „besseren Kreisen“ gab es auch *Hauskonzerte*, gepflegte Abendunterhaltungen. Daneben gab es *Kirchenchöre*, von denen manche inzwischen bereits ihr 350-jähriges Jubiläum feiern konnten. Um 1800 bestand sogar der hohe Anspruch, mit dem gesamten Kirchenvolk vierstimmig zu singen. Dies war letztlich

nicht realisierbar, zumal die Schüler der hierzu Vorbildenden Lateinschulen immer weniger wurden, auch eine Folge der Säkularisation und der damit verbundenen Aufhebung der Klosterschulen.

Nun entstanden außerhalb der Kirchen *Männerchöre*, die sich zunächst fast alle „Liederkranz“ nannten. Die ersten Chöre in Württemberg entstanden um 1820. Nach *Zelters* exklusiver Sängerrunde in Berlin und *Nägels* Männerchor in Zürich wurde 1817 der *Musikverein Hall in Schwäbisch Hall* gegründet. Trotz seines Namens handelt es sich um den ältesten Gesangsverein in Deutschland.

Vereine waren etwas Neues

Für uns ist es heute selbstverständlich: einem Verein treten wir bei oder wir treten wieder aus – beides ist unsere eigene Entscheidung. Ende des 18. Jahrhunderts waren Vereine etwas ganz Neues. Vorher gab es nur Körperschaften, denen man durch Geburt oder Stand zwangsweise angehörte. Vereine waren nun ein „freier organisatorischer Zusammenschluss“. Neben dem Aspekt des Freiwilligen war auch jener des „Zweckorientierten“ wichtig. Man schloss sich zusammen, um gemeinsam etwas zu unternehmen oder um etwas zu erreichen. Vor allem vier Zielrichtungen unterscheiden man: „vergnügte Unterhaltung“, „friedfertig belehren“, „allgemeine, öffentliche, gesellschaftliche Zustände verändern“ und „Kunst oder ihrer Wissenschaft dienen“.

Zunächst entstanden – durchaus herrschaftlich gefördert – *Lesevereine*. Man wollte sich zunehmend informieren, und Zeitungen konnte sich nicht jeder leisten. Die in den Räumen der Lesegesellschaft ausgelegten Presseerzeugnisse konnte jeder lesen, nebenbei kam man natürlich auch ins Gespräch. Auch vielerlei Bildungsvereine für spezielle Themen entstanden. König *Wilhelm I.* von Württemberg initiierte 1818 einen *landwirtschaftlichen Verein* zur Fortbildung der Bauern im Land und das *Cannstatter Volksfest*, das jährlich an seinem Geburtstag stattfand. Nicht so sehr der Gedanke, die Bauern von ihrem harten Leben abzulenken, stand dahinter, sondern die Idee, durch bessere Bildung neue landwirtschaftliche Bearbeitungsmethoden anzuwenden und damit bessere Erträge zu erzielen.

Die Gesangsvereine bildeten – von der selbst gestellten Aufgabe her gesehen – eine Mischform im neuen Vereinswesen.

Sie wollten „friedfertig belehren“: Das Ideal *Pestalozzis*, dass Bildung den Menschen gut mache, stand dahinter. Die Chöre hatten einen sehr hohen Erziehungs- und Bildungsanspruch. Die Stimme sollte gebildet werden, aber auch die Auswahl der Lieder sollte Niveau haben.

Einen ähnlichen erzieherischen Anspruch hatten die *Turnvereine*, die zunächst in Berlin von *Friedrich Jahn* – der nicht umsonst später „Turnvater“ genannt wurde – gegründet wurden, um 1820 dann auch im Südwesten entstanden. Motiv war, dass „in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wehe“. Der erste Turnplatz in Württemberg war eine alte Scheune in Hirsau. Die Mitglieder der Turnvereine waren zum größten Teil Handwerksburschen, zum Teil auch Studenten. Die Zusammensetzung war also weniger bürgerlich als bei den Gesangsvereinen. Identisch war allerdings, dass die ersten Vereine in den Städten entstanden.

Verkappte politische Zielsetzungen

Die Gesang- und Turnvereine wollten aber auch „Zustände verändern“. Sie waren höchst politische Gründungen des Bürgertums. Politische Zusammenschlüsse waren auf Grund der *Karlsbader Beschlüsse* von 1819 nicht erlaubt. Was blieb anderes übrig, als den Versuch zu machen, indirekt zu wirken. Dabei waren wichtigste Ziele die *nationale Einheit*, die *Liberalisierung* und die *Demokratisierung*. Die Lieder jener Zeit bringen die Forderungen deutlich zum Ausdruck. Das aus einem Lied von 1830 entnommene Motto der Ausstellung des Schwäbischen Sängerbundes „Freiheit – Einheit – Liedeslust“ zeigt die Ziele der damaligen Gesangsvereine ganz deutlich. Ein falsches Lied konnte mit Gefängnis oder beruflicher Versetzung bestraft werden. So hatte ein Beamter in Stuttgart, Mitglied des Stuttgarter Liederkranzes, alle Mühe, eine Versetzung nach Ellwangen zu verhindern, weil er mit seinem Verein „Polenlieder“ gesungen hatte.

Natürlich spielte auch die „vergnügte Unterhaltung“ eine Rolle. So wird berichtet, man habe Silvesterfeiern, Bälle und „Gesangsproduktionen“ organisiert. Die Veranstaltungen müssen sehr begehrt gewesen sein, denn es wurde eigens festgelegt, dass außer Ehefrauen nur noch „Bräute“ kostenlos eingeführt werden dürfen. Richtige Volksfeste scheinen Faschnachtsveranstaltungen gewesen zu sein.

Die Vereine – nicht nur die Gesangsvereine – waren sehr auf *demokratische Strukturen im Inneren* bedacht.



Schwäbisch Hall 1838: Die am Liederfest teilnehmenden Vereine vor St. Michael

Es gab Satzungen, Vorstandswahlen, gemeinsame Beschlüsse, fristgerechte Einladungen und Rechenschaftsberichte. Wie gemütlich es damals noch im Wirtschaftsleben zuging, beweisen Einladungen zu solchen Sitzungen auf 10 Uhr an einem Werktag-Vormittag.

Und die Frauen?

Kirchenchöre waren Frauenchöre oder gemischte Chöre gewesen, die neuen Liederkränze dagegen waren Männerchöre. Der *Stuttgarter Liederkranz* hatte zwar einen eigenen Frauenchor, der von *Emilie Zumsteeg* geleitet wurde, aber zur Auf-führung durfte sie nicht auftreten, sondern sie musste den Taktstock an ihren männlichen Kollegen vom Männerchor abgeben. Auch wurde *Emilie Zumsteeg* aus Anlass des 25jährigen Jubiläums des *Stuttgarter Liederkranzes* zum Ehrenmitglied ernannt – normale Mitglieder durften die Frauen nicht sein!

Andererseits war es Frauen bis zum Jahr 1908 gar nicht erlaubt, sich politisch zu betätigen. Was umgekehrt aber auch ein Beweis dafür ist, dass die Vereine in der Tat politisch waren. Bei Festen durften Frauen dabei sein. Und in Zeiten, in denen das Sticken von – entsprechenden – Fahnen mit Zuchthaus bestraft wurde, war auch diese, heute vielleicht als unbedeutend angesehene, Tätigkeit politisch.

Liederfeste als politische Demonstration

Feste im 19. Jahrhundert sind nicht gleichzusetzen mit Festen heute. Für den Großteil der Bevölkerung gab es zuvor lediglich *kirchliche Feste* im Jahreslauf. Richtige, also „unterhaltende“ Feste gab es nur am Hof. Nach der Befreiung von der Herrschaft *Napoleons* gab es die ersten *Nationalfeste*, z.B. das Wartburgfest. Im ersten

Hochgefühl des gemeinsamen Sieges wurde dieses als ein erstes allgemeines, da alle Schichten Volk und Herrschaft – umfassendes Fest empfunden. Von der zunächst beschworenen Gemeinschaft zwischen Herrschern und Volk war wenig später nichts mehr zu spüren und auch die kleinste Liberalisierung wurde durch die Karlsbader Beschlüsse zunichte gemacht. Ältere Sänger und Turner erzählen auch heute noch von Festen als Höhepunkte des Vereinslebens. Die Sänger waren die ersten, die auf die Idee kamen, sich mit Vereinen aus der Nachbarschaft zu einem Fest zu treffen. 1827 fand das erste größere Liederfest in Plochingen statt. Ziel war es, möglichst die verschiedenen Schichten mit einzubeziehen:

„Niedersinken vor des Gesanges Macht der Stände lächerliche Schranken“. Dieser Satz in der Ansprache *Karl Pfaffs* in Plochingen wird bis heute am häufigsten zitiert.

Schon die *Dekoration* bei den Festen war revolutionär. 1831 beim Liederfest in Esslingen schmückten neben Blumen und Zweigen französische und polnische Fähnchen die – allerdings säkularisierte, d.h. verweltlichte – Kirche. Schwarz-Rot-Gold – die Farben der Freiheitsbewegung – das man sich noch nicht getraut. Wichtiger Punkt der Feste war eine politische Rede, für die man sich auch bedeutende Redner von außen einlud. Turnfeste verliefen ähnlich wie die Sängerfeste. Auch hier war die politische Rede der Hauptpunkt, gesungen wurde auch hier, Turnen war Nebensache. 1844 fand ein gemeinsames Fest in (Schwäbisch) Gmünd statt.

Skandal in Esslingen

Nach der Juli-Revolution 1830 in Frankreich gab es für eine kurze Zeit eine kleine Erleichterung bei Pressefreiheit und Vereinsfreiheit. Forderungen nach Demokra-

tisierung und nationaler Einheit wurden formuliert. Im Februar 1832 wurde die 1830 erfolgte Lockerung durch ein Koalitionsverbot für politische Vereine wieder zunichte gemacht. Dazwischen hatte es in Polen Aufstände gegen die Herrschaft der Russen gegeben, die auch von württembergischen Bürgern und Vereinen ideell und materiell unterstützt wurden. Auch schwäbische Gesangvereine veranstalteten Benefizkonzerte und sangen Polenlieder. Außerdem war 1831 in Württemberg Wahlkampf für den Landtag gewesen. Die politischen Ziele waren so auch offiziell zu Forderungen geworden.

Am 27. Mai 1832 versammelten sich im zur bayerischen Pfalz gehörenden *Hambacher Schloss* 20000 Menschen. In vielen Reden wurde Pressefreiheit, Demokratie und nationale Einheit gefordert. Bei dem mehrere Tage dauernden Fest wurde auch viel gesungen: vorzugsweise revolutionäre Texte auf bekannte Weisen, bei denen man bei Bedarf rasch auf den ursprünglichen harmlosen Text wechseln konnte. Die Obrigkeit musste reagieren! Überall wurden Menschen mit schwarz-rot-goldenen Kokarden verhaftet.

Kein Wunder, dass es, als nur eine Woche nach dem Hambacher Fest zum fünften Mal das Liederfest in Esslingen stattfand, zum Skandal kam. Wieder waren die leerstehende, geräumige Kirche des ehemaligen Dominikanerklosters und die Stadt-tore und der Festplatz Maille festlich geschmückt. Tausende von Sängern waren anwesend. Mit eher religiösem Gesang fing alles an, nachmittags sollte auf dem Festplatz die übliche Festrede gehalten werden. Darüber wird berichtet, „man“ habe den Festredner an der Festrede gehindert, indem „man“ ihm die Treppe zur Tribune weggenommen habe.

In dieser Situation hatten die Sänger ausgerechnet *Rudolf Lohbauer* als Festredner engagiert, den Redakteur des Organs der liberalen Opposition *Der Hochwächter*. Er war im Wahlkampf 1831 erfolgreich gewesen. Bereits damals gab es Beurteilungen, dass dies weniger ein Sängertreffen, denn eine politische Manifestation war. Es war vorauszusehen, dass die Obrigkeit reagieren würde. Auch in den Jahren danach wurden die Sänger genau beobachtet.

Vereine, Revolution und Cannstatter Volksfest

In den 40er Jahren wurden die Einschränkungen für die Vereine allmählich gelockert. Eine große Zahl neuer Vereine entstand, nun sehr stark auch im ländlichen Raum. Neu bei den Vereinsgründungen war, dass sie sich stärker als bisher *differenzierten*: nach einer Firma, nach einem spezielleren Aufgabengebiet oder auch nach dem gesellschaftlichen Stand. Die ersten Arbeitervereine entstanden.

Anfang Mai 1847 hatte es vor allem in Ulm und in Stuttgart Unruhen und Krawalle gegeben, weil Lebensmittel – und ganz besonders Getreide und Kartoffeln – wie überall in Deutschland und sogar Europa infolge von Missernten rapide teurer wurden. Frauen stürmten die Marktstände und Bäckerläden. Die Regierung ver-

suchte das Problem durch Einfuhr von Getreide zu lösen.

Vielerorts wurden *Volksvereine* gegründet als Vorläufer der Parteien. Auch die bereits bestehenden Turn- und Gesangsvereine beteiligten sich an der Revolution 1848/49 – zumal es sich ohnehin größtenteils um Doppelmitgliedschaften handelte. Beim militärischen Aufstand 1849 in Baden waren auch württembergische Turner mit dabei. Gewiss nicht ohne Grund wurden nach der Revolution eine große Zahl von Vereinen verboten. Gefangengenommene Württemberger wurden nach der Revolution an der badisch-württembergischen Grenze den Behörden übergeben und kamen größtenteils auf den Hohen Asperg.

Im März 1848 gab König *Wilhelm I.* schnell nach und setzte eine liberale Regierung unter *Friedrich Römer* ein. König *Wilhelm* hielt es wohl auch für die beste Methode, Sänger, Turner und Schützen in die Politik zu integrieren und lud 1848 alle drei Gruppen zum Cannstatter Volksfest ein, das 1818 von ihm eingerichtet worden war, zur Förderung der Landwirtschaft. Nun wollte er das Fest weiteren Bevölkerungskreisen öffnen. Er wollte es zu einer umfassenderen wirtschaftlichen Schau erweitern und „auch die volkstümlichen Elemente des Gesangs, der Turnkunst und der Wehrhaftigkeit“ beifügen.

Dabei hatte zum Zeitpunkt der Einladung die Regierung sicherlich noch nicht gewusst, wie kritisch die Situation in den Tagen des Volksfestes möglicherweise werden konnte. Nachdem am 21. September *Gustav Struve* in Lörrach die Deutsche Republik ausgerufen hatte und nun mit einer Zahl von Freischärlern auf dem Weg nach Karlsruhe war, um dort die großherzogliche Regierung zu stürzen, wagte *Gottlieb Rau* am 24. September von Rottweil aus einen ähnlichen Zug nach Stuttgart. Bis zum Sonntag wollte man beim Volksfest in Stuttgart sein. Auch die *Turnliedertafel Reutlingen* wollte mitziehen. König *Wilhelm* verhängte für die Soldaten in den Stuttgarter Kasernen ein Ausgehverbot. *Rau* gab jedoch auf, als zu wenig Anhänger bereit waren, mitzuziehen und als bekannt wurde, dass *Gustav Struve* mittlerweile in Staufen im Markgräflerland geschlagen worden war.

Am Donnerstag, den 28. September 1848, versammelten sich morgens um 9 Uhr etwa 20 Liederkränze im Wilhelmsbad, von denen acht am Wetsingen teilnahmen. Den Preisträgern wurde „vorzüglich geistige Belebtheit und Energie des Vortrags, scharfe Korrektheit und schöner Ton, sowie gute Aussprache des Liedertextes“ bescheinigt. Den zweiten Preis, bestehend aus vier Dukaten und einem Kranz, erhielt eben jene *Turnliedertafel Reutlingen*, die eigentlich hatte im Revolutionszug nach Cannstatt ziehen wollen.

Nachmittags zog man im Festzug, der von Sängern, Turnern und Schützen angeführt wurde, durch die Stadt auf den Wasen. Die Nachmittagsfeier dort wurde mit dem gemeinsam von allen Anwesenden gesungenen Lied „Was ist des Deutschen Vaterland?“ eröffnet. Dies galt bis 1870 als heimliche Nationalhymne. *Theodor Georgii* aus Esslingen, der Gründer des Schwä-

bischen Turnerbundes, hielt die „kräftige Festrede“. Das im Freien stattfindende Fest musste später wegen einsetzenden Regens abgebrochen werden.

Im September 1849 war die Revolution endgültig besiegt. Damit war auch die Hoffnung der Sänger auf die deutsche Einheit für viele Jahre erledigt. Beim Cannstatter Volksfest 1849 waren Sänger, Turner und Schützen wieder dabei. Wie bei allen Sängerfesten, so hatte auch die Festrede 1849 einen tagespolitischen Bezug. Dies mag Regierung und König nicht gefallen haben. Der Festredner leitete die Preisverleihung mit folgenden Worten ein:

„Sangesbrüder und Freunde!

Die Wellen der Begeisterung des Jahres 1848 sind in ein stilles Bett zurückgegangen, und über die Einheitshoffnungen der Deutschen hat sich ein Wolkenschleier gelagert...“

Zwei Tage später berichtet die *Schwäbische Kronik*, „dass eine Verbindung der Liederfeste mit dem landwirtschaftlichen Feste sich nicht als zweckmäßig erwies.“ Eine genaue Begründung wird nicht gegeben.

Die Ausbreitung des Vereinswesens machte die Gründung von Dachorganisationen nötig

Versammlungen der Volksvereine, der Vorläufer unserer heutigen Parteien, waren nicht anders organisiert als zuvor die Sängerfeste und Turnfeste. Nur war jetzt die politische Versammlung, das politische Fest, auch offiziell möglich. Inzwischen waren in ganz Württemberg – und darüber hinaus – so viele Vereine entstanden, dass es sinnvoll schien, vor allem zur besseren Vorbereitung der Feste, eine Dachorganisation zu gründen. 1848 waren verschiedene Vereine in Württemberg dabei, sich überörtlich zu organisieren. Die durch die Märzrevolution errungene Liberalisierung ermöglichte den Vereinen diesen überörtlichen Zusammenschluss.

Zunächst schlossen sich die Turner am 1. Mai 1848 in Esslingen zum *Schwäbischen Turnerbund* zusammen. *Theodor Georgii*, gerade erst 20 Jahre alt und aus Esslingen stammend, war die treibende Kraft gewesen. Auch Katholiken und Protestanten nutzten die Zeit, die zuvor lokal und regional betriebene Vereinsarbeit auf eine größere Grundlage zu stellen.

Die Sänger hatten bislang abgewartet und beschlossen erst beim Cannstatter Volksfest 1849, sich eine Dachorganisation zu geben. Am 25. November 1849 kam man in Göppingen im Hotel Apostel zusammen und gründete den *Schwäbischen Sängerbund*. Nicht wie heute wurde ein Vorsitzender gewählt, sondern ein Ausschuss, der die Aufgaben selbst unter sich aufteilte. Konrektor *Dr. Karl Pfaff* aus Esslingen wurde Vorsitzender, *Dr. Otto Elben*, Inhaber des *Schwäbischen Merkur*, Schriftführer.

Obwohl wir heute aus der Distanz von 150 Jahren oft versucht sind, Turner und Sänger hinsichtlich der Gründung ihrer Dachorganisation in einem Atemzug zu nennen, besteht doch ein himmelweiter Un-



Friedrich Silcher (1789–1860)

Wer an schwäbische Gesangsvereine denkt, dem fällt der Name Silcher ein. Friedrich Silcher war Komponist zahlreicher Chöre, von denen viele zu Volksliedern wurden.

terschied. Nicht einfach nur ein Jahr liegt zwischen der Situation 1848 und jener 1849. Im Frühjahr 1848 als der Schwäbische Turnerbund gegründet wurde, war die Revolution siegreich gewesen. Es gab in Württemberg das liberale „Märzministerium“ unter *Friedrich Römer*, es gab Pressefreiheit und Vereinsfreiheit.

Ende 1849 war die Situation völlig anders. In Baden war die Revolution im Sommer militärisch geschlagen worden. Die Gegenrevolution hatte in ganz Deutschland gesiegt. Die Herrschenden stellten nicht nur den vorrevolutionären Zustand wieder her, sondern griffen verschärft durch. Den Turnern wäre die Gründung einer Dachorganisation im Herbst 1849 sicher nicht mehr möglich gewesen. Das Ansehen der Sänger bei der Obrigkeit war besser: schließlich hatten sie sich bei der Revolution selbst eher herausgehalten. Aber allerhöchste Zeit war es gewiss! Aus heutiger Sicht haben sowohl Turner als auch Sänger „ein Fenster in der Geschichte“ geschickt genutzt, um ans Ziel zu kommen. 1849 war also kein Zufall.

Die Eisenbahn gab neue Impulse

Es gab immer mehr Vereine. Zumindest für die Feste war auch damals schon eine gewisse Organisation notwendig. Dabei gab es ein ganz praktisches Problem: Die *Kommunikation*. Es gab zwar schon Tageszeitungen, aber noch keine Eisenbahn und kein Telefon.

Man muss sich die Entfernungen allein im Großraum Stuttgart vergegenwärtigen –

ganz zu schweigen von den übrigen Gebieten Württembergs. 1827 in Plochingen waren Vereine aus Stuttgart, Göppingen, Kirchheim, Esslingen, Geislingen, Reutlingen und Tübingen dabei. Nur zu Fuß oder mit einer Kutsche oder einem landwirtschaftlichen Ochsenkarren kam man von Geislingen oder Tübingen nach Plochingen. 1840 zum Sängerkonzert in Heilbronn fuhr der Esslinger Liederkränz mit dem Segelschiff, 1846 beim Deutschen Sängerkonzert in Köln kamen bereits Sänger mit dem Dampfschiff.

Den richtigen Durchbruch brachte die Eisenbahn. 1845 wurde der erste württembergische Abschnitt zwischen Cannstatt und Untertürkheim in Betrieb genommen. In den folgenden Jahren wurden weitere einzelne Strecken in dem sehr weit in Nord-Süd-Richtung sich erstreckenden Württemberg gebaut. Und am 29. Juni 1850 wurde die Geislinger Steige eröffnet. Damit bestand erstmals eine durchgehende Verbindung zwischen Heilbronn und Ravensburg. Die Querverbindung Plochingen-Tübingen wurde erst 1859 gebaut.

Fünf Wochen nach Inbetriebnahme der Geislinger Steige feierten der Schwäbische Turnerbund und der Schwäbische Sängerbund in Ulm ihre Feste. Die Turner am Sonntag, den 4. August, die Sänger am Montag, den 5. August 1850. Selbstverständlich waren die Sänger bereits am Sonntag dabei. Der Sonderzug fuhr in Stuttgart um 4.00 Uhr früh los.

Ab 1860 konnten gesamtdeutsche Vereinsgründungen stattfinden

Zunächst waren die 1850er Jahre alles andere als einfach für die Vereinsarbeit. Die gescheiterte Revolution hatte die Reaktion in den Vordergrund zurückgebracht. Sängerkonzerte und Turnfesten fanden wohl jedes Jahr statt, nun auch weiter „draußen“ in Württemberg. Erst etwa ab 1860 war eine eher politische Arbeit wieder möglich, nachdem eine allgemeine Amnestie für „Revolutionsstraftaten“ ausgesprochen wurde. Viele Aktive der Revolutionsjahre kamen aus dem Exil zurück.

1861 wurde der *Deutsche Schützenverband*, 1862 der *Deutsche Turnerbund* und der *Deutsche Sängerbund* gegründet, vor allem initiiert von den schwäbischen Vereinen. Das war sozusagen das zweite „Fenster der Geschichte“, das genutzt wurde. 1865 fand das erste offizielle *Deutsche Sängerkonzert* in Dresden statt, symbolisch genau fünfzig Jahre nach der Schlacht bei Waterloo, dem endgültigen Sieg über *Napoleon*.

Danach war eine Arbeit auf „gesamtdeutscher Ebene“ nicht mehr möglich. Nach dem noch gemeinsam ausgefochtenen Kampf gegen Dänemark 1864, kämpften die Preußen 1866 nun offen gegen die Österreicher. Die schwäbischen Sänger waren im Konflikt Preußen-Österreich auf österreichischer Seite wie der württembergische Staat insgesamt, also „großdeutsch“.

Die deutsche Einheit als „Kleindeutsche“ Lösung war zunächst enttäuschend

Die Einigung des Deutschen Reiches durch *Bismarck* „von oben“ war für jene, die seit Jahrzehnten für Einheit und Demokratie sowie für eine großdeutsche Lösung unter Einschluss Österreichs gekämpft hatten, alles andere als erbaulich. Mehr oder weniger zähneknirschend akzeptierten es die Sänger und arrangierten sich mit dem neuen Staat. Im Lauf der Jahre standen sie jedoch voll dahinter. Die Turner dagegen, die von ihrer Gründung her eher preussisch beeinflusst waren, waren mit der kleindeutschen Lösung rasch einverstanden.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kam es vermehrt zur Gründung von Gesangsabteilungen von Turn- oder Sportvereinen sowie von Arbeitergesangsvereinen. Zunächst hatten es die Arbeitervereine sehr schwer, da ihnen der Zugang zu den Schulen als Probeklasse und zu Lehrern als Chorleiter verwehrt war. Erst nach der Jahrhundertwende kam es teilweise zur Zusammenarbeit, als auch die Arbeitergesangsvereine vermehrt klassische Musik mit Solisten und Orchester aufführten.

Der Erste Weltkrieg bedeutete einen jähen Einschnitt in das Leben der schwäbischen Sängerbewegung. Nicht nur sehr viele Sänger, sondern auch die meisten Chorleiter wurden einberufen. Dennoch herrschte in den Gesangsvereinen rege Aktivität, wobei die Schwerpunkte weniger auf sängerischem als auf karitativen Gebiet lag – vor allem organisiert von den Frauen.

Unmittelbar nach dem Ende des Krieges und der Umgestaltung zur Republik nahmen die Vereine ihre Sängertätigkeit sehr rasch wieder auf, nun sehr häufig als gemischter Chor. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Anfang der zwanziger Jahre und die zunehmende Arbeitslosigkeit nach der Weltwirtschaftskrise belasteten die Gesangsvereine zunehmend.

Die Gleichschaltung der Vereine durch die Nationalsozialisten

Nur drei Monate nach ihrer Machtergreifung ergriffen die Nationalsozialisten Maßnahmen, die Vereine in ihr System zu integrieren. Die Arbeitervereine wurden im Mai 1933 verboten, die Verbände gleichgeschaltet und das Führerprinzip eingeführt. Dies bedeutete, dass nur noch Vereine zugelassen waren, die dem Deutschen Dachverband angehörten. Die Vorstandschaft wurde nicht mehr gewählt, sondern durch die Politik bestimmt.

Die Verantwortlichen in den Vereinen gingen offensichtlich davon aus, dass man mit dem Zugeständnis einer einheitlichen Dachorganisation und mit der Aufnahme einiger Nationalsozialisten in die Vorstände Ruhe einkehren würde und die Vereine unbehelligt von der Politik ihre eigentliche Arbeit leisten könnten. Diese Hoffnung trug.

In den fast fünfzig Jahren seither haben sich die Vereine ganz entscheidend verändert. Positiv sind die Forderungen in der ersten Zeit der Vereine ganz sicherlich gewesen. Demokratie und deutsche Einheit haben wir heute. Und dies haben wir auch den damals engagierten Männern und Frauen zu verdanken. Die Vereine sollten sich dieser Tatsache bewusst sein.

Die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg. Direktor der Landeszentrale: Siegfried Schiele

Schriftleiter: Prof. Dr. Hans-Georg Wehling, Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax (07 11) 16 40 99-77.

Herstellung: W. E. Weinmann Druckerei GmbH, Raiffeisenstraße 15, 70794 Filderstadt, Telefon (07 11) 7 78 98-0, Telefax (07 11) 7 78 98 50.

Verlag: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, 70773 Filderstadt, Telefon (07 11) 7 00 15 30, Telefax (07 11) 7 00 15 30.

Preis der Einzelnummer: 6,50 DM, Jahresabonnement 25,- DM Abbuchung.

Die namentlich gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Das politische Buch

Zwei Standardwerke neu erschienen

Wolfgang Rudzio
Das politische System der Bundesrepublik Deutschland
Verlag Leske + Budrich, 5. überarbeitete Auflage, Opladen 1999
589 S., DM 26,80

Hiltrud Naßmacher
Karl-Heinz Naßmacher
Kommunalpolitik in Deutschland
Verlag Leske + Budrich, 2. überarbeitete Auflage, Opladen 1999
508 S., DM 27,80

Ich bin ein Freund nützlicher Bücher, die einem schnell das nötige Wissen vermitteln: umfassend, kompakt, zuverlässig, auf neuestem wissenschaftlichen Stand, mit aufschlüsselndem Register und umfangreicher Bibliografie, gut zu lesen, handlich und preiswert. Die beiden hier genannten Bücher aus der utb-Taschenbuchreihe, das von Wolfgang Rudzio über das politische System der Bundesrepublik und das der beiden Naßmacher über Kommunalpolitik in Deutschland, werden diesen Kriterien in geradezu idealer Weise gerecht. Nicht zufällig haben beide mehrere Auflagen erlebt: Das Buch von Rudzio liegt soeben in 5. Auflage vor, das von Naßmacher in 2. Auflage, selbstverständlich jeweils in völlig überarbeiteter und erweiterter Form.

Über das politische System der Bundesrepublik Deutschland gibt es an sich eine ganze Palette von beachtlichen Darstellungen, angefangen beim umfangreichen Standardwerk von Thomas Ellwein und Joachim Jens Hesse mit seinen 830 Seiten (wovon beinahe die Hälfte aus einschlägigen Quellen besteht) und dem „Handwörterbuch des politischen Systems“, von Uwe Andersen und Wichard Woyske herausgegeben, das als Nachschlagewerk das politische System der Bundesrepublik Deutschland lexikalisch aufbereitet hat, über die Darstellungen von Klaus von Beyme und von Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek bis hin für die stark von Schaubildern lebende und besonders gut auch für den Unterricht geeignete Darstellung von Horst Pötzsch „Die deutsche Demokratie“, die als Gemeinschaftswerk von Bundeszentrale und Landeszentralen für politische Bildung erschienen ist. Die handliche, verlässliche, preisgünstige Gesamtdarstellung von Rudzio eignet sich vor allem für Studierende und für Mittler politischer Bildung, insbesondere auch Lehrer.

Kommunalpolitik flächendeckend darzustellen, ist ein besonderes schwieriges Unterfangen, weil die Kompetenz für Kommunalpolitik Ländersache ist, mithin Kommunalpolitik – schon von den rechtlichen Rahmenbedingungen her – von Land zu Land sehr unterschiedlich ist. Von daher liegt der Schwerpunkt der vorhandenen

Darstellungen beim jeweiligen Land; leider jedoch nicht in flächendeckender Weise. In Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen ist man da besonders gut bedient. Als Überblick liegt neuerdings das von Roland Roth und Hellmut Wollmann herausgegebene Werk: „Kommunalpolitik“ in 2. Auflage vor, ein Sammelwerk verschiedener Autoren, das Sachbereiche in sich geschlossen behandelt. Naturgemäß sind nicht alle Beiträge von gleicher Qualität

Das hier vorgestellte Buch von Hiltrud und Karl-Heinz Naßmacher ist demgegenüber aus einem Guss. Es geht einerseits systematisch vor, andererseits werden zwei Politikfelder – nämlich Wohnungspolitik und Wirtschaftspolitik – exemplarisch behandelt. Natürlich lässt sich da gleich fragen: Warum die und nicht andere Politikfelder wie beispielsweise Verkehr oder Stadtplanung? Vergleicht man die Bibliografien, stellt man bereits fest, das die der Naßmachers umfangreicher und besser ist als die im Buch von Wollmann/Roth. Insgesamt ist das Buch von Naßmacher besonders geeignet für alle diejenigen innerhalb der politischen Bildung oder innerhalb der Kommunalpolitik selbst, die sich einen umfassenden Überblick über Kommunalpolitik, über die jeweilige Gemeinde und das eigene Bundesland hinaus verschaffen wollen. Sie können das hier so konzentriert und in gut lesbarer Weise wie sonst nirgendwo.

Hans-Georg Wehling



Atlas Baden-Württemberg

Rechtzeitig vor dem Jahreswechsel 1999/2000 noch erschienen ist:

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.)
Baden-Württemberg 2000
Der NEUE ATLAS für das ganze Land, 282 Seiten, Stuttgart 1999, DM 49,-

Dieser Atlas wird seinem Anspruch gerecht. Im DIN A4-Format präsentiert er in 16 Kapiteln, mit Satellitenfotos, 100 Karten und 90 Grafiken das Land Baden-Württemberg – übersichtlich, anschaulich, informativ. Von den geografischen Grunddaten und Bevölkerung angefangen über Wahlen, Wirtschaft, Kommunen, Bildung und Kultur bis hin zur Umwelt enthält der Atlas (nahezu) alles, was man über das Land wissen muss. Jedes Kapitel ist in glei-

cher Weise gegliedert, zu Beginn findet man immer eine Seite mit den notwendigen Definitionen. Die anschauliche Präsentation ist es, die diesen Atlas von anderen verdienstvollen Publikationen des Statistischen Landesamtes – wie beispielsweise dem jährlich erscheinenden „Statistische Taschenbuch Baden-Württemberg“ – unterscheidet. Die Abbildungen sind durchweg farbig. Im Anhang werden Gemeindekarten für die vier Regierungsbezirke einschließlich Namensliste geboten. Ferner wichtige Adressen, bei denen man sich weitere Informationen einholen kann. Dabei sind immer auch die Internet-Adressen angegeben.

Ganz originell und amüsant ist das Kapitel 16 ausgefallen: „Die größten..., die kleinsten... (Ranking)“. Da sind dann Städte und Gemeinden nach Fläche und Einwohnerzahl, nach Waldanteil und Rebfläche aufgelistet – durchaus als Gesellschaftsspiel zu nutzen.

Drei Dinge möchte ich kritisch anmerken:

1. Der Band enthält zwar die Ergebnisse von Bundestags- und Landtagswahlen, nicht aber die von Europawahlen und Kommunalwahlen. Der Atlas ist allerdings schon bald nach den Kommunalwahlen vom 24. Oktober 1999 erschienen. So kann man Verständnis dafür haben, warum die neuesten Kommunalwahlergebnisse nicht enthalten sind. Irgendwann muß ja einmal ein Buch erscheinen, zumal es (unnötige) Zwänge des Haushaltsjahres gibt; wir kennen das. Anlässe für eine Verschiebung gäbe es zudem immer. Aber frühere Wahlergebnisse hätte man doch veröffentlichen können; und die Europawahlen lagen doch schon weit zurück. Vielleicht hätte man zudem in der Titelseite des Buches den Redaktionschluss vermerken können.

2. Die Wirtschaftskraft wird in Bruttowertschöpfung gemessen, nicht als Bruttoinlandsprodukt, wie es die Leser normalerweise gewöhnt sind und wie sie es auch im Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland zum möglichen Vergleich finden. Auf der Seite „Definitionen“ (S. 153) hätte man den Unterschied erläutern müssen und darlegen können, warum man sich für das Eine und nicht für das Andere entschieden hat. Den Nicht-Volkswirten unter den Nutzern wäre man das wohl schuldig gewesen.

3. Allgemein zeichnet sich der „Atlas“ durch hervorragende Schaubilder aus. Punktkarten jedoch, die deutlich machen sollen, wo sich, beispielsweise bei Wahlen, die Stimmen für Parteien häufen, sind an sich eine gute Sache, kommen aber darstellerisch nicht befriedigend heraus, wie etwa die Beispiele S. 67 und 69 zeigen.

4. Man wird sicher darüber streiten können, ob nicht alle Gemeindebezogenen Daten zu einem gesonderten Kapitel hätten zusammen gezogen werden können. So hängen z. B. die „Kommunal Finanzen“ (Kap. 11) etwas in der Luft. Wir können die Leserinnen und Leser bei dieser Gelegenheit auf das „Taschenbuch Baden-Württemberg“ verweisen, das die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt herausgegeben hat und das für DM 10,- Schutzge-

büher bei der Landeszentrale noch zu haben ist. Der Datenanhang dieses Taschenbuches ist gemeindezentriert. Beide Publikationen ergänzen sich sehr gut.

Diese kritischen Bemerkungen schmälern keineswegs das Verdienst, das sich das Statistische Landesamt allgemein und die Herausgeber *Manfred Deckarm*, *Jutta Demel* und *Wolfgang Walla* insbesondere mit diesem Atlas erworben haben.

Mit Befriedigung stellt man fest, dass dem Statistischen Landesamt mit diesem Atlas der Sprung in den Buchhandel gut gelungen ist. Auf den Büchertischen ist dieses Werk präsent, verdientermaßen. Zusätzlich hat das Statistische Landesamt Mittel durch ganzseitige Firmenanzeigen erworben. Nur Puristen können dabei etwas Böses finden. Zugleich wirbt der Atlas für das Land etwa im Sinne der Tourismusförderung durch große Bilder von Sehenswürdigkeiten und Einzelobjekten. Warum eigentlich auch nicht?

Insgesamt also ein Nachschlagewerk, das man haben muss – und sich bei diesem Preis auch leisten kann. Außer im Buchhandel kann man es sich auch direkt beim Statistischen Landesamt bestellen, unter der Adresse: Postfach 10 60 33, 70049 Stuttgart, Fax 07 11/6 41-21 30, E-Mail: vertrieb@stala.bwl.de, Internet: <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>

Hans-Georg Wehling

Die russische Revolution

Orlando Figes

Die Tragödie eines Volkes

Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924; aus dem Englischen von Barbara Conrad, unter Mitarbeit von Brigitte Flickinger und Vera Stutz-Bischitzky. Berlin Verlag Berlin 1998. 976 S., 98,- DM

In vielerlei Hinsicht zeichnet sich dieses Buch aus. Es gehört zu den drei Standardwerken, die in den letzten Jahren erschienen sind (*R. Pipes* und *H. Altrichter*); es zeichnet ein Ereignis in der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts nach, das – gleich welcher Meinung man auch ist – diese Welt in Ost und West geteilt, nachhaltig geprägt und grundlegend verändert hat, und es bietet neben zahlreichen faszinierenden Photographien und Karten eine vorzügliche Darstellung, die jedem Romancier zur Ehre gereichen könnte, in Deutschland jedoch in der Wissenschaft eher verpönt ist.

Schon das Vorwort legt von der Intention *Figes'* beredt Zeugnis ab. Er geht davon aus, dass es sich 1917 nicht um eine einzelne Revolution handelte, wie dies bis heute als Lehrmeinung akzeptiert wird, sondern um einen Komplex verschiedener Revolutionen, die mitten im Ersten Weltkrieg ausbrachen und nationale Konflikte auslösten. Er verweist auf die Tatsache, dass man das Ausmaß der Revolution am leichtesten vermitteln könne, wenn man danach fragt, wieviele Menschenleben sie gekostet hat: „Zehntausende wurden bereits vor 1917 durch die Bomben und Kugeln der Revolutionäre und mindestens die gleiche Zahl durch die Unterdrü-

ckungsmaßnahmen des zaristischen Regimes getötet; Tausende starben bei den Straßenkämpfen jenes Jahres, Hunderttausende in den folgenden Jahren durch den Roten Terror – und die gleiche Anzahl durch den Terror der Weißen, wenn man die Opfer ihrer Judenpogrome mitzählt; über eine Million kam bei den Kämpfen des Bürgerkrieges um, einschließlich der Zivilisten im Hinterland; und doch starben damals mehr Menschen an Hunger, Kälte und Seuchen, als alle anderen zusammengekommen.“ (S. 17)

Die Erzählung setzt mit dem Jahr 1891 ein, als die Öffentlichkeit mit ihrer Reaktion auf die Hungersnot erstmals auf Kollision mit der zarischen Autokratie ging, und endet mit dem Tode *Lenins*. *Figes* stellt unmissverständlich klar, dass die Ereignisse und ihre Auswirkungen 1917 und auch später nicht unbedingt in eine bolschewistische Diktatur münden mussten, sondern dass es mehrfach Gelegenheiten gab, in denen Russland einen demokratischen Kurs hätte einschlagen können. Das Buch „Die Tragödie eines Volkes“ geht davon aus, dass das Scheitern der Demokratie in Russland auf seine politische Kultur und seine Sozialgeschichte zurückgeführt werden kann. Viele Themen, die *Figes* in der Einleitung erörtert, tauchen als historische Konstanten in der Darstellung der Teile II bis IV immer wieder auf. Zu diesen Themen gehören unter anderem Isolation und Labilität der liberalen bürgerlichen Gesellschaft, Rückständigkeit und Brutalität des russischen Dorfes wie auch der Fanatismus der russischen radikalen *Intelligencija*.

Das Hauptaugenmerk der vorliegenden Sozialgeschichte ist auf das einfache Volk gerichtet. Daraus ergibt sich fast zwangsläufig, dass die wichtigsten sozialen Kräfte – Bauern, Proletariat, Soldaten und nationale Minderheiten – eher als Beteiligte an ihrem eigenen revolutionären Drama denn als Opfer der Revolution zu beurteilen sind. Aber wie schon erwähnt, gab es viele Opfer; aus der Perspektive der Berufsrevolutionäre heißt das, „wo gehobelt wird, fallen auch Späne.“ Was allerdings in jüngster Zeit bekannt wurde, verbietet sowohl eine „Geschichte von unten“ als auch eine „Geschichte von oben“. Daher kann man nun ein differenzierteres Bild über das gesellschaftliche Leben der russischen Bauern, der Arbeiter, Soldaten und Matrosen, der Provinzstädte, der Kosaken und der nichtrussischen Regionen des Russischen Reichs während der revolutionären Periode nachzeichnen. Diese „neuen“ Monographien bieten ein wesentlich komplexeres und überzeugenderes Bild von den Beziehungen zwischen Partei und Volk, von lokalen Leidenschaften und Interessen. Was als Revolution eines Volkes begann, endete in seiner Tragödie. Dieselben gesellschaftlichen Kräfte, die den Triumph des bolschewistischen Regimes erkämpften, wurden auch seine Hauptopfer. So sehr die Revolution vom Marxismus Leninscher Ausprägung bestimmt wurde, bettet *Figes* sie in die Sozial- und Kulturgeschichte ein, denn es ging keineswegs um die reine Theorie, sondern um deren Umsetzung in die Praxis, mit anderen Worten, um das Ein-

schmelzen dieser Ideologie in emotionale Losungen und Parolen; in gewisser Weise gehörte der bolschewistische Kult von Schule und Industrie bei der Parteibasis zu ihrer eigenen unglücklichen Vergangenheit. Diese marxistischen Konzepte gewannen als symbolische Wörter auf eine gewisse Art und Weise revolutionäre Kraft, wie es die Führer oder Ideologen wohl nie hätten prognostizieren können. Die epische Erzählung pendelt zwischen privater und öffentlicher Sphäre; deshalb lässt *Figes*, wo es immer möglich ist, die Stimmen einzelner Personen zu Wort kommen, indem er unter anderem ihre Tagebücher und Briefe in großem Umfang für die Darstellung heranzieht. Einige von ihnen sind allgemein bekannt (wie *Maksim Gorkij* und General *Brusilov*), während andere selbst dem Berufshistoriker kaum geläufig sind. Anhand ihrer Hoffnungen und Sehnsüchte, Ängste und Enttäuschungen stellt er das Chaos jener Jahre dar. Sein Urteil ist vernichtend: „Es war im Großen und Ganzen eine Geschichte von Menschen ..., die mit hohen Idealen ausgezogen waren, um hehre Ziele zu erreichen, und dann feststellen mussten, dass das Ergebnis ganz anders aussah. Auch das ist ein Grund, weshalb ich das Buch ‚Die Tragödie eines Volkes‘ nenne: Denn es geht nicht nur um einen tragischen Wendepunkt in der Geschichte eines Volkes, sondern auch um die Art und Weise, wie die Tragödie der Revolution diejenigen, die sie erlebt haben, verschlungen hat.“ (S. 20)

Die Thematik wird folgendermaßen geschildert: (1) Russland unter dem alten Regime (bis 1891: Dynastie, unsichere Stützen, Ikonen und Kakerlaken, rote Tinte), (2) Die Krise der Autokratie (1891–1917: Erstes Blut, letzte Hoffnungen, ein Krieg an drei Fronten), (3) Revolution in Russland (Februar 1917–März 1918: der ruhmreiche Februar, das freieste Land der Welt, die Agonie der Provisorischen Regierung, Lepins Revolution) und (4) der Bürgerkrieg und die Schaffung des Sowjet-systems (1918–1924: die letzten Träume der alten Welt, die Revolution zieht in den Krieg, das neue Regime triumphiert, die Niederlage im Sieg, Tode und Abschiede). Im Schlussteil führt *Figes* die verschiedenen Ereignislinien zusammen und ordnet sie in einen größeren historischen Zusammenhang ein. Kurzum, er konstatiert: „Es kam ihnen (= den europäischen Sozialisten, W. H.) so vor, als ob die alte Welt zum Untergang verurteilt sei und dass nur der Sozialismus, in den Worten der Internationale, ‚die Welt neu erschaffen‘ konnte. Das Experiment misslang auf entsetzliche Weise, nicht so sehr wegen der Böswilligkeit der Führer, von denen die meisten mit den edelsten Idealen begonnen hatten, sondern weil ihre Ideale an sich unmöglich waren.“ (S. 871 f.). Die Darstellung endet, meines Erachtens zu Recht, mit der Feststellung: „Die Geister von 1917 sind noch nicht zur Ruhe gekommen.“ (S. 873)

Das Buch wurde mehrfach ausgezeichnet; stellvertretend für viele Kritiker sei auf den Osteuropahistoriker *Norman Stone* verwiesen: „Ich bezweifle, dass es einen gleichwertigen Kenner der Russischen Revolution auf der Welt gibt.“ Da ein vor-

züglicher Anhang dieses didaktisch hervorragende Buch ergänzt und durch exzellente Kartenskizzen vervollständigt, kann dieses Buch uneingeschränkt empfohlen werden. Auf die stilistisch souveräne Übersetzung sei besonders hingewiesen.

Wolfgang Heller

Kommunismus und Terror

Gerd Koenen

Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus?

Alexander Fest Verlag Berlin 1998

452 S., 44,- DM

Der Historiker und Publizist Gerd Koenen bietet im vorliegenden Buch keine Monographie im streng wissenschaftlichen Verständnis, sondern – wie er selbst sagt – einen Essay, der durch die Publikation des Pariser „Schwarzbuches“ (St. Courtois [Hrsg.]: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Gekürzte Ausgabe: München 1998) hervorgerufen wurde, das die Frage aufwirft, welche Rolle der Kommunismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts gespielt hat. Koenens Buch kann daher unter anderem als Ergänzung zu Hildermeiers „Geschichte der Sowjetunion 1917–1991“ verstanden werden, zumal seine These am Beispiel der Sowjetunion erläutert wird: Es sei falsch, den eigentlichen Totalitarismus ausschließlich im Nationalsozialismus zu lokalisieren; der Begriff des Totalitären könne gerade an den kommunistischen Regimen des 20. Jahrhunderts in voller Bedeutung entfaltet werden. Zum Totalitären gehört zuerst der Terror, der somit als logische Konsequenz des beispiellosen Unternehmens erscheint, die alte Gesellschaft ganz und gar umzuformen.

Kommunismus als Utopie ist die radikale Säuberung, die auf Massengewalt nicht verzichten kann. Der Zweck heiligt daher jedes Mittel. Als Beleg für diese politische Maßnahme führt Koenen das folgende Trotzki-Zitat an: „Das war die Periode, wo Lenin bei jeder passenden Gelegenheit die Idee von der Unvermeidbarkeit des Terrors in unsere Köpfe einzuhammern bemüht war. Jede Äußerung von Guthertzigkeit, Schwärmerei, Lässigkeit – von all dem gab es übergenug – empörte ihn ... Ihnen (den Feinden, W.H.) droht die Gefahr, alles zu verlieren. Zur gleichen Zeit aber haben sie Hunderttausende von Leuten, die durch die Schule des Krieges gegangen sind, satte, mutige, zu allem bereite Offiziere, Offiziersanwärter, Bourgeois- und Gutsbesitzersöhnchen, Polizeibeamte, Kulaken. Und unsere, mit Verlaub gesagt, Revolutionäre bilden sich ein, dass wir die Revolution gütlich-gemütlich durchführen können. Wo haben denn die gelernt? Was verstehen sie denn unter Diktatur?“ (S. 64)

Als weitere Grundlage des Buches ist die eigene Biographie des Verfassers zu werten, die er dadurch zu verarbeiten versucht, dass er mit den alten linken (post-stalinistischen, trotzkistischen und maolistischen) Mythen bricht, die er sich in seiner Studienzeit erworben hatte. Die Diskussion in der Fachwissenschaft dient ihm

dabei als Illustration. Koenen präsentiert einen Abriss der Sowjetgeschichte, der an Weggabelungen anhält und sich besonders dem Stalinismus widmet. Obwohl er die alten linken Vorstellungen liquidieren möchte, stehen gerade hier Anleihen bei Trotzki Pate, der vor allem vor dem Nationalsozialismus warnte.

Die zeitliche Gliederung ist höchst aufschlussreich, da jede Strukturierung auch zugleich Interpretation ist. Das erste und das letzte (14.) Kapitel bietet den Rahmen des Buches: Nach dem Ende des Kommunismus. Zweierlei Erinnerung und Was war der Kommunismus? Epilog auf eine nahe Vergangenheit. Darauf folgt der historische Überblick: (2) „Je mehr Opfer, desto klarer“. Weltkrieg und totalitäre Bewegungen (1905–1917), (3) Revolution und Involution. Der Bolschewismus des Jahres 1917, (4) Marsch ins Niemandsland. Der Bürgerkrieg als „Säuberung der russischen Erde“ (Dezember 1917–1921), (5) Wechsel der Wegzeichen. Vom Parteiorden zur Staatsklasse (1922), (6) Der sozialistische Übermensch. Von der Erziehung zur Züchtung (1922–1935), (7) Phönix und Asche. Kollektivierung und Industrialisierung (1922–1935), (8) Ein kausaler Nexus? Zur Realgeschichte des Antifaschismus und Antibolschewismus (1931–1937), (9) Im Gehäuse des Wahns. Der Große Terror als „endgültige“ Säuberung (1934–1937), (10) Zweierlei Singularität. Nationalsozialismus und Stalinismus im Vergleich 1933–1939), (11) Sieg im Weltkrieg. Die Neubegründung der Sowjetmacht aus dem Vaterländischen Krieg (1945–1948), (12) Zwei Welten, zwei Kulturen. Das „sozialistische Lager“ und der Kalte Krieg (1945–1948), (13) Vom Endkampf zur Auflösung. Stalins letzter Wahn und der Übergang zum posttotalitären System (1948–1998).

Die Zusammenfassung ist bemerkenswert: Koenen rechnet ganz offen mit dem Kommunismus und seiner eigenen nahen Vergangenheit ab: „Zwischen diesen Menschenopfern und den Hochmotivierten gibt es offensichtlich eine Verbindung ...“ Diese genuine Verführungskraft einer totalitären Gewalt führt zurück an die dunklen Quellen aller Religion – eines Numinosen, das sich ursprünglich gerade aus dem Menschenopfer und dem Schrecken vor einem Dämonisch-Göttlichen speiste. In einer Zeit, die nach dem Zerfall der alten Weltordnung, und mit ihr auch der meisten Formen traditioneller Gläubigkeit und Bindung, nach neuer Orientierung, Sinnstiftung und Zusammenfassung strebt, war ein solcher unbedingter Gestaltungswille, der keine Opfer scheute, weil er sich vom objektiven Gang der Geschichte getragen fühlte, ein Magnet, auf den sich viele Späne ausrichteten. Gerade die Opfer waren der Beweis dafür, dass es hier ums „Ganze“ ging, um etwas historisch „Erstmaliges“ und zugleich auch „Letztes“, um einen geschichtlichen Durchbruch aus einer grauen Vorzeit in eine völlig neue, lichtere Menschheitsepoche.

Kurzum, die religiösen Konnotationen sind nicht zu übersehen. Und wenn man die kommunistischen Bewegungen einmal unter diesem Gesichtspunkt betrach-

tet, dann findet man eine unendliche Fülle von Attributen und Assoziationen, die sie fast wie eine neue Kirche aussehen ließen, anfangs mehr protestantisch-ketzischer Provenienz, bald dann schon, wie im Zeitraffer, katholisch-traditioneller Manier. Man findet Propheten und Märtyrer, Prediger und Gläubige, Lehre und Exegese, Riten und Katechismen, Eucharistie und Gebet, Beichte und Reue. Aber das alles sind nur Analogien. Sie verweisen auf eine Ähnlichkeit der psychischen Energien, die mit einfließen – oder, anders herum, auf die Leerstelle, die der Verlust der Religion als Heilsgewissheit im Seelenhaushalt der Einzelnen wie auch der Gesellschaft hinterlassen hat.“ (S. 416 f.) Koenen geht allerdings noch einen Schritt weiter: „Eine Gesellschaft ist ein historisch entstandener, komplexer, lebendiger Zusammenhang, den man zwar verändern, aber nicht in toto ‚säubern‘, ‚zerschlagen‘ und ‚neu erschaffen‘ kann. Der Kommunismus war bisher der radikalste Versuch in diese Richtung. Er ist zutiefst gescheitert.“ (S. 432) – Für interessierte Lehrer und Schüler mag dieser Essay zuerst merkwürdig erscheinen, dann aber wegen seiner kühnen Thesen höchst anregend werden, weil er nachdrücklich zeigt, dass die Geschichtsschreibung nichts Statisches sein kann und in vielen Fällen Darstellung und Inhalte der Lehrbücher im Fach Geschichte „einholt und überholt“. Deswegen kann dieses Buch – als Korrektiv – uneingeschränkt empfohlen werden.

Wolfgang Heller

Schule und Bürgergesellschaft

Gerd Hepp/Herbert Schneider (Hrsg.)

Schule in der Bürgergesellschaft

Demokratisches Lernen im Lebens- und Erfahrungsraum der Schule

Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts. 1999
239 S., DM 38,-

Der Begriff „Bürgergesellschaft“ hat sich zu einem Hochwert-Wort entwickelt. Abhängig von der wissenschaftstheoretischen Provenienz stößt man gelegentlich auch auf den Terminus „Zivilgesellschaft“. Der Kernsatz des propagierten Modells der Bürgergesellschaft, der in seltener Einmütigkeit von allen (politischen) Lagern vertreten wird, lautet, Bürger und Bürgerinnen wieder für Aufgaben und Probleme des Gemeinwesens zu interessieren, Eigeninitiative, Mitverantwortung und soziales Engagement zu beleben. Kennzeichnend ist, dass dem lebensweltlichen Nahraum hierbei ein beträchtliches Chancenpotenzial zugesprochen wird. Daher bietet auch *und* gerade die Schule mit ihren starken lebensweltlichen Bezügen eine Möglichkeit, Partizipationsimpulse zu stimulieren und die Brücke zur Politik zu schlagen.

In dem Sammelband von Gerd Hepp und Herbert Schneider wird jedoch bereits auf der ersten Seite nachgefragt, ob die gegenwärtige Verfasstheit der Schule junge Menschen angemessen auf ihre Bürgerrolle vorzubereiten vermag. Die Herausgeber konstatieren, dass „in der Schule noch manche Sozialisationsfelder für demokra-

tisches Lernen brachliegen“ (S. 6). In dem Sammelband, der eine Ringvorlesung an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg dokumentiert, wird dieses Chancenpotenzial aus verschiedenen Perspektiven ausgelotet. Das interdisziplinäre Unterfangen vereint verschiedene Perspektiven: Bildungstheoretische Überlegungen, methodenbezogene Sichtweisen, Beiträge zur Entwicklung einer demokratischen Schulkultur und Anregungen zur institutionellen Öffnung der Schule sondieren die Frage nach Bedingungen und Möglichkeiten demokratischen Lernens. Das Buch gliedert sich in die Kapitel „Bürgergesellschaft und politischer Bildungsbegriff“, „Schule und Lebensweltbezug“, „Innere Schulentwicklung und demokratische Schulkultur“ sowie „Unterricht als demokratische Praxis“. Mehrere Beiträge – vor allem in den beiden letztgenannten Teilen – stellen eine Verbindung zur Schulkultur und -praxis her.

Lehrer und Lehrerinnen prüfen diesen Band wohl zu allererst unter dem Gesichtspunkt der Praxisnähe und schulpraktischen Umsetzbarkeit. Diesem Interesse werden mehrere Beiträge gerecht. Das alte, bereits im Rahmen der Diskussion um offene Unterrichtsformen geäußerte Postulat der Gemeinwesenorientierung der Schule wird von *Horst Stotz* aufgegriffen und mündet in ein praxisnahes 10-Schritte-Konzept zur Realisierung einer sog. „Nachbarschaftsschule“ (S. 106ff.). In einem grundschorientierten Beitrag argumentiert *Ingrid Prote*, dass das Einüben von Demokratie in der Grundschule weniger auf der kognitiven Ebene geschehen kann. Vielmehr liefern alltägliche Problemsituationen von Grundschulern Anlässe zur Reflexion, die für demokratisches Lernen genutzt werden können (S. 197 ff.). Hervorzuheben ist der Beitrag von *Peter Kleefass*, der ein konkretes Beispiel gelungener Schulentwicklung (Helene-Lange-Gymnasium Markgröningen) schildert (S. 184ff.). Vom Autor selbst wird eingeräumt, dass dieses Vorgehen nicht kopierbar ist, weil die Voraussetzungen und Ziele jeder Schule anders sind. Lesenswert ist der Beitrag dennoch, weil er Eckpunkte der Schulentwicklung benennt: Innere Schulentwicklung kann nicht punktuell erfolgen und kann schon gar nicht „von oben“ verordnet werden. Betont wird die Notwendigkeit externer Moderatoren und auch die zeitliche Belastung der Lehrer und Lehrerinnen wird nicht verschwiegen. Erkennbar wird, dass das Konzept der Inneren Schulentwicklung als kosten- und deputatsneutrale Lösung nur schwer durchsetzbar ist.

Ein Großteil der Aufsätze (Kapitel I und II) dürfte eher für Studierende, Multiplikatoren und Lehrende, die erworbenes Wissen auffrischen wollen, von Interesse sein. Die Qualität der fachwissenschaftlichen Beiträge ist recht unterschiedlich. Solide Darstellungen und Auseinandersetzungen mit der Begrifflichkeit der Bürgergesellschaft – zu nennen sind hier die Beiträge von *Herbert Schneider* (S. 16ff.) und *Hartmut Wasser* (S. 50ff.) – wechseln mit Beiträgen, deren Fundament bereits vor Jahren oder im Rahmen anderer Ringvorlesungen bzw. pädagogischer Veröffentlichungen gelegt wurde.

Einzelne Beiträge verdeutlichen außerdem, dass namhafte Autoren noch keine Gewähr für Qualität bieten. So könnte man den Beitrag von *Wolfgang Klafki* (S. 30) durchaus als eine nur geringfügige Aktualisierung seiner bildungstheoretischen Überlegungen aus dem Jahre 1985 bezeichnen. Für unzählige Studenten und Studentinnen war die Beschäftigung mit den „Neuen Studien zur Bildungstheorie und Didaktik“ ein Muss, wollte man die Weihen des Staatsexamens erhalten. Auch der Beitrag „Schule und Institution als Lebenswelt“, der sich mit der soziologischen Dimension der Schule beschäftigt, erinnert an eine Zusammenfassung der vor mehr als zwanzig Jahren von *Franz Wellendorf* (1973) und *Helmut Fend* (1976) angestoßenen Diskussionen um die Sozialisierungseffekte der Schule.

Aus dem Spektrum der eher grundsätzlichen Aufsätze habe ich mit Wohlgefallen den kurzen Beitrag von *Manfred Hättich* gelesen. *Hättich* geht mit der „politisch-pädagogischen Lyrik“ (S. 183), die den Polisedanken in die pädagogische Diskussion eingeführt hat, schwer ins Gericht. Diese von *Hartmut von Hentig* geschaffene Metapher erfreut „sich unter Pädagogen einer geradezu euphorischen Zustimmung“ (S. 12). *Manfred Hättich* legt dar, dass die griechische Polis wohl kaum so etwas wie ein Idealbild von Schule sein kann und warnt vor vorschnellen Analogiebildungen und ideellen Überfrachtungen. Seine Analyse mündet in die Schlussfolgerung: „Demokratie als Ernstfall, also nicht als bloßes Trainingsinstitut, kann in der Schule nur partiell und sektorial gelingen“ (S. 179).

Erfahrungsgemäß kann eine Buchbesprechung nicht allen Beiträgen gerecht werden. Lesenswert ist der Sammelband allemal. Schon deshalb, weil die Herausgeber an der Debatte um die Zukunft der Schule und das neu zu definierende Selbstverständnis des Bildungswesens teilnehmen und sich bemühen, die politikwissenschaftliche Diskussion nach ihrem Gehalt für die politische Bildung in der Schule zu befragen. *Siegfried Frech*

Eschenburgs Memoiren 1933–1999

Theodor Eschenburg
Letzten Endes meine ich doch
Erinnerungen 1933–1999
Siedler Verlag, Berlin 2000
286 Seiten, DM 39,80

Theodor Eschenburg ist einer der Väter der Politikwissenschaft in Deutschland. Generationen von Gemeinschaftskundelehrer wie auch Mittler politischer Bildung in Landeszentralen sind von ihm entscheidend geprägt worden. Die politische Bildung verdankt ihm auch organisatorisch wichtige Anstöße. So schildert er in seinem Buch, wie er mit *Arnold Bergstraesser* zusammen den ersten Lehrplan für das Fach Gemeinschaftskunde hierzulande verfasste und eine feste Studententafel gegen einen zaudernden Kultusminister durchsetzte.

Vor allem auch war *Eschenburg* ein bemerkenswerter Zeitzeuge. Seine Erinnerungen lassen sich auf drei Phasen aufteilen: die des Beobachters in aussichtsreichen Positionen (bis 1945/6), die des politisch Handelnden, (Mit-)Entscheidenden (bis zur Gründung des Südweststaates), die des Lehrenden, Belehrenden, Rat Gebenden (ab 1952). Politik lernte und lehrte er nicht nur aus Büchern. Geschichte und Geschichten hatten für ihn stets einen hohen Stellenwert, an denen er wichtige Einsichten vermittelte, kurzweilig und lehrreich zugleich, sich dem Gedächtnis einprägend. Fast 95 Jahre alt ist er geworden, als er am 10. Juli 1999 in Tübingen starb, bis in seine letzten Tage Politik analysierend, kommentierend und immer noch gefragt.

Auf seine Erinnerungen haben wir lange warten müssen. Der erste Band erschien 1995 unter dem Titel: „Also hören Sie mal zu. Geschichte und Geschichten 1904 bis 1933“ und behandelte die Zeit vom Kaiserreich bis zur Machtergreifung. Der neue Band mit dem Titel „Letzten Endes meine ich doch“ schließt nahtlos dort an. Wie sonst nirgendwo, kann man bei ihm nachempfinden, wie Machtergreifung sich in vielen Bereichen vollzog: unspektakulär, auf einer schiefen Ebene, von allem in eine – falsche – Richtung rutschte: Zuerst waren in gesellschaftlichen Vereinigungen die Juden beispielsweise noch voll dabei, dann saßen sie für sich, dann mel deten sie sich nicht mehr zu Wort, schließlich kamen sie nicht mehr – und die Vereinigung löste sich von selbst auf, ohne dass die neuen Machthaber das verfügen mussten. Das Klima hatte sich verändert. Jeder versuchte, mit den neuen Verhältnissen zurecht zu kommen, sich anzupassen, manchmal auch seine Haut zu retten, auch mit Verstellung, auch mit Lügen. *Eschenburg* als Funktionär eines Industrieverbandes trat als Autobesitzer in die Motor-SS ein, machte deren Übungen mit, konnte aber auch ohne Komplikationen wieder austreten, als seine Geschäftsreisen und die Anforderungen der SS sich nicht mehr zeitlich miteinander vertrugen. Das ging ohne Komplikationen ab – wobei zu bedenken ist, dass *Eschenburg* schon von seiner großbürgerlichen Herkunft her über allerbeste Verbindungen verfügte: Er wußte, wo er Rat und Hilfe finden konnte. Eindrucksvoll überhaupt ist, wie er das Überleben im Dritten Reich schildert, fast eine Schullektüre. *Eschenburg* ist ein Stilist von hohen Graden, der sich auszudrücken vermag, kein Wunder, dass die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* seine neuen Erinnerungen in Fortsetzungen abdruckt. Raffiniert ist er auch in der Wahl der Perspektive: Er spielt nicht den allwissenden Erzähler, sondern schreibt konsequent aus der Perspektive von damals, wie *Martin Walser* in seinen Jugenderinnerungen. In beiden Fällen mag das der Entlastung dienen. Gegen Kriegsende macht er seine letzte Auslandsreise, in die Schweiz, in Sachen Reißverschlüsse. In sein „Verbandsreich“ gehören neben den Herstellern von Taschenlampenbatterien und Knöpfen vor allem die Produzenten von Reißverschlüssen, die sich als Kartell den Weltmarkt auf-

geteilt hatten. Dieses Kartell überstand auch Nationalsozialismus und Krieg, wie im Ersten Weltkrieg schon das Aluminium-Kartell, beides hat *Eschenburg* seinen Schülern zu deren Überraschung immer schon verdeutlicht. Das Kriegsende erlebt er so zufällig in der Schweiz, kehrt – mit Schwierigkeiten – zu seiner Familie im Salzkammergut zurück und geht nach Plochingen in einen mittelständischen Betrieb: Der Hanseat Eschenburg hat in Tübingen studiert und eine schwäbische Fabrikantentochter geheiratet, eine Volljuristin übrigens. Von dort wird er sehr schnell nach Tübingen geholt, in die dortige Landesregierung, zunächst als Flüchtlingskommissar, dann als oberster Beamter ins Innenministerium. Hier hat er entscheidenden Anteil an der Gründung des Südweststaates. Dass der Artikel 29 des neuen Grundgesetzes mit seinen Modalitäten eine Neugliederung des Bundesgebietes nur schwer möglich machen würde, lag auf der Hand, zumal in den neuen Landesregierungen sich die Besitzstandswahrer längst etabliert hatten. Im deutschen Südwesten war die Situation anders: Die Teilung Württembergs wie Badens wollte niemand – warum nicht gleich eine großzügige Lösung? Als Norddeutscher verstand Eschenburg wohl als erster hier, dass ein Südweststaat in Hamburg und Bremen, in Schleswig-Holstein und Niedersachsen als ein unerwünschter Präzedenzfall verstanden werden könnte: Also musste die Südweststaatsgründung als Ausnahmefall angegangen werden – mit einem Ausnahmerecht (Art. 118 GG), den er mit Hilfe des Mitglieds im Parlamentarischen Rat *Fritz Eberhard* und mit anschließender Rückendeckung des Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern, *Gebhard Müller*, in das Grundgesetz bringen konnte. Oft genug hat *Eschenburg* vor seinen Schülern diesen „Husarenstreich“ demonstriert. *Reinhold Maier*, der erste Ministerpräsident von Baden-Württemberg, und *Eschenburg* verstanden sich nicht. Von daher war klar, dass *Eschenburg* in der neuen Landesregierung in Stuttgart keine seinem Rang entsprechende Beschäftigung finden konnte. Man machte ihn in Tübingen zum ersten Lehrstuhlinhaber eines neuen Faches, der „Wissenschaftlichen Politik“. Leicht läßt sich vorstellen, wie die dortige Aufnahme verlief: ein neues Fach, das verdächtig nach „re-edu-

cation“ roch, ein abgehalfteter Ministerialbeamter von 47 Jahren, der untergebracht werden mußte, und noch nicht einmal habilitiert ... Dennoch konnte sich *Eschenburg* sehr schnell das Vertrauen seiner Kollegen erwerben, nicht zuletzt angesehenen, liberaler Wissenschaftler wie *Rothfels*, *Schadewaldt* und *Spranger*. Längst war er ja auch schon Bestandteil der Tübinger Honoratiorengesellschaft. Zweimal hintereinander war *Eschenburg* dann Rektor der Universität, traf Weichenstellung für eine Präsidialverfassung, da er als Verwaltungsmann sah, dass angesichts der „Bildungsexplosion“ eine laienhafte Selbstverwaltung den Universitäten nicht mehr reichte. Er als Rektor war es auch, der *Walter Jens* einen ordentlichen Lehrstuhl verschaffte und dafür sorgte, dass *Ernst Bloch* dauerhaft und anständig versorgt nach Tübingen kam – gegen den Widerstand einer konservativen Professorenschaft: „Ich sehe nicht ein, warum unsere konservative Universität nicht einmal etwas aufgemöbelt werden sollte“, argumentierte *Eschenburg* (S. 224), und der CDU-Kultusminister *Gerhard Storz* stimmte ihm zu. Das alles, obwohl *Eschenburg* mit den politischen Ansichten von *Walter Jens* und *Ernst Bloch* überhaupt nicht übereinstimmte. Nun liegt er selbst auf dem Tübinger Bergfriedhof nur drei Schritte entfernt von *Bloch* begraben, zur Ruhe geleitet von *Hans Küng* als katholischem Geistlichen, er, der norddeutsche Protestant, der als erster seit Jahrhunderten in seiner Familie nicht einmal kirchlich geheiratet hatte.

Als begnadeter Autor hat *Eschenburg* einen entscheidenden Fehler gemacht: Zu spät hat er sein Memoiren-Werk begonnen. Der dicke Geschichtsband über die Anfänge der Bundesrepublik „Jahre der Besatzung 1945–1949“ war ihm dazwischen gekommen (erschien 1983), doch den hätte ein Anderer genau so schreiben können. Danach fehlte ihm die Kraft für seine Memoiren, die naturgemäß nur er schreiben konnte. Der Verleger *Siedler* hatte sich gedacht, man könnte im protokollierten Gespräch die Erinnerungen festhalten, man traf sich zusammen mit *Jochim Fest* und *Johannes Gross* – gut vorbereitet – in Hotels, aß gut, trank und rauchte viel und ließ das Band mitlaufen. Was *Eschenburg* als Manuskriptentwurf auf den Tisch bekam, gefiel ihm nicht. Jeder weiss, dass man anders redet als schreibt,

nicht nur stilistisch. Die Situation ist eine ganz andere, Vieles gerät dann allzu pointiert, persönlich zugespitzt und auch großsprecherisch. *Eschenburg* fing an, sein Manuskript neu zu schreiben. Und wer ihn besuchte, konnte immer feststellen, an welchem Kapitel er gerade arbeitete. Es gab den Gesprächsstoff ab. Man konnte auch erleben, wie sorgfältig *Eschenburg* nachrecherchierte, er verließ sich, was Fakten und Deutungen anging, nie ausschließlich auf sein Gedächtnis und seine frühere Einschätzung. Er war da ganz penibel. Leider hat er nicht mehr alles zuwege gebracht. Das Buch ist ergänzt worden aus den Gesprächsprotokollen, somit fällt der Band in zwei Teile auseinander, von denen der zweite zweifellos deutlich abfällt. Daraus sollte aber niemand einen Vorwurf machen: Wir sollten froh sein, dass dieser zweite Band seiner Memoiren auf diese Weise bis in die jüngste Zeit reicht, abgerundet noch durch Interviews, die *Sibylle Krause-Burger* für den *Süddeutschen Rundfunk*, *Werner Birkenmaier* und *Stefan Geiger* für die *Stuttgarter Zeitung* sowie *Andreas Borchers* und *Hans Peter Schütz* für den *Stern* mit dem über Neunzigjährigen gemacht haben – sie lesen sich anregend und frisch wie eh und je, wenn man beispielsweise an seine Urteile über die GRÜNEN und *Joschka Fischer* denkt.

In einer „Editorischen Notiz“ legt der Herausgeber *Hermann Rudolph* Rechenschaft über sein Vorgehen ab. Allerdings hätte das Buch mehr Sorgfalt verdient gehabt. Manche der Fotos kommen nicht gut raus, vor allem sind manche Namen falsch geschrieben, Orte verwechselt (statt nach Landau haben die Franzosen *Eschenburg* wohl nach Lindau gebracht; ein Isliberg bei Wangen gibt es nicht, es handelt sich wohl um ein Hotel in Isnyberg). Schlimmer noch: Auf Seite 145 fehlt ein ganzer gedanklicher Abschnitt, gerade dort, wo es sich um die entscheidende Phase der Südweststaatsgründung handelt. Denkbar, dass *Eschenburg* ihn nicht geschrieben hat oder die Manuskriptseiten verloren gingen. Wir hätten aushelfen können, mit Originalton *Eschenburg*: mit S. 64 und 65 des Buches der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: *Hermann Bausinger/Theodor Eschenburg* u.a. „Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde“ (4. Aufl., 1997).

Hans-Georg Wehling

Anfang Dezember 1999 erschienen,
zwei Monate später schon vergriffen:



Wir haben nachgedruckt,
sodass Sie die

„Kommunalpolitik in Baden-Württemberg“
für 20.- DM (plus Versandkosten) wieder bei der Landeszentrale
erwerben können.

Das Buch enthält auf rund 400 Seiten:

Beiträge zur Geschichte, über das Kommunalrecht, die Kommunalen Finanzen, Kommunalwahlen und Kommunales Wahlverhalten, über die Elemente direkter Demokratie, den Gemeinderat und den Bürgermeister, Parteien und Vereine, Frauen in der Kommunalpolitik, Ortschafts- und Bezirksverfassung, Landkreise, Presse und Kommunale Öffentlichkeit, zudem über Wohnungspolitik, Stadt- und Dorfgestaltung, Umweltpolitik, Kulturpolitik sowie eine ausführliche Bibliografie.

Das Buch ist allen zu empfehlen, die sich für Kommunalpolitik interessieren. Es ist unentbehrlich für Kommunalpolitiker und Kommunale Verwaltungen – genauso wie das Nachschlagewerk.

Taschenbuch Baden-Württemberg **Gesetze – Daten – Analysen**

Neuausgabe 1999, 10.- DM (plus Versandkosten)

An die Landeszentrale für politische Bildung, Staffenbergstr. 38, 70184 Stuttgart (Fax 0711/164099-77)

Hiermit bestelle ich folgende(n) Titel aus Ihrem Publikationsangebot:

- ___ Ex. **Kommunalpolitik in Baden-Württemberg** (à 20,- DM zzgl. Versandkosten)
- ___ Ex. **Taschenbuch Baden-Württemberg** (à 10,- DM zzgl. Versandkosten)
- ___ Ex. **Baden-Württemberg – Eine kleine politische Landeskunde** (à 5,- DM zzgl. Versandkosten)
informiert über Politik und ihre Grundlagen mit vielen Abbildungen

Bitte schicken Sie mir ein Verzeichnis der noch erhältlichen Titel mit Abo-Bestellabschnitt der Zeitschrift:

- Der Bürger im Staat Politik und Unterricht Deutschland und Europa

Bitte legen Sie der Sendung bei:

- LpB - Prospekt
 Liste der Publikationen
 Gesamtverzeichnis der kostenpflichtigen Titel
(Spiele, Arbeitshilfen, Bücher)
 Aktuelles Seminarangebot

Meine Anschrift:

Datum _____

Unterschrift _____

Fit für die Politik: Grundkurs der Landeszentrale

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg hat ihren seit 20 Jahren bewährten „Grundkurs Politik“ in einer Neufassung „rund-erneuert und face-geliftet“ wieder aufgelegt. Der Zertifikatkurs im Baukastensystem besteht aus einem Ordner mit 20 Themenbausteinen aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Recht. Er kostet 29,50 DM (außerhalb Baden-Württembergs 59,50 DM) zzgl. Versandkosten.

Neu: „Democards – Aktivkurs Politik“ für handlungsorientiertes Lernen in Gruppen

Zum Jahresbeginn hat die Landeszentrale die neuen Lernmaterialien „Democards“ herausgebracht. Ideengeber und Projektleiter war Prof. Xaver Fiederle aus Freiburg. „Democards“ ist eine Impuls-Karten-Sammlung. Sie erleichtert Lehrenden die Gestaltung des Schulunterrichts und eignet sich ebenso für die Vorbereitung und Durchführung von Seminaren in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Die Lern-Karten geben Anstöße zu aktivem sozialen Lernen. Sie versetzen in Alltagssituationen und regen zum Selber-Machen an. Sie fördern Begegnungen zwischen Menschen und wecken fruchtbare Diskussionen. Deshalb trägt „Democards“ auch den Untertitel „Aktivkurs Politik“.

Man kann mit den Karten ein zweistündiges Gespräch, aber auch einen einwöchigen Intensivkurs gestalten; man kann mit Jugendlichen oder mit Senioren arbeiten; man kann das Vorwissen aller Lernenden abrufen und nutzen. Die Trainerin bzw. der Trainer ist Moderator(in) und nicht „Alles-Besser-Wisser(in)“.

Die Vorderseiten der Karten enthalten Anregungen zum Nach-denken, Sich-informieren, Entscheiden und Aktiv-werden, meist in Form von (spielerischen) Aufgaben. Die Rückseiten bieten Fotos und Grafiken als visuelle Lern-Anstöße. Die Karten können gemischt und in beliebiger Reihenfolge bearbeitet werden. Ergänzt wird „Democards“ durch eine Audio-CD namens „Akusto“ mit 20 provokativen Hör-Impulsen.

Zehn Themen mit jeweils 15 Lern-Karten

A Information – Irritation	E Tradition – Utopie	H Reichtum – Armut
B Heimat – Fremde	F Macht – Ohnmacht	I Männlich – Weiblich
C Entwicklung – Risiko	G Ordnung – Chaos	J Jung – Alt
D Engagement – Rückzug		

Unterrichtende benötigen einen Trainer-Koffer. Er enthält die vollständigen Teilnehmer-Karten, außerdem zu jedem Thema vier Trainer-Karten mit methodischen Hinweisen und insgesamt zehn Didaktik-Karten mit grundlegenden didaktischen Informationen; die Akusto-CD ist ebenfalls im Trainer-Koffer enthalten. Kurs-Teilnehmende brauchen eine Teilnehmer-Box mit den 150 Lern-Karten.

Preise (zzgl. Versandkosten)

Trainer-Koffer (inkl. Akusto-CD)	44,50 DM (89,50 DM)	
Teilnehmer-Box	19,50 DM (39,50 DM)	(Preise in Klammern für Interessierte außerhalb Baden-Württembergs.)
Akusto-CD	9,50 DM (19,50 DM)	

Bestellungen bitte an die Landeszentrale für politische Bildung, Marketing, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Fax (07 11) 16 40 99-77, E-Mail: doris.kirschenlohr@lpb.bwl.de

----- bitte hier abtrennen -----

Wenn Sie den „Bürger im Staat“ abonnieren möchten, erhalten Sie die Zeitschrift für nur 25 DM, viermal im Jahr, frei Haus. Schicken Sie diesen Abschnitt zurück an:

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg,
Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart

Sollten Sie jeweils drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres nicht abbestellt haben, läuft das Abonnement weiter.

Name, Vorname bzw. Organisation

Hiermit erteile ich widerruflich die Abbuchungsermächtigung für den Jahresbezugspreis in Höhe von 25,- DM.

Straße, Hausnummer

Geldinstitut

PLZ, Ort

Konto-Nummer

BLZ

Datum, Unterschrift

Datum, Unterschrift

Rechtlicher Hinweis:

Ich kann diese Bestellung binnen 14 Tagen widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel) an: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, D-70773 Filderstadt.

Datum, Unterschrift (für Widerrufsrecht)

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Staffenbergstraße 38 · 70184 Stuttgart

Telefon (07 11) 16 40 99-0

Telefax (07 11) 16 40 99-77

Internet <http://www.lpb.bwue.de>

Telefon Stuttgart NEU: (07 11) 16 40 99-0

Durchwahlnummern

Direktor: Siegfried Schiele -60

Referentin des Direktors: Sabine Keitel -62

Stabsstelle Marketing:

Leiter: Werner Fichter -63

Öffentlichkeitsarbeit: Joachim Lauk -64

Abteilung I Verwaltung (Günter Georgi)

Fachreferate

I/1 Grundsatzfragen: Günter Georgi -10

I/2 Haushalt und Organisation: Jörg Harms -12

I/3 Personal: Gudrun Gebauer -13

I/4 Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich . . -14

I/5** Haus auf der Alb: Erika Höhne(071 25) 152 -109

Abteilung II Adressaten (Karl-Ulrich Templ, stellv. Direktor)

Fachreferate

II/1 Medien: Karl-Ulrich Templ -20

II/2** Frieden und Sicherheit: Wolfgang Hesse (071 25) 152 -140

II/3 Lehrerfortbildung: Karl-Ulrich Templ -20

II/4* Schülerwettbewerb:
Reinhard Gaßmann -25, Monika Greiner -26

II/5 Außerschulische Jugendbildung: Wolfgang Berger -22

II/6** Öffentlicher Dienst: Eugen Baacke(071 25)152 -136

Abteilung III Schwerpunkte (Konrad Pflug)

Fachreferate

III/1** Landeskunde/Landespolitik:

Dr. Angelika Hauser-Hauswirth(071 25)152 -134

III/2 Frauenbildung: Christine Herfel -32

III/3** Zukunft und Entwicklung:
Gottfried Böttger(071 25)152 -139

III/4** Ökologie: Dr. Markus Hug(071 25)152 -146

III/5* Freiwilliges Ökologisches Jahr: Steffen Vogel -35

III/6** Europa: Dr. Karlheinz Dürr(071 25)152 -147

III/7* Gedenkstättenarbeit: Konrad Pflug -31

Abteilung IV Publikationen (Prof. Dr. Hans-Georg Wehling)

Fachreferate

IV/1 Wissenschaftliche Publikationen

Redaktion „Der Bürger im Staat“:

Prof. Dr. Hans-Georg Wehling -41, -40

IV/2 Redaktion „Politik und Unterricht“: Otto Bauschert -42

IV/3 Redaktion „Deutschland und Europa“:

Dr. Walter-Siegfried Kircher -43

IV/4 Didaktik politischer Bildung: Siegfried Frech -44

Abteilung V Regionale Arbeit (Hans-Joachim Mann)

Fachreferate/Außenstellen

V/1 Freiburg: Dr. Michael Wehner(07 61) 207 73 77

V/2 Heidelberg: Dr. Ernst Lüdemann(0 62 21) 60 78-14

V/3* Stuttgart: Hans-Joachim Mann(07 11) 16 40 99-50

V/4 Tübingen: Rolf Müller(0 70 71) 2 00 29 96

Anschriften

Hauptsitz in Stuttgart (s. links)

* 70178 Stuttgart, Sophienstraße 28-30,
Telefax (07 11) 16 40 99-55

** Haus auf der Alb
72574 Bad Urach, Hanner Steige 1,
Tel. (0 71 25) 152-0, Telefax (0 71 25) 152-100

Außenstelle Freiburg

Friedrichring 29, 79098 Freiburg,
Telefon (07 61) 20 77 30, Telefax (07 61) 2 07 73 99

Außenstelle Heidelberg

Friedrich-Ebert-Anlage 22-24, 69117 Heidelberg,
Telefon (0 62 21) 60 78-0, Telefax (0 62 21) 60 78-22

Außenstelle Stuttgart

Sophienstraße 28-30, 70178 Stuttgart,
Telefon (07 11) 16 40 99-51, Telefax (07 11) 16 40 99-55

Außenstelle Tübingen

Herrenberger Straße 36, 72070 Tübingen,
Tel. (0 70 71) 2 00 29 96, Telefax (0 70 71) 2 00 29 93

Bibliothek Bad Urach

Bibliothek/Mediothek Haus auf der Alb, Bad Urach

Gordana Schumann, Telefon (0 71 25) 152-121

Dienstag 13.00–17.30 Uhr

Mittwoch 13.00–16.00 Uhr

Publikationsausgabe Stuttgart

Staffenbergstraße 38

Ulrike Weber, Telefon (07 11) 16 40 99-66

Montag 9–12 Uhr und 14–17 Uhr

Dienstag 9–12 Uhr

Donnerstag 9–12 Uhr und 14–17 Uhr

Nachfragen

„Der Bürger im Staat“

Ulrike Hirsch, Telefon (07 11) 16 40 99-41

„Deutschland und Europa“

Sylvia Rösch, Telefon (07 11) 16 40 99-45

„Politik und Unterricht“

Sylvia Rösch, Telefon (07 11) 16 40 99-45

Publikationen (außer Zeitschriften)

Ulrike Weber, Telefon (07 11) 16 40 99-66

Bestellungen

schriftlich an die zuständigen Sachbearbeiterinnen (s.o):

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart,

Telefax (07 11) 16 40 99-77,

online: <http://www.lpb.bwue.de>

Thema des nächsten Hefts:
Der Rhein